

PAUL SCHMITZ

---

*All-Islam!*

*Weltmacht von morgen?*



LEIPZIG

WILHELM GOLDMANN VERLAG

Copyright 1937 by  
Wilhelm Goldmann Verlag in Leipzig. Auch jeder Teilab-  
druck bedarf der besonderen Genehmigung des Verlages  
VNr. 4044

Made in Germany  
Schutzumschlag-Entwurf von Kurt Gundermann in Leipzig  
Druck: Hallberg & Büchting [Inh.: L. A. Klepzig] in Leipzig  
Die Kartenskizzen zeichnete Rudolf Heinisch in Berlin  
Von den wiedergegebenen Photos stellten zur Verfügung:  
Associated Press 1, Atlantic 4, Hans Helfritz 1, Misr-Kairo 5  
Scherl Bilderdienst 2, Schmitz-Kairo 17

## ERSTES KAPITEL

### *Erschlossener Raum*

In keinem anderen Großraum der Erde haben sich seit Weltkriegs-ende so folgenschwere Wandlungen, Umschichtungen und Veränderungen vollzogen wie im orientalisches-islamischen Schicksalsgebiet, das den Norden Afrikas und die Länderbrücke vom Mittelmeer nach Indien und zum Fernen Osten umfaßt. Hier ging das letzte islamische Großreich unter, und junge Nationalstaaten erstanden. In der Begegnung mit Kultur und Zivilisation des Abendlandes wandelten sich hier, im Morgenland, die Formen des sozialen Aufbaus und die Strukturen von Wirtschaft und Staat. Und auf dem Trümmerfeld eines politisch völlig zusammengebrochenen islamischen Orients, auf jenem klassischen Spannungsfeld weltpolitischer Ansprüche, auf dem sich die Kräfte der imperialen Großmächte seit Jahrzehnten maßen und das bei Weltkriegs-ende endgültig reif schien, in das koloniale oder halbkoloniale und strategische System der Siegermächte eingegliedert zu werden, entstanden aus eigener Kraft, Willensbereitschaft und Schicksalsbewußtsein neue Staatsgebilde. Diese suchten ihre Grenzen untereinander und ihre Existenz gegen die Expansions-tendenzen der imperialistischen Weltmächte zu sichern durch inneren Zusammenschluß und durch geschicktes Ausspielen der gefährlichen Kolonialmächte gegeneinander.

Aus dem Zusammenbruch, der sich während des Weltkriegs hier vollzog, löste sich ein seit Jahrzehnten vorbereitetes Erwachen zu geschichtlichem Bewußtsein und zu politischem Handeln und Kämpfen. So wurden in überraschend kurzer Frist die Völker des orientalisches-islamischen Schicksalsgebietes, seit Jahrzehnten nur Objekt im weltpolitischen Spiel, wieder aktive, selbständig handelnde Partner in der Arena der Entscheidungen, um eine grundsätzlich neue Epoche in der Jahrhunderte währenden Ausein-der-setzung zwischen Abendland und Morgenland einzuleiten. Eine Epoche, in der die islamischen Völker um ihre weltpolitische Gleichberechtigung rangen und ringen und um die Stellung kämpfen, die ihrem Lebensraum auf Grund seiner Bedeutung als Markt, als Rohstoffbasis, vor allem aber als Schlüsselpunkt im System des Weltverkehrs zukommt.

Diese Wandlungen, die sich im islamischen Raum seit dem Welt-

krieg vollzogen und noch vollziehen, wurden schon jahrzehntlang vor dem Weltkrieg vorbereitet und eingeleitet. Und die abendländischen Mächte, voran England, öffneten diesen inneren Vorkriegswandlungen den Raum zu äußerer politischer und wirtschaftlicher Gestaltung. Im Verfolg eigener imperialistischer Planung zerschlugen sie die alten sozialen und staatlichen Formen, die zwar brüchig geworden waren im Verlaufe der Jahrhunderte, aber den jungen Kräften doch immer noch den Durchbruch zu Entfaltung und Schicksalsgestaltung verweigerten. Im Weltkrieg sprengten abendländische Waffen die Fesseln, die hier den nach Neuem drängenden Kräften durch Tradition und Bindung an überlieferte Vorstellungen angeschmiedet waren.

Diese Wandlungen im islamisch-orientalischen Schicksalsgebiet, durch die seine Völker wieder aktive Partner im Verkehrs-Wirtschaftssystem der Erde wurden und sich wieder in den Geisteszusammenhang und ins Spiel weltpolitischer Auseinandersetzungen eingegliedert sahen — diese Wandlungen sind nur zu verstehen aus der veränderten Bedeutung dieses Lebensgebietes als Raum neben anderen Großräumen der Erde.

Die Bedeutung der islamischen Welt wurde im Verlauf der Jahrhunderte bestimmt durch das Maß, in dem sie einbezogen war ins Verkehrssystem der Alten Welt. Schon im vorislamischen Orient war — jenseits des bunten, waffenklirrenden Wechsels innerer Auseinandersetzungen — die Tatsache entscheidend, daß die großen Weltverkehrsstraßen vom Abendland zum Fernen Osten über die vorderasiatisch-nordafrikanische Länderbrücke führten. Sie diktierte die Rolle, die dieser Raum im damaligen Rhythmus von Welthandel und Weltgeschehen spielte. Der vordere Orient war verbindend und lebenswichtig eingeschaltet in den Kreislauf des Austauschs von Waren, Wissen und Erfahrung. Das zivilisatorische Niveau von Morgen- und Abendland lag auf gleicher Höhe.

Die großen Verkehrsstraßen der Welt liefen von Ost- und Südostasien zu den Gestaden des östlichen Mittelmeers, wo die großen Umschlagplätze des Welthandels lagen. Von hier führten sie weiter über den Mittelmeerraum zum südlichen Europa.

Der südlichste der großen Verkehrswege hatte Ceylon, den Sammelplatz für Waren im Fernen Osten, zum Ausgangspunkt. Er kreuzte den Indischen Ozean und berührte Aden. Hier gabelte er



sich in eine Karawanenstraße durch die westlichen Küstenstriche der arabischen Halbinsel, die in Syrien ihren Anschluß an den Mittelmeerraum fand, und in einen Seeweg durch das Rote Meer zum Golf von Suez. Von hier wurde nach Durchquerung Ägyptens in Alexandria der Weiterweg zum Abendland gefunden. Unterägypten war auf dieser Route als Umschlagplatz eingeschaltet.

Die mittlere der großen Ost—West-Straßen führte von Ceylon längs der indischen Küste zum Persischen Golf und durch Mesopotamien weiter nach Mittel- und Nordsyrien und Anatolien.

Die dritte Weltverkehrsrouten wurde ausschließlich über Land geführt. Sie verband China über Mittelasien hinweg mit dem nördlichen Iran und fand von hier den Weg ans Schwarze Meer oder an das mesopotamisch-syrische Wegenetz zu den Mittelmeerländern.

Die bevorzugteste dieser Verbindungen war der reine Landweg. Der Karawanenverkehr auf dieser Route wurde zur bedeutendsten Macht- und Lebensquelle der Durchzugsländer, deren Bewohner Abgaben erhoben, Lasttiere vermieteten sowie Wachen und Knechte stellten. Die Bedeutung des islamischen Raums im System des damaligen Welthandels wird sichtbar durch die Tatsache, daß seine Beherrscher nach Belieben die Preise regulieren konnten durch Erhöhung der Abgaben und Zölle und den Verkehr völlig unterbanden, wenn ihnen das aus irgendwelchen Gründen erwünscht und nützlich schien. Daher hob schon früh das Ringen um Besitz und Herrschaft dieses Raumes an, wobei sich abendländische und morgenländische Elemente zum erstenmal maßen. Das fand in den Kämpfen um die verkehrspolitischen Schlüsselpunkte in Mesopotamien und Armenien Ausdruck. Hier wurde in den Auseinandersetzungen zwischen hellenistisch-römischen und später byzantinischen Kräften mit den zoroastrisch-mongolischen Elementen zum erstenmal der große Gegensatz zwischen Abendland und Morgenland lebendig, der Jahrhunderte hindurch die Schicksale der abendländischen Welt bestimmen sollte.

Die Rolle des vorderen Orients war eindeutig, seine Bedeutung feststehend. Er war Vermittler zwischen dem Fernen Osten und Europa, Händler, der kaufte und verkaufte und weder eigene Produktion noch Verarbeitung nötig hatte. An den orientalischen Mittelmeerküsten lagen Jahrhunderte hindurch die Verteilerzentren des Welthandels.

Das wurde nicht geändert durch die Islamisierung des Orients (1). In dessen Verlauf überrannte das arabische Element als Kriegerkaste, nach Überwindung der trennenden Stammesgefühle und be-seelt von einer religiösen Idee, von Innerarabien her die beiden großen, sich in den vorderasiatischen Raum teilenden Reiche. Das byzantinisch-christliche im Nordwesten und das persisch-zoroastri-sche im Nordosten wurden zerstört und islamisiert. Dann wurde über Nordafrika hinweg die Fahne des Propheten bis nach Spanien hineingetragen. Wenig mehr als ein Jahrhundert nach dem Tod des Propheten, im Jahre 750, wurde der verkehrspolitische Brennpunkt im Nahen Osten zum Zentrum des durch den Islam neu-begründeten, räumlich abgesteckten und geistig geprägten Orients. In Bagdad, der Hauptstadt Mesopotamiens, errichtete die Dyna-stie der Abbasiden das Kalifat und behauptete es an diesem ver-kehrsgeschichtlich bedeutsamen Punkt bis zum Jahre 1258. Auch dann gab man diesen Schlüsselpunkt als Sitz der Macht nur widerwillig auf. Und hier, in Bagdad und Mesopotamien, wo die ersten Auseinandersetzungen zwischen Abendland und Morgen-land in vorislamischer Zeit stattgefunden hatten, wo die Interes-sen des Morgenlandes mit denen des Abendlandes seit je zusam-mengeprallt waren, übernahm der Islam die hier überlieferte Feindschaft gegen das abendländische und damit gegen das christ-liche Element. Es war nicht die ursprüngliche religiöse Idee des Islams, die dem Abendland feindlich gegenüberstand. Es waren die Händlerinteressen des Orients, die im Islam ihre religiöse Verbrämung fanden, von den Kalifen als Erben der orientalischen Macht wahrge-nommen wurden und die Feindschaft des Islams dem abendländisch-christlichen Element gegenüber zweckmäßig erscheinen ließen.

In der frühislamischen Zeit gab der vordere Orient keineswegs seine Vermittlerrolle zwischen Abendland und Fernem Osten auf. Abendländische Initiative paarte sich mit orientalischem Händler-interesse, und der Levantehandel blühte weiter.

Das änderte sich erst mit dem Beginn der Kreuzzüge, die in den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Abendlandes und in dem Wunsch, den Levantehandel in abendländische Hände zu spielen, nicht weniger Antrieb fanden als in der religiösen Idee, mit der man diese abendländischen Vorstöße gegen den Orient ausstattete.

(1) Siehe Kartenskizze »Die Islamisierung des Orients« gegenüber Seite 16.

Die ersten Gründungen abendländisch-christlicher Kolonien auf orientalischem Boden fallen in die Zeit der Kreuzzüge. Mit ihnen verfolgte man keineswegs religiöse, sondern vornehmlich kommerzielle Interessen. Die Kreuzfahrer-Staatengründungen sind nichts anderes als ein neuer Versuch, vom Abendland her Ausdehnungspolitik nach dem Orient hin zu betreiben. Man trug dabei der Erkenntnis Rechnung, daß der vorderasiatische Raum die Brücke zwischen Abendland und Fernem Osten ist und seine Beherrschung von kaum abzuwägender Bedeutung. Einer Erkenntnis, die durch die Jahrhunderte hindurch allen Mittelmeer-mächten in ihrer Politik immer und immer wieder die Ziele wies, bis auf den heutigen Tag.

Aber dieser abendländische Versuch, die Händlerposition der islamischen Herren zu erschüttern, schlug fehl. Aus ihrer Vermittlerrolle wurden die Kalifen in Bagdad erst verdrängt durch den Vorstoß der Mongolen, mit dem das Kalifenreich in Trümmer sank. Das Kalifat wurde im Jahre 1258 von Bagdad nach Kairo verlegt, und die wichtigsten Verbindungswege vom Abendland zum Fernen Osten waren durch die Mongolen unterbrochen. Von diesem Zeitpunkt an beginnt der Niedergang des islamischen Orients als Weltmacht.

Diese Entwicklung wurde nicht aufgehalten durch den Zusammenbruch der Mongolenreiche und durch die Gründung des türkischen Großreichs, dem die Kreuzfahrerstaaten zum Opfer fielen. Denn von Stambul aus legten die neuen Herren über den kleinasiatischen Raum hinweg von Anatolien bis Nordafrika eine Barriere der Feindschaft gegen das Abendland, die den Verkehr zwischen Europa und dem Fernen Osten völlig unterband. Die islamische Feindschaft gegen das Abendland begann sich gegen den Orient selbst zu wenden. Denn der orientalisch-islamische Schicksalsraum wurde durch diese Politik nicht nur fremden Einflüssen und Begegnungen gegenüber isoliert, sondern eigenwillig herausgelöst aus dem Wirtschaftszusammenhang der Alten Welt und in ein Alleinsein verbannt, das den Niedergang in jeder Hinsicht zur Folge hatte.

Die Vermittlerrolle im Welthandel, die dem islamischen Orient zur Zeit der Bagdader Kalifen die Bedeutung gesichert hatte, war ausgespielt. Der Verkehr wurde zwangsweise auf andere Wege

verwiesen. Und dieser Weg wurde im Jahre 1498 gefunden durch die Entdeckung der Seeroute nach Indien um das Kap der Guten Hoffnung. Damit war die Weltmacht des islamischen Orients endgültig aus den Angeln gehoben. Der Küstenraum im östlichen Mittelmeer war zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, und die islamische Welt hatte ihre Geltung als Durchgangsraum verloren. Die fruchtbaren Berührungen zwischen Abendland und Morgenland waren für Jahrhunderte unterbunden.

Abgesperrt vom Fluß geistigen und wirtschaftlichen Austauschs, überflüssig im Organismus der Alten Welt, zurückgedrängt in eine verhängnisvolle Isolierung, begannen die islamischen Völker in jene Starre zu verfallen, die jede Weiterentwicklung hemmte und durch die langsam das Niveau der Zivilisation im Vergleich zu der des Abendlandes sank. So bildete sich jene zivilisatorische und wirtschaftliche Überlegenheit des Westens heraus, die bei der Jahrhunderte später erfolgenden Wiederbegegnung zwischen Abend und Morgen verhängnisvoll werden sollte und zur völligen politischen Auflösung des islamischen Orients führte.

\*

Diese Wiederbegegnung zwischen Abendland und Morgenland wurde eingeleitet durch den Zug Napoleons nach Ägypten, der keineswegs durch Eroberungsabsichten im Nahen Osten, sondern durch das wiedergewonnene Erkennen von der Bedeutung des islamisch-orientalischen Raums bestimmt war. In Ägypten sah Napoleon die erste wichtige Station auf dem Weg nach Indien, wo er das verhaßte England tödlich zu treffen hoffte. Zum erstenmal seit Jahrhunderten hatte man in Europa wieder die Bedeutung des Nahen Orients als Landbrücke zum Fernen Osten erkannt und diese Erkenntnis zum Gesetz politischen Handelns gemacht. Diese von Napoleon demonstrierte Erkenntnis übernahmen die Engländer nach seinem Abzug aus Ägypten, um sie nicht mehr zu verlieren. Die Besetzung Adens im Jahre 1839, die Perims im Jahre 1857 durch englische Truppen sowie die englische Einflußnahme an den südarabischen Küsten und auf Sokotra in den folgenden Jahren sind vom gleichen Erkennen diktiert, lange vor Planung und Bau des Suezkanals.

Schon vor Durchstechung der Landenge von Suez hatten die

Engländer Pfeiler und Bogen ihrer Indienbrücke über Ägypten hinweg gebaut, das Land am Nil zu einem Durchgangspunkt des Weltverkehrs gemacht und damit zum erstenmal seit Jahrhunderten wieder den Nahen Osten in das System der Welthandelsstraßen eingebaut. Im Jahre 1840 hatte man in London die drei großen englischen Schiffahrtsgesellschaften, die »Peninsular Company«, die die Schiffahrt von England durch das Mittelmeer nach Ägypten betrieb, und die »East India Steam Navigation Company« zusammen mit der »Eastern Steam Navigation Company« zur »Peninsular and Orient Line«, der heutigen »P. & O.«, zusammengeschlossen und damit die englischen Schiffahrtsinteressen vom Mutterland zum Mittelmeer einerseits und vom Roten Meer zum Indischen Ozean andererseits vereinheitlicht. Zwischen diese Verkehrslinien war die »Egyptian Transit Co.« geschaltet, die Umschlag und Transport der Güter in Ägypten besorgte und damit die Landlücke auf der neuen Indienroute schloß. Während der Regierungszeit des fremdenfeindlichen Abbas und des ihm folgenden franzosenfreundlichen Said, der Lesseps die Suezkanal-Konzession gewährte, wurde zwar dieser von England neu geschaffene Weltverkehrsweg durch die Auflösung der »Egyptian Transit Co.« noch einmal unterbrochen, aber mit der Eröffnung des Suezkanals war er auf rein maritimer Grundlage wiederhergestellt. Damit war die neue raumpolitische Weltbedeutung Ägyptens endgültig gesichert. Sie wurde von den Engländern klar erkannt. Während es den Franzosen als den Erbauern des Suezkanals, wie ihre Politik in den folgenden Jahren bewies, nur um die mathematisch kürzeste Verbindungslinie ging, würdigte London den Wert Ägyptens als den einer strategischen Stellung und suchte das Land unter seinen politischen Einfluß zu bringen. Dieser englische Versuch triumphierte im Jahre 1882 in der Okkupation Ägyptens durch englische Truppen, die sich ungehindert im Schatten französischer Kriegsschiffe vollzog. In den fünf Jahrzehnten, die diesem Schicksalsjahr folgten, entwickelte England systematisch in Ägypten den Schnittpunkt eines neuen Weltstraßensystems.

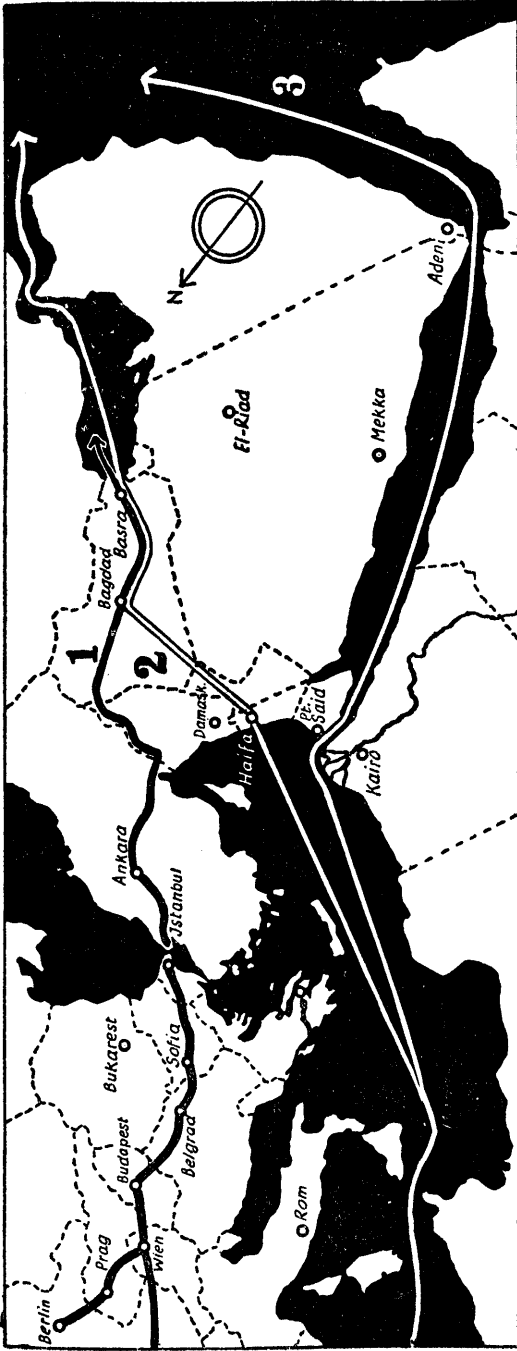
Mit der Eröffnung des Suezkanals, durch den die alte maritime Verkehrsstraße vom Fernen Osten zum Abendland in ihrer Bedeutung und Linienführung endgültig wiederhergestellt und belebt wurde, wuchs automatisch die Bedeutung der Anliegerstaaten

dieses Weges. Nicht nur die Ägyptens, sondern auch die der Roten-Meer-Länder an der arabischen und afrikanischen Küste. Die Bedeutung Ägyptens und der Sudanländer sollte noch erhöht werden durch den Ausbau der zweiten großen Linie im Netz der Weltstraßen, die England auf der Kap—Kairo-Route entwickelte. Um die Jahrhundertwende wurde im islamischen Raum durch die Eroberung des Sudans unter Kitchener in den Jahren 1896 bis 1898 ein wichtiges Bindeglied sichergestellt.

\*

Wenige Jahre nachdem die südlichste der alten Weltverkehrsstraßen, der Seeweg nach dem Fernen Osten und seinen Rohstoffländern, wiederhergestellt war und binnen kurzer Frist eine ungeahnte Bedeutung erlangte, zur Zeit, da England die Kap—Kairo-Route aufzubauen begann, wurde der nahöstliche Raum auch in seinem vorderasiatischen Abschnitt wieder ins Weltstraßensystem eingegliedert. Vorderasien wurde in das kontinentale Ausdehnungssystem Mitteleuropas einbezogen. Neben der bedeutsamen maritimen Weltverkehrsstraße durch den Suezkanal wurde von Mittel- und Südosteuropa her die kontinentale Weltstraße neu entwickelt, die durch Anatolien und Mesopotamien den Persischen Golf erreichen sollte.

Im Zug dieser kontinentalen Weltstraße wurde zunächst der Anschluß Istanbuls an das damals im Aufbau befindliche mitteleuropäische Eisenbahnnetz gesichert. Treibende Kraft in diesem Bemühen war Großwesir Ali Pascha, auf dessen Vorschlag im Jahre 1868 ein Vertrag zwischen der osmanischen Regierung und einer belgischen Gruppe unter Führung des Bankhauses Van der Elst & Co. zustande kam, in dem sich das belgische Konsortium verpflichtete, eine Transbalkanbahn zu bauen. Aber die belgische Gruppe brach bald auseinander, und die Hohe Pforte beauftragte ihren Arbeitsminister, in Europa erneut Verhandlungen über die Transbalkanbahn zu führen. Es kam zu einem neuen Vertragsabschluß, und der belgische Baron Hirsch verpflichtete sich, die Bahn gegen Zahlung einer jährlichen Betriebsrente von 14000 Franken pro Kilometer zu bauen und zu betreiben. Der Bankier brachte zur Finanzierung des Bahnbaues eine heute noch bestehende Prämienanleihe heraus, die unter der Bezeichnung



*Der Nabe Osten als Brückenraum — Die Weltstraßensysteme*

1. Transkontinentales Weltstraßensystem über den Balkan, durch Anatolien und Mesopotamien zum Iranischen Golf.  
(Von Deutschland entwickelt.)
2. Landweg nach Indien. (Von England angestrebt.)
3. Maritime Weltstraße durch den Suez-Kanal und durch das Rote Meer nach Indien und Ostasien. (Von England kontrolliert.)

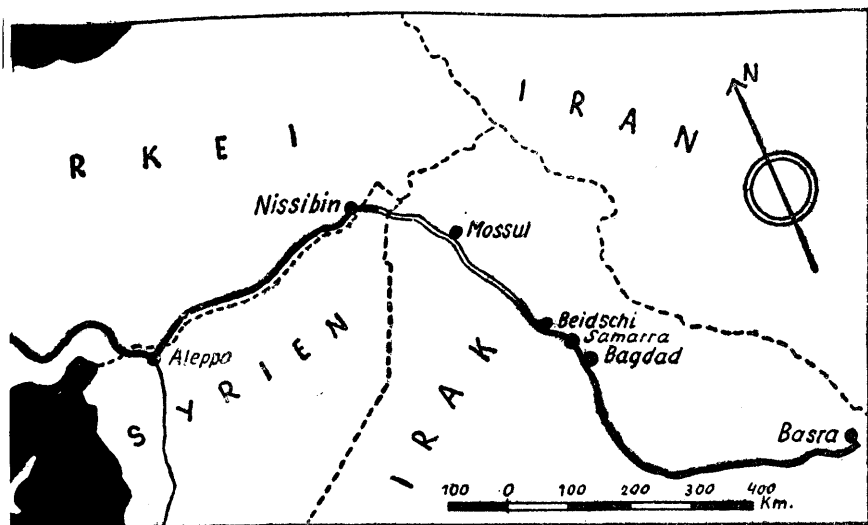


Die Transbalkanbahn, Trans-

»Türkenlose« bekannt geworden ist. Wenig später verkaufte er die ihm von der Pforte erteilte Betriebskonzession für die Trans-Balkan-Bahn an die Österreichische Südbahn A.-G. Nachdem der erste Abschnitt der Türkenlose, 750000 Stück zu je 400 Franken, untergebracht war, begann man mit der Bauausführung.

Da brach der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 aus, und der Bahnbau wurde, kaum begonnen, wieder unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Bauarbeiten wurde die Bahn in ihrer Netzlänge, die ursprünglich auf 2000 Kilometer festgelegt war, auf 1260 Kilometer beschränkt. Baron Hirsch baute die Bahn nicht mehr auf eigene Rechnung weiter, sondern auf die der türkischen Regierung unter Verzicht auf einen Teil der Betriebsgarantie. Die Bahn war also Eigentum des Türkischen Staates, der die Betriebsführung endgültig der Österreichischen Südbahn A.-G. übertrug. Diese Regelung wurde im Jahre 1872 getroffen. Drei Jahre später war der Bahnbau vollendet. Auf die verschiedenen Teilstrecken entfielen folgende Kilometer: Istanbul—Edirne 318 km, Edirne—Philippopel und Sarambei—Bellovo 243 km, Tirnova—Jamboli 106 km, die bosnische Strecke 106 km, Edirne—Dedeagatsch 149 km, Saloniki—Üsküb 244 km und Üsküb—Mitrowitz 119 km.





*anatolien- und Bagdadbahn.*

Dieses Netz der sogenannten Orientbahn wies eine Reihe erheblicher Mängel auf. Da im Bauvertrag, ohne daß eine feste Linienführung vereinbart, für jeden Kilometer Bahnbau eine bestimmte Summe ausgesetzt war und somit an jedem Kilometer eine bestimmte Summe verdient wurde, hatte man zahlreiche »Verdienstkurven« in die Strecke eingebaut, und zeitgenössische Spötter behaupteten, eine jede Kurve der Orientbahn sei eine Villa des Barons Hirsch wert.

Nach Vollendung des Bahnbaues in seinen ersten planmäßigen Abschnitten brach der Russisch-Türkische Krieg aus. In seiner Folge kam es zum Neuerstehen der Balkanstaaten. Diesen, insbesondere Bulgarien, wurde im Berliner Vertrag die Verpflichtung auferlegt, den Weiterbau der Transbalkanbahn bis zum Anschluß an das europäische Bahnnetz zu betreiben. In einem Eisenbahnabkommen vom 9. Mai 1883 wurden diese Abmachungen in ihren Einzelheiten festgelegt.

Mittlerweile hatten sich die Beziehungen zwischen Baron Hirsch und der türkischen Regierung infolge dunkler Manipulationen des Barons verschlechtert, und der Weiterbau der Trans-Balkan-Bahn auf türkischem Hoheitsgebiet wurde einem Konsortium unter

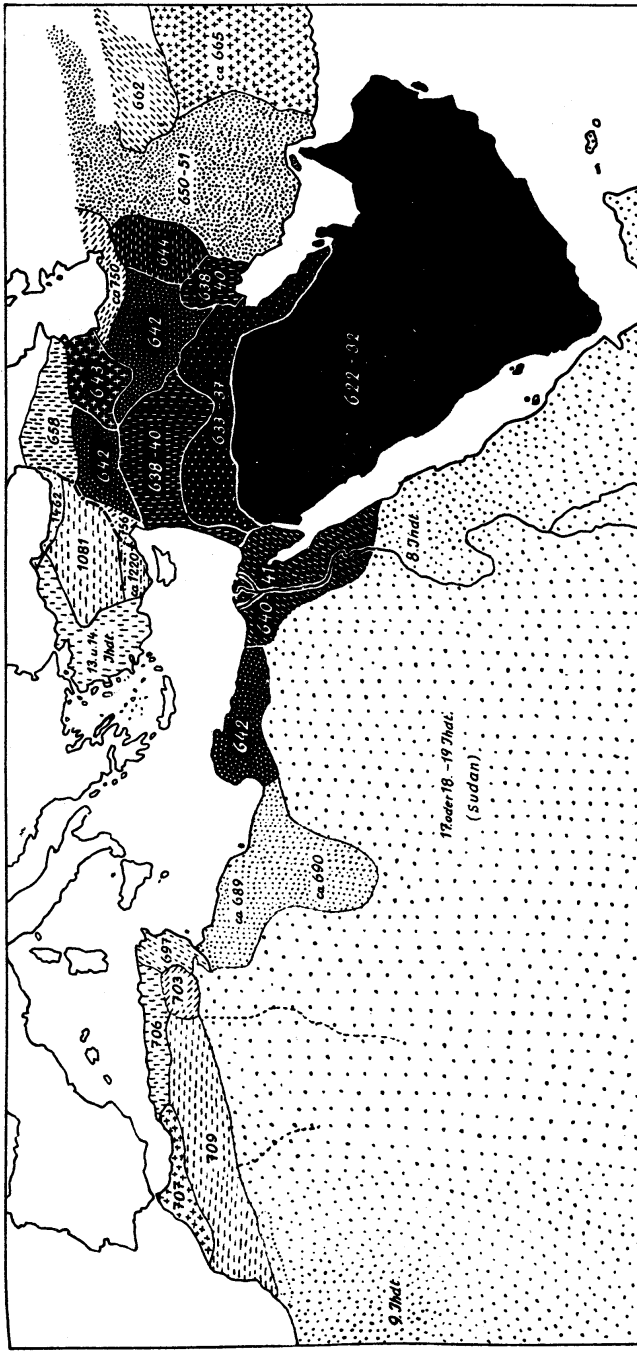
Führung der Osmanischen Bank übertragen. Baron Hirsch zederte seine Forderungen gegenüber der türkischen Regierung an die Deutsche Bank und an eine Reihe österreichischer Banken, die inzwischen schon bei der Finanzierung der anatolischen Eisenbahnen Beitrag geleistet hatten. Damit war zum erstenmal deutsches Kapital in entscheidendem Ausmaß an dem Ausbau des von Mitteleuropa her entwickelten kontinentalen Weltstraßensystems beteiligt. Aber diese Beteiligung sollte nur ein Anfang sein.

Im Jahre 1888 war der Anschluß der türkischen Hauptstadt an das mitteleuropäische Verkehrsnetz vollzogen. Die erste Etappe der großen Kontinentalstraße, der nun die Stoßkraft der deutschen Politik zu folgen begann, war vollendet. Die Orientbahnen im Balkan, an denen die Deutsche Bank maßgeblich beteiligt war, schufen die Grundlage zur Weiterentwicklung der Transkontinentalstraße auf anatolischem Boden. Es kam zum Bau der anatolischen Eisenbahnen, die in den Jahren 1873 bis 1906 entstanden.

Im Jahre 1873 hatte die türkische Regierung die Bahn Haidar-Pascha—Ismid—Eskischehir in eigener Regie zu bauen begonnen. Sieben Jahre später ging diese Bahnlinie, das Anfangsstück der anatolischen Transitbahn, in Privathand über und kam im Jahre 1888 in den Besitz der Deutschen Bank. Im Jahr 1896 wurde mit dem Weiterbau der Transanatolischen Bahn auf der Strecke Eskischehir—Konia und im Jahre 1905 mit der Etappe Konia—Bulgurlu begonnen. Bis zum Jahre 1913 endlich wurde das Endstück der Anatolischen Bahn, die Strecke Bulgurlu—Aleppo, mit Ausnahme eines Tunnels, fertiggestellt.

\*

Waren bis zu diesem Punkt das maritime Weltstraßensystem Englands durch den Suezkanal und das kontinentale Deutschlands durch den Balkan und Anatolien nebeneinandergelaufen, so begannen sich nun, da in der Linie der großen Kontinentalstraße der Abschnitt der Bagdadbahn in Angriff genommen wurde, die beiden zu überschneiden und gegeneinander zu richten. Denn sie hatten zwar getrennte Linienführungen, aber das gleiche Endziel, und beide schalteten den Nahen Osten als Bindeglied wieder in das Weltverkehrssystem ein. Und das Gegeneinander-Gerichtetsein bei-



Allislam 17

## Die Islamisierung des Orients

[nach Banse]

622—32 zu Mohammeds Lebzeiten. 633—756 durch die Araber. 1081—1462 durch die Türken [nur in Kleinasien westlich der Linie-----].

Die Ziffern bedeuten die Zeit, von der an die Bevölkerung des bezeichneten Landes zum größten Teil sich zum Islam bekannte. Sie fallen mit den Jahreszahlen der ersten [vorübergehenden] arabischen Eroberung zusammen in Syrien, Mesopotamien, Iran [ohne Tabaristan], Südarmenien, Aegypten und Barka.

der Weltstraßen, das mit dem Bau der Bagdadbahn anhub, sollte zu folgenschwerem Zusammenstoß im Weltkrieg führen.

Aber nicht nur mit dem englischen Seeweg durch den Suezkanal kam die von Deutschland entwickelte transkontinentale Straße in Konflikt. Sie wurde in ihrer Entwicklung nicht weniger mißtrauisch von Rußland verfolgt, nachdem der Beschluß, die Bagdadbahn zu bauen, bekannt war. Denn der russische Expansionstrieb mit dem Druck von Norden zielte auch auf den Persischen Golf als Endpunkt. Und in Petersburg sah man die östlich der Bagdadbahn gelegenen Gebiete, Armenien, Kurdistan und Persien, als Domänen eigener Wünsche an und durch den deutschen Vorstoß zum Persischen Golf bedroht.

Frankreich, das in Nordsyrien und Zilizien erhebliche Interessen hatte, wurde ebenfalls durch das Bagdadbahn-Bauprojekt alarmiert.

Es zeigte sich in diesen Spannungen zwischen den Weltmächten, die durch Erschließung und Überbrückung im Nahen Osten hervorgerufen worden waren, eindeutig, wie sehr die islamische Welt ihre Bedeutung als Raum nach Jahrhunderten des Abseitsliegens wiedergewonnen hatte.

Vor allem konnte keine der drei durch die deutschen Baupläne aufgeschreckten Mächte übersehen, daß der Bagdadbahnbau zu einer Fessel des Zusammenhaltes in dem langsam zerbröckelnden islamischen Großreich werden mußte, dessen Erbe man schon seit Jahrzehnten bereit war in Asien anzutreten, so wie man es in Nordafrika angetreten hatte. Dazu kam, daß durch die Bahn der englische Einfluß, der vom Persischen Golf her das Osmanische Reich an seiner südöstlichen Peripherie, in Mesopotamien, zu zersetzen begann, zurückgedrängt werden mußte und daß die panislamische Politik Abdul Hamids durch die Vollendung einer Bahn bis zum Gestade des Persischen Golfes bedenklich nahe an die indischen Moslemin herangetragen wurde, die, wie keine anderen der Welt, im Sultankalifen die gottgewollte Autorität sahen. Außerdem kreuzte die Bagdadbahn die damals schon bekannten Ölfelder von Mossul und kam in ihrem Endpunkt sehr nahe an die englischen Erdölkonzessionsfelder in Südwestpersien heran. Erdöl aber war von steigender Bedeutung. Also ließ England alle Minen springen, um bei der Hohen Pforte die Vollendung der transkon-

tinentalen Verbindung von Mitteleuropa nach Indien und zum Fernen Osten zu verhindern.

Trotzdem — nach vergeblichen Verständigungsversuchen mit England — begann die Deutsche Bank unter Führung von Helfferich den Bahnbau von Süden her, von Bagdad aus. Die praktische Inangriffnahme des Projektes schien London verständigungsbe-reiter zu machen. Man setzte sich an den Verhandlungstisch und suchte die gegenseitigen Interessen im nahöstlichen Spannungsfeld abzustecken. Auf deutscher Seite wurden die Verhandlungen von dem damaligen Botschaftsrat in London, Richard von Kühlmann, geführt. Und nachdem die türkische Regierung dem rivalisierenden England und Frankreich in Anatolien und Syrien bedeutende Konzessionen gewährt hatte, kam im Jahre 1914 ein Protokoll zustande, in dem die englischen Interessen am Persischen Golf und in Mesopotamien gesichert wurden, so daß die Möglichkeit einer gemeinsamen Entwicklung der kontinentalen Weltstraße von Mitteleuropa zum Persischen Golf möglich schien. Da fielen die Schüsse von Sarajewo, und der Kriegsausbruch machte die kaum geeinten Rivalen auch im nahöstlichen Raum wieder zu erbitterten Gegnern.

Bei Ausbruch des Weltkriegs war der Schienenweg der Bagdadbahn von Bagdad her etwa 60 Kilometer gen Norden bis zur Station Istalabut fertiggestellt. In den ersten Kriegsmonaten wurden dann noch weitere 60 Kilometer Schienen verlegt, bis zur Station Samarra, einem kleinen schiitischen Wallfahrtsstädtchen. Vom Norden her war die Bahn nach Fertigstellung des Taurus-Tunnels in Richtung Mossul bis Nissibin vollendet. Es klaffte also noch eine Lücke zwischen Nissibin und Samarra, etwa 450 Kilometer breit. Da unterbrach der Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem mesopotamischen Kriegsschauplatz den Weiterbau. Bagdad fiel in die Hände der englischen Truppen. Auf ihrem Rückzug gen Norden suchte die deutsch-türkische Armee durch Sprengung der Wasserversorgungsanlagen die Bahn für den nachrückenden Feind unbrauchbar zu machen. Dennoch setzten die Engländer nach Eroberung des nördlichen Mesopotamiens den Bahnbau fort und verlegten in Basra vorgefundenes Schienematerial über weitere 110 Kilometer bis zur Station Beidschi, am Fuß des Dschebel Hamrin, etwa 210 Kilometer nördlich von Bag-

dad. Dieses englische Bemühen wurde stärker durch strategische Augenblicksinteressen bestimmt als durch den Willen, die kontinentale Weltstraße in eigener Regie weiterzubauen. Daß eine solche Absicht keinesfalls vorlag und daß man die transkontinentale Straße mit dem Endziel am Persischen Golf noch immer als gefährlichen Keil in der Flanke der maritimen Weltstraße durch den Suezkanal empfand, zeigte sich im sogenannten Sykes-Picot-Abkommen vom Jahre 1916. In diesem Vertrag regelten Frankreich und England — dieses entgegen anderwärts gegebenen Versprechungen — die Aufteilung des vorderasiatischen Raums für den Fall eines Niederbruchs der Türkei. Darin wurde bestimmt, daß der Bagdadbahnbau in keinem Fall vollendet werden dürfe. Die Zusammenfügung des nördlichen und des südlichen Abschnittes sollte unter allen Umständen verhindert werden.

Aber wieder zeigte es sich, daß wirtschaftliche und verkehrspolitische Forderungen und Notwendigkeiten stärker sind als die Buchstaben willkürlich geschlossener Verträge. Frankreich, als Vertragspartner, war der erste, der gegen diese Bestimmungen des Sykes-Picot-Abkommens verstieß und schon im Jahre 1921, unmittelbar nach Sicherung seiner territorialen Ansprüche in Nordsyrien, daranging, die längs der neuen syrisch-türkischen Grenze laufende Nordstrecke der Bagdadbahn über Nissibin hinaus zu verlängern. Ziel dieses Weiterbaus war Mossul, und jenseits Mossuls sollte der Anschluß an das irakische Bahnnetz, also an den Südabschnitt der Bagdadbahn, gefunden werden.

Der englische Gegenzug auf diese französischen Pläne ließ nicht lange auf sich warten. In seiner Eigenschaft als Mandatsherr und politischer Vormund des jungen Irakischen Staates ließ England die schon bestehende Bahnlinie nördlich Beidschi wegen angeblich mangelnder Rentabilität wieder schleifen.

Aber die Zeit ging voran, und aus dem Mandatsland Irak wurde der von englischen Fesseln freie Irakische Staat. Und die erste Bagdader Regierung, die den Engländern nicht mehr völlig hörig war, gab dem Drängen der nordirakischen Wirtschaftskreise nach und beschloß, die zerstörte Bahn wiederherzustellen und die Lücke der Bagdadbahn zu schließen. Am 20. November 1936 wurden die ersten Schienen zur Verlängerung der Bagdadbahn gen Norden verlegt. Durch diese Verlängerung wird Bagdad mit Tel Kotschek,

dem heutigen Endpunkt der Transanatolischen Bahn, verbunden und damit die transkontinentale Weltstraße von Mitteleuropa zum Persischen Golf und darüber hinaus zum Fernen Osten fertiggestellt.

Diese nach Jahrzehnten des Kampfes der Vollendung entgegengehende Weltverkehrsstraße schien in ihrer Linienführung während der Nachkriegszeit zunächst bedeutungslos, da durch die Zertrümmerung des türkischen Großreiches die innere Verbindung zwischen Bagdad und Ankara abgerissen und der Expansionstrieb Mitteleuropas gen Südosten erlahmt schien. Das hat sich mittlerweile gewandelt. Und die ihrer Vollendung entgegengehende Bahn gewinnt wieder an Bedeutung in dem Maß, in dem man von Mitteleuropa her nach Südosten auf die Balkanstaaten und den Nahen Orient blickt, die Verständigung zwischen der Türkei und dem Irak besser und besser wird und zu enger Freundschaft auswächst. Die Epoche der Fertigstellung des Bagdadbahn-Bauprojektes steht im Zeichen dieser Verständigung und einer wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung Mitteleuropas in der neuen Türkei und im Nahen Osten. Damit gewinnt die große Transkontinentalroute zum Persischen Golf und zum Fernen Osten wieder jene hart umstrittene Vorkriegsbedeutung zurück, auch wenn die politischen Ambitionen des Vorkriegs-Deutschlands, die in den Islam-Reden des Kaisers zum Ausdruck kamen, lange verschwunden sind.

\*

Die Absperrungspolitik der alten Türkei hatte sich während der Jahrhunderte vornehmlich an der Ostküste des Mittelmeers geltend gemacht und hier, längs der Küstenlinie der Levante, eine Barriere zwischen Mittelmeerraum und Mittlerem und Fernem Osten errichtet. Diese Barriere, durch die das dahinter liegende Land raumpolitisch zur Bedeutungslosigkeit herabsank, wurde noch verstärkt durch die natürliche Schranke der schwer überwindbaren Syrischen Wüste, die sich trennend zwischen Mittelmeergestade und Zweiströmland legt. So wird es verständlich, daß, solange das letzte islamische Großreich bestand, wenngleich brüchig und an seinen Peripherien zerbröckelnd, die dritte der alten Weltverkehrsstraßen, die von den östlichen Mittelmeerhäfen nach Mesopotamien und zum Persischen Golf einerseits und zu den irani-

schen, turkestanischen und afghanischen Bergländern andererseits führt, nicht wieder belebt werden konnte.

Zwar bestanden solche Wiederbelebungspläne schon vor dem Krieg und werden durch nichts besser charakterisiert als durch das englische Bemühen, an der syrisch-palästinischen Küste festen Fuß zu fassen, wenngleich damals unter Aufrechterhaltung der Souveränität der Hohen Pforte. Aber schon vor dem Krieg war die Kontrolle der Landbrücke vom Mittelmeer nach Indien das eindeutig zu erkennende und wiederholt zugestandene Ziel der englischen Politik im Nahen Osten. Es konnte erst im Krieg erreicht werden nach Zerschlagung der alten Türkei und nach dem Betrug am Arabertum, dem man die Selbständigkeit seines Lebensraums zugesichert hatte, um es zum Abfall von der Pforte zu bewegen. Erst nachdem diese politischen Voraussetzungen erfüllt waren und nachdem Auto und Flugzeug, die technischen Mittel zur Überwindung der Syrischen Wüste, Verkehrsreife erlangt hatten, erfuhr diese dritte der alten Weltstraßen ungeahnte Wiederbelebung.

Das schon erwähnte Sykes-Picot-Abkommen, durch das das transkontinentale Straßensystem des Vorkriegsdeutschlands zugunsten des englischen »Landwegs nach Indien« endgültig zerstört werden sollte, sah gleichzeitig die Sicherung des englischen Einflusses zwischen Levanteküste und Zweiströmland vor; es fand seine Sanktionierung in den Friedensverträgen von Sèvres und Lausanne und vor allem auf der Konferenz von San Remo, auf der die Länderbrücke von der Palästinaküste über das transjordanische Bergland zum Irak unter englisches Mandat gestellt wurde. Damit glaubte England sein Kriegsziel erreicht zu haben. Der »Landweg nach Indien« schien gesichert, und er verlief in dem Raum, der früher von den uralten Karawanenwegen, die von Ägypten nach Syrien und Mesopotamien führten, überwunden worden war, in dem Raum, in den hinein man schon vor dem Krieg die sogenannte »allbritische Eisenbahn« projektiert hatte, die das Mittelmeer und Ägypten in direktester Linie mit dem Persischen Golf verbinden sollte.

Schon in den neunziger Jahren hatte eine englische Gruppe die Konzession für eine Eisenbahn erhalten, die Haifa mit Damaskus und über die Syrische Wüste hinweg mit dem Zweiströmland zu-



sammenschließen sollte. In entgegengesetzter Richtung aber wollte man den Anschluß über die Halbinsel Sinai hinweg an das ägyptische Eisenbahnnetz und damit an die Kap—Kairo-Route führen. Neben diesem englischen Projekt bestand in der Vorkriegszeit noch ein französisches der »Société Ottomane du Chemin de Fer Damas Hamah et Prolongement«, das eine Verbindung von Tripolis über Homs nach Deir es Sor am Euphrat und durch das Euphrattal nach Bagdad vorsah.

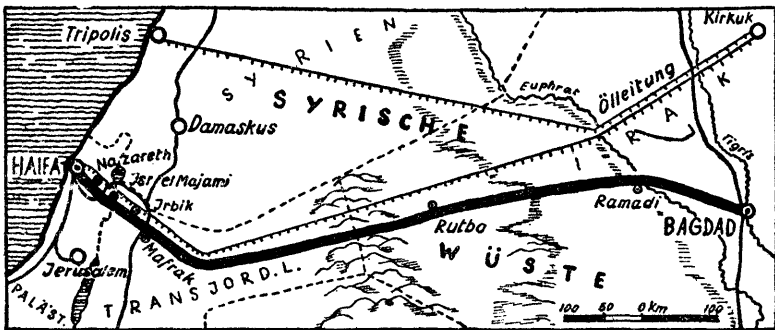
Beide Projekte sind nicht durchgeführt worden, während der Anschluß Haifas über die Sinaihalbinsel an das ägyptische Eisenbahnnetz während der Kriegszeit durch den Bau der Sinaibahn längs der Küste der Halbinsel vollendet wurde.

Dennoch hatte England schon in den Vorkriegsjahrzehnten seine Pläne für einen allbritischen Landweg vom Mittelmeer zum Persischen Golf und nach Indien politisch sorgfältig zu fundamentieren versucht. Das englische Liebeswerben um die syrischen und palästinischen Araber sowie die Verbindungen zu den innerarabischen Stämmen und zum Scherifen von Mekka dienten dem Plan, der den Sturz der türkischen Herrschaft zur Voraussetzung hatte. Seit dem Jahre 1874, seitdem die Königin von England den Titel einer Kaiserin von Indien angenommen hatte, wurden die Pläne einer englischen Landbrücke nach Indien von der englischen Diplomatie mit Zähigkeit verfolgt und entwickelt. Und die englischen Schachzüge gegen die deutsche Bagdadbahn liegen in der Linie dieser Politik, die nach dem Weltkrieg endgültig in der Aufrichtung der Mandate im Nahen Osten zu triumphieren schien. Aber in dem Augenblick, da die politischen Voraussetzungen für die technischen Vorkriegsprojekte gegeben schienen, waren diese überholt durch den Siegeszug des Automobils, das als ein den Raum schnell überwindendes Verkehrsmittel für Personen- und Frachttransport konkurrierend neben die Eisenbahn trat.

Der Beschluß der englischen Regierung vom April 1937, zwischen Palästina und Bagdad eine asphaltierte Autostraße zu bauen, ist gleichbedeutend mit dem endgültigen Fallenlassen der Pläne einer »allbritischen Eisenbahn«.

Schon vor Inangriffnahme des Baus dieser erstklassigen Asphaltstraße, die von Haifa über Nazareth nach dem palästinischen Grenz-

ort Jisr el Majami und von dort quer durch Transjordanien über Irbik, Mafrak und über die irakische Grenze nach Rutba und Ramadi am Euphrat führen wird, hat sich in den Nachkriegsjahren,



*Plan der projektierten Autostraße Haifa-Bagdad*

von Haifa ausgehend, nach Bagdad hin eine Wüstenstraße entwickelt, die die irakische Hauptstadt auf Tagesfrist ans Mittelmeer rückt. Die Syrische Wüste, die früher nur Kamelkarawanen durchzogen, wurde während des Krieges erstmals von Kraftwagen befahren. Anknüpfend an diese Versuche, schufen dann die Engländer im Jahre 1923 den ersten regelmäßigen Kraftwagendienst zwischen Damaskus und Bagdad. Es waren die Neuseeländer Brüder Nairn, die auf der Strecke ihre heute noch unübertroffenen Pullman-Omnibusse einsetzten. Sie benutzten keine Straße, sondern fuhren über den harten Steppenboden, der sich freilich während der Regenzeit häufig in Morast auflöste, was zu weiten Umwegen und stunden-, ja tagelangen Verspätungen zwang. In späteren Jahren wurde dann dieser von den Verkehrspionieren entwickelte Weg in seinen schwierigen Strecken provisorisch ausgebaut. Bald wird er nun durch eine moderne Autostraße ersetzt sein, über die hinweg Bagdad von der Mittelmeerküste in zwölf Stunden erreichbar sein wird, während früher eine Karawane drei Wochen brauchte.

Von Bagdad aus bestehen heute schon erstklassige Verkehrsverbindungen zum Persischen Golf einerseits und zum iranischen Hochland andererseits. Teheran, die Hauptstadt Irans, ist somit auf kürzester Route mit dem Mittelmeergebiet und mit Europa ver-

bunden. Ostwärts aber ziehen von hier aus die alten, mittlerweile zu Autostraßen ausgebauten Karawanenwege nach Turkestan, Afghanistan, Belutschistan und Indien. Und wer heute auf diesen Straßen bis tief nach Mittelasien hineinreist, der erlebt, daß der Verkehr darauf nicht unterbrochen ist

So wurde Haifa der persische Hafen am Mittelmeer und die Mündung der innerasiatischen Handelswege zur Welt. Aber nicht nur in der Richtung vom Inneren zur Küste gewinnt diese dritte der wiederbelebten alten Verkehrsstraßen, die den islamisch-orientalischen Schicksalsraum vielleicht am stärksten umspannt, an Bedeutung — auch in umgekehrter Richtung erschließt er dem abendländischen Export morgenländische Märkte, die bisher russische Domäne waren und Jahrhunderte hindurch nur durch das südrussisch-asiatische Verkehrsnetz erschlossen wurden.

\*

Bei keiner Gelegenheit aber fand die wiedererstandene Raumbedeutung der islamischen Welt besser und eindeutiger ihre Bestätigung als beim Aufbau des Luftverkehrs von Europa zum Fernen Osten und nach Zentral- und Südafrika. Im Rahmen des sich entwickelnden transkontinentalen Luftverkehrs wurde Unterägypten zu einem Knotenpunkt erster Ordnung, wie er nicht noch einmal in der Welt zu finden ist. Englische, französische, holländische, italienische und deutsche Fluggesellschaften waren es, die hier in den Nachkriegsjahrzehnten Pionierdienste leisteten und von Europa her über die Levante hinweg gen Osten und Süden Verbindungen schlugen, die heute im Postverkehr schon den maritimen Linien durch den Suezkanal den Rang ablaufen. Die islamischen Länder wurden Pfeiler für den Luftpostverkehr nach Indien, nach Australien, nach dem Fernen Osten und nach Südafrika (1).

In den ersten Jahren nach dem Krieg waren es Flugzeuge der »Royal Airforce«, die die englische Armeepost von den östlichen Mittelmeerhäfen und Ägypten über die Syrische Wüste hinweg nach Mesopotamien brachten. Aus diesen spärlichen und improvisierten Anfängen heraus entwickelte die im Jahr 1924 gegründete eng-

(1) Siehe die Karte »Die Hauptstrecken der Luftverkehrsgesellschaften« am Ende des Buches.

liche Luftverkehrsgesellschaft »Imperial Airways Ltd.« die erste große transkontinentale Luftroute, die von London nach Indien führte und für die im Jahre 1929 erstmals ein regelmäßiger Flugplan aufgestellt wurde. Im Jahre 1935 wurde die Strecke über Indien hinaus bis nach Australien verlängert und zweimal wöchentlich befliegen. Seit Sommer 1937 bewältigen die auf der Strecke eingesetzten Flugboote die Entfernung London—Kairo in 36 planmäßig festgelegten Stunden, erreichen in weiteren 48 Stunden Indien, am sechsten Tag nach dem Abflug von London Singapur und am achten Tag Australien. Brisbane ist der Endpunkt dieser imperialen Linie, die dort an die australischen Linien ihren Anschluß findet.

In Alexandria zweigt von dieser Indien- und Australienroute die Südafrikaroute ab, die seit 1936 ebenfalls zweimal wöchentlich befliegen wird. Auf dieser Linie erreicht man am siebenten Tag nach dem Abflug von London Johannesburg.

Auch die französische Flugverkehrsgesellschaft, die »Air France«, hat im Rahmen ihres Verkehrsnetzes eine bedeutsame Verbindung über den nahöstlichen Raum hinweg nach Indochina geschaffen. Die Strecke führt von Marseille über Italien und Griechenland nach Tripolis in Syrien und von dort weiter nach Bagdad, Buschir und Karachi. Dann quer über Britisch-Indien hinweg nach Rangun, Bangkok, Saigon und Hanoi in Französisch-Indochina.

Zu den Engländern und Franzosen gesellen sich die Holländer, deren Luftverkehrsgesellschaft, die »Koninglijke Luchtvaart Maatschappij«, kurz KLM. genannt, zweimal wöchentlich ihre Flugzeuge vom Haag aus auf den Weg nach Niederländisch-Indien schickt. Diese Flugzeuge nehmen den Weg über Athen, Alexandria, Bagdad, Basra, Karachi, Jaipur, Allahabad, Kalkutta, Rangun, Penang, Singapur nach Batavia und Bandung. Hier findet die Route ihren Anschluß an die Linien der Niederländisch-Indischen Luftverkehrsgesellschaft.

Eine Route der italienischen Gesellschaft »Ala Litoria« führt von Italien über Ägypten nach Italienisch-Ostafrika, und die »Deutsche Lufthansa« bereitet eine große Ostasienstrecke in der Linienführung von Berlin über Athen, Rhodos, Haifa, Bagdad, Teheran, Kabul nach China vor.

Zu diesen großen West—Ost-Strecken der verschiedenen Ge-

sellschaften kommen zwei große Nord—Süd-Linien, die zunächst aus politischen Gründen noch im Leeren enden und den Anschluß an die West—Ost-Routen noch nicht gefunden haben, aber für die der islamische Raum auch einmal Kernstück sein wird. Es handelt sich um die zwischen Moskau, Tiflis und Kabul beflogenen Linien.

Auch der nordafrikanische Sektor der islamischen Welt, der bis zur Entwicklung des transkontinentalen Auto- und Luftverkehrs nur Bedeutung als Küstenraum hatte, ist nun Brücke nach Zentralafrika geworden. Wie in der Syrischen Wüste, so durchqueren auf zwei Linien französische Omnibusse von Algier her die Sahara und finden in wenigen Tagen ihren Weg ins tropische Innerafrika. Zu diesen Autolinien kommen zwei Flugverbindungen, eine der »Air France«, die von Marseille über Algier und die Sahara nach Französisch-Äquatorialafrika führt, und eine zweite belgische von Brüssel zum belgischen Kongo.

Dieses transkontinentale Flugnetz über den Nahen und Mittleren Osten hat zweifellos vorerst noch seine beschränkte Bedeutung. Denn das Flugzeug wird auch im Laufe seiner technischen Fortentwicklung nie mit der Eisenbahn und sicherlich auch nie mit der Schifffahrt auf den großen maritimen West—Ost-Routen konkurrieren können. Aber wir stehen grundsätzlich in einer Epoche revolutionärer Verkehrswandlung, und die Entwicklung des Luftverkehrs im Verlauf der letzten Jahrzehnte spricht für sich selbst. Wo man vor zehn Jahren noch einmotorige Flugzeuge, die kaum Platz für vier Passagiere boten, auf fahrplanlose, abenteuerliche Reise schickte, da verkehren heute planmäßig Riesenflugboote für dreißig Passagiere und mit mehreren Tonnen Postfracht. Es kann kein Zweifel bestehen, daß binnen Kürze der gesamte Briefpostverkehr auf weite Strecken nur noch von Flugzeugen geleistet wird. Ein Anfang dieser Entwicklung wurde im Sommer 1937 durch das Empire-Luftpostabkommen gemacht, in dessen Folge im Rahmen des Britischen Empire die gesamte Briefpost vom Mutterland zu den Dominien, Protektoraten und Kolonien und in umgekehrter Richtung ohne Luftpostaufschlag mit Flugzeugen befördert wird. Diesem Abkommen sind eine Reihe der souveränen islamischen Staaten beigetreten, und Ägypten beispielsweise bekommt dadurch eine tägliche Luftpostverbindung nach Mittel- und Westeuropa.

Was dem Flugzeug an Massenbeförderungsmöglichkeit abgeht, hat es an Schnelligkeit voraus, und dieses Moment ist wesentlich im Orient, dessen Ausdehnung durch den Flugverkehr gleichsam verkleinert wird und der somit seinen Bewohnern als Einheit stärker denn je bewußt wird. Entfernungen, die früher von Karawanen auf schier endlosem Weg von Horizont zu Horizont in Wochen und Monden durchschritten wurden, werden heute in Stunden überwunden. Der transkontinentale Flugverkehr hat die Raumgrößen und Raumordnungen hier völlig verändert und die natürlichen Verkehrsschranken — Gebirge und Wüsten — spielend hinweggeräumt.

\*

Nicht weniger bedeutungsvoll als die sich seit Jahrzehnten vollziehende Wiedereinschaltung der islamischen Welt in den Strom des Verkehrs ist die innere Erschließung innerhalb der neuen nahöstlichen Staaten und die Entwicklung der Verbindungen dieser Staaten untereinander.

Legt man eine Verkehrskarte Vorderasiens von der Jahrhundertwende neben eine solche von heute, so offenbart sich auf den ersten Blick, was sich hier wandelte, vor allem seit dem Zeitpunkt, da das Automobil seinen Siegeszug angetreten hat.

Aus der Abhängigkeit vom Raum kamen die islamischen Staaten binnen weniger Jahre zu einer Beherrschung, wie man sie vor zwei Jahrzehnten kaum zu erhoffen wagte. Das wurde bedeutsam. Denn in Gebieten mit zerstreuter Besiedlung, in denen die Lebenszentren durch schwer überwindbare Gebirge oder wasserlose Wüsten und Steppen voneinander getrennt sind, ist die Raumbeherrschung Voraussetzung für eine sichere Fundamentierung der Staatsgewalt, für eine organische Verflechtung der Wirtschaft und für politische und ökonomische Zusammenarbeit benachbarter Staaten. In den islamischen Vorkriegsreichen, der alten Türkei und Persien, lebten die Menschen innerhalb der Staatsgrenzen oft weltenfern voneinander, und je weiter eine Provinz an der Peripherie der Reiche lag, um so mehr war sie Herd der Separation und der Unbotmäßigkeit, um so stärker war in den Menschen der natürliche Widerstand gegen die Zentralgewalt entwickelt. Über die Grenzen der engeren Heimat hinweg reichten weder Ge-

danken noch Interessen. Und so es sich nicht um Küstengebiete handelte, gab es keinen Anschluß an die großen Weltverkehrswege und damit keinen Anschluß an Weiterleben, Weltgeschehen, an Fortschritt und Entdeckung, ja nicht einmal an Weltentscheidungen, die das eigene persönliche oder völkische Schicksal bestimmten. Entscheidungen fielen auch damals schon schnell und schicksalsschwer, aber bis die Kunde davon über weglose Wüsten, Steppen und Gebirge drang, stellte sich mit ihr auch bereits die nicht mehr abzuwehrende Folge ein.

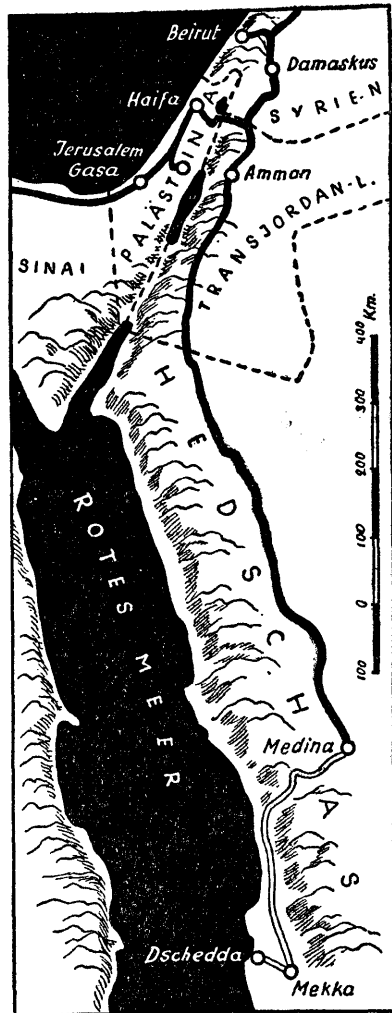
Deshalb zielte schon in der Vorkriegszeit das Bemühen der nahöstlichen Großstaaten auf die Erschließung des eigenen Gebietes. Denn durch die Wiederbegegnung mit der abendländischen Welt und durch die Wiedereinschaltung in den Weltverkehr hatte der islamische Raum Bedeutung erlangt und wurde darum wachsend begehrt und durch den imperialistischen Ansturm des Westens zerbröckelt. Diese Gefahr trieb die islamischen Regierungen zu dem Bemühen, den eigenen Raum zu erschließen und zu kontrollieren. Aber diesem Bestreben waren enge Grenzen gesetzt. Das einzige Schnellverkehrsmittel jener Zeit, dem wirklich die Wirkung der Erschließung und Umklammerung zukam, war die Eisenbahn. Eisenbahnen aber kosten Geld. Und Geld war in den eigenen Kassen nicht vorhanden. Ausländische Geldgeber mußten es bereitstellen. Diese ausländischen Geldgeber aber waren politische Interessenten, denen es darauf ankam, die Grenzgebiete der islamischen Reiche von der Zentralgewalt zu lösen und unter eigene Oberhoheit oder Kontrolle zu bringen. Darum suchten die Geldgeber Eisenbahnbauten zu verhindern oder in ihrer Führung so vorzuschreiben, daß sie dem verfolgten Ziel nicht mehr dienten. So wurden die meisten Bahnen, die in der Vorkriegszeit in der alten Türkei mit Hilfe fremder Anleihen gebaut wurden, Mittel politischer und wirtschaftlicher Versklavung, zudem nur dort verwirklicht, wo es den Geldgebern angenehm war. So blieb der gesamte Osten Anatoliens, auf den Moskau seine begehrliehen Blicke richtete, auf russischen Einspruch hin mit Istanbul unverbunden. Das syrisch-palästinische Eisenbahnnetz, das mit französischem Kapital gebaut wurde, diente vornehmlich der Stärkung des französischen Einflusses an der Levanteküste und trug hier zur Schwächung der türkischen Zentralgewalt bei.

Nur eine Bahn diene wirklich der Raumerschließung im großtürkischen Sinne: die Hedschasbahn. Durch sie sollten die unsicheren und stets zur Rebellion neigenden arabischen Teile der alten Türkei mit dem anatolischen Stammland verbunden werden. Die Hedschasbahn war auch die einzige Bahnlinie, die nicht mit Hilfe ausländischer Mittel gebaut, sondern mit eigenen als Wakf, als religiöse Stiftung, finanziert und in eigener Regie betrieben wurde. Hier fuhren rechtgläubige Heizer und Schaffner die Züge durch die öden Steppen gen Süden zu den heiligen Städten des Islams.

Diese Bahnlinie wurde in den Jahren 1901 bis 1908 erbaut. Sie blieb bei Medina stecken. Die aufgewandte Energie und die Mittel waren erschöpft, und das Werk, das Mekka und seine Hafenstadt Dschedda mit der Hohen Pforte verbinden sollte, wurde nicht vollendet.

Der Plan scheiterte nicht nur an der politischen Intrige Englands, das mit allen Mitteln versuchte, eine Verbindung Istanbuls mit dem Roten Meer zu verhindern, sondern weil es sich bald zeigte, daß den Eisenbahnen in Räumen dünner und oasenhafter Besiedlung die natürliche Rentabilitätsgrundlage fehlt.

Während des Weltkriegs wurde der Südabschnitt der Hedschasbahn von den Engländern zerstört, und nach dem Krieg hatte die



*Die Hedschasbahn von Damaskus nach Medina und in der Projektion weiter nach Mekka und Dschedda.*

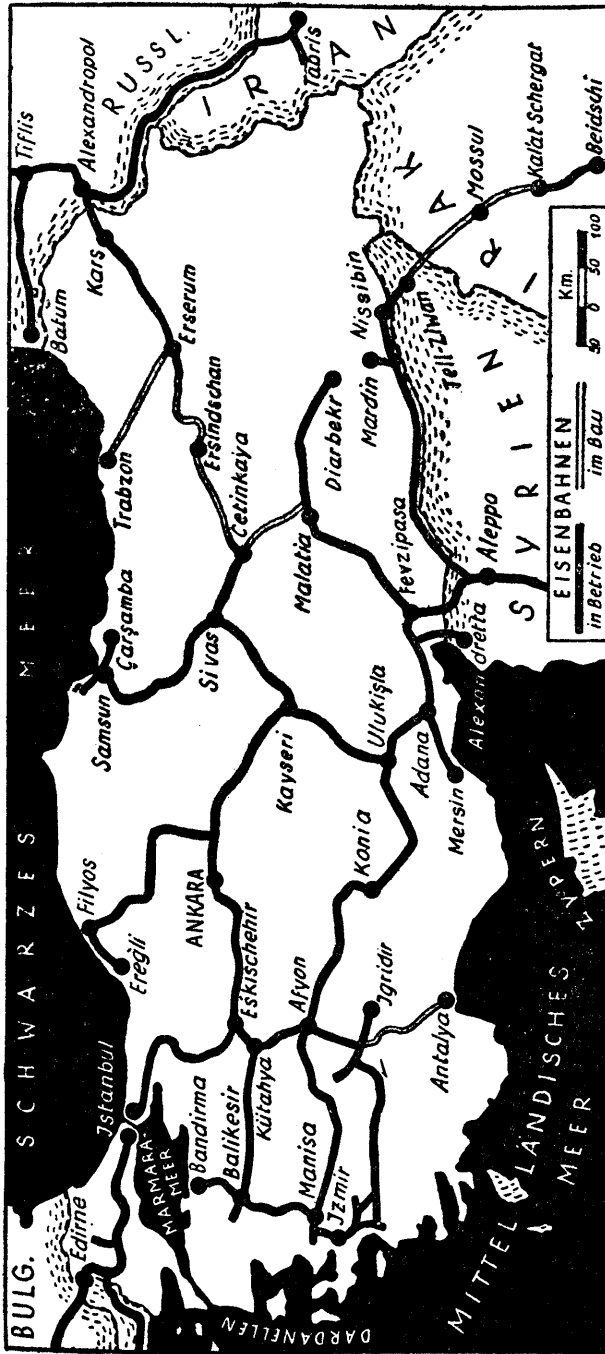


Bahn durch die Zerstückelung der Türkei ihre strategische Bedeutung als Klammer für auseinanderstrebende Landschaften verloren. Dennoch wurde sie nach dem Krieg wieder in Betrieb genommen, obschon der Verkehr verschwindend gering war. Auf dem Nordabschnitt der Bahn zwischen Damaskus und Amman, der Hauptstadt Transjordanien, verkehrte täglich ein Zugpaar, auf dem Südabschnitt zwischen Amman und Maan nur wöchentlich eines. Und in Maan versackte die Bahnlinie im Sand. Die Strecke bis Medina im Machtbereich Ibn Sauds ist nicht mehr betriebsfähig.

Erst das stärker werdende Annäherungsbedürfnis der arabischen Nachfolgestaaten ließ die Hedschasbahnfrage wieder akut werden. Auf den islamischen Weltkonferenzen vom Jahre 1926 in Mekka und 1931 in Jerusalem wurde die Frage ihrer Vollendung und Wiederinbetriebnahme als Wakf ausgiebig erörtert, ohne daß man zu Entschlüssen kam. Bedeutsamer wurde eine Hedschasbahnkonferenz, die im Herbst 1935 eröffnet wurde und an der Vertreter von Syrien, Palästina, Transjordanien und Saudisch-Arabien teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurde festgestellt, daß die auf syrischem, palästinischem und transjordanischem Gebiet befindlichen Teilabschnitte in betriebsfähigem Zustand seien, daß aber der südliche Abschnitt auf saudischem Territorium teilweise zerstört sei. Für die Herstellung dieser Strecke wurden die Kosten auf 200000 Pfunde veranschlagt. Über die Aufbringung dieser Summe wurden keine Entschlüsse gefaßt. Nach dem unbefriedigenden Ergebnis dieser Konferenz verfolgt die saudisch-arabische Regierung den Plan, eine rein mohammedanische Aktiengesellschaft zu gründen, die die Bahn aus dem Besitz der jetzt beteiligten Staaten übernehmen und ihre Fertigstellung bis Mekka und Dschedda durchführen soll. Außer dem saudischen Staat erscheinen Handelskreise in Damaskus an der Wiederherstellung und Vollendung der Bahn interessiert und bereit, die nötigen Kapitalien aufzubringen. Fehlende Mittel wollen ägyptische und irakische Kreise und die religiös besonders aktiven Mohammedaner Indiens aufbringen.

\*

Eine systematische Entwicklung der Eisenbahnverkehrsnetze in der islamischen Welt, diktiert von eigenen Interessen und nicht von



Das türkische Eisenbahnnetz

denen ausländischer Geldgeber, wurde erst möglich, nachdem auf dem politischen Trümmerfeld, das der Weltkrieg hier hinterließ, junge Nationalstaaten erstanden waren, die mit überraschender Kraft und kompromißlosem Willen darangingen, den übernommenen Bestand zu sichern und zu entwickeln.

Vorbildlich in dieser Hinsicht war das Werk der modernen Türkei unter Kemal Atatürk. Trotz der Kapitalknappheit des jungen Staates wurden aus eigener Kraft bedeutsame Erfolge erzielt und seit Bestehen des neuen Staates bis zum Jahre 1936 insgesamt 2630 Kilometer neuer Bahnen gebaut, unter Aufwand eines Kapitals von rund einer Viertelmilliarde Türkenpfunden. Das Bahnbauprogramm der neuen Türkei wurde anfänglich aus budgetmäßig festgelegten, laufenden Einnahmen des Staates finanziert, dann, als diese Mittel nicht mehr ausreichten, durch Anleihen, die fast ausschließlich auf dem eigenen Geldmarkt untergebracht wurden. Gleichzeitig brachte der junge Staat durch Ankauf von Aktien und Obligationen der Anatolischen Eisenbahngesellschaft die türkischen Vorkriegsbahnen in Staatsbesitz. Heute sind alle Bahnstrecken der Türkei bis auf den Südabschnitt der Bagdadbahn Eigentum des Staates. Dieser Südabschnitt gehört einer juristisch zwar türkischen, aber mit französischem Kapital ausgestatteten Betriebsgesellschaft.

Von den neuen türkischen Eisenbahnstrecken sind diejenigen weit-  
aus am bedeutsamsten, die den Anschluß der türkischen Kohlengebiete am Schwarzen Meer mit dem Hinterland und die Verbindung der westanatolischen Häfen mit Inneranatolien sichern. Dazu kommt die große anatolische West-Ost-Verbindung, die von Ankara über Kaisarie und Siwas in die unerschlossenen Ostteile des Landes führt. Durch die nunmehr in Angriff genommene und schon erwähnte Vollendung der Bagdadbahn, die die Verbindung mit dem Irak herstellt, erfährt das gesamte anatolische Bahnnetz eine beträchtliche Wertsteigerung, und die Beziehungen zwischen den beiden Staaten werden über ihre politische Absicht hinaus naturhaft enger. — Wichtig ist ein noch nicht in Angriff genommenes Bahnbauprojekt, durch das der Schwarze-Meer-Hafen Trabzon mit Erserum verbunden wird, von wo aus eine Vorkriegsbahn den Anschluß zum iranischen Täbris sichert. Von iranischer Seite ist der Anschluß von Täbris an die im Bau befindliche Transiranische Bahn geplant,



Bis in die fernsten und entlegensten Oasen [Siwa in der Libyschen Wüste] reicht heute die Macht der Staatsgewalt . . .

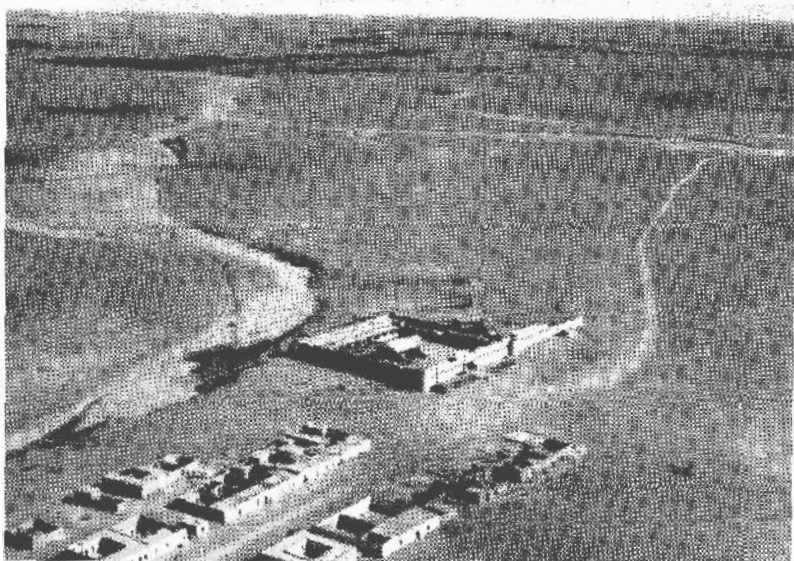
Spezialtruppen [Mcharisten der ägyptischen Frontier-Administration] sichern die Verbindungswege.





Moderne Flugzeuge islamischer Verkehrsgesellschaften [Misr Airways] kreuzen über den modern werdenden Hauptstädten der islamischen Staaten [Kairo mit Mohammed Ali-Moschee].

Wo Wüsten zu überbrücken sind, entstehen in einsamer Wegesmitte Stützpunkte, an denen Hilfe, Betriebsstoff, Wasser und Unterkunft zu finden sind . . . [Fort Rutba in der Syrischen Wüste].



so daß nach Durchführung dieser Projekte ein direkter iranisch-türkischer Bahnverkehr besteht, der bedeutsam wird für den iranischen Handel nach Europa.

\*

Auch im neuen iranischen Staat Resah Schahs ging man nach Ausräumung eines verlotterten Erbes entschlossen daran, durch den Bau eines Eisenbahnnetzes das weite Iranische Reich dem Verkehr zu öffnen. Und kommt man heute während einer Reise durch den Iran mit Iranern oder Europäern ins Gespräch, so gleitet die Unterhaltung bald ab auf ein Thema, das die Öffentlichkeit des jungen Staates auf das stärkste bewegt: die große Eisenbahn, die Transiranbahn, die, vollendet, von Norden nach Süden über den ungefesselten Raum Irans eine Brücke des Verkehrs spannen wird, die das Kaspische Meer mit dem Iranischen Golf, die Rußlands Welt mit der Machtsphäre Englands über 1500 Kilometer hinweg verbinden wird.

Wirtschaftliche Sachverständige haben sich an diesem gigantischen Bahnbauprojekt, noch ehe es in Angriff genommen war, den Kopf zerbrochen, ohne es als Wirtschaftler zu begreifen. Man hat darüber gelächelt, hat tausend Einwände gegen das Projekt ins Feld geführt und Berechnungen vorgelegt, um zu beweisen, daß die enormen Kapitalien, die hier investiert werden, fehlgeleitet sind. Das hat alles nichts genutzt: die Bahn wurde gebaut und wird gebaut, tagaus, tagein ein Stück weiter gen Norden und Süden. Und von dieser Bahn gilt wie von keiner anderen das Wort, das einmal ein kluger Kenner des Orients prägte, als er sagte, daß der Grad der Raumbeherrschung in direktem Verhältnis zu dem Kulturniveau eines Volkes stehe und daß der moderne Verkehr Kultursymptom sei und Kultur schaffe. Darum ist von der wirtschaftlichen Seite her dieser transiranische Bahnbau nicht ausschließlich zu verstehen. Ihn von dieser Seite verständlich zu machen, lag keineswegs in der Absicht des Mannes, der ihr Auftraggeber war: Resah Schahs. Was der Schah mit dieser Bahn wollte und erreichte, kann in seiner Tiefe nur begriffen werden, wenn man mit Iranern über dieses gewaltigste Projekt, das im modernen Iran durchgeführt wird, gesprochen hat. Dann spürt man sehr schnell, daß diese Bahn zum Ausdruck nationaler Kraftanstrengung und zum Symbol des Fortschritts wurde — etwa wie

in Deutschland die Autobahnen über die Ebene ihrer Zweckmäßigkeit hinaus an Bedeutung gewannen. Diese Bahn ist der Maßstab, an dem jede Entwicklung im Lande gemessen wird. Sie ist der Brennpunkt, auf den Wille und Gefühl des iranischen Menschen gerichtet sind. Spricht einer von der Leistung des modernen Irans, dann spricht er zunächst von der Bahn, obschon diese noch unvollendet ist, während viel anderes Neuwerk im Staat Resah Schahs bereits geschaffen steht. So wurde die Bahn zu einem Pfeiler im Neubau Irans, an dem sich das Nationalgefühl aufgerichtet hat zu Höhen, die manchmal verblüffen. Der Schah hat sich in diesem Werk, das der Erschließung seines Landes dient, nicht nur als bedeutender Organisator und Reformator erwiesen, sondern als der große Psychologe, der, wie kein anderer in Iran, die Untergründe der Seele seines Volkes anzurufen verstand. Der transiranische Bahnbau war ein Ruf des Schahs an sein erwachendes Volk, ein Ruf, der Bewegung und Leistung forderte. Das Volk hat ihn gehört



Die Transiranbahn von Bendar Schah nach Bendar Schahpur

und verstanden. Nur so wird die Finanzierung der Bahn, die wie die der türkischen Bahnbauten aus eigener Kraft erfolgt, in ihrer Bedeutung erkennbar. Die Bauarbeiten werden bezahlt aus den Erträgen des Tee- und Zuckermonopols, wenngleich sich diese Erträge, wie in der Türkei die Budgetmittel, als nicht ausreichend erwiesen haben. Und jeder Iraner, der erste Minister und der letzte Bauer, muß sein Scherlein gemäß dem Standard seines Lebens beisteuern zum Bahnbau.

Dieser Bahnbau hat heute schon, da er noch unvollendet ist, seine Geschichte; seine wirtschaftliche, konstruktive und menschliche. Zunächst galt es die Entscheidung zu treffen, ob die Bahn in der russischen Breitspur, in der indischen Schmalspur oder der europäischen Normalspur zu bauen war. Man hat sich für die Normalspur entschieden in der Erwägung, das entstehende iranische Bahnnetz mit dem türkischen durch die erwähnte Zweigbahn von Teheran nach Täbris zu verbinden und damit den Anschluß an das europäische zu vollziehen. Anfang 1937 weilte schon eine türkische Kommission in Teheran, um diese Verbindungspläne gemeinsam mit der iranischen Regierung zu beraten.

Im Jahre 1925, als der Plan des transiranischen Bahnbaus gereift war, führte der Schah ein Monopol für den Handel mit Zucker und Tee ein, dessen Erträge für die Bahn bestimmt wurden. Als dann zwei Jahre später mit dem Bau praktisch begonnen wurde, standen bereits erhebliche Mittel aus diesen Monopolen für die Finanzierung zur Verfügung. Ein internationales Baukonsortium, an dem deutsche, französische und amerikanische Firmen beteiligt waren, schlossen mit der iranischen Regierung einen Bauvertrag. Die Amerikaner sollten den Bahnbau im Süden vom Hafen Bendar Schahpur aus beginnen und 200 Kilometer nordwärts bauen, während die Deutschen und Franzosen den Nordabschnitt von Bendar Schah aus, an der Südostecke des Kaspischen Meeres, in Angriff nehmen sollten. Im Jahre 1928 übernahm dann nach vorausgegangenen Schwierigkeiten mit den beteiligten Unternehmergruppen die Regierung den Bahnbau in eigene Regie. In die Bauleitung wurden Belgier und Japaner, später Amerikaner berufen. Die Linienführung wurde entgegen den vorliegenden deutschen Plänen geändert und verkürzt, dabei aber durch geologisch schwieriges Gebiet geführt, so daß eines Tages mehrere



Tunnels und viele Streckenkilometer durch Erdrutsch verschüttet wurden. Im Jahre 1931 erfolgte eine neue Änderung in der Bau-durchführung. Die Regierung gab die Eigenregie auf und schloß nach türkischem Vorbild mit einer schwedisch-dänischen Gruppe einen Vertrag, der im Jahre 1933 wiederum abgeändert und erneuert wurde. Diese Gruppe, das »Kampsax-Konsortium«, hat sich verpflichtet, gegen Zahlung von 5 Golddollar pro Meter Eisenbahnstrecke die Bahn in ihrem Nordabschnitt bis zum Frühjahr 1937 vom Kaspischen Meer bis nach Teheran, in ihrem Südabschnitt bis zum Frühjahr 1939 von Teheran zum Persischen Golf zu vollenden. Im März 1937 wurde der Nordabschnitt vertragsgemäß fertiggestellt und eingeweiht. Am 22. Mai 1939 muß der schwierigste Bahnbau unseres Jahrhunderts vollendet sein.

\*

Auch die irakische Regierung verfolgte, angeregt durch das Beispiel der beiden größeren Nachbarstaaten, Bahnbauprojekte, deren bedeutendstes in Angriff genommen ist und die Vollendung der Bagdadbahn auf irakischem Gebiet darstellt. Daneben aber wird seit dem Frühjahr 1937 ernstlich ein Plan studiert, der eine Verlängerung der aus der Vorkriegszeit stammenden Bahn von Bagdad nach Chanikin, an der irakisch-iranischen Grenze, und nach dem Iran bis nach Teheran vorsieht. Die schon bestehende Strecke bis zur Grenze müßte neu verlegt werden, da sie auf indische Schmalspur abgestimmt ist, in dieser Form also keinen Anschluß an das sich entwickelnde iranische Netz gewinnen könnte. Gegen dieses Projekt haben sich die Türken gewandt, die darin eine Entwertung der geplanten türkisch-iranischen Verbindung zwischen Teheran und Trabzon sehen.

Erwähnenswert in der Geschichte der irakischen Eisenbahnen ist die im Frühjahr 1937 erfolgte Übernahme des Bahnnetzes aus den Händen einer englischen Gesellschaft in Staatsbesitz.

\*

Der Verlebendigung des islamischen Bereichs als neuer, politisch geschlossener Großraum dienten die von islamischen Gesellschaften entwickelten Fluglinien innerhalb dieses Raums. Sie leisten den großen transkontinentalen Linien wertvolle Zubringerdienste und

knüpfen gleichzeitig engste Verbindungen der islamischen Staaten untereinander. Führend dabei war die ägyptische Fluggesellschaft »Misr Airlines«, eine Tochtergesellschaft der ägyptischen Bank Misr in Kairo. Diese Gesellschaft betreibt ihre Strecken innerhalb Ägyptens und hat das Land am Nil mit einem engmaschigen Flugverkehrsnetz überzogen. Sie greift aber auch über die ägyptischen Grenzen hinaus und hat Fluglinien zwischen Ägypten und Palästina, Ägypten, Syrien und Zypern sowie Ägypten und dem Irak aufgebaut, die zum Teil täglich, zum Teil dreimal wöchentlich befliegen werden. Auf der Flugschule der Gesellschaft werden orientalische Piloten für den innerorientalischen Luftverkehr ausgebildet.

Von irakischer Seite aus ist in Zusammenarbeit mit den »Misr Airlines« die Einrichtung einer Flugstrecke zwischen Mossul, Bagdad und Basra geplant.

Während der islamischen Pilgerzeit ist ein regelmäßiger Flugdienst nach Mekka eingerichtet, und im Frühjahr 1937 wurde die erste südarabische Strecke zwischen Aden und Hadramaut erstmals planmäßig befliegen.

Die Türkei hat im Luftverkehr, offenbar aus militärischen Überlegungen heraus, bis jetzt noch keine entscheidenden Schritte zum Anschluß an die transkontinentalen Linien des Luftverkehrs unternommen. Ihre Flugstrecken sind einstweilen noch von internen Bedürfnissen bestimmt und greifen nicht über die Staatsgrenzen hinaus. Regelmäßiger Dienst besteht seit dem Jahre 1933 zwischen Istanbul und Ankara, seit Ende 1934 auch zwischen Istanbul und Diarbekr. Eine Linie von Ankara nach Izmir ist in Vorbereitung. Für die Weiterentwicklung des Verkehrsflugwesens in der Türkei wurde im Jahre 1936 ein Dreijahresplan aufgestellt, der vom Ministerium für Öffentliche Arbeiten durchgeführt wird und die Vorbereitungen für ein aufzubauendes Luftverkehrsnetz treffen soll. Trotz der vorerst noch gegebenen Abkapselung des türkischen Luftverkehrs ist der Anschluß an das nahöstliche Netz und damit an die großen transkontinentalen Linien nur eine Frage der Zeit.

\*

Aber weder Flugzeug noch Eisenbahn trugen so sehr zur Erschließung islamischer Staaten und zur Prägung eines islamischen

Gemeinschaftsgefühls bei wie das Automobil, das hier seinen Siegeszug angetreten hat. Auf die Verkehrsverhältnisse wirkte es geradezu umstürzend. Das Automobil wurde der verkehrspolitische Revolutionär im islamischen Orient.

Zunächst schloß das Auto die klaffenden Lücken in dem weitmaschigen Netz durchgehender Eisenbahnlينien. Aber darüber hinaus entwickelte sich in ihm ein Schnellverkehrsmittel, das mit dem Kamel, dem alten »Schiff der Wüste«, an Sicherheit wetteiferte, ihm aber an Geschwindigkeit um ein Vielfaches überlegen war. In dem Maß, in dem seine technische Sicherheit wuchs, eroberte es die entlegensten Räume dem Verkehr. Längs der alten bedeutenden Karawanenrouten bahnte es sich selbst seine Autowege, lange ehe man daran dachte, Autostraßen zu bauen. Ein erstes Auto zog die Spur, ein zweites folgte, und tausend andere kamen hinterher. So entstanden »Autostraßen« durch Wüsten und Steppen, und jeder Wagen, der hier verkehrte, suchte sich seine Bahn nach eigenem Bedürfnis und Gutdünken. So wurden die großen Überlandrouten im wahrsten Sinne des Wortes vom Automobil entwickelt. Später erst kam die ordnende Hand des interessierten Staates dazu, räumte Hindernisse weg, setzte Meilensteine und Wegweiser, zog Telegraphenlinien und gab dem aus dem Zufall sich entwickelnden System Sinn und Ordnung. Es wurden Stützpunkte geschaffen, an denen die Automobilisten, die Wikinger der Wüste, Betriebsstoff und Hilfe fanden, um dem sich entwickelnden Straßennetz in Einöden und Steppen Halt zu geben. So wurden aus den Pisten erster Verkehrspioniere sichere Autostraßen.

Die Regierungen aber erkannten bald, welche Bedeutung der über Wüste, Steppe und Einsamkeit sich entwickelnde Verkehr hatte, und griffen systematisch dort ein, wo die Verkehrspioniere allein den Weg längs der alten Karawanenstraßen nicht bahnen konnten: im Gebirge. In der Türkei, im iranischen Bergland, ja in den fernen hochansteigenden afghanischen Bergen bauten die Regierungen alte Pfade zu autogängigen Straßen aus und warfen so ein engmaschiges Netz von Verkehrswegen über das Land bis in die verlassenste Provinz. Welche Fortschritte im Verlauf eines kurzen Jahrzehnts erzielt wurden, kann nur der beurteilen, der das Land früher kannte und heute kennt. Noch

in den ersten Nachkriegsjahren wurden die »Straßen« Irans von Reisenden, die sich mit dem Automobil in das gebirgige Land wagten, in Grund und Boden verdammt. Dann wurden die Berichte milder, aber noch immer stieß man bei den Hauptverkehrsrouten auf schlechte Strecken, wo Querrillen, Löcher, zerstörte Brücken, Flußbetten zur Langsamkeit oder zum Stillstand zwangen. Heute ist über den türkisch-iranischen Gebirgsgürtel ein Straßensystem entwickelt, an dem von Jahr zu Jahr weiter gearbeitet wird und das sich auch dort schon als gut und mit höchsten Geschwindigkeiten befahrbar erweist, wo ein unfreiwilliges Abirren von den großen Routen ins Abseits führt.

Zentren des Lebens, die früher wochenweit auseinander lagen, sind zusammengerückt und die Randprovinzen in Greifweite der Zentralgewalt gebracht, die binnen weniger Stunden und Tage ihre Truppen hierhin und dorthin werfen kann, wenn sich irgendwo der uralte Drang nach Freiheit geltend macht oder in den von Nomaden bewohnten Gebieten die Gesetze des Staates bedroht scheinen. Überall sind die Karawanenwege zu Autostraßen geworden, und das schaukelnde Vorwärts von Kamelkarawanen, die ins Raumlose zu schreiten schienen, ist abgelöst vom Dahineilen sausender Automobile, die in Stunden die Strecken überwinden, die früher die Karawanen in Tagen abschritten. Und eine Autofahrt durch zerklüftete Gebirge, durch gedehnte Steppen, durch wasserlose Wüsten ist kein Abenteuer mehr, keine besondere Leistung, sondern normaler Verkehr, der sich zum Teil nach festgelegtem Plan abwickelt. Zehntausende von Automobilen fahren heute durch die islamische Welt, die gestern unerschlossen war. Morgen werden es hunderttausend sein.

Von den nordafrikanischen Küstenorten oder den Endpunkten der gen Süden entwickelten Bahnen aus überwinden sie den Wüstengürtel der Sahara und stoßen zum innerafrikanischen Steppengürtel und zum tropischen Afrika vor. In Libyen verbinden sie auf der neuen Autostraße längs der Küste die tunesische mit der ägyptischen Grenze in Stundenfristen. In Ägypten ergänzen sie in wertvoller Weise das System der Eisenbahnen und Kanäle, und gegenwärtig schafft man ihnen ein Netz modernster Straßen, deren Planung zwar nach Gesichtspunkten der Landesverteidigung diktiert ist, die aber dennoch Beitrag zur Verkehrsöffnung des

Landes leisten. Auch in der neuen Türkei ergänzen Straßenbauten das Eisenbahnnetz. Während die Türkei im Jahre 1923 über kaum 18000 Kilometer mangelhafte Straßen verfügte, besaß sie ein Jahrzehnt später 30000 Kilometer gut ausgebaute und für alle Verkehrszwecke geeignete. Für die kommenden Jahre sind alljährlich zwischen 1000 und 1500 Kilometer Straßenneubauten vorgesehen.

Von den Levantehäfen an der syrischen und palästinischen Küste erstrecken sich ostwärts Straßen und Pisten, auf denen Autos bis ins ferne Turkestan fahren. Hier wird der Siegeszug des Autos besonders sichtbar. In Damaskus besteigt man morgens die schon erwähnten Wagen der Brüder Nairn, gewaltige, silberfarbene Riesenomnibusse mit allem Komfort: Büfett und Liegebetten. Und vierundzwanzig Stunden später steigt man in Bagdad aus. Neben diesen Omnibussen einer englischen Gesellschaft verkehren zahlreiche andere arabischer Konkurrenten, schneller, billiger und weniger komfortabel. Daneben gibt es zahlreiche Lastwagen mit hochwertiger Fracht und viele Privatautos, die den Sprung über die Wüste wagen. Wagen? Es ist kein Wagnis mehr, bestenfalls eine Reise mit großen Strapazen, so es Sommerzeit ist und die Sonne erbarmungslos niederbrennt. Gefahren wird, polizeilicher Vorschrift entsprechend, im Konvoi, um das Sicherheitsmoment zu erhöhen. Privatwagen fahren hinter den großen Verkehrsomnibussen... Stunde um Stunde geht die Reise über die Wüstenpiste, auf der sich jeder die beste Spur sucht und die deshalb oft kilometerbreit auseinandergezogen ist, so daß in entgegengesetzter Richtung vorüberfahrende Automobile manchmal am Horizont erscheinen. Die »Straße«, tausendfach befahren, ist ein Gewirr verschlungener und verworrener Einzelpfade, ausgerichtet durch hohe, alle fünf Kilometer errichtete Entfernungstafeln, die den ursprünglichen Weg markieren.

Entgegen kommen Autokarawanen von Bagdad. An der Spitze vielleicht ein arabischer Omnibus, vollgestopft mit phantastischen Gestalten — Mekkapilgern zum Teil —, die mit untergeschlagenen Beinen dichtgedrängt auf den Polstern der Wagenbänke hocken, unempfindlich gegen die Mühsal der Reise. Dahinter schwer beladene Lastwagen, die die Güter Irans und Iraks hinüberbringen zu den Levantehäfen. Der Zug braust vorbei, man winkt, und bald ist nichts mehr zu sehen als eine Reihe sich schnell bewegender Staubsäulen. . . . Weiter geht die Fahrt ostwärts, rechts und links am

Weg Skelette verendeter Kamele und — Zeichen der neuen Zeit — gestrandete Autos, von denen nichts mehr übrigblieb als der schwere Motorblock und das Chassis.

Am Abend Rutba... Rutba, das Fort in der Wüste, der Stützpunkt in der Mitte des Wegs, Flugplatz, an dem es Wasser und Betriebsstoff im Überfluß gibt und wo englische Regie einen modernen Hotelbetrieb aus dem Wüstensand hervorzauberte. Die Expresßomnibusse rasten hier nur kurze Zeit; andere warten in dieser Oase den neuen Tag ab, um mit dem ersten Licht weiterzufahren, Hunderte und Hunderte von Kilometern vorbei an Wegweisern, die auf Ziele deuten, weit, weit im Norden oder Süden der Wüste, die sich bis an die Gestade des Roten Meeres oder des Indischen Ozeans streckt. An solchen Wegweisern zu Städten, die früher weltenfern, heute nahegerückt sind, hält das Auto vielleicht, langsamer pocht der Herzschlag des Motors, und man hat Zeit zum Begreifen. Zum Begreifen dessen, was hier Raumerschließung bedeutete, was hier der Motor wandelte. Die islamische Welt ist durchsetzt mit Wüsten-tracks und Autostraßen; Damaskus ist verbunden mit Bagdad, Bagdad mit Mekka. Gen Norden, zu den irakischen Ölfeldern und in die neue Türkei, zweigen Wege von der großen West—Ost-Route ab. Und nach Osten sind die Verkehrsadern jenseits Bagdads geöffnet; sie führen ins iranische Hochland, nach Teheran oder Isfahan, die Perle persischer Baukunst, oder nach Schiras, zur Stadt der Rosen. Oder noch weiter gen Osten zur heiligen Stadt Meschhed und an die iranisch-afghanische Grenze, wo das iranische Hochland aufsteigt zu den gewaltigen Bergmassiven Zentralasiens, für die Afghanistan Vorhof ist. Auch Afghanistan mit seinem Städtedreieck, Herat im Westen, Kandahar im Süden und Kabul im Osten, jenseits der östlichen Grenzmark Irans, ist an jenes Wegenetz angeschlossen, das sich von der Levanteküste her aufbaut und tief in den islamischen Lebensraum Vorder- und Mittelasiens hineinreicht. Die Lastwagen, die hier verkehren, sind von ihren Besitzern liebevoll mit bunten Blumen bemalt oder mit Koransprüchen geschmückt, die Sicherheit für Gefährt und Fahrer erleben.

So ist die islamische Welt, die seit Jahrhunderten auseinanderstrebte, kleiner, verbundener geworden. Man fühlt sich als Nachbar in Bagdad und Mekka, in Teheran und Kabul. Raumer-schließung und Raumbeziehung wurden zur Grundlage eines

gemeinsamen Schicksalsgefühls, wurden zur Voraussetzung gemeinsamer Planung im Bereich der Wirtschaft, der Politik, der Kultur. Und so wird es erklärlich, daß in diesen Gebieten jene Pan-Ideen spuken, von denen die Welt spricht, daß Pakte geplant und geschlossen werden, die Räume umklammern, groß wie Europa.

Mit der Wiederbelebung der uralten Verkehrsstraßen begann für die islamische Welt eine neue Epoche, ein neuer Abschnitt in jenem gewaltigen Spiel zwischen Abend und Morgen, das die Geschichte der Alten Welt Jahrhunderte hindurch ausmachte. So hob eine Zeit an, da der Islam sich wieder auf seine Weltmachtstellung besann.

Die Wiedereinschaltung des islamischen Orients in Weltverkehr und Welthandel nach jahrhundertlangem Abseitsliegen, brachte naturgemäß eine Begegnung mit den Kräften, deren Initiative und imperialistische Planung die Wiederbelebung der alten Verkehrsstraßen hervorgebracht hatte. Das waren die zivilisatorischen und kulturellen Kräfte Europas, von denen man sich im Morgenland in selbstgesuchter Isolierung distanziert hatte, um in jenen verhängnisvollen Stillstand der Entwicklung zu geraten.

Die durch den Angriff Europas im vergangenen Jahrhundert eingeleitete Wiederbegegnung von Abend- und Morgenland vollzog sich unter gänzlich anderen Voraussetzungen als die vorangegangene zur Zeit der Kreuzzüge. Damals waren sich Osten und Westen auf zivilisatorisch gleicher Ebene begegnet. Napoleons Vorstoß aber zeigte, daß der Kampf zwischen Okzident und Orient, der damit neu anhub, mit ungleichen Waffen geführt werden sollte. Abendländischer Fortschritt machte sich in einer zivilisatorischen Überlegenheit geltend, der die islamische Welt nach der Epoche der Abgeschlossenheit nicht mehr standhielt, sondern politisch und wirtschaftlich zum Opfer fiel. Es zeigte sich, daß der Orient zeitlos gelebt und daß die inneren Wandlungen, die er durchgemacht hatte und die im Wechsel der Dynastien zum Ausdruck gekommen waren, ohne nachhaltigen Einfluß gewesen und keinerlei politische oder wirtschaftliche Fortentwicklungen zur Folge gehabt hatten.

In den Auseinandersetzungen zwischen abendländisch-christlicher und morgenländisch-islamischer Welt war bis zum Karlowitzer Frieden vom Jahre 1699 der Orient der angreifende Teil gewesen. Danach waren ein Jahrhundert lang die Beziehungen zwischen Abend und Morgen ruhig. Nach dieser Ruhepause wurde das Abendland der Angreifer. Napoleon griff als erster an, das Morgenland bezog Abwehrstellung. Mit dieser Attacke, die von dem neuen Raumerkennen diktiert war, wurde eine neue geschichtliche Ära zwischen Okzident und Orient eingeleitet, in der der Orient seine alte geographische Bedeutung wiedergewann, dabei aber politisch zersetzt wurde. Dieser Auflösungsprozeß fand seinen Höhepunkt und sein Ende im Weltkrieg mit dem staatlichen



Niedergang der alten Türkei. Mit diesem Zusammenbruch war aber gleichzeitig der Tiefpunkt im Verfall des islamischen Orients erreicht. Es setzte die Reaktion ein. Wieder hob ein neuer Abschnitt in den dynamischen Beziehungen zwischen Osten und Westen an. Eine Epoche, da das Morgenland seine von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zurückgesteckten Stellungen verließ, um zum Angriff überzugehen. Und in dieser Zeit morgenländischen Angriffs auf abendländische Bastionen stehen wir heute.

Auf den abendländischen Vorstoß, der mit der napoleonischen Expedition eingeleitet wurde, in der Eroberung Nordafrikas seine Fortsetzung, in der Durchdringung der Levante und Südarabiens seine Ergänzung und im Osten durch die Annektierung Belutschistans und die Verständigung zwischen England und Rußland über Persien und Afghanistan seinen Höhepunkt fand — auf diesen abendländischen Angriff reagierte der Morgen in verschiedenster Weise.

Zunächst waren es die islamischen Dynasten und ihre autokratischen Regierungen, die sich, vom Abendland bedroht, zur Wehr setzten, um die eigene Machtposition zu erhalten. Sie leiteten Reformen ein, die sich am abendländischen Vorbild orientierten, aber dort, wo man sie durchzuführen suchte, keineswegs abendländische Voraussetzungen fanden. Es waren Verwaltungsakte, die in ein Volk hineindiktiert wurden, das noch in seiner Erstarrung verharrte und das die autokratischen Regierungen — trotz allen Reformwillens — gerne in dieser Erstarrung verharren ließen, denn, einmal in Bewegung geraten, hätte es die Machtpositionen der Regierenden nicht weniger bedroht als die der abendländischen Gegner. Mit diesen vom Volke unverstandenen Reformen rief man abendländische Kräfte herbei, um abendländische Kräfte abzuwehren. Es war ein Versuch, den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Das mußte mißlingen, hatte aber zur Folge, daß die Begegnung mit dem Abendland immer enger wurde, so eng, daß das orientalische Volk, auf das man voraussetzungslos die Reformen nach europäischem Muster projiziert hatte, schließlich in Bewegung geriet. Es wandte sich dann zunächst gegen jene, deren Druck man am unmittelbarsten fühlte: gegen die herrschenden Despoten und ihre autokratischen Regierungen.

Diese Reformen, die einer »Revolution von oben« gleichkamen, waren vornehmlich diktiert vom Verteidigungswillen der Herrschenden und bezogen sich deshalb in erster Linie auf militärisches Gebiet, in zweiter erst auf wirtschaftliches und kulturelles. Sie fanden kaum ein Echo, bestenfalls Widerstand; denn zu Beginn der abendländischen Angriffsepoche fühlte das Volk sich keineswegs bedroht.

\*

Im Gebiet des Osmanischen Reiches war es Sultan Selim III., der von der Hohen Pforte aus diese Periode der Reformen einleitete. Aber nach seinem Tod versanken die Neuerungen, die er nach dem Karlowitzer Frieden vor allem für die Armee als dringend empfunden hatte, bald ins Vergessen.

Mit dem Beginn des griechischen Freiheitskampfes im Jahre 1821 wurde die Frage der Reformen von Mahmud II. wieder aufgenommen. Nachdem der Sultan-Kalif sich von dem Scheik ul Islam, der höchsten islamischen Autorität auf dem Gebiet geistlicher Entscheidungen, das Gutachten eingeholt hatte, daß eine Militärreform nach europäischem Vorbild nicht dem Koran zuwiderlaufe, der in einzelnen Suren Bemerkungen macht über die Art, wie man am besten kämpfe, wurde die Armeereform ernstlich in Angriff genommen. Lehrmeister wurden Offiziere Mohammed Alis, des damals bedeutendsten Feldherrn der islamischen Welt, der es verstanden hatte, Ägypten weitgehend aus den Bindungen zur Hohen Pforte zu lösen und auf eigene Faust zum Widerstand gegen den abendländischen Angriff zu »reformieren«. Seine Armee galt damals als die beste der morgenländischen Welt.

Durch diese Armeereformen wurden Aufbau und Ordnung der alten türkischen Armee zerschlagen, ehe eine neue gefügt und fertig war. Das wurde für den Staat verhängnisvoll, brachte ihn fast unter russische Kuratel und verurteilte ihn zur Wehrlosigkeit gegenüber Mohammed Ali, dessen Armeen, ohne ersten Widerstand zu finden, nach Syrien einmarschierten und die Levanteküste Ägypten zuschlugen.

Nach den ägyptischen Armeereformern erschienen preußische, die ihrerseits wieder neue Ideen brachten, aber der gestellten Aufgabe keineswegs gerechter werden konnten und wie ihre Vorgänger an inneren Widerständen scheiterten.

Mahmud II. war es auch, der angesichts der abendländischen Angriffe gegen den islamischen Orient die Gefahr erkannte, die dem Osmanischen Reich aus seiner dezentralisierten Verwaltung drohte. So versuchte er es vom Jahre 1830 ab auch mit Verwaltungsreformen, die auf eine Stärkung der Zentralgewalt zielten. Die Selbständigkeit der Satrapen — das Wort Satrapenwirtschaft, sprichwörtlich für Willkür- und Erpresserherrschaft, stammt aus jenen Tagen — wurde eingeschränkt und zum erstenmal ein zentraler Minister- und Staatsrat gebildet, der durch Truppenentsendungen seinen Willen gegenüber der Willkür der Provinzmagnaten durchzusetzen suchte.

Der gleiche Sultan-Kalif entschloß sich auch, erstmalig wieder seit Jahrhunderten, mit den abendländischen Mächten Verträge zu schließen, die den Handelsaustausch zwischen Levante und Europa regeln sollten. Die Hohe Pforte hoffte dadurch, den wachsenden und spürbarer werdenden abendländischen Einfluß in Bahnen zu lenken, wo er kontrollierbar war und die staatliche Existenz der alten Türkei nicht gefährdete. Damit wurde jene Politik eingeleitet, durch die es die Hohe Pforte verstand, jahrzehntelang eine europäische Macht gegen die andere auszuspielen und im Spiel der Rivalitäten das Dasein des brüchiger und brüchiger werdenden Staates zu sichern.

Im Jahre 1839 starb Mahmud II., der die Epoche der Reformen in größtem Stil eingeleitet hatte. Er war der erste, der klar erkannte, daß Europa nur durch Europas Waffen zu schlagen war. Er bemühte sich, seinem Land die zivilisatorischen Errungenschaften des Westens zu sichern, um dem europäischen Angriff begegnen zu können. Aber er übersah, daß zur Übernahme solcher Errungenschaften, sollte sie wirklich fruchtbar werden, innere, entwicklungsmäßige Voraussetzungen im Volk vorhanden sein mußten. Das aber lebte noch immer in zeitloser Erstarrung. Mahmud II. suchte europäische Zivilisation auf ein morgenländisches Reis zu pflanzen, das dürr geworden war. Er versuchte, Gegebenheiten Europas voraussetzungslos ins Morgenland zu übertragen. Er warf neue Saat in eine Erde, die ausgedörrt und verkrustet war. Sie konnte nicht aufgehen. Und so erhöhten die Reformen keineswegs die Wehrfähigkeit, sondern schwächten sie. Daraus wird es verständlich, daß trotz verzweifelter Bemühungen

unter der Regierungszeit dieses Sultans der Türkei mehr Provinzen verlorengingen als unter irgendeinem seiner Vorgänger.

Unter Mahmuds Nachfolger, Abdul Meschid, nahm die Epoche der Reformen ihren Fortgang. Unter europäischem Druck gab man dem Volk eine Art Verfassung, die »Hatt i Scherif von Gülhane«, die mehr Phrasen als Realitäten enthielt und die von der Pforte selbst sabotiert wurde, wo es möglich war. Es begann das widersinnige Spiel, in dem man das Volk für die Reformen nach europäischem Vorbild empfangsbereit machen wollte, gleichzeitig aber die Spielregeln von der Furcht diktieren ließ, ein aufgeklärtes Volk könne die autokratische Macht der Dynastie gefährden. Gemäß der Verfassung berief man eine Art Parlament und benutzte die Zeit nach 1840, da sich England, Österreich, Preußen und Rußland in gegenseitigem Mißtrauen verpflichtet hatten, die territoriale Integrität der Türkei zu verteidigen, zur Durchführung ziviler Verwaltungsreformen. Diese sollten, wie die militärischen, den zerbröckelnden Staat in erhöhte Verteidigungsbereitschaft versetzen. Es wurden Verwaltungskollegien innerhalb der Provinzen gegründet, durch die das Volk nach europäischem Muster Einfluß auf die Verwaltung nehmen sollte.

Im Jahre 1853 brach Rußland aus dem Kreis der im Jahre 1840 geschlossenen Quadrupelallianz aus, schüttelte seine Verpflichtungen ab und begann den Krimkrieg, um alte Eroberungsabsichten der Hohen Pforte gegenüber zu verwirklichen. Der Angriff Rußlands blieb durch das eifersüchtige Entgegenreten Englands und Frankreichs wirkungslos, und Rußland wurde auf dem Pariser Kongreß, der den Krimkrieg beendete, in seine Grenzen verwiesen.

Aber dieser Vorstoß Rußlands hatte der Hohen Pforte wieder die Tatsache ins Bewußtsein gerufen, daß sie nur von der Zwietracht der europäischen Mächte lebte. So wuchs aufs neue der Wille zu eigener Wehrhaftigkeit. Eine neue Woge von Reformen ergoß sich über das Land, um die lebendig empfundene Gefahr zu bannen. Gleichzeitig suchte man sich die Freundschaft aller Mächte durch alle möglichen Konzessionen zu sichern und damit deren Rivalität und Eifersucht als staatsicherndes Moment zu erhalten. Es wurde allen Konfessionen die freie Kultausübung zugestanden, die Religionsfreiheit verkündet und jeder Religionsgemeinschaft

das Recht eingeräumt, Schulen zu eröffnen. Damit waren die letzten Dämme gebrochen, die das Osmanische Reich noch gegen eine kulturelle Überflutung durch abendländische Kräfteströme schützten. Es begann die Zeit wirksamer Durchsetzung, die für die Weiterentwicklung der islamischen Welt entscheidend werden sollte. Zum erstenmal in der Geschichte des Islams waren in einem islamischen Staat Christen in ihren Bürgerrechten den mohammedanischen Untertanen gleichgestellt. Diese Gleichstellung, in der »Hatt i Humajun« vom Jahre 1856 verkündet, war von der Pforte als wirksames Mittel im politischen Schaukelspiel der Rivalitäten gedacht. Sie kostete ihr im eigenen Land und im Kreis der islamischen Untertanen, die nun in Bewegung gerieten, viel Autorität.

Weiter flutete der Strom der Neuerungen unter dem Druck der abendländischen Mächte. Ende der fünfziger Jahre überraschte man das Volk mit einer Finanz- und Justizreform. Dann schwoll die Flut der Reformen noch weiter an. Der Libanon erhielt ein neues Verwaltungsstatut, das dem stark mit Christen durchsetzten und unter französischem Einfluß stehenden Gebiet die Autonomie verlieh. Es folgte die Gründung der »Banque Impériale Ottomane« durch eine französisch-englische Finanzgruppe und zwei Jahre später die Einführung einer europäischen Verwaltung für die türkische Staatsschuld. Die europäischen Geister, die man durch Reformen und Konzessionen herbeigerufen hatte, um gegen den abendländischen Angriff verteidigungsfähig zu werden, wurde man nicht mehr los. Ende der sechziger Jahre überstürzte sich die Neuformung der Gesetze nach europäischem Vorbild, unverstanden vom Volk, das langsam erwachte und sich hartnäckig dagegenstellte, um nicht darin unterzugehen.

Die mit dem Krimkrieg eingeleitete Schuldenwirtschaft der Hohen Pforte endete im Jahre 1875 mit einem Staatsbankrott, in dessen Folge der Sultan abgesetzt wurde und es zur Einsetzung einer internationalen Schuldenverwaltung kam, der »Dette publique Ottomane«.

1876 übernahm Abdul Hamid die Regierung, und eine für die Entwicklung der alten Türkei folgenschwere Zeit begann. Zwar verkündete Abdul Hamid zu Beginn seiner Regierungszeit unter dem Einfluß der Mächte eine liberale Verfassung. Nach ihr



Wo früher Kamelkarawanen wochenweite Wege langsam von Horizont zu Horizont abschritten . . .

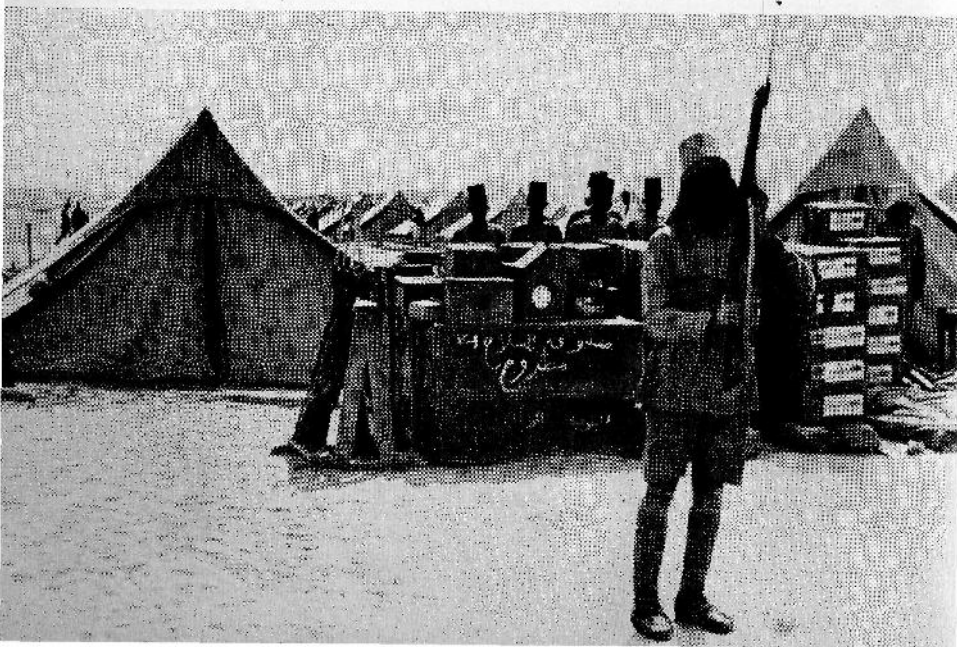
. . . setzt sich heute das Auto als Verkehrsmittel durch, trotz mancher Schwierigkeiten.





Gestern frei schweifende  
Beduinen . . .

... heute eingereiht in moderne  
Volksheere, die, auf Grund all-  
gemeiner Wehrpflicht rekrutiert,  
die staatliche Souveränität sichern  
sollen [Ägyptisches Lager an der  
Libyschen Grenze während der  
Tage des Abessinienkonfliktes].



sollten alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich sein. Ohne Unterschied der Religion wurden sie von nun an »Ottomanen« genannt. Der Islam war zwar noch Staatsreligion, doch garantierte die Regierung allen Bekenntnissen die Ausübung ihrer Kulte. Pressefreiheit, Versammlungsrecht, Petitionsrecht, Lern- und Lehrfreiheit wurden verkündet, ohne irgendeinen Widerhall bei den Untertanen zu finden. Aber abendländischen Kräften wurden weitere Pforten geöffnet, durch die hindurch sich nun in wachsendem Maß jene Begegnung der Massen mit dem Abendland vollzog.

Das Parlament, das die Verfassung vorsah, wurde gebildet. Es bestand aus zwei Kammern. Es gab 116 Abgeordnete, darunter 40 Christen. Aber diese Neuerung nach mißverstandenen abendländischem Vorbild währte nur zwei Jahre. Dann besann sich Abdul Hamid, ohne die Verfassung formell aufzuheben, auf die Tradition der absolutistischen Regierungsform. Er löste das Parlament auf. Erst dreißig Jahre später, nachdem die türkischen Volkskräfte revoltierten, sollte in der Türkei wieder ein Parlament zusammentreten, aber unter völlig gewandelten Voraussetzungen.

Die Bilanz dieses Jahrhunderts von oben diktiert Reformen und Reformversuche zeigt, daß diese Reihe von mehr oder weniger mißglückten Bemühungen der Hohen Pforte inspiriert wurde durch das abendländische Vorbild und von dem Willen, die Türkei vor dem politischen Zerfall zu retten und dem Druck Europas zu entziehen. Aber das Gegenteil von dem, was beabsichtigt, wurde erreicht. Die Reformen fanden keinerlei Widerhall im eigenen Volk. Aber sie öffneten Schleusen, durch die der Strom abendländischen Einflusses hereinflutete. Davon wurde das morgenländische Volk stärker und stärker erfaßt. Es wurden in ihm jene Kräfte befruchtet, die sich zunächst gegen die eigenen Tyrannen wendeten, zur Volkwerdung drängten und schließlich, nach dem politischen Zusammenbruch des Orients, Front gegen das Abendland machten. Aus dieser Frontstellung heraus wurde der staatliche Neubau der islamischen Welt gesichert.

\*

Zeitlich und sachlich parallel zu den Reformen der Hohen Pforte vollzogen sich ähnliche in Ägypten, das seit Mohammed Alis



Zeiten nur noch in loser Bindung zur Türkei stand. Auch hier wurde nach abendländischem Vorbild eine »Revolution von oben« durchgeführt, deren Neuerungen man der Masse einpeitschen mußte, ohne daß diese fruchtbar darauf reagierte. Sie öffneten auch in Ägypten abendländischer Einflußnahme Tür und Tor und ließen das reiche Land am Nil bald zu einer europäischen Wirtschaftskolonie herabsinken. In ihrer Folge kam es schließlich im Jahre 1882 zum Verlust der staatlichen Souveränität, da englische Truppen nach der Beschießung Alexandrias das Land besetzten.

\*

Ähnlich vollzog sich die Entwicklung in Persien, im Staat der Kadscharen-Dynastie. Nur daß hier die Reformen noch weniger Resonanz fanden als in der Türkei und in Ägypten. Hier waren die Fesseln der Erstarrung durch die räumliche Abgeschlossenheit vom Abendland noch enger geschmiedet als in den islamischen Küstenländern, die trotz aller Isolierungspolitik immer naturhaft vom Strom des Weltgeschehens gespült wurden. Genau wie in der Türkei wurde die Epoche der Neuerungen eingeleitet durch eine Armeereform, die der Hebung der Wehrkraft und der Verteidigungsmöglichkeiten gelten sollte. Schon im Jahre 1807 bestellte man eine englisch-französische Militärmission. Kaum aber befand sich das Heer im Zustand der Umbildung, also in völliger Aktionsunfähigkeit, da wurde Persien in Auseinandersetzungen mit Rußland verwickelt, und die 1794 durch den Turkmenen Aga Mohammed Khan begründete Kadscharen-Dynastie mußte die ersten schweren Gebietsverluste hinnehmen. 1813, im Frieden von Gulistan, ging der gesamte kaukasische Besitz Persiens mit Georgien an Rußland verloren. Fünfzehn Jahre später mußte man das persische Armenien aufgeben.

Um nach diesen Verlusten die völkische Widerstandskraft auf breitester Front zu organisieren, berief Schah Mohammed für sein Volk Lehrer und Spezialisten neutraler Staaten. Österreicher, Italiener und Franzosen nahmen an der stumpf dahinlebenden Masse europäische Zivilisationsexperimente vor. In dieser Zeit verstanden es vor allem die Franzosen, nachhaltigen Einfluß zu gewinnen, und die Verbreitung der französischen Sprache im Iran datiert aus jenen Tagen.

Dem russischen Druck von Norden folgte bald der englische Gegendruck von Süden. Unter Schah Mohammed, der von 1834 bis 1848 regierte, begann die englische Expansion am Persischen Golf und in Afghanistan. In dem Maß, in dem nun von zwei Seiten die abendländische Gefahr spürbar und drohend wurde, wuchs, wie in der Türkei, der Wille, Europa mit Europas Waffen zu schlagen. Schah Nasir ul Din, der von 1848 bis 1896 das Staatsruder in Persien führte, wurde hier der Reformator großen Stils, Revolutionär auf dem Thron. Er hatte von drei Reisen nach Europa phantastische Vorstellungen von den Reformmöglichkeiten in seinem Lande mitgebracht, übersah aber dabei den Geisteszustand seines Volkes und die Voraussetzungen, die hier gegeben waren. Wie die Zauberlehrlinge in Istanbul rief er die europäischen Geister ins Land, ohne sie wieder loszuwerden. Seine Umgebung überschlug sich in der Nachahmung europäischer Äußerlichkeiten und in der Annahme abendländischer Umgangsformen. Dieser Schah schickte als erster junge Perser zur Erziehung nach Europa, von wo sie meist dünkelfhaft als schlechte Kopien europäischer Originale wieder in die Heimat zurückkehrten.

Wie in der Türkei, so wurde auch in Persien durch die Begegnung mit abendländischen Kräften und westlichem Geistesgut das Volk langsam aus seiner zeitlosen Starre gelöst, kam in Bewegung und entwickelte jene Kräfte, die für die Zukunftsgestaltung, entgegen der politischen Planung der regierenden Schichten, entscheidend werden sollten. Im Jahre 1907, da unter dem Schah Muzaffer ud Din die Epoche der Reformen zu Ende ging, erschienen sie auf dem Plan der politischen Auseinandersetzung, zunächst in Frontstellung gegen den Schah und seine reaktionäre Umgebung, später gegen die abendländischen Kräfte und Einflußnehmer, die zur Durchführung der Reformen herbeigerufen worden waren.

\*

Trotz dieser in politischer Planung eingeleiteten Neuerungen, die auf eine Stärkung der Abwehrkraft des Orients gegenüber einem angreifenden Europa zielten, aber eine Schwächung zur Folge hatten und den politischen Verfall der islamischen Staaten beschleunigten, ging der Landverlust des islamischen Orients an die okzidentalen Mächte ununterbrochen weiter. Der geschicht-

liche Ablauf der Tragödie des islamischen Niedergangs ließ auch die davon Betroffenen erkennen, daß man aus der Wiederbegegnung mit dem Abendland, trotz aller Nachahmungsversuche, trotz allen Bemühens, Europa mit eigenen Waffen zu schlagen, zu keinem Stillstand des Niederganges kam. Die europäischen Kräfte, die man gerufen hatte, um sich an ihnen zu schulen, wirkten viel stärker zersetzend als erhaltend.

So besann man sich auf andere Mittel, um den westlichen Geist zu bannen. Man begann gegen das vordringende Abendland, das für den Orientalen aus alter Überlieferung das Christentum repräsentierte, die islamische Religion als Mittel politischer Abwehr mobil zu machen. Man unternahm einen letzten Versuch, die materiellen Kräfte einer einheitlich nach den Gesetzen des Islams orientierten Welt für die Idee politischer Abwehr zusammenzuschließen. Dieser Versuch manifestierte sich in der »Panislamischen Bewegung«, die an eine in die sieghafte Frühzeit des Islams zurückreichende Tradition anknüpfte und während der Kreuzzüge ihren letzten, machtvollen Ausdruck gefunden hatte. Das Abendland und seine politischen Absichten wurden mit dem Kreuz stigmatisiert, obschon alles andere als christliche Absichten den europäischen Mächten ihren Weg zum Morgenland wiesen. Die Fahne des Propheten wurde zum Banner, unter dem man dem unaufhaltsam vordringenden Abendland zu begegnen suchte. Halbmond wurde gegen Kreuz gestellt. In dem Maß, in dem die Reformversuche der morgenländischen Regierungen in ihren Erfolgen zweifelhaft blieben und in ihren Folgen zersetzend wirkten, begann man die panislamische Idee zu propagieren, durch die alle Mohammedaner unter der Fahne des Propheten geeint und zu einem religiös verbrämten Widerstand gegen das »christliche« Abendland gesammelt werden sollten.

Die Formel der »panislamischen Abwehr« schien einfach, einprägsam und mußte im Volk, in dem die Jahrhunderte islamischer Traditionen schwangen, weit stärkeres Echo finden als jene Reformen, die die Regierenden voraussetzungslos diktierten.

In keiner anderen Religion ist vielleicht das Gefühl der religiösen Ergebenheit [Islam bedeutet »Ergebung«] so stark entwickelt wie in der islamischen. In der vorbehaltlosen Hingabe an Wollen und Geschehen der Allmacht liegt das Charakteristikum des gläubigen

Moslems. Aus dieser bedingungslosen Hingabe heraus wurden die islamischen Eroberungen möglich, aus der gleichen Hingabe aber auch jene Starre und Versunkenheit, in die der islamische Orient seit seiner Ausschaltung aus dem Fluß des Weltgeschehens versank.

An diese Ergebenheit, die sich in religiöser Bereitschaft — Kampfbereitschaft — während der Jahrhunderte des islamischen Aufstiegs ausgedrückt hatte, wurde nun wieder aus politischer Zweckmäßigkeit heraus als an das einigende und stark machende Prinzip appelliert.

Dieser Appell wurde vor allem vorgetragen von Istanbul her, wo der türkische Sultan gleichzeitig Kalif des Islams war, der sichtbare Exponent einer glaubensmäßig geeinten islamischen Welt — so man von dem schiitischen Zweig des Islams absieht, der seine Anhänger in Südarabien und in Persien hat und das Kalifat aus religiöser Dogmatik nicht anerkennt. Aber dieser schiitische Zweig ist zahlenmäßig unbedeutend. Kaum 5 Prozent aller Mohammedaner sind Schiiten.

So ist es zu verstehen, daß die Hohe Pforte bis in die Zeit der Balkanauseinandersetzungen hinein die Kriege mit dem Kampfruf »Halbmond gegen Kreuz« führte, obschon man gleichzeitig mit der Zivilisation, die sich unter dem Zeichen des Kreuzes entwickelt hatte, einen Pakt schloß, um sich ihre technische Überlegenheit zu sichern. In der panislamischen Bewegung sollte wieder der Tatsache Ausdruck verliehen werden, daß der Islam von seiner frühesten Zeit her nicht nur religiöse Ordnung, sondern auch politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung ist. Im Koran und in der mündlichen Überlieferung, der Sunna, ist nicht nur das religiöse Leben des Mohammedaners in seinem Ablauf, seinen Bedürfnissen und Belangen geregelt, sondern ebensowohl sein weltliches. Das aus dem Koran abgeleitete Recht ist keineswegs nur »kirchliches« Recht im Sinne christlicher Betrachtungsweise, sondern bezieht sich auf alle Gebiete säkularen Lebens. Daher die staatliche und religiöse Einheit aller islamischen Reiche der Vergangenheit, daher die Tatsache, daß die Schriftgelehrten, die »Ulemas«, das heißt Wissenden, auch immer Sachverständige waren für solche Entscheidungen, die grundlegend waren für das Gefüge des islamischen Staates oder seiner Organisationen. Als Sultan Selim in den ersten Jahren des vergangenen Jahrhunderts seine Militärreformen durch-

zuführen suchte, mußte er erst ein »Fetwa«, eine schriftliche Entscheidung der hohen islamischen Geistlichkeit, einholen, durch die erwiesen wurde, daß eine solche Reform nicht im Gegensatz zum Koran stand, in dem es in einer Sure heißt: »Gott liebt fürwahr diejenigen, die für Seine Religion in Schlachtordnung so kämpfen, als wären sie ein wohlgefügtes Gebäude.« Diese Sure schien der Reform entgegenzustehen. Aber eine andere befahl: »Die Ungläubigen sollt ihr insgesamt bekämpfen, wie sie euch bekämpfen.« Dieser Satz rettete die Militärreform des Sultans, denn sie sprach für das abendländische, »ungläubige« Vorbild, nach dem die Reform ausgeführt werden sollte. Denn der »christliche Abendländer« war der Feind, der Ungläubige, der gegen das Morgenland anrannte, um in ihm auch den Islam zu treffen.

Die allen »Gläubigen« gemeinsame Lebensordnung im weitesten Sinne wird verstärkt durch die einheitlich ausgerichtete innere Orientierung nach Mekka, der Heimatstadt des Islams, wohin alljährlich zur Pilgerzeit die gläubigen Moslemin aus aller Welt ihre Schritte oder, so das nicht möglich ist, ihre Gedanken lenken. Hier in Mekka wurde das Gefühl islamischer Kampfgemeinschaft alljährlich gesteigert und vertieft und von den heimkehrenden Mekkapilgern in die entlegensten Provinzen des islamischen Schicksalsgebietes getragen.

Diese Gegebenheiten suchte der Panislamismus als politischen Faktor im Verteidigungskampf gegen das angreifende Abendland auszuwerten. Der bedeutendste Förderer und Propagandist des Panislamismus war Sultan Abdul Hamid II. in seiner Eigenschaft als Kalif. Ihm war Panislamismus der tragende Pfeiler seiner Politik. Als Sultan war er nur Souverän über die Untertanen des Osmanischen Reichs, als Kalif aber reichte seine Macht und Autorität über die Grenzen der Türkei hinaus. In dieser seiner Eigenschaft suchte er die islamischen Kräfte jenseits der türkischen Grenzen für den Existenzkampf seines zerbröckelnden Großreichs zu mobilisieren, von Marokko bis zur Südsee hin. Schon unmittelbar nach Regierungsantritt, als er unter dem Druck der Mächte eine Verfassung für die Türkei erließ, wurde das Kalifat durch einen Erlaß in seinem Aufgabenkreis und seiner Bedeutung umrissen und an den Träger der Sultanwürde gebunden. Zum erstenmal seit Jahrhunderten kam dem Kalifat wieder eine Rolle und

Bedeutung zu, die selbst von abendländischen Mächten anerkannt wurde, da man dem Kalifen auch in den aus dem Gefüge der Türkei herausgebrochenen Ländern eine genau festgelegte Jurisdiktion über muselmanische Untertanen einräumte.

Aber der Panislamismus als politisches Requisite wurde ebenso voraussetzungslos propagiert wie jene Reformen, die nach abendländischem Muster geprägt waren. Seine volle Auswirkung hätte eine geistige Erneuerung des Islams, eine Lösung aus seiner formalen Starre zur Voraussetzung gehabt. Und eine solche Voraussetzung bestand zu Abdul Hamids Zeiten noch nicht. So ist der Panislamismus, wie man ihn um die Jahrhundertwende als politisches Losungswort gab, im Abendland vielfach in seiner Bedeutung und Auswirkung überschätzt worden. Hinter dieser Formel verbarg sich eigentlich nie ein genau zu bestimmender Inhalt. Panislamismus hat eigentlich nie für sich allein bestanden, war nie aus sich allein heraus wirksam. Er war gebunden an politische Zweckmäßigkeiten. Im Raum der Türkei bedeutete er Unterwerfung und Einordnung separatistischer Ziele unter die zentralen Interessen der Hohen Pforte. Im islamischen Orient erstrebte er die Wiederbelebung der religiösen Gegensätzlichkeit zum Christentum, aus der man politisches Kapital zu schlagen hoffte. Er sollte als Reizmittel gegen das »christliche Abendland« und seine imperialistischen Ansprüche wirken. Er sollte Gegengewicht schaffen zum modernen Toleranzgedanken, der mit den europäischen Reformen und Reformern seinen Einzug in die islamische Welt hielt. Denn dieser Toleranzgedanke drohte die Waffen stumpf zu machen, mit denen man einmal im Siegeszug durch drei Erdteile eine Weltmachtstellung erobert hatte. Und diese Waffen sollten nun zur Abwehr gezückt werden. In diesem Sinne war Panislamismus Appell an die religiöse Leidenschaft, an den Fanatismus.

Trotz der Überschätzung, die die panislamische Bewegung durchweg in Europa erfuhr, hat das von Abdul Hamid ausgegebene Losungswort doch seine Wirkungen gehabt. Auch kritische Beurteiler des Islams bekunden, daß das islamische Einheitsgefühl seit den Zeiten der Kreuzzüge nicht mehr so lebendig war wie in den Jahren panislamischer Propaganda. Die Hedschasbahn, zu deren Bau Abdul Hamid als Kalif alle Gläubigen aufrief, war lebendiger Ausdruck eines weit über die Grenzen der Türkei

empfundenen Panislamismus. Der Bau wurde finanziert aus Spenden, die aus der ganzen islamischen Welt zusammenflossen. Und in den Kriegen, die die Türkei von den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts an bis in den Anfang dieses Jahrhunderts hinein in ihrem verzweifelten Existenzkampf führte, standen die Sympathien der gesamten moslemischen Welt stets auf der Seite der türkischen Armeen. Deren Siege waren Siege des Islams, ihre Niederlagen Niederlagen des Islams. Das Gemeinschaftsgefühl entwickelte sich so stark, daß es Klüfte überbrückte und Versöhnungen innerhalb der islamischen Welt erwirkte, die überraschen mußten. Das zeigte sich besonders eindrucksvoll im Tripoliskrieg, da im Augenblick, als Italien seinen Angriff auf den letzten politisch selbständigen Teil des islamischen Nordafrikas eröffnete, binnen Tagesfrist die Versöhnung zwischen Senussi und Türken zustande kam, um die die Hohe Pforte vorher ein Jahrzehnt vergeblich gerungen hatte.

Aga Khan, der englandfreundliche Moslemführer in Indien, hat noch 1914 Zeugnis abgelegt für die panislamische Bewegung, als er schrieb: »Die Mohammedaner Indiens sind zwar durch die Erziehung, die ihnen die Engländer gaben, zu einem nationalen Bewußtsein gelangt, aber sie sind keineswegs durch die hohen Berge des Himalajas oder durch die Fluten des Indischen Ozeans eingengt. Zwischen ihnen und ihren Glaubensgenossen in den anderen Ländern besteht eine unverbrüchliche Einheit, die über alle Unterschiede von Sekten und Ländern hinweggeht und in der gemeinsamen Religion fest begründet ist. Sie haben nicht nur das unvergängliche Erbe des Korans gemeinsam, sondern ebenso sehr das der Geschichte und Philosophie der Araber, der Dichtung Persiens, Ägyptens, Marokkos und Spaniens. Und die Mohammedaner, die aus diesen nie versiegenden Quellen trinken, seien sie Türken, Perser, Araber oder Inder, seien sie mit dem Westen und seiner Kultur in Berührung gekommen oder nicht, all diese Mohammedaner sind verbunden durch eine Einheit des Denkens, des Fühlens und des Ausdrucks . . .«

Dieses Hinweggehen über Unterschiede und Zwistigkeiten islamischer Sekten, dieses Wegräumen interner Hindernisse wurde besonders deutlich sichtbar in einer Annäherung zwischen der Türkei und Persien, den zwei islamischen Staaten also, die seit je

durch die Feindseligkeiten zwischen Sunniten und Schiiten getrennt waren (1). Nach dem Tode des vierten Kalifen Ali, der im Jahre 661 ermordet wurde, entbrannte der Streit darum, ob Alis Söhne, also die Mitglieder aus der Familie des Propheten — Ali war Mohammeds Schwiegersohn —, Erben des Kalifats werden sollten oder die Omajjaden, die nach Alis Tod das Kalifat usurpierten. Ein Teil der Gläubigen entschied sich für die Söhne Alis, Abbas und Husein, ein anderer Teil für die machtvolleren Omajjaden. Lassen auch die Worte »Sunna« und »Schia«, zu deutsch Herkommen und Anhang, bestimmte dogmatische Unterschiede erkennen, so ist doch die Spaltung in der Frühzeit des Islams in ihrem Ursprung durch Macht- und Personenfragen bedingt. Diese religiöse Spaltung, die sich in der Gegensätzlichkeit zwischen dem schiitischen Persien und der sunnitischen Türkei auch politisch ausdrückte, wurde durch die Idee des Panislamismus überbrückt: der persische Schah fand den Weg nach Istanbul, um hier dem Sultan-Kalifen seinen Besuch abzustatten und für die Einheit des Islams zu zeugen. Was das bedeutete, kann nur der ermessen, der den Haß zwischen Schiiten und Sunniten einmal in jenen islamischen Gebieten erlebt hat, wo beide zusammenleben. Man erzählt, daß zahlreiche Schiiten auf ihren Wallfahrten nach Kerbela und Nedschef, wo Ali und seine Söhne, Opfer der omajjadischen Usurpatoren, begraben liegen, die Namen sunnitischer Kalifen auf die Schuhsohlen schreiben, um sie unausgesetzt in den glühenden Staub treten zu können.

Abdul Hamid II., der Rote Kalif, wie man ihn später genannt hat, der erste Prediger des Panislamismus, sah in der Bewegung, für die er warb, zwei Möglichkeiten: eine außenpolitische und eine innenpolitische. Außenpolitisch wollte er durch das Lösungswort die letzten Widerstandskräfte der islamischen Welt gegen das Abendland mobilisieren, innenpolitisch aber die Reformen seiner Vorgänger nach abendländischem Muster in ihrer Wirkung auf die Geister seiner Untertanen beseitigen. Denn diese Wirkung war revolutionierend und bedrohte die innere Machtstellung dieses letzten großen Despoten der osmanischen Dynastie. Mit den Reformen und den Rechten, die man den abendländischen Mächten eingeräumt hatte, waren abendländische Ideen, die seit der Zeit der Aufklärung und der

(1) Siehe auch Seite 96.



Französischen Revolution ihre umstürzende Runde durch Europa gemacht hatten, auch ins morgenländische Bewußtsein gedrungen und begannen langsam, aber um so wirkungsvoller, gewisse Schichten des Volkes in Bewegung zu bringen. Die Lehre von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit begann zu spuken, und die These vom Nationalstaat abendländischer Prägung mußte das Gefüge des letzten theokratisch regierten islamischen Großreichs erschüttern. Im Spiel der geistigen Auseinandersetzung bedeutete der Panislamismus für Abdul Hamid II. die Belebung eines reaktionären Fanatismus, der seine despotische Machtstellung stützen sollte.

Aber die Politik des Gebens und Nehmens zur gleichen Zeit, wie sie Abdul Hamid zu betreiben suchte, mußte scheitern und scheiterte endgültig in dem Augenblick, da der Nachfolger des Despoten die erste große Probe aufs Exempel Abdul Hamidscher Politik machen mußte. Zu Weltkriegsbeginn, als Mohammed V., um dem Angriff Englands und Rußlands zu begegnen, den »Dschihad«, den Heiligen Krieg aller Muselmanen, ausrief, zeigte es sich, wie wenig Resonanz die »panislamische Zweckmäßigkeitpolitik« hatte. Dieser Ruf zum Heiligen Krieg verklang ohne Echo. Der letzte verzweifelte Versuch, die materiellen Kräfte der islamischen Welt für eine religiös-politische Idee zu mobilisieren, mißlang. In Indien rührte man sich nicht, und in der arabischen Welt erhob man die Waffen gegen die Hohe Pforte. Die Grundlagen der letzten großen islamischen Theokratie erwiesen sich als zerbrochen. Abdul Hamids Panislamismus hatte versagt.

\*

Weit bedeutsamer als dieser aus politischer Zweckmäßigkeit propagierte und von den autokratischen Regierungsschichten geförderte Panislamismus waren Reaktionen, die sich innerhalb breiterer Volksschichten infolge der Wiederbegegnung mit dem Abendland und seinen zivilisatorischen und kulturellen Kräften zu vollziehen begannen. Denn diese Wandlungen ergaben sich natürlich und zunächst jenseits politischer Zweckmäßigkeit. Sie lockerten die geistige Starre, in die die islamische Welt versunken schien, und brachten die Geister in Bewegung.

Es handelte sich um Unterströmungen, die nur langsam ihren

sichtbaren Ausdruck fanden und in grundverschiedene Richtungen strebten: um die sogenannten »jungorientalischen Bewegungen«, die auf eine Nationalisierung des Orients, und um religiöse Reaktionen, die auf eine Erneuerung, eine Reformation des Islams ausgingen.

Den jungorientalischen Bewegungen wurden von dem hereinflutenden europäischen Geist, der in der Französischen Revolution seine Prägung erhalten hatte, die Waffen geliefert. Die Idee vom Nationalstaat, die das Antlitz Europas gewandelt hatte, wurde von den Jungorientalen aufgegriffen und als Losungswort auf das Banner der Erneuerung geschrieben. Dieses Losungswort vom Nationalstaat wurde den panislamischen Parolen entgegengestellt. Es zeigte sich schnell, daß die Idee vom orientalischen Nationalstaat den panislamischen Ideen eines Abdul Hamid, mit denen die verschiedensten völkischen Elemente innerhalb der Grenzen der alten Türkei zusammengehalten werden sollten, grundsätzlich feindlich war.

Diese jungorientalische Bewegung verkörperte sich in Anatolien in der jungtürkischen, in Persien in der jungpersischen, in Ägypten in der jungägyptischen Bewegung. Während des Weltkriegs fand sie im arabischen Raum in der Aufstandsbewegung gegen die Hohe Pforte ihren Ausdruck. Sie zielte darauf hin, die geschichtliche Epoche der islamischen Welt, in der jede Ordnung, auch die staatliche, aus der Lehre des Propheten unmittelbar Ableitung und Belegung fand, zu beenden. Der Islam als der das staatliche Gemeinschaftsleben formende und regulierende Grundsatz sollte ersetzt werden durch den Nationalismus als politisches Prinzip.

Aus dieser Einstellung und Forderung war die jungorientalische Bewegung überall, wo sie zum Durchbruch kam, der autokratischen oder despotischen Regierungsform der theokratischen Monarchien feindlich und zielte auf deren Sturz oder Reform. Man suchte die Macht der autokratischen Despoten einzuschränken und abzulösen durch freiheitlichere Formen, die dem Volk Entscheidungsrechte sichern sollten und die nach dem Vorbild europäischer Demokratien geprägt waren. Durch eine Beteiligung an der Macht sollte das noch immer stumpf abseitsstehende Volk in den Abwehrkampf gegen das vordringende Abendland eingeschaltet werden. Die jungorientalischen Bewe-

gungen nahmen an Breite und Bedeutung in dem Maß zu, wie durch Konzessionen und Reformen der Regierenden dem europäischen Geist immer größere Wirkung zuteil wurde. Durch Einführung europäischer Erziehungssysteme wurde jener Prozeß eingeleitet, den man vielfach in mißverständlicher Weise als »Europäisierung« des Orients bezeichnet hat. In diesem Prozeß der Wiederbelebung und Erneuerung lehnte sich zwar der orientalische Geist an das europäische Vorbild an, ohne jedoch abendländisch zu denken; denn die europäische Mentalität, in der sich humanitäre und christliche Komponenten finden, ist dem Orientalen stets wesensfremd geblieben.

Neben dieser geistigen »Nationalisierung« des Orients, durch die der Nationalstaat zum politischen Ideal wurde, vollzog sich eine zweite Reaktion, die geistig in entgegengesetzter Richtung zielte. Sie fand in Bewegungen ihren Ausdruck, die auf religiöse Erneuerung und Reform ausgingen. Der Islam sollte aus seiner Starre gelöst werden, um die ihm innewohnenden Eigenkräfte zur Abwehr gegenüber dem Abendland mobil zu machen. Man besann sich darauf, daß der Islam mehr als eine Religion war, daß in ihm eine politische und soziale Ordnung gegeben war, aber daß der wandlungsfähige Geist dieser Ordnung gefesselt lag in starren Formen. Man begann zu spüren, daß die Welt Jahrhunderte hindurch Fortschritte gemacht, während der Islam stillgestanden hatte. So erkannte man die Aufgabe, den Geist des Islams wieder zu verlebendigen, um ihn auf eine dem ständigen Fortschritt unterworfenen Welt anzuwenden, anstatt auf eine imaginäre, die zur Zeit des Propheten einmal lebendig war, aber im Lauf der Jahrhunderte Spinnweben angesetzt hatte. Man wollte die geistigen Werte, die in Mohammeds Lehrgebäude enthalten waren, wieder aktivieren, auf die Gegebenheiten einer neuen, technisierten Welt anwendbar machen. Denn man glaubte, daß nur durch eine religiöse Reform und Renaissance im Volk jene Voraussetzungen für eine wirksame Abwehr gegenüber dem Abendland geschaffen würden. Man war sich klar, daß der aus politischer Zweckmäßigkeit propagierte Panislamismus wirkungslos sein mußte, wenn es nicht gelang, den Islam als lebendig empfundene Lebensordnung auf die Erscheinungen der modernen Welt anzuwenden und sie mit ihr in Einklang zu bringen.

»Nationalisierung« und »Reformation« — mit diesen Worten werden die beiden geistigen Strömungen gekennzeichnet, die im Orient aufbrachen zur Zeit der Wiederbegegnung mit den abendländischen Mächten, in der sich trotz verzweifelter Gegenwehr der islamischen Theokratien und ihrer herrschenden Schichten das politische Schicksal des Orients erfüllte. Nationalisierung und Reformation, beide in den Vorkriegsjahrzehnten durch europäische Kräfte ausgelöst, wurden, nach dem politischen Zusammenbruch des Orients während des Weltkriegs, zu Komponenten jener Kraft, die aus einem Trümmerfeld, das dem Abendland überantwortet schien, den staatlichen Neubau der islamischen Welt entstehen ließ. Nationalisierung und Reformation sind der Antrieb des islamischen Nationalismus, der heute das Antlitz der mohammedanischen Welt neu gestaltet.

\*

Am frühesten machten sich die Bestrebungen, den Nationalismus als politisches Gestaltungsprinzip zu entwickeln, in der Türkei geltend. Aus einer literarischen Gesellschaft, deren Aufgabe darin bestand, die türkische Sprache zu pflegen, formte sich bald eine Gruppe mit politischen Zielen. Diese Gemeinschaft organisierte sich in den ersten sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, orientierte sich am »liberalen« europäischen Vorbild, stellte sich bewußt außerhalb des Islams und gebärdete sich chauvinistisch-türkisch. Ein Wort, das einer der bedeutendsten Führer dieser Gruppe, Midhat Pascha, im Jahre 1867 sprach, war für die damaligen Zeiten gewagt, aber prophetisch für eine Entwicklung, die in unseren Tagen in der Gründung der neuen Türkei unter Kemal Pascha ihre Erfüllung fand. Midhat Pascha sagte damals: »In vierzig oder fünfzig Jahren wird der türkische Staat keine Moscheen mehr bauen, sondern Schulen und Humanitätsanstalten.«

Im Jahre 1863 gelang es der jungtürkischen Bewegung erstmals, sich politisch zu organisieren. Es wurde eine Zeitung gegründet mit dem Titel »Muschbir«, die aber schon wenige Jahre später verboten wurde, während ihre Begründer ins Ausland, nach Paris, fliehen mußten. Aber mit der Emigration ihrer Führer war die Bewegung keineswegs unwirksam gemacht. Von Paris aus wurden die zurückgebliebenen Parteigänger geschickt dirigiert, ein hier

gegründetes Blatt über die Grenzen der Türkei geschmuggelt. Die Entwicklung der jungtürkischen Bewegung machte Fortschritte. Im Jahre 1870 schon war sie so stark, daß die Regierung die Rückkehr der Emigranten gestatten mußte und den jungtürkischen Führern die Möglichkeit öffentlicher Betätigung einräumte. Midhat Pascha wurde Provinzgouverneur, und seine Mitarbeit am Entwurf der türkischen Verfassung vom Jahre 1876 war entscheidend.

Diese Aufwärtsentwicklung der jungtürkischen Bewegung wurde unterbrochen, nachdem Abdul Hamid II. Sultanat und Kalifat übernommen hatte. Abdul Hamid zeigte zwar zu Anfang seiner Regierungszeit noch gewisse liberale Neigungen, aber das geschah mehr, um den ihn bedrängenden europäischen Mächten Sand in die Augen zu streuen, als aus politischer Grundsätzlichkeit. In Wirklichkeit huldigte er scharf reaktionären Zielen und geriet durch seine panislamischen Bestrebungen und die damit verbundene Betonung des Kalifats notwendigerweise in scharfen Gegensatz zu den die Nationalisierung der Geister betreibenden Jungtürken.

Die Folgen dieses Gegensatzes blieben nicht aus: Im Jahre 1877 mußten Midhat Pascha und seine Freunde wieder in die Verbannung. Es hob eine Epoche an, die fast drei Jahrzehnte währte, in der Abdul Hamid II., in der Erkenntnis, daß die Bestrebungen der Jungtürken an die Grundlagen des Thrones und des vielstämmigen Osmanischen Reiches rührten, deren Anhänger erbarmungslos verfolgen ließ. In dieser Zeit erwarb er sich den Beinamen des »Roten Sultans«. Dem Nationalismus setzte Abdul Hamid einen Islam entgegen, der keine Grenzen kannte und dessen politische Inkarnation im Kalifat gegeben war, dem er neuen Glanz und neue Würde verlieh.

Abdul Hamids Herrschaft wurde von Grund auf despotisch, und die Jungtürken flohen zu Tausenden ins Ausland oder wanderten in entlegene türkische Provinzen in die Verbannung. Aber trotz aller Verfolgungen wuchs im geheimen die Zahl der jungtürkischen Parteigänger, und durch die Verbannungen wurden die Provinzen damit durchsetzt. Sie wirkten als Sauerteig unter dem langsam, aber sicher in Gärung geratenden Volk. Die Härte des Kampfes und die List, mit der er geführt wurde, wird durch nichts

deutlicher als durch den stillen, jahrelang währenden Zweikampf, den Abdul Hamid mit dem jungtürkischen Führer Midhat Pascha lieferte. Der Sultan rief ihn im Jahre 1882 aus der Verbannung zurück und ernannte ihn zum Gouverneur von Syrien. Aber diese Geste der Versöhnung war nur Schein. Kurze Zeit nach seiner Amtsübernahme erreichte den Zurückgekehrten die Anklage, die ihn der Ermordung des Sultans Abdul Asis, des Vorgängers Abdul Hamids, beschuldigte. Vor dem Gerichtshof in Konstantinopel wurde Midhat »schuldig« befunden und zum Tode verurteilt. Abdul Hamid wollte sich seines gefährlichsten Gegners »legal« entledigen. Aber englische Intervention verhinderte die Vollstreckung dieses Haßurteils. Abdul Hamid beugte sich vor der größeren Macht und schickte Midhat erneut in die Verbannung, dieses Mal nach Innerarabien in das Städtchen Taif. Dort wurde er im Jahre 1884 durch einen Beauftragten des Sultans erwürgt.

Wo sich im Ausland jungtürkische Gruppen bildeten, schickte Abdul Hamid seine Späher aus und lockte die Führer zurück in die Türkei. Schlug das fehl, dann suchte er mit Bestechung die Zersetzung der Gruppen zu erreichen. Geld sollte jenseits der Machtsphäre das besorgen, was innerhalb der Grenzen die rücksichtslos zuschlagende Faust tat.

Aber die Jungtürken gewannen an Boden, und die »Nationalisierung« schritt fort und wuchs sich aus zu einer Revolution gegen das Despotenregiment Abdul Hamids. Dabei zeigte sich, wie weit die »Nationalisierung« der Geister schon fortgeschritten war. Denn als man auf einem Kongreß in Paris den Widerstand gegen Abdul Hamid organisieren wollte, offenbarten sich zum erstenmal innerhalb der Opposition gegen den Sultan nationale Gegensätze. Es gelang erst nach Jahren, auf dem Kongreß vom Jahre 1907, die von Abdul Hamid verfolgten Armenier, Griechen, Bulgaren, Albaner und Türken auf eine gemeinsame Handlungslinie festzulegen und in einem Aktionskomitee zusammenzufassen. Das gemeinsame Programm sah nach Absetzung des Sultans eine Reform des Ottomanischen Reiches auf der Grundlage nationaler Gleichberechtigung aller innerhalb der Grenzen vereinigten Stämme vor.

Aber der erste entscheidende Stoß gegen Abdul Hamids islamische Theokratie sollte nicht von jenseits der Grenzen aus

Emigrantenkreisen kommen, sondern vom Innern, von der mit nationalen Ideen infizierten Armee.

Im Jahre 1906 tagte in Mürzsteg eine österreichisch-russische Konferenz, auf der Beschlüsse über die Zukunft Mazedoniens gefaßt werden sollten. Ein Jahr später schwenkte Rußland in die Front der Entente ein, und die englisch-russische Verständigung über die Orientpolitik entzog dem politischen Spiel, in dem Abdul Hamid die europäischen Mächte gegeneinander auszuspielen suchte, die Voraussetzung. Damit war eine unmittelbare Gefahr für die Türkei gegeben. In dem am stärksten exponierten türkischen Mazedonien bildete sich eine Geheimorganisation zur Verteidigung mazedonischer Interessen. Sie war im Sommer 1908 aktionsbereit und hatte Verbindung mit den mazedonischen Garnisonen.

Am 4. Juli 1908 brach der Sturm gegen Abdul Hamid und das von ihm vertretene politische Prinzip los. Mit Manifesten wandten sich die Revolutionäre, die in Mazedonien aufgestanden waren, an die Bevölkerung, zeigten die dem Lande drohenden Gefahren und appellierten in aller Öffentlichkeit zum erstenmal an das »Vaterlandsgefühl«, ein Novum in der politischen Sprache des Orients. Zwei Wochen nach dem Ausbruch der Revolution befand sich Mazedonien in den Händen der Revolutionäre. Die sultantreuen Generale waren ermordet worden. Von Konstantinopel her suchte Abdul Hamid Widerstand gegen die Empörer zu organisieren. Dabei wurden ihm die Überlebtheit und Inhaltslosigkeit seiner eigenen politischen Prinzipien klar. Denn als er Truppen aus Inneranatolien gegen die Revolutionäre im Norden werfen wollte, stellte sich heraus, daß Moslemin gegen Moslemin marschieren und kämpfen sollten. Das aber wurde durch ein Fetwa der höchsten geistlichen Instanz, die der Sultan zu Rate zog, untersagt.

Damit war der Sieg der Revolutionäre sichergestellt. Der Nationalismus hatte in dieser jungtürkischen Revolution zum erstenmal sein Prinzip politischer Gestaltung durchgesetzt. Die Verfassung des Jahres 1876 — das Werk des ersten jungtürkischen Führers und Märtyrers Midhat Pascha — wurde wieder in Kraft gesetzt. Jubel und Begeisterung im Lande waren unbeschreiblich. Aber sie sollten schnell getrübt werden durch Meinungsverschiedenheiten, die die Revolutionäre aufzuspalten begannen.

Es zeigte sich, daß vielen Jungtürken die politischen Prinzipien,

für die man jahrzehntelang gekämpft hatte, nun, da sie verwirklicht werden sollten, in ihren Folgen unübersehbar und gefährlich schienen. So bildeten sich zwei Gruppen: eine, die ihre Forderungen mäßigte und das Prinzip des »Nationalismus« in seinen Auswirkungen dämpfen wollte und deshalb an der Unteilbarkeit des Türkischen Reiches und der dafür notwendigen Zentralisierung der Verwaltung festhielt; eine zweite, die das Prinzip des »Nationalismus« unabhängig von seinen Konsequenzen durchgeführt sehen wollte. Diese Gruppe rührte mit ihrer Forderung unmittelbar an den Bestand des Reiches.

Den Zwiespalt versuchte Abdul Hamid auszunützen und unternahm einen konterrevolutionären Versuch. Die Geistlichkeit, Teile der Armee und ein großer Teil des noch immer im Banne der Überlieferung lebenden Volkes schlossen sich diesem Versuch an. Man zog aus, um den Islam in seiner Funktion als Grundlage des Staates zu retten. Aber der Versuch schlug fehl und kostete Abdul Hamid den Thron und das an den Thron gebundene Kalifat.

Mit der Machtübernahme durch die Jungtürken begann die endgültige Zerbröckelung des alten türkischen Großreichs. Die Idee vom Nationalstaat, die Kampftruf gegen Abdul Hamid gewesen, wurde nun Zauberwort für den politischen Untergang. Über eine Serie von Kriegen führte der Abstieg zur Katastrophe im Weltkrieg, in dem das Staatsgefüge endgültig auseinanderbrach, in dem das Ottomanische Reich in Trümmer fiel, um Raum zu schaffen für Nachfolgestaaten, die auf völlig anderen Grundlagen errichtet wurden.

Den Jungtürken erwuchs der Hauptfeind nicht in den nun erbarmungslos vorstoßenden europäischen Mächten, sondern im Nationalismus der Völker, die im Rahmen des Ottomanischen Reiches lebten. Haltung und Forderung der Jungtürken im Kampf gegen Abdul Hamid wurde für die arabischen Völker im Süden und Südosten des Reichs Vorbild. Die Araber wurden unruhig, standen auf und wandten sich gegen diejenigen, die der arabischen Freiheit und dem arabischen Selbstbestimmungsrecht im Wege standen: gegen die Jungtürken, die ihrem Prinzip vom Nationalstaat selbst widersprachen, da sie es für die anderen Völkerschaften des türkischen Großreichs nicht anwendbar fanden. Die jungtürkische Regierung unterdrückte hart alle arabischen Sepa-



rationstendenzen und leitete in allen nichttürkischen Teilen des Reichs eine systematische Türkisierung ein. Aber der Druck auf die fremdländischen Landesteile erzeugte Gegendruck und forderte in den arabischen Gebieten eine antitürkische Propaganda geradezu heraus. Es bildeten sich, vor allem in dem stark intellektuell durchsetzten Syrien, politische Geheimgesellschaften der Araber, deren Ziel eine Lostrennung des arabischen Lebensraums aus dem Bestand des Türkischen Reiches war. Diese politischen Bestrebungen wurden unterstützt durch englische Propaganda gegen Konstantinopel. England sah die Zeit reifen, da es seine imperialistischen Pläne nach Verständigung mit Rußland im vorderasiatischen Brückenraum durchsetzen konnte. Die Syrer unterhielten schon vor dem Weltkrieg Beziehungen zu Lord Kitchener, dem Vertreter Englands in Ägypten. Dieser trug sich eine Zeitlang mit dem Gedanken, den syrischen Separationswünschen entgegenzukommen und Syrien von der Pforte loszutrennen. Aber London winkte ab.

Bei Lord Kitchener in Kairo erschienen aber nicht nur die syrischen Nationalisten, um die abendländische Macht als Verbündete gegen die Jungtürken zu gewinnen. Auch ein Vertreter des Scherifen Husein von Mekka, dessen zweiter Sohn, der heutige Emir Abdallah von Transjordanien, sprach bei Kitchener vor, um ihn von den arabischen Plänen, die auf eine Abwerfung des türkischen Jochs hinzielten, zu unterrichten. Die jungtürkische Revolution wirkte also bis nach Innerarabien hinein vorbildlich und löste hier ebenfalls den Prozeß der Nationalisierung aus, der dann im Jahre 1916 in jenem Aufstand endete, den der englische Agent Lawrence anführte und durch den das türkische Großreich während des Kriegs moralisch den Gnadenstoß erhielt.

\*

In Ägypten, das seit dem Jahre 1882 unter strengster englischer Kontrolle stand, fand die jungtürkische Bewegung ihre Parallele in der jungägyptischen Bewegung. Hier wandte sich der Wille zum Nationalstaat also nicht nur gegen eine reaktionär-autokratische Regierungsschicht, sondern unmittelbar gegen eine imperialistische abendländische Macht, die es verstanden hatte, den Khediven und seine Regierungen als Puffer zwischen den imperiali-

stisch abendländischen Anspruch und das in Bewegung geratene orientalische Volk zu schalten. Dieser unmittelbare Zusammenprall zwischen abendländischem Kolonialanspruch und morgenländischem Willen zum Nationalstaat war zunächst nur in Ägypten gegeben. Erst in der Nachkriegszeit sollte auch in anderen Teilen der arabischen Welt die Konstellation ähnlich werden.

War der Aufstand unter Arabi, der im Jahre 1882 zur Okkupation des Nillandes durch englische Truppen geführt hatte, in erster Linie eine von den ägyptischen Fellachen getragene Bewegung, die durch Unterdrückung, Not und Ungerechtigkeit zur Revolte getrieben worden waren, so war die jungägyptische Bewegung, die um die Jahrhundertwende hochkam, unter europäischen Einflüssen entstanden. Ihre geistigen Waffen entstammten dem Arsenal der französischen Demokraten. Denken und Wollen der Jungägypter waren weitgehend geschult am europäischen Vorbild. Trägerin dieser Bewegung wurde das langsam entstehende ägyptische Bürgertum, dessen Söhne nach Europa zum Studium und zur beruflichen Ausbildung gingen und von dort zurückkamen, gewillt, westliche Zivilisationsformen in Ägypten zu verbreiten.

Sprecher der Jungägypter, die ihre Fäden zu den verwandten Jungtürken hinüberspannen, ohne sich jedoch so islamfeindlich zu zeigen wie jene, wurde Mustafa Kamel. Er hatte in Frankreich studiert und wurde, nach seiner Rückkehr in die Heimat, Führer einer Gruppe junger Menschen, die erfüllt war von den Ideen Europas, aber dennoch im Boden der Heimat und deren Besonderheiten verwurzelt blieb. In ihnen lebte das Bewußtsein, daß es eine Aufgabe war, wert des vollen Kraft-einsatzes, für das unter fremder Herrschaft lebende Vaterland zu kämpfen. Dieser zum erstenmal lebendig empfundene Begriff »Vaterland« war bei vielen zweifellos mitgeprägt von dem Wunsch, sich an Stelle der ausländischen Funktionäre in Amt und Würden zu sehen. Das war menschlich, zielte aber in der Auswirkung in gleiche Richtung.

Schon im Jahre 1895 hatte Mustafa Kamel in einer kleinen Schrift, die den Titel »Le péril égyptien« trug, die Grundsätze eines »ägyptischen Nationalstaates« umrissen, und mit den Worten: »Ich will den Patriotismus meiner Landsleute wecken, die Ägypter Ägypten und Ägypten den Ägyptern zurückgeben!« — war

das Programm der Jungägypter verkündet. Mustafa Kamels Zeitung »El Lewa«, um die Jahrhundertwende gegründet, war bald das meistgelesene Blatt Ägyptens. Ihre politische Organisation fand die jungägyptische Bewegung in der Vaterländischen Partei, die »Hasb el watan«, die Mustafa Kamel persönlich anführte, und in der Volkspartei, »der Hasb el umm«, der auch Zaghlul Pascha angehörte. Im Jahre 1907 wurden beide Parteien zusammengeschlossen und fanden festere Formen der Organisation. Ihr politisches Programm vertrat den Grundsatz der »Selbstbefreiung« vom politischen Joch Englands, im Gegensatz zur politischen Linie der Partei der konstitutionellen Reformer, die auf eine langsame friedliche Zurückdrängung des englischen Einflusses rechneten und auf eine entsprechende Ausweitung der ägyptischen Souveränität. Das Jungägyptertum, das die islamische Religion wie Abdul Hamid zu politischer Zweckmäßigkeit degradierte, im übrigen aber sich durchaus »aufklärerisch« zeigte, war eine stark intellektualistische Angelegenheit, der die Fühlung mit der Masse des Volkes fehlte und darum wirkliche Stoßkraft abging. Zumal diese Stoßkraft, sobald sie sich zeigte, auf die Härte und Widerstandsfähigkeit der englischen Großmacht stieß. So ist die unmittelbar praktische Auswirkung der jungägyptischen Bewegung, mit dem Maß des politischen Erfolges gemessen, unwesentlich und bescheiden. Dennoch hatte sie nachhaltige und im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung nicht unbedeutende Wirkungen, da sie das ägyptische Bürgertum auf jene Führerrolle vorbereitete, die es in der Revolution des Jahres 1919 unter Zaghlul Pascha, nachdem sich Bürger und Fellachen gefunden hatten, übernehmen sollte.

Mustafa Kamel starb in dem Jahr, da in Mazedonien die jungtürkische Revolution ausbrach. Bei seinem Begräbnis zeigte es sich, daß weite Kreise der Nation schon für die Parole vom ägyptischen Nationalstaat — der Parole des zu früh Verstorbenen — gewonnen waren. Zeitgenossen berichten, daß das ägyptische Volk in einer bis dahin unbekanntenen Einmütigkeit dem Sarg des Führers und Sprechers der jungägyptischen Bewegung das Geleit gab.

Die ägyptischen Revolutionäre, die sich, wie schon gesagt, nicht nur gegen den einheimischen Despotismus wendeten, sondern

einen Zweifrontenkrieg führen mußten gegen England und die ägyptischen Werkzeuge seiner Macht, scheiterten an der Überlegenheit des abendländischen Gegners. Der konnte erst aus seinen Stellungen verdrängt werden, nachdem in der Notzeit des Weltkriegs die lebensstarke Verbindung zwischen den intellektuellen Schichten und den Fellachen gefunden war. Denn diese Fellachen, die das Volk darstellten, konnten nicht durch die Phraseologie der westlichen Demokratie, der sie ohne Verstehen gegenüberstanden, sondern nur durch die Begegnung mit den Kräften eines wiederbelebten Islams mobilisiert werden.

\*

Auch in Persien fand die jungtürkische Bewegung ihr Gegenstück. Und so wie in der Türkei die Parole »die Türkei den Türken«, am Nil der Kampfprud »Ägypten den Ägyptern« galt, so wurde in Persien das Wort »Persien den Persern« auf das Banner der Erneuerung geschrieben.

Das äußere Ereignis, das in Persien den nationalen Unterströmungen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts zum Durchbruch verhalf, war die russische Revolution des Jahres 1905, die sich gegen den despotischen Zarismus wandte. Sie gab den persischen Nationalisten, die sich wie ihre politischen Parteigänger in der Türkei und in Ägypten gleichzeitig als »Liberale« fühlten, das Stichwort. Die Forderung der »Jungperser« — dieser Name wurde erstmals in der persischen Zeitung »Habl el Matin« im September 1908 geprägt — ging auf die Beseitigung der Despotie des Schahs aus, die das Land zerrüttete. Man forderte eine Beteiligung der Intelligenz an der Regierung; eine Lösung des Landes aus den verhängnisvollen Bindungen an Rußland und England, denen die Kadscharenschahs in nicht endenwollender Kette Konzessionen und Vorrechte verliehen hatten. Dadurch wurden die Lebensrechte der Perser von Jahr zu Jahr mehr eingeengt.

Die Besonderheit der jungpersischen Bewegung bestand im Gegensatz zur jungtürkischen und jungägyptischen darin, daß sie sich schon früh mit einem großen Teil der schiitischen Geistlichkeit verband, während ja in der Türkei Jungtürken und Ulemas in scharfem Gegensatz standen.

Die eigentliche nationale Revolution in Persien wurde eingeleitet durch den Akt einer religiösen Demonstration, durch einen sogenannten »Bast«, bei dem die Demonstrierenden so lange in einer Moschee Aufenthalt nehmen, bis die Forderung, für die man demonstriert, erfüllt worden ist. Mit einem solchen »Bast« eröffnete man den Kampf gegen den Despotismus des Schahs im Dezember 1905, also wenige Monate nachdem in Petersburg die Schüsse der russischen Revolution gefallen waren. Die Mullahs, die schiitischen Geistlichen, hatten unter Berufung auf den Koran und unter Belegung durch Koransprüche die Mitberatung bei Staatsangelegenheiten verlangt. Sie verließen, da sich der Schah und die Hofkreise dieser Forderung gegenüber ablehnend verhielten, Teheran, siedelten über ins »Heilige Kum« in Mittelpersien, um hier in der mit goldenen Kuppeln geschmückten Moschee der Fatima Asyl zu suchen. In Teheran selbst sympathisierten weite Volkskreise mit diesem wirkungsvollen Protest, schlossen die Basare und zogen sich zum »Bast« in die Moscheen zurück. Der erste Proteststreik in der Geschichte Persiens wurde proklamiert und durchgeführt.

Um der Unruhe, die durch die Übersiedlung der Mullahs nach Kum in die Provinz getragen worden war, Herr zu werden, sagte Schah Muzaffer ud Din die Erfüllung der Wünsche, die Gewährung einer Verfassung zu, die dem Volke gesicherte Rechte gab. Die Mullahs brachen den »Bast« in Kum ab und kamen nach Teheran zurück. Aber der Schah hielt sein Versprechen nicht. Nach schweren Zusammenstößen in Teheran wurde der Protest in Kum wieder aufgenommen, und in der Hauptstadt schlossen wiederum die Basare; der Streik ging weiter.

Als Schah Muzaffer ud Din die Mullahs zum zweitenmal aus der heiligen Stadt Kum zurückrief, hatte die jungpersische Revolution ihren ersten Sieg gefeiert. Der Despot entsprach der Forderung nach Verfassung und niedergeschriebenem Gesetz. Die vom Schah bewilligte Volksvertretung, das »Medschlis i Milli«, das »Haus der Gerechtigkeit«, wie das erste persische Parlament genannt wurde, trat im Oktober 1906 zusammen. Es arbeitete eine Verfassung aus, die Muzaffer ud Din als letztes Staatsdokument unterschrieb.

Sein Sohn, der Schah Mohammed Ali, der ihm auf dem Pfauen-thron folgte, war grundsätzlich reaktionär und der jungpersischen

Bewegung feindlich und ließ es bald auf eine Gewaltprobe mit dem neuen Parlament ankommen.

Am 31. August 1907 wurde in Teheran der englisch-russische Vertrag bekannt, durch den Persien in eine russische und eine englische Einflußzone aufgeteilt wurde und der über die völkische Zukunft des Landes den Stab zu brechen schien. Am gleichen Tage wurde der Ministerpräsident des Schahs, der für den Despoten die Machtprobe mit dem neuen Parlament durchkämpfte, ermordet. Der Täter, ein Jungperser aus Täbris, entzog sich der Verantwortung durch Selbstmord. Er wurde von seinen Parteigängern als Volksheld gefeiert. Der Schuß, dem der Ministerpräsident zum Opfer fiel, scheuchte den Schah aus seiner reaktionären Haltung auf. Er fühlte, daß in Teheran scharf geschossen wurde, und erklärte sich unmittelbar nach dem Attentat bereit, vor dem »Haus der Gerechtigkeit« den geforderten Eid auf die Verfassung zu schwören, die sein Vater unter dem Druck der Bevölkerung erlassen hatte.

Die Auseinandersetzung war verschoben, aber von seiten des Schahs keineswegs endgültig aufgegeben. Mohammed Ali spürte, wie die Jungperser unterirdisch an Boden gewannen, wie Geheimgesellschaften Maulwurfsarbeit unter seinem Thron leisteten, und er stellte daher dem Parlament das Ultimatum, durch einen Beschluß die politischen Geheimgesellschaften aufzulösen. Die Jungperser lehnten ab, und der Schah antwortete mit Gewalt. Die reaktionäre Hofpartei des Schahs putschte mit Geld, Verleumdung und Versprechung die Masse auf, die ihre Wut am »Haus der Gerechtigkeit« ausließ und das Parlamentsgebäude in Trümmer schlug. Aber die Jungperser gaben sich nicht besiegt. Ihr Einfluß war vor allem in der Provinz schon weitgehend und nachhaltig, und man organisierte außerhalb der Hauptstadt Freikorps, um damit gegen Teheran zu marschieren und die Verfassung zu verteidigen.

Wieder gab Schah Mohammed Ali nach. Er leistete erneut den Eid auf die Verfassung, rief aber gleichzeitig unverhüllt russische Hilfe zu seiner Unterstützung im innerpolitischen Kampf an. Und sowohl Rußland wie auch England, das zur Sicherung seiner Interessen nicht zurückstehen wollte, leisteten dem Schah aktive Hilfe bei seinem zweiten Staatsstreich im Sommer 1908. Das Parlament, in dem sich die Jungperser verschanzt hatten, wurde von einer ins Land gerufenen russischen Kosakenbrigade gestürmt und brannte

nieder, während die Reaktion mit Hilfe der imperialistischen Mächte, deren Werkzeug sie war, in Teheran triumphierte.

War der Staatsstreich in der Hauptstadt geglückt, so nicht in der Provinz. Von hier wurden Gegenbewegungen eingeleitet. Im Norden des Landes, in Täbris und Rescht, und in Isfahan, im Süden, sammelten sich die in der Hauptstadt geschlagenen Revolutionäre. Der Marsch auf Teheran begann, und kaum ein Monat nach dem zweiten Staatsstreich des Schahs fiel die Hauptstadt wieder in die Hände der Empörer. Wieder trat das Parlament zusammen und erklärte Schah Mohammed Ali für abgesetzt. Der Thron ging über an seinen minderjährigen Sohn Ahmad. Russische und englische Interventionen ermöglichten dem gestürzten Despoten die Flucht ins Ausland. Fünf Monate nach dem Marsch auf Teheran wurde das zweite persische Parlament im November 1909 eröffnet.

Aber die Folgen des zweiten Staatsstreichs, der Schah Mohammed Ali den Thron gekostet hatte, blieben, während er ins Ausland floh. Die ins Land gerufene russische Kosakenbrigade zog nicht mehr aus Nordpersien ab. Zwei Jahrzehnte sollte sie als Zeichen und Symbol der Ohnmacht des persischen Staates auf persischem Boden bleiben, bis die bolschewistische Revolution sie in die Heimat zurückrief.

Die Tatsache, daß in Nordpersien russische Truppen standen, veranlaßte England zur Forderung, für die südpersischen Garnisonen englische Offiziere zu bestellen. Unter dem Druck der englischen Macht wurde dieser Forderung nachgegeben. Damit schien Persiens Schicksal endgültig besiegelt.

Noch zwei Jahre lang beunruhigte der gestürzte Schah vom Ausland her seine innenpolitischen Widersacher in Teheran. Er war das willenlose Werkzeug in den Händen der russischen Diplomatie, und mit russischer Waffenhilfe suchte er im Jahre 1911 noch einmal die Macht in Persien an sich zu reißen. Kosaken marschierten, von ihm geführt, in Nordpersien ein. Aber das Abenteuer ging schlecht aus. Wieder mußte Mohammed Ali außer Landes fliehen. Die englische und die russische Regierung aber bestanden bei den Jungpersern darauf, daß dem vertriebenen Despoten weiterhin seine Staatspension gezahlt wurde. Nachdem der russische Versuch, mit Hilfe des gestürzten Schahs das unbequeme

Regiment der Jungperser zu beseitigen, mißglückt war, wartete man die Gelegenheit einer direkten Interventionsmöglichkeit ab. Sie fand sich, als der jungpersische Finanzminister zur Reorganisation und Sanierung der persischen Finanzen einen Amerikaner berief, der vom Parlament unbeschränkte Vollmachten zur Durchführung der finanziellen Sanierung des Staates verliehen bekam. Dieser jungpersische Vorstoß, der auf die Wiedergewinnung der Finanzfreiheit und auf eine allmähliche Lösung aus den Fesseln fremder Anleihen zielte, gab Rußland den Vorwand zu ultimativem Eingriff. Es sah in der Berufung des Finanzsachverständigen die von der jungpersischen Regierung geförderte Intervention einer dritten Macht in innerpersische Verhältnisse. Rußland war nicht gewillt, sie hinzunehmen. Petersburg verlangte die sofortige Entlassung des Amerikaners und das Versprechen der persischen Regierung, künftig keinen Ausländer nach Persien zu berufen, der nicht zuvor die Billigung der russischen und der englischen Regierung gefunden hatte.

Die jungpersische Mehrheit im »Haus der Gerechtigkeit« lehnte die ultimative Forderung Rußlands ab. Teheran ging auf die Straße, um gegen den imperialistischen Eingriff der beiden abendländischen Mächte zugunsten der hörigen persischen Reaktion zu protestieren. Zum erstenmal in der Geschichte Persiens fanden sich Frauen unter den politischen Manifestanten . . . Aber hinter diesen Protesten stand nur der Wille eines in Bewegung gekommenen Volkes — jedoch keinerlei Macht. Macht aber hat immer Recht, und deshalb kamen die Jungperser ins Unrecht.

Rußland verstärkte seine Armee im Norden des umstrittenen Landes, Kosaken marschierten auf Teheran, verjagten die jungpersische Regierung, lösten das Parlament auf und brachten ein reaktionäres russophiles Kabinett an die Macht. Damit endete der erste nationale Aufbruch Persiens. Die jungpersische Bewegung, die — im Gegensatz zu den geistig gleichgerichteten Bewegungen in den anderen islamischen Staaten — die Verbindung mit einem Teil der islamischen Geistlichkeit gefunden hatte, war am Widerstand der imperialistischen Mächte gescheitert. War niedergeknüttelt worden durch England und Rußland. Eine den Mächten hörige Regierung beherrschte wieder das Land, das nach Weltkriegsausbruch trotz seiner formellen Neutralität zum Schauplatz kriege-



rischer Auseinandersetzungen zwischen englisch-russischen und türkisch-deutschen Armeen wurde.

Erst nach dem Zusammenbruch des zaristischen Rußlands sollte der persische Nationalismus in neuer Form und aus neuem Geist heraus seine Auferstehung feiern und mit Hilfe des revolutionären Rußlands jene Stoßkraft finden, die ihn in der Auseinandersetzung mit England siegen und Persien den Persern sichern ließ.

\*

Aber die Wiederbegegnung des Morgenlandes mit den imperialistischen Mächten löste in der islamischen Welt keineswegs nur nach westlichem Vorbild geprägte »nationale« Bewegungen aus, die meist aufklärerisch und liberalistisch verbrämt waren. Es kam ebenso stark zu religiösen Reaktionen, die auf eine Wiederbelebung und Neudeutung des Islams ausgingen. Es erstanden Bewegungen, bemüht, das starre Lehrgebäude des Islams aufzulockern, daß es anwendbar wurde auf die Erscheinungen einer durch das Eindringen westlicher Zivilisation gewandelten Welt. Aus der Lehre des Propheten heraus wollte man politischen Notwendigkeiten und Forderungen einer weithin technisierten Epoche gerecht werden.

Waren die »jungorientalischen« Bewegungen davon überzeugt, daß die Zeit zu Ende ging, in der der Islam das ordnende Prinzip alles Lebens war, und daß eine neue anhub, in der Religion Privatsache, das staatliche Leben aber nach Prinzipien gestaltet werden mußte, die nicht aus dem Lehrgebäude des Propheten abzuleiten waren, so gab es doch auch Strömungen, die die Sendung des Islams wieder neu herauszustellen suchten. Eine Sendung, die keineswegs nur religiös, sondern ebenso sehr sozial und politisch war.

Diese religiöse Reaktion, ausgelöst durch die Wiederbegegnung mit dem »ungläubigen Abendland«, offenbarte sich in zwei Bestrebungen. Einmal in dem Bemühen, den Islam in seiner ursprünglichen, puritanischen Gestalt wiederherzustellen. Ihm seine frühere Klarheit und Reinheit wiederzugeben. Ihn politisch widerstandsfähig zu machen gegen die Kräfte des Abendlandes. Zum anderen aber im Versuch, die starre Orthodoxie, die im Lauf der Jahrhunderte Form ohne Inhalt geworden war, aufzulockern. Zu zeigen, daß das Lehrgebäude Mohammeds durchaus kein totes Gebilde sei, sondern entwicklungsfähig und anwendbar auf die gewandelten

Bedürfnisse der Seelen wie auf die gewandelten Erscheinungen der Zivilisation. Das Glaubensgebäude des Islams jedoch wollte man keineswegs antasten; jenes Gebäude, das sich einigend über die islamische Welt wölbte. Es schien bedroht durch die laizistisch wirkenden jungorientalischen Bewegungen, die ihre geistigen Waffen vom westlichen Liberalismus bezogen. Dieses Bemühen um eine religiöse Renaissance begegnete den panislamischen Bestrebungen Abdul Hamids. Dessen Panislamismus war ausschließlich von oberflächlicher, politischer Opportunität bestimmt. Hier aber handelte es sich um Kräfte, die aus der Tiefe aufbrachen und denen Wiederbelebung und Erhaltung der islamischen Geistesinheit Voraussetzung für alle politische Planung schien. Renaissance und Reformation vollzogen sich in dieser religiösen Reaktion nebeneinander.

Vorkämpfer und geistiger Vater der islamischen Reformation war Dschemal ul Din el Afghani. Er bereiste die islamische Welt nach allen Richtungen. In seiner Lehre erzielte er nachhaltige Wirkung, und er gründete eine Schule von Denkern, die ihre Aufgabe darin sahen, den sich nach europäischem Vorbild vollziehenden jungnationalen Aufbruch im Geist islamischen Glaubens zu untermauern. Dschemal ul Din wollte die aus europäischen Quellen strömenden Bewegungen islamisieren. So entstand eine Richtung, die die Mißbräuche, die unter den despotischen Regierungen aufgekomen waren, aus dem Geist des Korans heraus verdammt und aus ihm die Notwendigkeit politischer Reformen zu begründen suchte. Dschemal ul Din el Afghani und seine Schüler in allen Ländern der islamischen Welt gehörten nicht zu jener Kategorie von Menschen, aus der sich meist die jungorientalischen Führer rekrutierten, denen Europa kritiklos Vorbild war. Er und seine Anhänger suchten das, was von europäischer Zivilisation an die islamischen Gestade gespült wurde, nicht vorbehaltlos entgegenzunehmen, sondern nach islamischen Bedürfnissen zurechtzuformen, zu orientalisieren. Es vollzog sich in ihrem Bannkreis keine Europäisierung des Orients, sondern eine Orientalisierung Europas, eine Islamisierung abendländischen Geistesgutes.

Dschemal ul Din, der Afghaner, stammte aus den östlichen Ausläufern des iranischen Berglandes, aus Nordafghanistan. Er brachte seine Jugend in Buchara, wo er dem sich regenden russi-

schen Imperialismus begegnete und damit zum erstenmal mit abendländischen Kräften in Berührung kam. Später zog er nach Indien, wo er den abendländischen Imperialismus in seiner englischen Prägung traf. Mit zwanzig Jahren trat er in den Dienst des Emirs von Afghanistan, nachdem ihm in Mekka zum erstenmal das große Erlebnis islamischer Schicksalsgemeinschaft geworden war. Zehn Jahre blieb er dort und suchte dann ein Feld auf, wo sich Abendland und Morgenland in harter Auseinandersetzung befanden und wo er begann, seine Lehre von der Reformation des Islams zu verkünden. Er weilte kurze Zeit in Kairo, machte Station in Damaskus und erschien im Jahre 1869 in Konstantinopel, um die Mobilisierung der Geister zu betreiben.

Hier wurde er Professor an der »Andschuman el Elm«, der theologischen Hochschule, und sammelte die ersten Schüler, die seine reformatorischen Absichten weitertragen sollten. Das machte ihn bei der streng orthodoxen Geistlichkeit verdächtig. Im Jahre 1871 mußte er einem Angriff des Scheik ul Islam, der ihn der Ketzerei verdächtigte, weichen.

Er fand einen neuen Wirkungsplatz in Kairo. Von 1871 bis 1879 weilte Dschemal ul Din als Lehrer an der altberühmten muslimischen Hochschule, der »Al Azhar«, und erkannte hier in vollem Ausmaß die ungeheure Gefahr, die dem Morgenland drohte. Denn im ägyptischen Raum konzentrierten sich die abendländischen Angriffe, und hier überzeugte er sich endgültig, daß es ebenso wichtig war, die Geistesinheit des Islams zu erhalten, wie seine Völker mit den zivilisatorischen Waffen des Westens auszurüsten. Er kämpfte gegen den europäischen Despotismus nicht weniger als gegen den orientalischen der Herrscher- und Paschaschicht, und er zielte auf eine geistige Mobilisierung der Masse, die sich auch auf politischem Gebiet auswirken mußte. Dschemal ul Din forderte, verkündete und belegte, daß der Islam dem Volk Anteil an seiner Schicksalsbestimmung gewähre und daß das politische Geschehen, das sich infolge des abendländischen Vorstoßes vollzog, keineswegs als von Allah gewollt fatalistisch hingenommen werden dürfe, sondern daß es Auseinandersetzung und Abwehr verlange.

Es gelang dem Afghaner, die »Al Azhar« langsam aus der Erstarrung der Lehre und dem überlieferten Schema des Unter-

richtes zu befreien. Er ließ, als er im Jahre 1879 von Kairo weichen mußte, eine Reihe bedeutender Schüler zurück, die seinen Geist und seine Lehre bewahren und weitergeben sollten und sie für die spezifischen Bedürfnisse Ägyptens prägten. Der hervorragendste dieser Schüler war Mohammed Abdu, der spätere Großmufti von Ägypten. Seit Dschemal ul Dins Zeiten blieb die »Al Azhar« trotz der Vertreibung des großen Lehrers eine Stätte, an der die islamische Reformbewegung bis in die heutigen Tage hinein aufs wirksamste gepflegt und entwickelt wurde. Hier wuchs eine neue islamische Führerschicht heran, deren Wille darauf zielte, die jungorientalischen Nationalbewegungen wieder in den Bannkreis eines lebendig empfundenen Islams zu ziehen, sie aus europäischen zu orientalischen Bewegungen werden zu lassen. Dadurch, daß man sie an die innere Ordnung des Islams band und durch das religiöse Sendebewußtsein der islamischen Religion vertiefte, gab man ihnen so die sakrale Weihe.

Von Kairo aus, wo Dschemal ul Din weichen mußte, weil der Khedive Tewfik und seine europäischen Finanzberater in ihm einen gefährlichen Aufrührer sahen, wandte er sich zunächst nach Indien. Auch hier wurde er von den Engländern im Jahre 1882 seiner verhängnisvollen Tätigkeit wegen ausgewiesen. Sieben Jahre lebte er dann in europäischen Hauptstädten im Exil, bis ihn im Jahre 1889 Schah Nasir ul Din nach Teheran einlud.

Aber hier in Teheran wirkte er, wie in Kairo und Konstantinopel, nicht weniger als Sauerteig der Erneuerung und mußte so zwangsweise mit der Despotie des Schahs in Konflikt geraten. Nach zwei Jahren fruchtbarer und nachhaltiger Tätigkeit in Persiens Hauptstadt floh er 1892 nach London, traf hier mit dem Perser Malcolm Khan zusammen, der während der Londoner Zeit des Afghanen treuester Schüler und später in Persien sein Nachfolger wurde. Aus der Schule Dschemal ul Dins ging die neue persische Jugend hervor, die in den Umsturzjahren zu Beginn unseres Jahrhunderts die Führung der jungpersischen Revolution übernehmen sollte.

Aus London wurde Dschemal ul Din im Jahre 1895 wieder nach Konstantinopel zurückgerufen. Er leistete dem Ruf Folge, wirkte weiter in der Hauptstadt der Türkei und schien zunächst Abdul Hamid II. ein wertvolles Werkzeug zur Durchführung

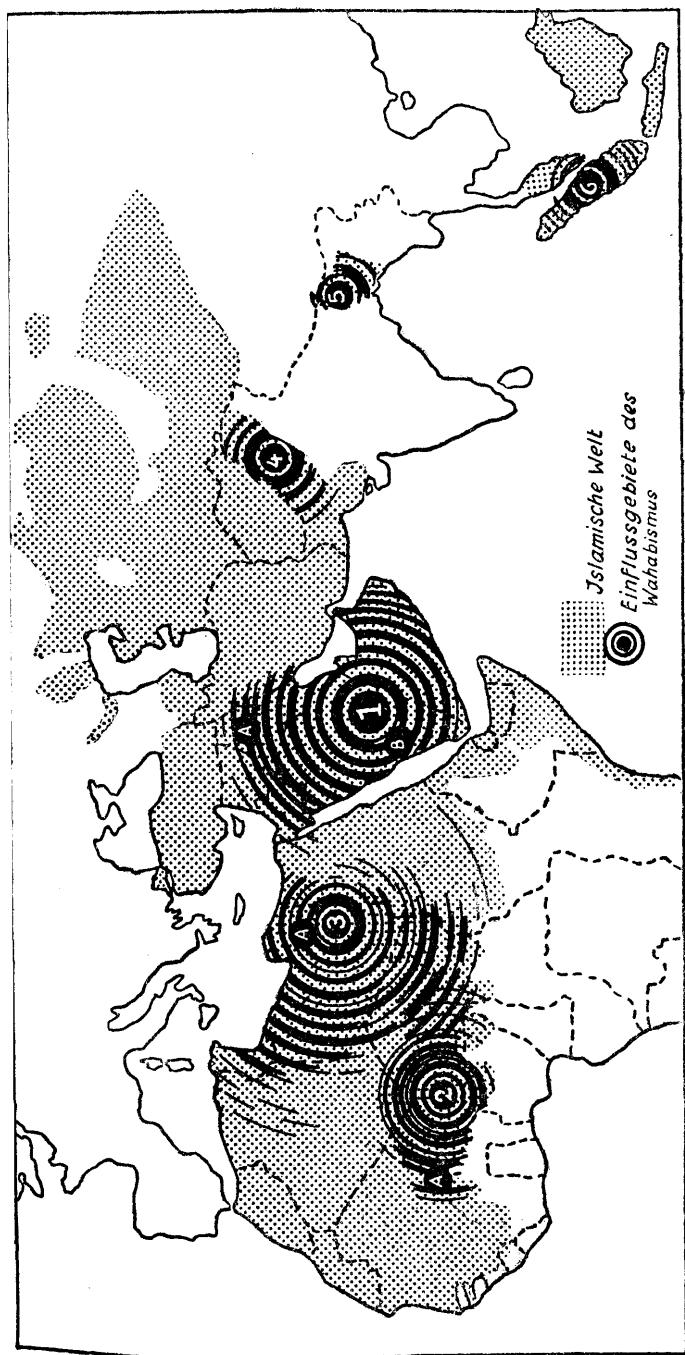
seiner panislamischen Politik. Aber Abdul Hamids Zuneigung währte nur so lange, wie er nicht die Gefährlichkeit der Lehren von Dschemal ul Din für den orientalischen Despotismus erkannte. Sobald der Rote Sultan darum wußte, wandte sich seine Freundschaft und Zuneigung, und er suchte nach Möglichkeiten den Afghanen still zu erledigen, so, wie er den jungtürkischen Führer Midhat Pascha auf die Seite geschafft hatte. Diese Gelegenheit kam, als im Jahre 1896 Schah Nasir ul Din von Persien in Teheran von einem Jungperser ermordet wurde und der Mörder sich als Schüler und Anhänger Dschemal ul Dins bekannte. Die persische Regierung verlangte die Auslieferung des angeblichen intellektuellen Urhebers des Mordes; aber es kam nicht dazu: verkommene Werkzeuge Abdul Hamids hatten den Vorkämpfer islamischer Reformation, bevor seine Auslieferung spruchreif wurde, vergiftet. Drei seiner Schüler wurden — als Ersatz — der persischen Obrigkeit übergeben und hingerichtet.

Aber Dschemal ul Dins Geist und Lehre überlebten den Lehrer. Sie wurden wirksam in fast allen theologischen Schulen des Islams, züchteten eine neue geistige Führerschicht, die von den Hochschulen, vor allem von der Kairoer »Al Azhar« aus die islamische Welt in ihren Bann zog und weithin jene fruchtbare Begegnung zwischen jungorientalischem Nationalismus und erneuertem Islam herbeiführte. Daraus wuchs die moralische Kraft, die wir heute mit dem Wort »islamischer Nationalismus« belegen.

\*

Neben dieser Reformation des Islams, wie sie von Dschemal ul Din und seinen Schülern betrieben wurde, lösten die im vergangenen Jahrhundert einbrechenden abendländischen Kräfte und Einflüsse auch eine puritanisch betonte religiöse Renaissance aus, die an die Prinzipien islamischer Frühzeit anknüpfte und den Islam in seiner ursprünglichen Reinheit wiederherstellen wollte. Diese Renaissance wurde sichtbar in Sekten und Ordensbildungen, deren Wirkungen aber weit über den religiösen Bezirk in die des politischen und sozialen reichten.

Der bedeutsamste Träger dieser religiösen Renaissance wurde die Sekte der Wahabiten, deren Ursprung ins 18. Jahrhundert zurückreicht und die nach scheinbarem Absterben um die Wende des



*Die Einflussgebiete des Wahabismus* 1. Inner-Arabien. Ursprung des Wahabismus, Ende des 18. Jhrdts. Seit 1901, durch Ibn Saud, das Dritte Reich Allahs. A: Kerbela. B: Mekka. — 2. Königreich Gobir, Haussa-Staat am Niger. Wahabitisches Reich 1804—1900. A: Oberlauf des Niger. — 3. Oase Kufra, Zentrale der Bruderschaft der Senussi. A: Oase Dscharabub, Gründung des Ordens durch Mohammed Ali el Senussi, 1844. — 4. »Daru el Harb«, Reich des Krieges im Pandschab. Zwischen 1820—1830. 5. Sajjid Achmed verkündet von Patna aus die Lehre Abdul Wahabs. — 6. Verkündung des Wahabismus auf Sumatra 1803.

20. Jahrhunderts zu unerwarteter Blüte und Wirkungskraft kam, die wirklich an den Aufbruch frühislamischer Zeit erinnern.

Die Heimat des Wahabismus liegt im Inneren der schwer zugängigen arabischen Halbinsel. Seine Bedeutung und Wirkungskraft ist daher lange in Europa unerkannt und unbeachtet geblieben, bis seine Früchte reiften und aus seinem Geist heraus eine *Wandlung vollzogen* war, die bedeutungsvoll wurde für den ganzen islamischen Orient.

Der Begründer des Wahabismus war der Eiferer Mohammed Ibn Abdul Wahab, der aus puritanischem Geiste heraus das Gottesreich, das der Prophet zu Lebzeiten geschaffen hatte und das zerfallen war, wieder begründen wollte. Er legte seinen Anhängern strengste Lebensregeln auf, bekämpfte alles naturwidrige Leben, verbot alkoholische Getränke, Nikotin, Seidenkleider und Goldschmuck, den Frauen das Schminken und den Männern das Bartscheren; denn Allah schuf den Bart als Zierde des Mannes. Wegen seines religiösen Fanatismus, der jenseits dieser Äußerlichkeiten auf die Zerstörung aller religiösen Sinnbilder ausging, der Reliquien- und Heiligenverehrung verbot, um »Gott allein die Ehre« zu geben, wurde er bald aus seiner Heimatstadt Ayayana ausgewiesen, weil er politischen Unfrieden und Unruhe stiftete.

Der aus der Heimat Gewiesene fand ein Asyl in Daraiya, wo Scheik Mohammed Ibn Saud die Herrschaft führte. Dieser fand an der puritanischen Lehre Abdul Wahabs Gefallen. Hier verbündeten sich Lehrer und Staatsmann, und von diesem Augenblick an begann der »Wahabismus« — so benannt nach Abdul Wahab — Macht zu werden. Unter der politischen und kriegerischen Planung Mohammed Ibn Sauds erstand das Zweite Reich Allahs, wie es dem Eiferer Abdul Wahab vorschwebte.

Inspiriert von dem religiösen Fanatismus, wurden die Kriegerscharen Mohammed Ibn Sauds unwiderstehlich und trugen den Wahabismus von Innerarabien her siegreich vorwärts nach allen Himmelsrichtungen. Überall erschienen sie als »Reiniger des Islams«, unterwarfen die Stämme, säuberten die Moscheen von allem Bildwerk und Schreinen und die religiösen Kultformen von jeder glanzvollen Verbrämung. Im Jahre 1801 eroberten die Wahabiten den schiitischen Wallfahrtsort Kerbela, südlich Bagdad, und zerstörten dort die heiligen Schreine. Im Jahre 1804 waren Mekka und Medina,

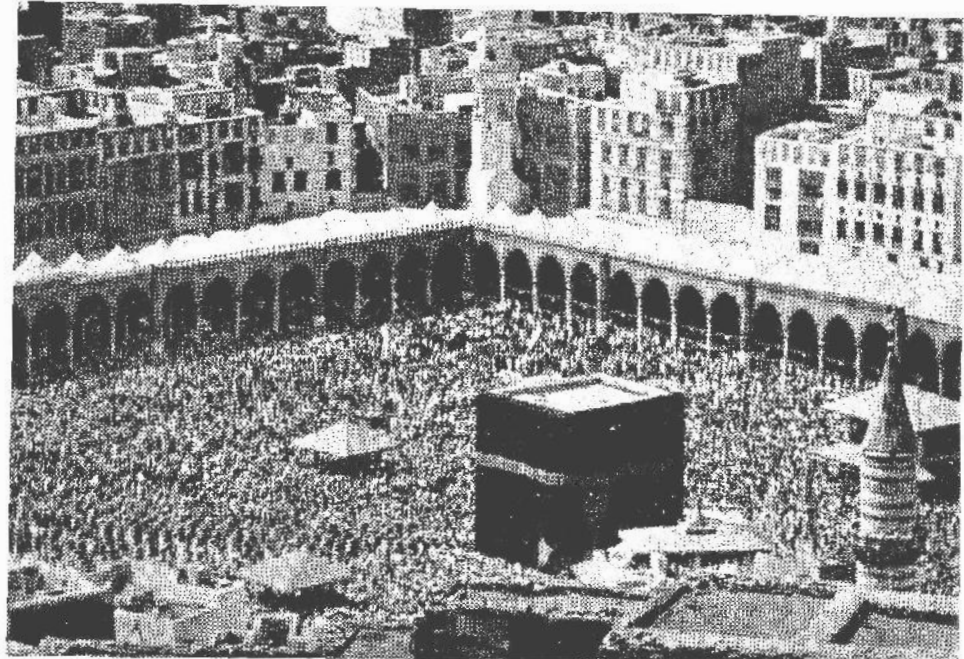


Die islamische Frau . . . teils  
verschleiert und rückständig

. . . teils emanzipiert und als  
Studentin auf den Hochschulen  
wettifernd mit dem Mann —  
scheint Zeugin für den Umbruch  
in der Welt des Islam . . .

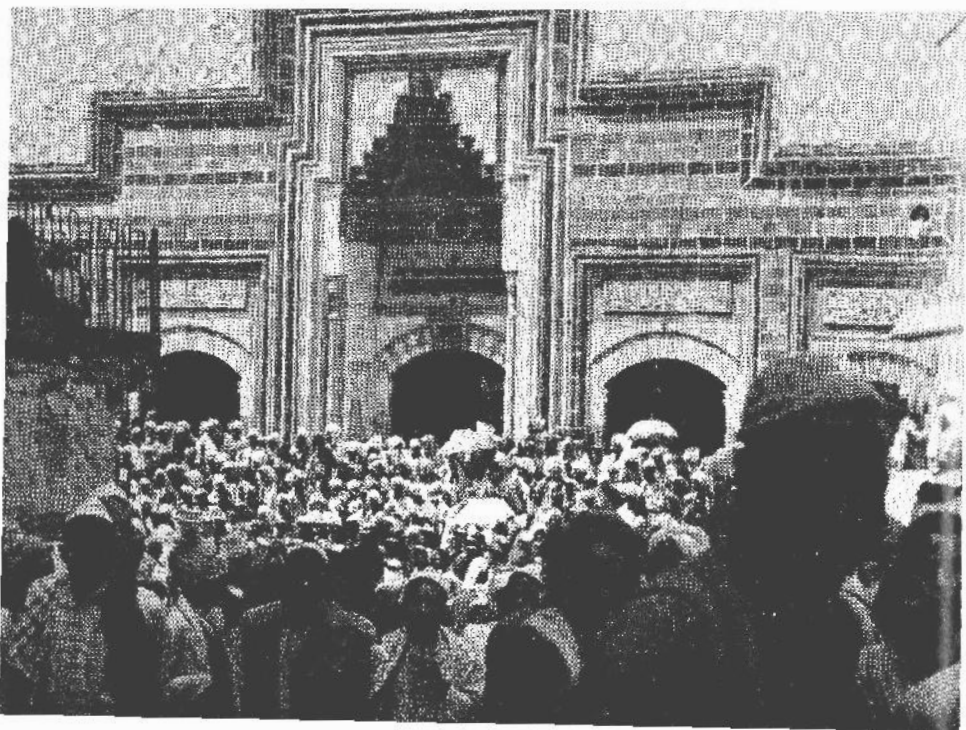


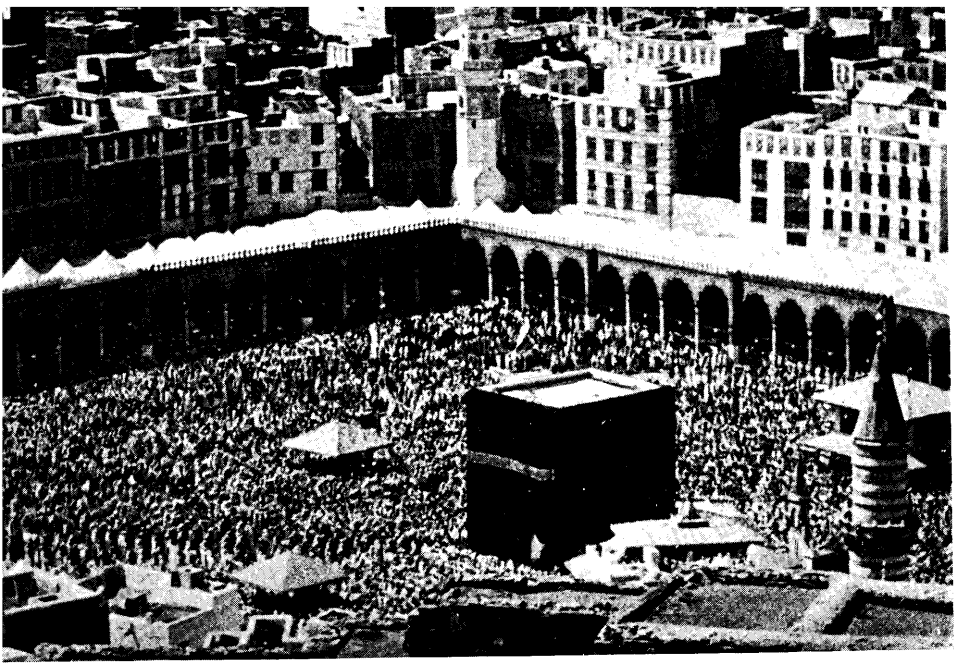




Lebenslang zielt die Sehnsucht zahlloser Moslemin nach Mekka, in die Heimatstadt des Islam — bis sie gestillt ist ... [Mekka mit Kaaba].

Während der Pilgerfahrt nach Mekka startet man auch Medina einen Besuch ab [Saidaa Mohammed-Moschee in Medina].





Lebenslang zielt die Sehnsucht zahlloser Moslemin nach Mekka, in die Heimatstadt des Islam — bis sie gestillt ist . . . [Mekka mit Kaaba].

Während der Pilgerfahrt nach Mekka stattet man auch Medina einen Besuch ab [Saidaa Mohammed-Moschee in Medina].



die Städte des Propheten, in ihren Händen. Die »Säuberung« wurde auch hier durchgeführt, und das Grabmal des Propheten fiel ihr zum Opfer. Zwei Jahre später war der ganze Süden der arabischen Halbinsel mit Oman und dem Jemen in ihrem Besitz. Dann vollzog sich ihr Siegeszug nordwärts, und um das Jahr 1808 reichte das zweite Reich des Propheten von den Bergen des Libanon und den Küsten des Roten Meeres bis zu den Gestaden des Indischen Ozeans.

Erst als sich Mohammed Ibn Saud, angestachelt von seinen Erfolgen und getrieben von dem Fanatiker Abdul Wahab, mit dem Sultan-Kalifen in Konstantinopel zu messen wagte, sollte ihn sein Schicksal ereilen. Der Sultan beauftragte seinen Pascha in Ägypten, den berühmten Mohammed Ali, einen Feldzug gegen die Wahabiten zu unternehmen, die zu einer ernststen Gefahr für die Einheit des türkischen Reichs geworden waren. Mohammed Ali zertrümmerte in achtjährigem Krieg das Gottesreich, das Mohammed Ibn Saud aufgebaut hatte. Die Wahabiten wurden aus Mekka und Medina vertrieben und ihre Führer vor der Hagia Sophia in Konstantinopel hingerichtet. Damit war die erste Epoche des Wahabismus abgeschlossen. Die Wahabiten fristeten in Innerarabien eine kümmerliche Existenz; ihr Gottesreich war zu einem Zwergstaat zusammengeschrumpft, für den der Sohn des großen Saud im Jahre 1830 El Riad zur Hauptstadt wählte. Aber die Macht der Sauds wurde durch Stammesnachbarn auch hier gebrochen, und die Wahabiten blieben unbeachtet Jahrzehnte hindurch, bis die Begegnung des Abendlandes mit dem Morgenland eine Atmosphäre in der islamischen Welt schuf, die den Erneuerungsideen Abdul Wahabs wieder günstig schien.

Im Jahre 1901 erstand den Wahabiten ein neuer Führer in der Person eines Enkels des großen Mohammed Ibn Saud, der sich wieder auf den Auftrag Abdul Wahabs besann, in kühnem Handstreich die Macht der Sauds in Riad wiederherstellte und von dieser Stadt her das Dritte Reich Allahs aufzubauen begann. Dieser Enkel war Abd al Asis Ibn Saud, heute der Welt bekannt als Ibn Saud, Sohn des Saud, und als Herr der arabischen Halbinsel.

Dieses Wiederaufleben des Wahabismus erregte in Konstantinopel Bedenken. Denn in ihrem ersten Aufbruch, ein Jahrhundert zuvor, hatten die Wahabiten gezeigt, daß sie durchaus nicht nur

Glaubenskämpfer waren, die heidnischen Verirrungen in der Religion des Propheten nachgingen, sondern daß sie bemüht waren, in dem chaotischen Innerarabien einen staatlichen Organismus zu schaffen, um den durch religiös aufgemachte Bruderschaft ein festes Band des Zusammenhaltes geschlungen wurde. Sie hatten etwas wie ein arabisches Nationalgefühl begründet, die Araber an die Glanzzeiten ihrer Geschichte erinnert und diesem Nationalgefühl nach Überwindung der Stammesgegensätzlichkeit in der Gestalt eines Staates Ausdruck gegeben.

Konstantinopel wollte auf alle Fälle die Wiederholung des wahabitischen Aufstiegs, der vor einem Jahrhundert das türkische Großreich in seinen Grundfesten beben ließ, verhindern. Die El Riad benachbarten Stämme wurden von der Hohen Pforte gegen die Wahabiten und ihren Führer Ibn Saud aufgebracht. Aber die Angriffsversuche schlugen fehl, und die Wahabiten zerstörten im Gegenstoß den benachbarten Schammarstaat unter Ibn Raschid, der seit Jahren die innerarabische Hegemonie innegehabt hatte. Diese Vorherrschaft sollte schnell an Ibn Saud und seine wahabitischen Kämpfer übergehen.

Bedeutungsvoll für die sich in den kommenden Jahren vollziehende Ausdehnung des Wahabismus war das Jahr 1910. In diesem Jahr gründete Ibn Saud die »Ikhwan-Bewegung« — die »Bruderschaftsbewegung« —, in der er den Versuch unternahm, die Rivalitäten der arabischen Stämme, die dem Aufbau eines geschlossenen und zentral geleiteten Staatswesens störend im Wege standen, durch eine Verlebendigung des Gefühls religiöser Zusammengehörigkeit zu verdrängen. Diese Bruderschaften wurden in verschiedenen Teilen des wachsenden saudischen Reiches angesiedelt, und ihre Siedlungen wurden Stützpunkte für die wandernden Nomaden, doch noch mehr als das: sie wurden Räume, in denen den Nomaden selbst die Möglichkeit des Sesshaftwerdens geschaffen wurde. Hier wurden sie — einmal angesiedelt — systematisch vom Stammesgedanken, der Arabien aufspaltete, gelöst und zu einem arabischen Einheitsbewußtsein auf Grundlage des religiösen Erlebens erzogen.

Es wiederholte sich der Vorgang, der, geschichtlich gesehen, die Epoche des Propheten auszeichnete. Mohammed war es durch seine neue Lehre gelungen, die arabischen Stammesgefühle, die

feindlich gegeneinanderstanden, in den Ring der Gemeinsamkeit zu zwingen und ihren Kampfeswillen vom Gegeneinander zum Miteinander gegen eine nichtarabische Umwelt auszurichten. Sowohl in religiöser wie in sozialer und politischer Hinsicht stellte der Wahabismus mit seiner »Bruderschaftsbewegung« eine Wiederherstellung der Prinzipien dar, durch die der Islam in seiner Frühzeit groß geworden war, aus denen er seine Kampfeskraft empfangen hatte. Die Ikhwan-Bewegung war also keineswegs eine Art dunkler Verschwörung gegen eine nichtislamische Umwelt, sondern sie ist das Werk weiser staatsmännischer Erkenntnis und der Versuch, durch streng puritanische Bindung Ordnung in dem seit Jahrhunderten chaotisch aufgelösten Arabien herzustellen, um so die Grundlagen eines modernen Staatswesens zu schaffen. Wie solide und festgefügt diese Grundlage war und welche Stoßkraft der aus dem religiösen Sendebewußtsein geborenen Idee eines geeinigten Arabiens innewohnte, sollten die ersten drei Jahrzehnte unseres Jahrhunderts zeigen. Der Begründer der Ikhwan-Bewegung, gestützt auf die Kraft seiner Glaubenskämpfer, riß zunächst die Hegemonie in Innerarabien an sich, entgegen dem türkischen und englischen Willen, und dehnte dann, in geschickter Vermeidung eines direkten Zusammenstoßes mit dem abendländischen Imperialismus, das neue wahabitische Reich bis zu den Küsten des Roten Meeres und bis an die Grenzen Palästinas und Mesopotamiens aus. Zum erstenmal seit der islamischen Frühzeit war der Traum arabischer Einheit aus eigener Kraft und gegen abendländischen Willen verwirklicht worden.

\*

Der Einfluß des Wahabismus blieb keineswegs auf die arabische Halbinsel, also auf die Heimat des Islams, beschränkt. Er fand seine Auswirkungen ostwärts und westwärts in der islamischen Welt und schuf hier wie dort Zentren religiöser Wiedergeburt und puritanischer Erneuerung.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als der Vorstoß der Wahabiten die heiligen Städte Mekka und Medina erreichte, um hier im Reinigungsdrang die heiligen Schreine in Trümmer zu legen, kam die islamische Welt, die alljährlich Tausende von Pilgern

nach Mekka sandte, in unmittelbare Berührung mit den Wahabiten und ihrer puritanischen Lehre. Sie wurden von ihr angezogen oder abgestoßen.

Unter denen, die sich von den Grundsätzen Abdul Wahabs angesprochen fühlten, fand sich ein Scheik, der aus Innerafrika zur Pilgerzeit nach Mekka gekommen war. Er hieß Uthman Danfondio und gehörte einem sudanesischen Stamm, den Hirten der Fulani, an. Nach seiner Heimkehr von Mekka begann er, innerlich erfüllt von dem Erlebnis der Begegnung mit dem Wahabismus, dessen Lebensweise zu verfechten und die Lehren Abdul Wahabs seinen Stammesgenossen zu predigen. Was in Innerarabien im großen geschehen war, vollzog sich nun im Sudan im kleinen: durch Glaubenseinheit suchte man die Stammesfeindschaften zu überwinden, und so man sich nicht freiwillig zu dieser Einheit bekannte, wurde man mit Waffengewalt dazu gezwungen. Wieder waren es Feuer und Schwert, mit denen die Lehre des Propheten verbreitet wurde. Im Jahre 1802 unternahm Uthman Danfondio seinen ersten krieglerischen Aufbruch. Er hatte Erfolg. Zwei Jahre später war das Königreich Gobir, der Haussa-Staat am Nigerlauf, unterworfen. Es wurde ein neues wahabitisches Reich, ein Gottesreich auf afrikanischem Boden gegründet, mit der Hauptstadt Sokoto in der Nähe des Niger. Die Macht und die innere Kraft dieses Reichs, das sich bis zum Jahre 1900 trotz dem Drängen der imperialistischen Kolonialmächte hielt, haben entscheidend zur Ausbreitung des Islams in den westlichen Sudangebieten beigetragen. Noch heute, unter englischem Protektorat, nennen sich die Nachfolger Uthman Danfondios »Könige der Mohammedaner«.

\*

Auch Teile des islamischen Indiens wurden von der wahabitischen Lehre durchsetzt, und zwar an einer Stelle, wo der indische Islam vom islamischen Standpunkt aus eine gefährliche und zu verworfende Mischung mit dem Hinduismus eingegangen war, wo also ein »Reinigungsbedürfnis« besonders stark vorlag.

Der wahabitische Lehrer und Reformator für Indien war Saijid Achmed, dessen Einfluß in den islamischen Gebieten am Golf von Bengalen wirksam wurde. Saijid Achmed war der Schah von Rai Bareli, der im Jahre 1816 zum Islam übergetreten war. Auf seiner

ersten Pilgerfahrt nach Mekka war er mit den Wahabiten zusammengekommen. Überzeugt von ihren Grundsätzen und erfüllt von einem Missionsdrang, kehrte er im Jahre 1820 in seine bengalische Heimat zurück. Von Patna aus begann er die Lehre Abdul Wahabs zu verkünden. Er zeigte seinen moslemischen Brüdern, daß sie nur »Moslemin des Namens« waren, aber ihr Leben weitgehend eingerichtet hatten nach dem Vorbild der Hindus, deren Feste sie feierten und deren Gesetze sie angenommen hatten.

Auch hier manifestierte sich der Wahabismus infolge der Unerbittlichkeit seiner Forderungen bald kriegerisch. Die Anhänger Saijid Achmeds schufen ein Reich im Pandschab und wagten nach anfänglichen Erfolgen einen offenen Krieg. Sie riefen zum »Dschihad« gegen die Sikhs, die den hingeworfenen Fehdehandschuh aufnahmen, den islamischen Angriff parierten und das Wahabitenreich, das »Daru el Harb«, das Reich des Kriegs, wie es die Wahabiten selber nannten, zerstörten. In den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts fiel dann das Reich der Glaubenskämpfer dem englischen Eroberer zu.

Aber das Missionswerk Saijid Achmeds wurde trotz der politischen Fehlschläge fortgesetzt. Sein Nachfolger wurde Malawi Mohammed Ismael. Dessen Söhne und Enkel sind bis auf den heutigen Tag wahabitische Vorkämpfer, und der Wahabismus hat sich in verschiedenen mehr oder weniger fanatischen Sekten in Indien erhalten. Die bekannteste dieser Sekten ist die der »Farazis«.

\*

Noch weiter gen Osten fand der Wahabismus seine Ausbreitung in Sumatra. Hier verkündete ihn seit dem Jahre 1803 ein aus Mekka zurückgekehrter Pilger. Auch dort war er kämpferisch. Die Glaubenskämpfer brachen einen »Dschihad« gegen die nichtmoslemische Umwelt vom Zaun, der bald in wilde und grausame Eroberungszüge ausartete. Die holländische Kolonialbehörde sah sich im Jahre 1821 gezwungen, gegen die Überfälle der Wahabiten einzuschreiten. Nicht weniger als sechzehn Jahre hatten die Holländer auf Sumatra zu kämpfen, bis die Kraft der Wahabiten gebrochen war.

\*

Überall, wo der Wahabismus auftrat, bis in die jüngste Zeit hinein, da er unter dem Druck abendländischer Vorstöße seine glänzende Auferstehung feierte, stellt er den Versuch dar, einen Staat auf streng theokratischer Grundlage aufzurichten und dem Islam in seiner puritanischen Form mit Waffengewalt zum Recht zu verhelfen. Dabei ist er, wenn er mit dem Westen in Berührung kam, stets allen abendländischen Einflüssen gegenüber äußerst ablehnend gewesen. Das zeigt sich heute noch im Gottesreich Ibn Sauds, das für den »Ungläubigen« noch immer verbotenes Land ist. Das zeigte sich aber auch bei den Senussi in Nordafrika, einer islamischen Sekte, die ihren Ursprung ohne Zweifel wahabitischer Inspiration verdankt. Diese Sekte leistete den Italienern im Kampf um Libyen bis in die letzten Jahre hinein hartnäckig Widerstand. In der Form der Senussibruderschaften hat der Wahabismus weit über die Grenzen seines unmittelbaren Einflusses hinaus entscheidend zur Wiederbelebung des kämpfenden Islams in Nordafrika beigetragen.

Der Begründer der Senussibruderschaft war Mohammed Ali el Senussi, 1787 in Algier geboren, der seine Erziehung in Mekka in jenen Jahren genoß, als dort der Wahabismus triumphierte und durch die Pilger in Berührung mit der islamischen Welt jenseits der arabischen Halbinsel kam. Im Jahre 1840 kehrte Mohammed Ali el Senussi in seine algerische Heimat zurück, also zu einer Zeit, in der Frankreich seine ersten imperialistischen Ansprüche dort zu verwirklichen suchte. Hier gründete der aus Mekka Heimgekehrte Derwischklöster, die sich zu Widerstandszentren gegen die französische Durchsetzung des Landes entwickelten. In der ersten Hälfte der vierziger Jahre bereiste Mohammed Ali el Senussi den afrikanischen Norden, kehrte nach Mekka zurück und fand hier die Macht des Wahabismus durch die Heere Mohammed Alis des Großen gebrochen. Aber er machte aus seiner Zuneigung zu den Wahabiten kein Hehl und kam schnell in Konflikt mit den neuen Herren Mekkas. Im Jahre 1844 wurde Mohammed Ali el Senussi aus der Heiligen Stadt ausgewiesen. Er kehrte nach Tripolis zurück, kam dort wiederum mit der türkischen Obrigkeit in Konflikt und zog sich dann ins Innere der Sahara, in die Oase Dscharabub, jenseits türkischen Machtbereichs, zurück.

Hier gründete er die Bruderschaft der Senussi, eine kämpfe-



rische Ordensgemeinschaft im Sinne des puritanischen Wahabismus. Die Mitglieder der Bruderschaft verpflichteten sich zu unbedingtem Gehorsam gegen das Oberhaupt der Ordensgemeinschaft. Die Eiferer verbreiteten sich über Nordafrika, gründeten Niederlassungen, von denen aus auch auf wirtschaftlichem Gebiet ein starker Reformwille ausstrahlte und die für die Bevölkerung der Umgebung vorbildliche Arbeit hinsichtlich der Bodenkultur und der Oasenwirtschaft leisteten. Man fand auch zahllose alleinlebende Senussi als Handwerker über den ganzen nordafrikanischen Raum verstreut. Die Bruderschaft schickte ihre Sendboten über Nordafrika hinaus, bis nach Arabien und zu den Malaiischen Inseln, und überall, wo sie sich niederließen, entstanden Kernpunkte des Widerstandes und der Reaktion gegenüber den immer wirksamer werdenden abendländischen Einflüssen.

Als Missionare hatten die Senussi bedeutsame Erfolge im Sudangebiet, bis hinunter zu den Ufern des Tschadsees. Der Orden war straff organisiert, kannte eine regelrechte Hierarchie, und die klösterlichen Gemeinschaften standen unter der Leitung eines Mukadams, eines Abtes.

Vor dem Hoheitsanspruch des Sultans in Konstantinopel, der sich als Souverän über Tripolis fühlte, suchten die Senussi die Linie des geringsten Widerstandes und fanden daher ihr Wirkungsfeld vornehmlich im Süden. Sie brachten die libyschen Oasen unter ihre Kontrolle und verlegten im Lauf der Entwicklung die Zentrale des Ordens von Dscharabub in die südlicheren Kufra-Oasen. Die sich früher hartnäckig bekämpfenden Wüstenstämme wurden unter der Herrschaft der Bruderschaft friedlich vereint. Es entwickelten sich im Raum des südlichen Libyens ausgedehnte Handelsbeziehungen. Man gab die Güter Innerafrikas weiter zu den Küstenstädten im Norden.

Der Begründer des Ordens starb im Jahre 1859. Nachfolger als Ordensleiter wurde sein Sohn Mohammed el Mahdi el Senussi, ein Mystiker, der bald in den Ruf der Heiligkeit kam und den Engländern beim Sudanfeldzug unter Kitchener gegen den Mahdi wirksamen Beistand leistete, galt es doch, einen »Feind des reinen Glaubens« zu vernichten. Mohammed el Mahdi starb im Jahre 1902. In weiten Kreisen ist man von seinem heimlichen Weiterleben überzeugt.

Ihm folgte sein Neffe Achmed el Scharif, da sein leiblicher Sohn Mohammed Idris noch minderjährig war.

Im Jahre 1911 eröffnete Italien den Angriff auf Tripolis, und in diesem Augenblick wandelten die Senussi ihre Haltung gegenüber dem Sultan-Kalifen in Konstantinopel. Das Gefühl islamischer Schicksalsgemeinschaft triumphierte, und aus alten Gegnern wurden Verbündete gegen die abendländische Macht. Die Senussi schlossen ein Bündnis mit Enver Bey, dem Beauftragten der Hohen Pforte in Libyen, und die Mitglieder der Bruderschaft legten den Eid ab, so lange gegen die abendländischen Christen zu kämpfen, wie Italiener auf libyschem Boden ständen. Sie predigten Jahre hindurch Empörung gegen das italienische Regime, lange noch, als zwischen der Pforte und Rom wieder Frieden geschlossen war. Sie wurden Geister des Widerstandes gegen den italienischen Herrschaftsanspruch und betrachteten sich, nach dem Verzicht des Sultans, als die rechtmäßigen Herren in Tripolitanien und der Kyrenaika. Aus diesem Grunde zögerten die Senussi auch bei Weltkriegsbeginn zunächst, an der Seite Konstantinopels gegen England in den Krieg einzutreten. Denn der Großmeister des Ordens hoffte auf eine englische Bestätigung seiner Souveränität über Libyen. Aber diese Bestätigung blieb aus. Als Italien in den Krieg eintrat, schwenkte der Orden geschlossen in die islamische Abwehrlinie ein und eröffnete einen Zweifrontenkrieg: gegen England in Ägypten und gegen Italien in Tripolis. Bis zum Jahre 1916 hatten die Engländer am Nil mit den Störungsversuchen der Senussi zu schaffen, bis eine Verständigungsaktion des englischen Hauptquartiers in Kairo erfolgte und England sich mit den Senussi auf eine Grenzlinie einigte, die ungefähr der jetzigen ägyptisch-libyschen Grenze entspricht.

Seit dieser Zeit verstärkte sich der Druck der Senussi auf die Italiener, die sehr an Boden verloren. Aber ein Angriff des Ordens auf die Stadt Tripolis mißlang, und es zeigte sich, daß bei den Senussi, wie bei den Glaubenskriegern Ibn Sauds, die größere Stärke in der Abwehr von Angriffen, als im Angriff auf eine außenstehende Macht liegt. Trotzdem ging während der Kriegszeit fast die ganze Kyrenaika für Italien verloren.

Der Großscheik des Ordens, Achmed el Scharif, siedelte nach Kriegsende in die Türkei über, und an seine Stelle trat Sidi Moham-

med el Idris, der eine versöhnlichere Haltung einnahm und sich mit den italienischen Behörden zu verständigen suchte. Rom erkannte seinen Herrschaftsanspruch auf die südliche Kyrenaika an.

Aber der geistige Einfluß der Senussi blieb über diesen Raum hinaus der abendländischen Kolonialmacht gefährlich, begann langsam die Geister der Moslemin in ganz Libyen zu revolutionieren und wurde so zu einer schweren Gefahr für den nordafrikanischen Kolonialbesitz Italiens. Der Faschismus, der sich wieder auf eine betont aktive italienische Kolonialpolitik besann, erkannte diese Gefahr schnell. Von diesem Zeitpunkt an nahm Rom die Auseinandersetzung mit dem Orden wieder auf. Sie wurde in den Jahren 1930 bis 1933 in einem Feldzug italienischer Truppen unter Graziani vorerst siegreich für Italien ausgefochten. Zehntausende von Senussi-Anhängern flohen damals vor den italienischen Waffen über die Grenzen, und das Land war nach dem Feldzug weithin entvölkert.

Das Bereich der Senussi steht heute unter militärischer Kontrolle Italiens. Aber der Orden ist nach wie vor unversöhnt und unversöhnlich, obschon eine treffliche italienische Regie das nur selten in Erscheinung treten läßt. Die zahlreichen Senussi-Emigranten, die zum Teil auf ägyptischem Boden, dicht an der libyschen Grenze, sitzen, sorgen dafür, daß diese Unversöhnlichkeit wach bleibt. Sie hat in den Forderungen der »Liga zur Verteidigung Tripolitaniens« ihren politischen Ausdruck gefunden.

\*

Sein Gegenstück fand der Senussi-Orden in der Bruderschaft der »Derkauije«, von denen sich die »Mandije« abzweigten. Der Mittelpunkt dieser Orden war das Städtchen Misurata an der Syrte. Beide Orden predigen strenge Askese, und die Mitglieder sind, wie die Senussi, zu blindem Gehorsam gegenüber dem Großscheik verpflichtet. Die Brüder sollen in den Händen des Großscheiks sein »wie ein Leichnam in den Händen der Leichenwäscher«, das heißt willenlos. Sie vertraten, im Gegensatz zu den Senussi, die panislamischen Interessen Abdul Hamids in Nordafrika, und ihr Großscheik war eine Zeitlang engster politischer Berater der Hohen Pforte. Heute ist ihre Bedeutung nicht mehr nennenswert.

\*

So wie im sunnitischen Islam, in der Wiederauferstehung des Wahabismus und seiner Abarten, eine religiöse Reaktion gegen den vordringenden kämpferischen Westen gegeben war, so fand sich auch im schiitischen Islam eine Bewegung, die darauf ausging, den Glauben in seiner ursprünglichen Reinheit wiederherzustellen. Auch der Schiitismus erlebte seine religiöse Renaissance.

Der schiitische Zweig des Islams, der zahlenmäßig weitaus geringere, spaltete sich vom sunnitischen in islamischer Frühzeit ab, als der Kampf um die Nachfolge des Propheten entbrannte. Nach dem Tode des vierten Kalifen Ali, der Mohammeds Schwiegersohn war, wurden die Söhne Alis bei Kerbela erschlagen und die Omajjaden usurpierten das Kalifat. Aus dieser Zeit datiert das endgültige Schisma zwischen Schiiten und Sunniten.

Schiitischer Glaubensauffassung nach folgten Ali, der der Legende nach unweit Nedschef während des Gebetes von seinen Gegnern ermordet wurde, elf »Imame« — das heißt »Wissende« — in direkter Folge. Daher nennen sich diese Gläubigen auch »Ethna'asharya«, zu deutsch »Zwölfer«. Der letzte dieser zwölf Imame war Mohammed al Muntazir, der 873, im Jahre 260 islamischer Zeitrechnung, nach dem Tode seines Vaters die Würde des »Imams« annahm. Aber kurze Zeit nach Übernahme des hohen Amtes zog sich Mohammed al Muntazir in die Verborgenheit zurück und verkehrte mit seinen Gläubigen nur noch durch einen Mittler, einen »Bab«. El Bab bedeutet die Tür. Im Jahre 940 oder 941 starb der letzte dieser Babs, die die Vermittlung zu dem im Verborgenen lebenden Imam hergestellt hatten. Seitdem war die Verbindung mit dem zwölften Imam unterbrochen. Die Schiiten glauben aber, daß dieser zwölfte und vorläufig letzte Imam nicht gestorben ist, sondern spiritual irgendwo in der Verborgenheit weiterlebt und eines Tages als Messias, als Befreier und Erlöser seiner Gläubigen wieder erscheinen wird.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts flutete, ausgelöst durch die Erfolge und Bemühungen der Wahabiten in Innerarabien, die erste Welle religiöser Renaissance über das in völliger Starre liegende schiitische Persien. Das Wort von der Wiederherstellung der ursprünglichen Glaubensreinheit machte auch hier die Runde.

Scheik Achmed el Asai, der im Jahre 1826 starb, lehrte, daß der zwölfte Imam, auf dessen Wiederkehr man wartete, doch

irgendwie durch Inspiration geistlicher Führer mit seinem Volke auch während der Wartezeit in Verbindung stehen müsse. In Durchbrechung jahrhundertealter Vorstellungen begann das Volk diesen Scheik und nach dessen Tod seine beiden Schüler Achmed und Saijid Kizzim als Gesandte des zwölften Imams zu betrachten, die er mit seinem Geist erfüllte. Aber keiner dieser drei nannte sich »Bab«, keiner erhob also den Anspruch, in persönlicher und direkter Fühlungnahme mit dem verschwundenen zwölften Imam zu stehen.

Doch die Geister waren wieder in Bewegung geraten, und so konnte es nicht verwundern, daß 1844 — dem Jahre 1260 nach islamischer Rechnung —, genau tausend Jahre nach dem Tod des letzten Bab und nach dem endgültigen Verschwinden des zwölften Imams, ein Mann auftrat, Mirza Ali Mohammed mit Namen, der behauptete, in unmittelbarer Beziehung zu dem vor tausend Jahren verschwundenen Imam zu stehen. Er verkündete, daß dessen Wiederkehr zu erwarten sei, und bereitete für ihn den Weg. Er nahm den Titel »Bab« — »Tür Gottes« — an, so wie ihn die früheren Vermittler getragen hatten. Das Volk glaubte ihm und seiner Lehre von der bevorstehenden Wiederkehr des zwölften Imams. Es löste sich im schiitischen Persien eine Bewegung aus, die man »Babismus« nannte und die eine seltsame Parallele zu jener christlichen darstellt, die sich im Abendland vor dem Jahr 1000 breit machte, da man die Wiederkehr Christi erwartete.

Die Anhänger des neuen Bab wurden Legion und waren von einem so starken Glaubensfanatismus besessen, daß sie sowohl der schiitischen Geistlichkeit als auch der staatlichen Obrigkeit als gefährliche Neuerer erschienen, die es zu verfolgen und zu vernichten galt. Denn der Bab verband mit seiner religiösen Erweckungslehre in geschickter Weise die Einführung westlicher Zivilisationsgebote. Er lehnte den »Dschihad«, den »Heiligen Krieg des Islams« ab, sprach gegen Körper- und Todesstrafe, forderte Schulen, wollte die Beschneidung abgeschafft wissen, verwehrte der Frau den Schleier, predigte Einehe und stellte mehr solcher revolutionären Forderungen.

Bald entwickelte sich eine erbitterte Feindschaft zwischen den Babisten und der regierenden reaktionären und despotischen Kaste um den Schah. Der Kampf entbrannte auf der Ebene des politi-

schen Machtanspruchs. Denn in dem Maß, in dem man die Babisten skrupellos unterdrückte, wuchs ihre Feindschaft gegen die Dynastie, die sie beseitigen wollten, um mit dem »Bab«, als dem Beauftragten des Imams an der Spitze, ein neues Glaubensreich zu gründen. Religiöse und politische Ziele waren wie bei den Wahabiten eng miteinander verknüpft. Glaubensfragen waren Machtfragen geworden.

In dem Kampf, der nun entbrannte, wurde der Bab zu Beginn des Jahres 1850 gefangengenommen und einige Monate später, am 8. Juli, mit einem seiner treuesten Schüler und Anhänger in Täbris hingerichtet. Der Überlieferung entsprechend, hatte man sie mit Stricken unter den Armen so aufeinandergebunden, daß das Haupt des Schülers an der Brust des Meisters, des Bab, lag. Armenische Schützen hatten den Befehl, die beiden zu erschießen. Aber als nach der ersten Salve der Pulverrauch verzogen war, stellte sich heraus — so berichtet die Legende — daß die Kugeln nur die Seile zerrissen hatten, so daß Meister und Schüler ohne Fesseln standen. Ein Wunder war geschehen. Erst eine zweite Salve traf die beiden zu Tod.

Dieser »Wundertod« des »Bab« entzündete in seinen Anhängern den Willen zum Martyrium. Zahllose Gläubige ließen sich an die Wand stellen und wurden niedergeschossen, während man die führenden Babisten vor Geschützöffnungen band.

Vor seinem Tod hatte der Bab seinen Nachfolger ernannt. Und unter dessen Führung behielt die Bewegung ihre Kampfkraft. Da wurde im Jahre 1852 ein mißglücktes Attentat auf den Schah Nasir ul Din verübt. Damit war für die reaktionäre und despotische Regierung das Zeichen zum unerbittlichen Verfolgungszug gegen die Babisten gegeben. Sie wurden zu Hunderten gefoltert und hingerichtet oder vertrieben. Die Despotie der Kadscharen schrieb mit Blut eines der dunkelsten Kapitel in die Geschichte Persiens.

Mirza Yehia, der zweite Bab, konnte seinen Häschern entfliehen und kam, begleitet von seinem Halbbruder Baha Ullah und seinen Freunden, nach Bagdad. In die Stadt, die alljährlich zahllose schiitische Pilger aus Persien kreuzten auf ihrer Fahrt zu den berühmten Wallfahrtsstätten Kerbela und Nedschef, südlich von Bagdad. So blieb der Bab in ständiger Fühlungnahme mit seinen pilgernden

Anhängern. Sein Einfluß war auch auf persischem Gebiet ungebrochen, obschon er in Emigration lebte.

Das veranlaßte Schah Nasir ul Din zu einer Intervention bei der Hohen Pforte, unter deren Schutz sich Mirza Yehia gestellt hatte. Der Sultan-Kalif gab der Forderung des Schahs nach, und die babistischen Emigranten wurden nach Konstantinopel gerufen und von dort nach Adrianopel abgeschoben an die westliche Peripherie des türkischen Reiches.

Dort kam es zu einer Spaltung der Babisten. Der Halbbruder Mirza Yehias offenbarte sich als wiedergekehrter zwölfter Imam in Person und fand Anhänger. Aus Glaubensbrüdern, die um gemeinsamer Ideale willen in die Verbannung gezogen waren, wurden erbitterte Gegner, und ihr Glaubensstreit artete in wirklichen Kampf aus, so daß die türkische Behörde eingreifen mußte. Mirza Yehia, der Bab, der sich selbst »Subhi Ezel«, das ist »Morgendämmerung der Ewigkeit« nannte, wurde mit seinen Anhängern nach Zypern gebracht, während Baha Ullah, der wiedergekehrte Imam, mit seiner Anhängerschaft nach Palästina verschickt wurde in die Stadt Akkon. Der Kampf um die Vorherrschaft zwischen den Halbbrüdern gehört zum traurigsten Kapitel in der Geschichte dieser abenteuerlichen Sekte. Sie trachteten sich gegenseitig nach dem Leben und setzten die Anhänger des anderen auf Todeslisten. Religiöser Mord schien ihnen kein Verbrechen, sondern Gott wohlgefällig.

Der nach Zypern verbannte Bab Mirza Yehia starb vereinsamt und frühzeitig, seine Anhänger zertreuten sich.

Sein Halbbruder Baha Ullah aber setzte sich in seiner neuen Verbannung durch und blieb das anerkannte Haupt seiner Sekte, obschon er fast dreißig Jahre in Akkon in Gefangenschaft saß. Im Jahre 1870 bekam er die Erlaubnis, sich außerhalb der Festungsmauern auf einem kleinen Gut vor der Stadt unter Aufsicht der Polizeibehörden anzusiedeln. Er starb 1892 und liegt im Rosengarten seines Gutes begraben.

Seine Anhänger in Persien, mit denen er lebenslang in Verbindung blieb, verrichteten stille Maulwurfsarbeit unter dem Thron der Kadscharendynastie. Um die Jahrhundertwende schätzte man in Persien die Zahl der Anhänger Baha Ullahs, den sie »Lichtglanz Gottes« nannten, auf etwa eine Million. Die Früchte dieser Arbeit

zeigten sich in der Revolution des Jahres 1908, die entscheidend getragen wurde von Babisten.

Die Anhänger Baha Ullahs spalteten sich nach seinem Tode weiter auf. Seine beiden Söhne stritten sich um die Führerschaft in der Sekte, und der älteste Sohn Abdul Baha sprengte den geistigen wie räumlichen Bezirk des Islams, in dem des Babs Lehre doch immer ihren Raum gefunden hatte, und baute eine neue Lehre auf, in der neben dem Koran auch das Alte und das Neue Testament Paten standen. Er begründete ein schwärmerisches humanitäres Sektierertum, das auch im Abendland und in Nordamerika Anhänger fand. In Frankreich, England und Deutschland wurden Kolonien der Sekte gegründet. Und welchen Einfluß diese Sekte in Nordamerika besaß, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß Bryan, der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten, mehrere Male Wallfahrten nach Akkon zum Grab Baha Ullahs machte und im Krieg sein hohes Amt niederlegte, weil er glaubte, die Politik Wilsons sei nicht mehr mit den Grundsätzen der Sekte in Einklang zu bringen.

Wie im arabischen Raum der Wahabismus, so wirkte im iranischen der Babismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen auflockernd auf das soziale, religiöse und politische Gefüge. Er lieferte in seiner Gegensätzlichkeit zu dem theokratisch getarnten Willkürregiment einen wertvollen Beitrag zu dem Umbruch, der dann nach Vernichtung alter staatlicher Formen durch die abendländischen Mächte einsetzte und in dem der islamische Nationalismus die islamische Welt einer neuen Epoche entgegenführte.



*Islamischer Nationalismus und islamische Schicksalsgemeinschaft*

Während und nach dem Weltkrieg legten die imperialistischen Mächte des Abendlandes durch ihre Auseinandersetzungen mit der Türkei und ihren Aufmarsch in Persien die letzten selbständigen Staaten der islamischen Welt in Trümmer. Kolosse auf tönernen Füßen zerbrachen.

Aber in dem Augenblick, da man die Beute verteilte und ein sicheres Erbe anzutreten glaubte, da man scheinbar inhaltlos gewordene staatliche Formen zerbrach, um den imperialistischen Erbanspruch zu verwirklichen, zeigte es sich, daß man auch jene Fesseln gesprengt hatte, durch die seit Jahrzehnten die innerorientalischen Kräfte gebunden waren. Diese erhoben nun auf die Erbmasse den gleichen, aber berechtigteren Erbanspruch wie die abendländischen Mächte. Denn aus dem staatlichen und politischen Trümmerfeld, das der Weltkrieg im Raum der islamischen Welt hinterließ, reckte sich phönixgleich allorts jene Kraft empor, die das Antlitz des Islams in Auseinandersetzung mit den abendländischen Erbansprüchen neu gestalten sollte, jene Kraft, die am eindeutigsten benannt wird mit dem Wort: islamischer Nationalismus.

Was ist islamischer Nationalismus?

Man hat versucht, ihn — in Parallele zur historischen Entwicklung Europas — als die gleiche Kraft zu kennzeichnen, die im Abendland, in Verwirklichung der Ideen der Französischen Revolution, den europäischen Nationalstaat prägte und Europa als politische Einheit und geistige Idee in zunehmendem Maße atomisierte. Und man hat dementsprechend die historische Epoche, die der islamische Orient gegenwärtig durchläuft, mit jener europäischen in Vergleich gesetzt, in der an die Stelle der Religion als dominierendem und ordnendem Lebensprinzip der Nationalismus als Gestalter gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens trat. In solchem Vergleich hat man den Prozeß des Auf- und Umbruchs, der sich gegenwärtig im islamischen Schicksalsraum vollzieht, »Europäisierung des Orients« genannt. Der islamische Nationalismus wäre in solcher Betrachtungsweise — ebenso wie der europäische — ein Nationalitätenproblem.

Dem ist nicht so.

Der islamische Nationalismus in seiner Erscheinung und Wirkung stellt vielmehr die Synthese dar zwischen den beiden Kräften, die in den Vorkriegsjahrzehnten im islamischen Orient durch die Wiederbegegnung mit dem Abendland ausgelöst wurden und von denen eine laizistisch und national im Sinne des europäischen Vorbilds ist, die andere aber religiös-islamisch, das heißt »orientalisch« oder »anti-okzidental«.

Die religiösen Erneuerungs- und Reformbewegungen, die im vergangenen Jahrhundert und bis zum Weltkrieg das starre Gefüge der islamischen Welt erschütterten, finden in dem islamischen Nationalismus der Nachkriegszeit nicht weniger ihren Ausdruck und ihre Auswirkung als die am europäischen Vorbild orientierten jungorientalischen Bewegungen. Beide Kräfte, die in der Vorkriegszeit oft gegeneinander um die Erneuerung der islamischen Welt rangen, sind unter dem Druck des Frontalangriffs, den die abendländischen Mächte während des Kriegs gegen die islamische Welt einleiteten, zusammengefügt worden und stellen heute die Komponenten der Kraft dar, die die Weltmacht des Islams erneuert. Der Prozeß der Europäisierung des Orients, den man in der Nachkriegszeit mit dem Aufkommen der islamischen Nationalbewegungen eingeleitet glaubte, ist heute schon umgedeutet in eine Orientalisierung Europas im Orient.

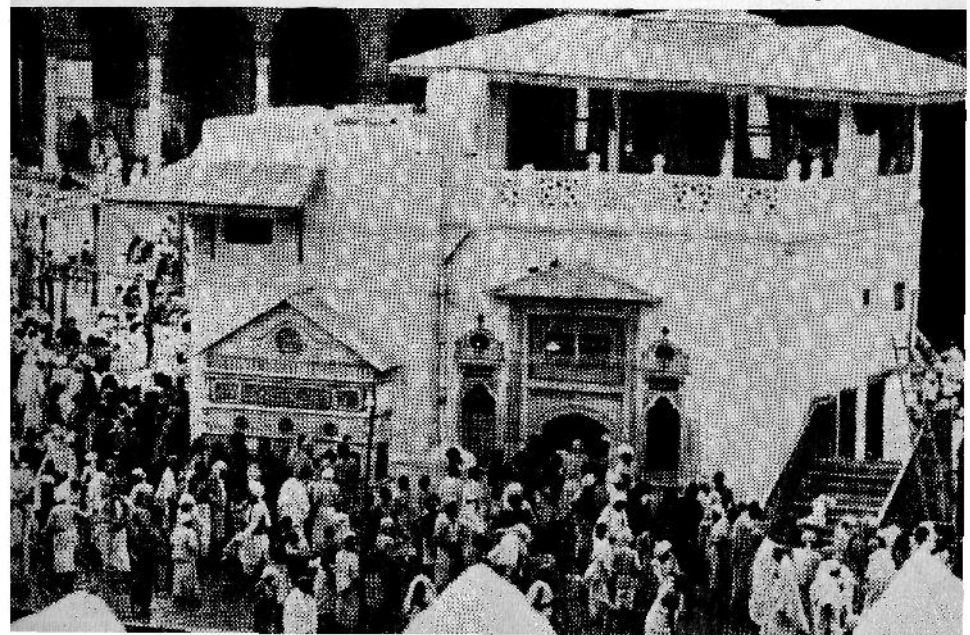
Der orientalische Nationalismus ist kein Nationalitätenproblem im Sinne europäischer Ideologie. Und die Lehren, Lebensformen und politischen Prinzipien des Abendlandes in seiner westlichen Prägung, die den islamischen Orient durchdrangen und noch durchdringen, werden hier langsam, aber unerbittlich umgestaltet und umgeformt zu etwas grundsätzlich Neuem, Islamisch-Orientalischem. Eine islamische Demokratie ist etwas völlig anderes als eine der westlichen, mögen ihre Formen auch Ähnlichkeiten haben — ihre Träger sind durchaus von verschiedener Mentalität, und das bleibt entscheidend.

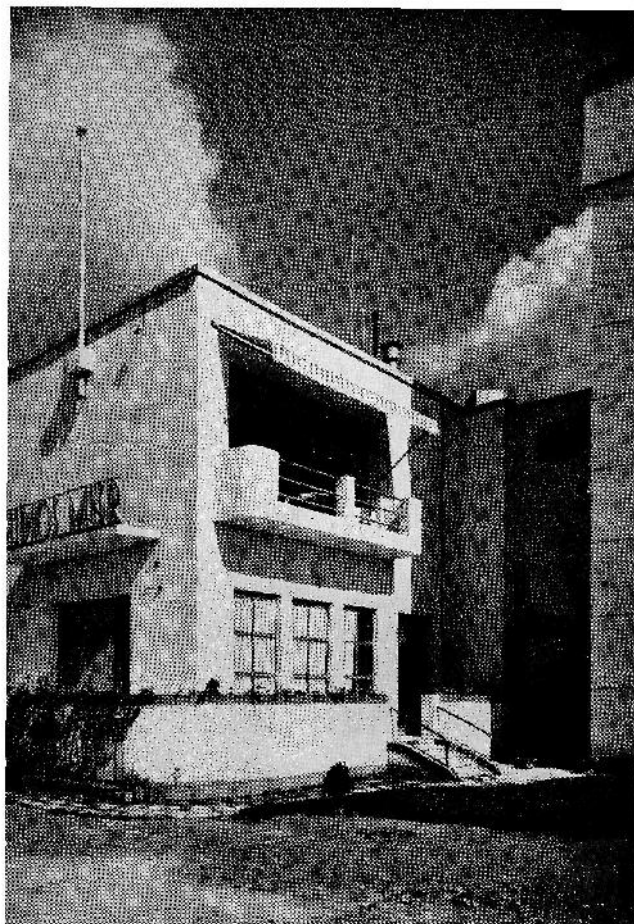
Über die orientalisch-islamischen Nationalismen aber, die überall im mohammedanischen Raum als Kräfte staatlichen Neubaus zum Durchbruch kamen und getrennte Gruppen mit eigenem Leben und eigenen abgegrenzten Interessen in der Form der neuen islamischen Staaten bildeten, wölbt sich einigend die orientalisch-islamische Schicksalsgemeinschaft, die ihre zusammenzwingende Kraft immer



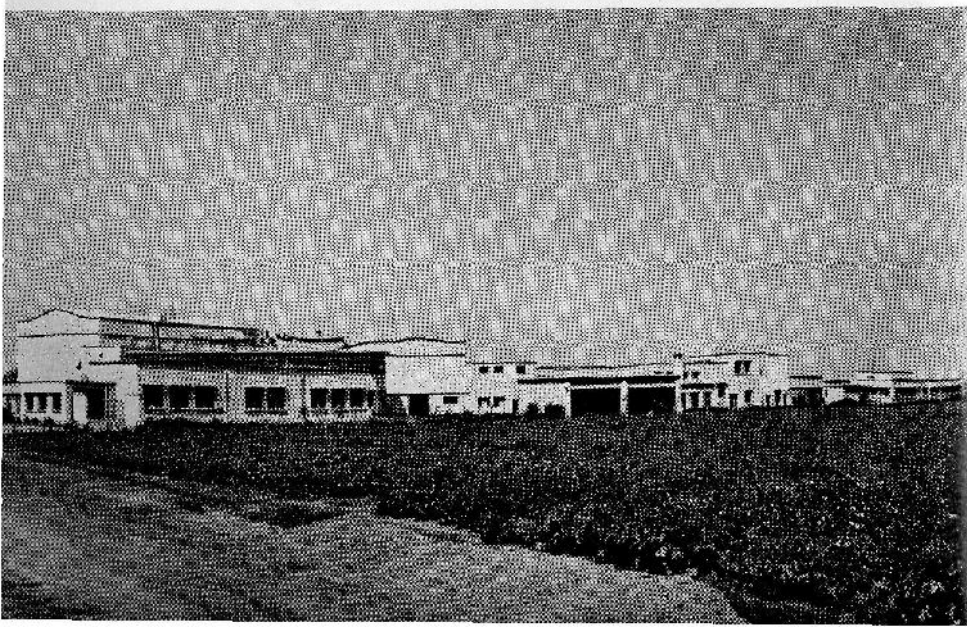
Religiöse Hoch-Zeit in Mekka:  
Schwerttänzer in der Pilgerprozession ...

... und Gläubige am Sam-Sam, dem heiligen Quell.





Die Ateliers der »Misr  
Film Company« bei Gi-  
zeh, unweit Kairo.



wieder neu bezieht aus der geistigen Einheit des Islams und aus einem überall im Orient empfundenen anti-okzidental Lebensgefühl. Diese islamische Schicksalsgemeinschaft ist durch die Lebendigkeit, mit der man sie empfindet, ebenso stark, wenn nicht stärker als die Separationstendenzen, die beim staatlichen Neubau der islamischen Welt zum Durchbruch kamen. Der Abwehrkampf, den der islamische Orient in allen seinen Teilen gegen die abendländischen Mächte führt, um die neugewonnene staatliche Existenz zu behaupten, strahlt stärkste Kräfte des Zusammenhaltes aus und dämpft jene Reibungen, die zu Konflikten nationaler Art führen könnten.

Die aus der geistigen Einheit und dem Abwehrwillen geborene Verbundenheit hat nichts zu tun mit den panislamischen Ideen der türkischen Sultan-Kalifen. Sie wird sich daher nie manifestieren in dem Versuch, ein staatlich geschlossenes islamisches Großreich zu schaffen. Die panislamische Bewegung der Vorkriegszeit, die man aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen und ohne die inneren geistigen Voraussetzungen eines verlebendigten Islams zu entfachen suchte, ist endgültig erledigt. Das wurde im Weltkrieg bestätigt, als alle panislamischen Parolen nicht in der Lage waren, Muselmanen vom Kampf gegen Muselmanen zurückzuhalten. Die Araber erhoben sich an Englands Seite gegen die Türken, und die indischen Moslemin, die sich seit je als panislamische Vorkämpfer gebärdet hatten, blieben völlig ruhig, ja englandfreundlich, als der vorletzte Sultan-Kalif zum »Heiligen Krieg« rief. Und vollends nach der Entthronung des Sultans und der Abschaffung des Kalifats durch Kemal Pascha wurde es offenbar, daß eine staatliche Verwirklichung panislamischer Ideen unmöglich geworden war. Auch die Versuche, die nach dem Krieg auf den panislamischen Kongressen in Jerusalem und Mekka unternommen wurden, um den panislamischen Ideen der Vorkriegszeit wieder Anklang und Anhänger zu verschaffen, schlugen fehl.

So trat an die Stelle des Panislamismus der »islamische Nationalismus«, jene Kraft, in der sich die religiös-orientalische Komponente mit der nationalen, die als Erbe des Abendlandes den Orient durchdrang, vereinigt. Dieser islamische Nationalismus hat nicht überall, wo er in Erscheinung trat, die gleiche Mischung der ihm inwohnenden Kräfte. Er ist in der Türkei und im Iran stärker von

der nationalen Idee im Sinne Europas, in Saudisch-Arabien und weiten Teilen Nordafrikas stärker von der islamisch-religiösen Komponente geprägt. Aber er stellt überall die Synthese beider Komponenten dar — auch in der Türkei, wo sich bei näherem Zuschauen trotz aller laizistischen Bestrebungen bedeutsame unterirdische Widerstände gegen die Überbetonung des laizistisch-nationalen Elementes geltend machen. Sie dürften voll zum Durchbruch kommen, wenn einmal der Mann, der heute die Zügel der neuen türkischen Republik straff in Händen hält, nicht mehr sein wird.

In Kairo, also in der Hauptstadt des Landes, das die stärkste europäische Beeinflussung empfing und dessen politische Entwicklung sich scheinbar nach dem Vorbild westlicher Demokratie vollzieht, steht neben dem Haus des jungen ägyptischen Parlaments, eingebaut in dessen Gebäudekomplex und mit dem Kuppelbau des Parlaments zu baulicher Einheit verbunden — eine Moschee. Dieses Beieinander ist sinnbildhaft für die Kräftekomponenten des islamischen Nationalismus, der vielleicht nirgendwo eindrucksvoller, zäher und länger gerungen hat als im Land am Nil, wo aus dem englischen Protektorat über einen Vasallenstaat mit zweifelhafter Souveränität ein freies islamisches Reich geschaffen wurde. Diese Kräftekombination, wie sie sich in dem Beieinander von Parlament und Moschee symbolisiert, war in den kämpferischen Nachkriegsjahren, in denen die Fundamente zum Neubau der islamischen Welt gelegt wurden, überall deutlich zu erkennen. In Ägypten, während der Revolution von 1919, waren es die Studenten und Lehrer der muselmanischen Hochschule, der »Al Azhar«, die zum Protest gegen die Verbannung des nationalen Führers Zaghul Pascha auf die Straße gingen, den Feuerbrand der Empörung unter die Massen warfen und ihn in den Moscheen schürten und nährten.

Bei der Kraftprobe, die England im Zweiströmeland zu bestehen hatte, als es seine Ansprüche auf die mesopotamischen Ölfelder und den Brückenraum zwischen Mittelmeer und Iranischem Golf durch die Übernahme des Irak-Mandats zu verwirklichen suchte, stand die schiitische Geistlichkeit neben ehemals türkischen Offizieren und entfesselte im Mai 1920 jenen Aufstand, der sechs Monate lang Englands Herrschaft bedrohte und vor dem das kriegsmüde

London schließlich im Grundsätzlichen kapitulierte. Und die gleiche schiitische Geistlichkeit stand immer wieder mit den nationalistischen Führern Schulter an Schulter in dem jahrelangen Kampf, den der Irak um den Vertrag führte, durch den er schließlich aus der unmittelbaren Bevormundung Englands entlassen wurde und die eigene Souveränität errang.

In den langen palästinischen Kämpfen waren es die Kreise der islamischen Geistlichkeit, die mit ihrer Unerbittlichkeit gegenüber dem englischen und jüdischen Anspruch dem Volk jenen Rückhalt gaben, der es zu einem Widerstand gegen Englands Diplomatie und Truppen befähigte, den kein Engländer für möglich gehalten hätte. Gerade am palästinischen Beispiel zeigte es sich wiederholt, wie der kämpferische islamische Nationalismus seine Kraft aus der traditionellen Intoleranz der islamischen Religion bezog. Bei allen arabischen Unruhen, die über Palästina hinfluteten, brachte der Freitag, an dem die Menge in den Moscheen versammelt war, die kritischsten Stunden. Nur dadurch, daß die führende Oberschicht die Gefühlswerte der mohammedanischen Religion für die politischen Ziele einsetzte, wurde es möglich, daß die arabische Nationalbewegung in Palästina London zum Paktieren zwang. Der Führer der Terrororganisation, mit deren Überfällen die Unruhen des Jahres 1936 eingeleitet wurden, war ein Scheik von hervorragender Frömmigkeit. Einer seiner Terroristen, den man festgenommen und zum Tode verurteilt hatte, betete laut Koranverse, als man ihn zum Galgen führte. Die arabische Presse hat ihn als Heiligen und Märtyrer gepriesen, und vielleicht wurde nie deutlicher als bei dieser Gelegenheit gezeigt, wie eng die nationale Ideologie in der islamischen Welt mit der religiösen verbunden ist.

Immer und immer wieder offenbarte es sich in den kämpferischen Nachkriegsjahren, daß der Islam keineswegs mehr jener hoffnungslos erstarrte Kult, nicht mehr jene lebens- und entwicklungsfeindliche Form ist, an die man auch heute in Europa noch gar zu gerne glaubt, sondern daß er ein sehr lebendiger Faktor geworden ist, seitdem man sich dazu entschlossen hat, dem Nationalen, seinen Symbolen und seinem Kampf die sakrale Weihe zu geben. So kam es überall zu höchst fruchtbaren Wechselbeziehungen zwischen dem religiösen und dem nationalen Element, und die Ge-

schichte der islamischen Welt in der Nachkriegszeit ist im Grunde nichts anderes als die Geschichte dieser Wechselbeziehungen.

Diese Wechselbeziehungen wurden am sichtbarsten im arabischen Sektor, denn hier halten sich die beiden Kräftekomponenten des islamischen Nationalismus ungefähr die Waage. Und am arabischen Sonderfall wird das deutlich, was für das islamische Ganze gilt.

In der panarabischen Bewegung ist für den arabischen Großraum jene Fessel des Zusammenhaltes gegeben, die so weit geschmiedet ist, daß in ihr jede nationale Eigenentwicklung Raum findet und die doch auch wieder so fest und schmiegsam ist, daß alle in ihr zusammengehaltenen Kräfte auf der Ebene sprachlicher, kultureller und religiöser Gemeinsamkeit in eine geschlossene Front gegen die abendländischen Mächte und Einflüsse eingereiht werden. In diesem Sinn stellt die panarabische Bewegung als Ausdrucksform des islamischen Nationalismus eine heftige Reaktion gegen Europa und das Christentum dar. Die intellektuellen Führer dieser Bewegung sitzen in Kairo und sind zusammengeschlossen in der Vereinigung junger Muselmanen, deren Programm darauf zielt, das überall aufbrechende nationale Eigenleben auf das Zentrum islamischer Geistesinheit hin auszurichten, um so auseinanderstrebende nationale Kräfte wieder übernational, islamisch zusammenzuschließen. Gerade in der Vereinigung junger Muselmanen zeigt es sich, wie eng der Nationalismus dieser Männer, die überall Vorkämpfer in der politischen Auseinandersetzung mit dem Abend waren, vom Erlebnis des Islams her inspiriert ist. Zurück zum Koran, Gegenaktion gegen christliche Missionen, die nichts anderes sind als Schrittmacher für den abendländischen Imperialismus, Boykott von Missionsschulen, muselmanische Solidarität — mit solchen und ähnlichen Forderungen ist ihr Aktionsprogramm umrissen.

Die Kräftekombination, die den islamischen Nationalismus ausmacht, war besonders deutlich erkennbar in den Kampfzeiten, und sie tritt daher auch heute noch besonders eindeutig hervor in den Räumen, in denen die Auseinandersetzung mit den abendländischen Mächten noch kämpferisch ist, dort also, wo der orientalische Freiheits- und Selbständigkeitsanspruch noch nicht verwirklicht wurde und der politische Kampf noch am Beginn der Ent-



wicklung steht. Am palästinischen Beispiel wurde das schon gezeigt. Aber es ist nicht weniger klar erkennbar in Nordafrika, westlich der ägyptischen Grenze, wo die Vormacht der abendländischen Kolonialmächte noch ungebrochen scheint. Hier hat jede politische Demonstration gegen den abendländischen Vormund einen religiösen Charakter, jede Regung der nationalen Kraft ihre islamische Verkleidung. Denn der Araber oder Kabyle, der beispielsweise in Algier oft nicht mehr trockenes Brot zum Essen hat und sich mit einer Handvoll Oliven am Tag ernährt, besitzt keine andere Möglichkeit, seinen politischen Unwillen oder Willen zu manifestieren, als auf Grund seiner mohammedanischen Überzeugung. Daher sind es immer die Ulemas, die von den muslimischen Hochschulen in Kairo, Damaskus oder Fez kommen, die das Volk aufpeitschen.

Der politische Vorkämpfer und Führer der Araber in Algier, der eingeborene Rechtsanwalt Ben Djellul, empfängt die nachdrücklichste Unterstützung in den Moscheen, wo heute offen Fremdenhaß, Franzosenhaß in diesem Fall, gepredigt wird. Die Drahtzieher der Unruhen und des Kampfes, der gegenwärtig im sogenannten »gesicherten« Kolonialbesitz in Nordafrika ausgekämpft wird, sitzen in Kairo oder Damaskus, und ihnen ist Religion und Nation kein getrennter Begriff, sondern der Nationalismus eine begrüßenswerte neue Kraft, um den islamischen Forderungen an das Abendland neue Geltung und vielleicht Erfüllung zu verschaffen.

Auch in dem heute nach türkischem Vorbild in seiner offiziellen Politik stark laizistisch orientierten Iran bestand in der Zeit kämpferischer Auseinandersetzung mit dem abendländischen Imperialismus in den Jahren nach dem Weltkrieg ein sehr fruchtbares Bündnis zwischen dem Islam und den nationalen Aufbruchskräften, die hier in der Kosakenbrigade Resah Khans, des späteren Resah Schahs, gesammelt waren. Englische Berichte über diese Auseinandersetzungen zeigen, daß die schiitische Geistlichkeit der englischen Vorherrschaft nicht weniger zu schaffen machte als der das Volk entflammende nationale Enthusiasmus der Brigade, über deren Gewehre und Maschinengewehre man im Ernstfall sicherlich Herr geworden wäre.

Resah Khan selbst ging bei seinen entscheidenden Vorstößen in Südiran, die er durchführte, um auch hier den Willen der nationalen

Zentralgewalt durchzusetzen und die Herde der Separation auszuräumen, ein offenes Bündnis mit dem schiitischen Klerus ein und knüpfte damit an jene Tradition an, die schon aus der Vorkriegszeit stammte. Denn die Jungperser hatten sich mit den Mullahs verbündet, um im Kampf mit den Kadscharen-Schahs die Rechte und Ansprüche des Volkes durchzusetzen. Ende 1924 unternahm Resah Schah jene berühmt gewordene Wallfahrt zu den schiitischen Heiligtümern in Kerbela und Nedschef, während der es zu einer Verständigung zwischen dem schiitischen Klerus und dem kommenden Herren Irans kam. Danach erst konnte Resah Khan endgültig die letzten Widerstände der Reaktion und der feudalen Kreise beseitigen, um für sich selbst den Weg zum Thron Irans freizumachen.

In Afghanistan, wo Aman Ullah bei dem Neubau des Staates auf die Kräfte der Tradition und des Islams glaubte verzichten zu können, zeigten sich bald die Folgen dieses fundamentalen Fehlers seiner Politik. Er wurde gestürzt und mußte außer Landes fliehen, und der afghanische Nationalismus, der heute den Staat erneuert, zeigt wiederum beide Kräfte, die für den islamischen Nationalismus überhaupt charakteristisch sind. Die Mullahs haben sich mit der Armee als dem Träger der nationalen Idee zusammengeschlossen, und Aman Ullahs Traum vom laizistischen Nationalstaat ist in Vergessenheit versunken.

Auch die Abschaffung des Kalifats durch Kemal Atatürk war in ihrem Ursprung durchaus keine antireligiöse, antiislamische Demonstration der nationaltürkischen Kreise, die die türkische Republik errichtet hatten. Die Liquidierung des Kalifats war vielmehr zunächst von politischen Überlegungen diktiert.

Nach den entscheidenden Siegen auf den Schlachtfeldern, die die türkische Armee unter der Führung des »Ghazi« — des siegreichen Kemal Pascha — errungen hatte und durch die der Weiterbestand der Türkei gesichert wurde, glaubten die türkischen Nationalisten, daß die Osmanische Dynastie, die noch immer regierte, das Recht verwirkt habe, an der Spitze des neuen Staates zu stehen. Deshalb wurde nach vorheriger Einholung eines »Fetwa«, einer schriftlichen Entscheidung des höchsten geistlichen Würdenträgers des Islams, von der türkischen Nationalversammlung der Beschluß gefaßt, Sultanat und Kalifat zu trennen und das Sultanat abzu-

schaffen. Dieser Beschluß stand im Einklang mit dem vom Scheik ul Islam gegebenen »Fetwa«. Mehmed VI., der entthronte Sultan, sah sich als Kalif in seiner Würde bestätigt. Erst als er entgegen den nationaltürkischen Interessen ins Lager der Engländer flüchtete, also im Sinne der türkischen Nationalisten offen zum Gegner, im Sinne des Islams aber zu den »Ungläubigen« überging, wurde, wiederum nach Einholen eines »Fetwa«, Mehmed VI. auch als Kalif für abgesetzt erklärt. Die Würde des Kalifats ging an Abdul Meschid über, den die türkischen Nationalisten ermahnten, sich einer Einmischung in innerstaatliche Auseinandersetzungen zu enthalten; denn die Macht des Kalifats reichte über die Grenzen der neuen Türkei hinaus, die türkische Nationalversammlung aber hielt zur Sicherung der Existenz des jungen Staates eine reinliche Scheidung des türkischen Problems von dem der Nachfolgestaaten im arabischen Raum für dringend notwendig. Sie wollte den jungen Staat nicht durch internationale Verwicklungen belastet sehen.

Die mit der Trennung von Sultanat und Kalifat erfolgte Trennung von Kirche und Staat war also aus der Erfahrung diktiert, daß eine Bindung der überstaatlichen Macht des Kalifen an die Person des türkischen Staatsoberhauptes unübersehbare Konflikte heraufbeschwören konnte. Die Trennung stellte die endgültige Liquidation der panislamischen Politik Abdul Hamids dar, die nie wirkliche Resonanz gefunden hatte, da sie viel mehr politisch zweckgebunden und mehr dynastisch als islamisch war. Der Ghazi betonte in jenen Schicksalstagen zu wiederholten Malen, daß die Trennung von Sultanat und Kalifat keineswegs antiislamischer Einstellung entspringe und daß sie durch ein »Fetwa« Billigung gefunden hatte, bevor der Entschluß von der Nationalversammlung gefaßt wurde.

Die im November 1922 ausgesprochene Abschaffung des Kalifats aber war von der Überzeugung diktiert, daß politisch reaktionäre Kreise an die Person des Kalifen die Hoffnung auf Wiedereinsetzung der Dynastie Osman knüpften. Die mit der Ausweisung des Kalifen ausgesprochene Verbannung aller männlichen Mitglieder des Hauses Osman läßt solche Beweggründe klar erkennen.

Der Gegensatz zwischen Staatsführung und Trägern des Islams, der im Verlauf der Jahre zu einem scharf laizistischen Kurs in der Türkei führte, hat sich keineswegs aus der Abschaffung des

Kalifats entwickelt. Erst die Tatsache, daß Teile des islamischen Klerus in völliger Verkennung der Wirklichkeit noch lange Jahre hindurch mit der abgesetzten Dynastie paktierten und die Republik als Staatsform bekämpften, ließ die Gegensätze ausreifen. Als dann am 15. Juni 1926 eine Verschwörung gegen das Leben des »Ghazi« aufgedeckt wurde, in die neben Kreisen der politischen Reaktion auch unbelehrbare Ulemas verwickelt waren, kam es zu jenem Konflikt zwischen Kemal Pascha und den Verkündern des Islams, der bis heute noch nicht beigelegt ist.

So wurde es in der Türkei durch besondere Gegebenheiten und eine Reihe unglücklicher Manifestationen verhindert, daß die religiösen Aufbruchskräfte jene fruchtbaren Wechselbeziehungen mit den nationalen eingingen, die sonst in der islamischen Welt entscheidend wurden. In diesem Sinn ist der türkische Nationalismus mit seiner scharf laizistischen Prägung keineswegs typisch für jene Kraft, aus der heraus der Neubau des islamischen Orients erfolgte. Die Türkei scheint in diesem Zusammenhang Sonderfall.

Heute noch sind in der türkischen Republik starke Kräfte lebendig, die auf ein Wiederbegegnen von Staat und Islam ausgehen, und die Entwicklung scheint noch keineswegs abgeschlossen. Die inneren Widerstände gegen das überbetont laizistische Regiment sind, dem Urteil langjähriger Beobachter entsprechend, stärker, als man allgemein annimmt.

Vom türkischen Sonderfall abgesehen, zeigt sich der islamische Nationalismus keineswegs als Nationalitätenproblem im Sinne Europas, sondern als gestaltende Kraft am Bau der islamischen Schicksalsgemeinschaft, in der die politische Reaktion gegen den abendländischen Imperialismus und die religiöse gegen das Christentum zum Ausdruck kommen. Aus dieser Kräftekombination heraus wurde eine neue Epoche im Kampf zwischen Orient und Okzident eingeleitet, in der der Orient wieder im Angriff liegt.

\*

Die allen islamischen Nationalismen mehr oder weniger stark beigegebene religiöse Kräftekomponente, die alle nationalen Separationsbestrebungen zusammenfaßt, fördert und fordert in wachsendem Maß gemeinsame Arbeit auf allen Gebieten des Lebens. Sie gestaltet überall, von Marokko bis zu den Grenzen Indiens und

Chinas, das lebendige Bewußtsein um eine islamisch-orientalische Verbundenheit.

Diese lebendig empfundene Schicksalsgemeinschaft empfängt ihren steten Auftrieb von Mekka her. Aus jener Stadt, die man einmal das Herz des Islams genannt hat, während man Kairo als Kopf und Konstantinopel als Hand bezeichnete.

Hier in Mekka sind einmal im Jahre zur Zeit der großen Pilgerfahrten Moslemin aller Länder wahrhaftig »unter sich«, jedem fremden Einfluß, woher er immer kommen mag, entzogen. Mekka ist der religiöse Brennpunkt der islamischen Religion, der geistige Mittelpunkt, um den die Gedanken kreisen, und von hier aus werden Impulse, die für den Außenstehenden schwer zu fassen sind, aber auf allen Lebensgebieten spürbar werden, in eine Welt getragen, in der mehr als 250 Millionen Menschen leben: in die Welt des Islams.

Wenigstens einmal im Leben soll jeder Mohammedaner nach Mekka pilgern, die »Hadsch«, die Pilgerfahrt, antreten. Und die Sehnsucht zahlloser Menschen geht wahrhaftig diesem Gebot nach, bis es erfüllt ist. Dieser Drang nach Mekka, dem man oft unter höchstem persönlichem Opfer nachkommt und dem keineswegs nur das »Volk« huldigt, ist Beweis für die Lebendigkeit, mit der der Islam seine Gläubigen erfüllt, Beweis für die Einheit des Geistes, die die islamische Welt, in der die verschiedensten Rassen und Völker zusammen wohnen, umklammert hält als lebendige Fessel.

In den letzten Jahren, in dem Maß, in dem die Welle der Erneuerung durch die islamische Welt geht, wächst in ununterbrochener Stetigkeit die Zahl der Pilger, die sich alljährlich zur Zeit des Ramadans auf den Weg nach Mekka macht, um die Tage der religiösen Hoch-Zeit dort zu verbringen. Von Jahr zu Jahr wird das geistliche Schauspiel, darin sich Menschen verschiedener Kontinente in einem Geist auf der Bühne Mekkas zusammenfinden, machtvoller unter der Regie des neuen Herrn von Arabien. Dieses Schauspiel war besonders eindrucksvoll im Jahre 1937, als der wirtschaftlich mächtigste Staat der islamischen Welt, das offizielle Ägypten, das jahrelang infolge eines Konfliktes mit Ibn Saud bei der Pilgerfahrt abseits gestanden hatte, wieder dabei war und während des Ramadans mit Menschen und Gaben seinen glanz-

vollen Beitrag leistete, als man in Mekka zwischen dem Saudischen Staat und dem Reich am Nil eine Verbrüderung feierte, die bedeutender und enger war als geschriebene Pakte.

Hinter dem für »Ungläubige« verbotenen Mekka und den sich alljährlich wiederholenden Pilgerfahrten zur Kaaba hat eine Welt, die gerne in allem, was sich ihrem Blick entzieht, etwas Außerordentliches wittert, dunkle Verschwörungen und Anschläge vermutet, die gegen jene gesponnen werden, denen das Betreten Mekkas verboten ist. Man währte, daß in der Abgeschlossenheit dieser Stadt große politische Ränke von weltweiten Entscheidungen geschmiedet werden, daß hier die islamische Welt von »Menschen hinter den Kulissen« über die religiöse Inspiration hinaus ihre politische erhält.

Dem ist nicht so. Und wenn von Mekka her politische Einflüsse in die islamische Umwelt strahlen, so strömen sie aus dem religiösen Erlebnis, das sich hier vollzieht und das in seinen Grundelementen doch betont antiabendländisch ist. Aber der heutige Herr von Mekka, Ibn Saud, König des Hedschas, dem diese Stadt trotz allem Puritanismus oder gerade seinetwegen die Wiederherstellung ihres geistigen Glanzes verdankt, ist ein viel zu kluger und umsichtiger Diplomat, als daß er innerhalb dieses religiösen Machtbereiches irgendwelchen Verschwörungen oder Anschlägen Raum gewährte, die die Stärke der islamischen Einheit nur schwächen und trüben könnten. Seit dem panislamischen Kongreß im Jahre 1926, den Ibn Saud zusammenberufen hatte, um die Kalifatsfrage zu beraten, und der sich schnell ins Bereich politischer Phantastereien verlor, ist der Herr Arabiens streng darauf bedacht, die wirre und verwirrende Tagespolitik von den religiösen und im Sinne des Islams doch so politischen Manifestationen Mekkas fernzuhalten.

Aber dieser Wille Ibn Sauds verhindert nicht, sondern fördert, daß während der Pilgerzeit in den Wochen des Ramadans immer wieder eine lebendige Annäherung der mohammedanischen Menschen aus aller Welt stattfindet. Aus solcher Annäherung und Begegnung wächst in den Mekkapilgern das politisch hochbedeutende Bewußtsein, daß es etwas wie eine islamische Gemeinschaft gibt, die sich nur durch engsten Zusammenschluß behaupten und Weltmachtstellung erringen kann. Durch die Stärkung solchen Be-

ußtseins werden die geistigen Voraussetzungen geschaffen, die dann bei anderer Gelegenheit und in anderem Raum ein politisches und wirtschaftliches Zusammenspiel der islamischen Staaten fruchtbar und gedeihlich werden lassen. Die islamischen Staaten, auch wenn sie teilweise noch keine volle Souveränität haben, sind heute so organisiert, daß der politische Austausch und die gemeinsame Planung jenseits Mekkas, jenseits der streng religiösen Sphäre vor sich gehen. Aber in Mekka und durch das gemeinsame religiöse Erlebnis werden die Geister zur Zusammenarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet vorbereitet und in eine Interessenfront geschaltet. In diesem Sinne hat es im islamischen Orient nie eine Säkularisierung der Geister gegeben wie in Europa, wo das Christentum aus dem Bereich der Entscheidungen weitgehend ausgeschlossen wurde.

Natürlich ist Mekka auch der Raum, in dem sich ein bedeutendes persönliches Begegnen und Kennenlernen führender Persönlichkeiten aus allen islamischen Ländern vollzieht. Pläne werden hier gesponnen, die zu anderer Zeit und bei anderer Gelegenheit weiterentwickelt werden, und damit trägt ein Begegnen in Mekka auch seine Früchte jenseits des religiösen Bezirks. So ist die Heimatstadt des Islams zwar keineswegs politischer Mittelpunkt, aber doch der Ort, von dem aus das Bewußtsein islamischer Zusammengehörigkeit am lebendigsten in alle Welt hinausgetragen wird und wo ein Begegnen im Geiste der Glaubensgemeinschaft möglich wird. Daß dem so ist, bleibt das Verdienst des Mannes, den man vielfach als den größten Mohammedaner der Gegenwart bezeichnet hat, bleibt Verdienst Ibn Sauds. Als er den Frieden in und um Mekka herstellte und mit starker Hand bewahrte, schuf er allen Moslemin den Raum zu friedvoller Begegnung.

\*

Von Mekka her und aus dem Erlebnis heraus, das hier vermittelt wird, werden auch in aller Stille Pläne geschmiedet und Vorbereitungen getroffen, die auf eine Wiederherstellung des im Jahre 1922 von der türkischen Nationalversammlung abgeschafften Kalifats zielen. Um die Bedeutung solcher Pläne in ihrer Auswirkung, aber auch in ihrer Begrenztheit zu erkennen, ist es wesentlich, zu wissen, welche Macht wirklich vom Kalifat ausging und aus-

gehen kann. Das Wort Kalif, im arabischen Khalifa, bedeutet Stellvertretung oder »Stellvertreter«. Wenn Mohammed, der Prophet, in der Frühzeit des Islams seine Hauptstadt verließ, dann ernannte er einen »Khalifa«, einen Stellvertreter, der des Propheten Pflichten in der Zeit der Abwesenheit auszuüben hatte. Und in gleicher Absicht wurde von dem sterbenden Propheten ein »Khalifa« bestellt zur Sicherung der Nachfolge in der Führung. Solch ein nachfolgender Vertreter sollte natürlicherweise die Fähigkeiten dessen haben, der zu vertreten war: im Falle Mohammeds also prophetische besitzen. Aber die Nachfolger des Religionsstifters machten keinerlei Ansprüche auf solche prophetischen Gaben, noch wurde denen, die später solchen Anspruch stellten, von den Anhängern Glauben geschenkt. Von dem ersten »Khalifa« nach dem Tode des Propheten wurden nur jene Pflichten ausgeübt, die während der Lebzeiten Mohammeds von seinem »Khalifa« geleistet wurden, wenn der Prophet abwesend war. Die Kalifen als Nachfolger Mohammeds konnten daher die religiöse Gemeinde verwalten, sie konnten aber keineswegs Gesetze erlassen, Dogmen verkünden oder Offenbarungen geben.

Die Kalifen waren also Verwalter der religiösen Gemeinschaft; und in dem Maß, in dem diese Gemeinschaft wuchs und der Islam sich ausbreitete, wurden sie zu weltlichen Herrschern, die keineswegs vergaßen, daß der Prophet nicht nur eine Religion gestiftet, sondern alle Gebiete des Lebens mit seinem Anspruch belegt hatte. Sie erinnerten sich, daß er eine Armee organisiert, daß er das Leben auch jenseits der religiösen Sphäre neuorganisiert, daß er sich als Herrscher über Untertanen gefühlt hatte. So kam es, daß die Würde des Kalifen ausgestattet blieb mit weltlicher Macht und daß diese der geistlichen übergeordnet war. Der Kalif war während der Jahrhunderte, von denen die Kalifatsgeschichte berichtet, keineswegs die höchste Autorität in religiösen Fragen, keineswegs das spirituelle Oberhaupt der Mohammedaner in dem Sinne, wie der Papst etwa das Oberhaupt der römischen Katholiken ist. Auch in den Glanzzeiten des Kalifats war der Kalif stets der »Scheria«, dem islamischen Gesetz, unterstellt, das seine Deutung und Auslegung nicht vom Kalifen empfing, sondern von denen, die ihr Leben damit zubrachten, dieses Gesetz zu studieren und zu kommentieren: von den Ulemas



und in höchster Autorität von dem Groß-Mufti oder dem »Scheik ul Islam«, der neben dem Kalifen stand. Dem Spruch dieser religiösen Autoritäten unterwarf sich auch der Kalif. Er war der Vollstrecker der aus dem Geist der Scheria verkündeten Urteilsprüche, wenn er die Macht dazu hatte.

Die Funktionen des Kalifen waren also stets nur zeitlich begrenzte. Er hatte keinerlei geistliche Gewalt wie der Papst der römischen Kirche, der »ex cathedra« Entscheidungen in Glaubensangelegenheiten treffen kann, die verpflichtend sind über seine menschliche Existenz hinaus. An die Würde des Kalifats war keineswegs die Schlüsselgewalt und die Gewalt der Dogmenverkündung gebunden wie an das römische Papsttum.

Mavardi, ein islamischer Gelehrter aus dem elften Jahrhundert, aus einer Zeit also, da das Kalifat seine Blüte erlebte, definierte die Aufgabe des Kalifen folgendermaßen: »Der Kalif hat die Pflicht der Verteidigung der Religion, des Schutzes islamischer Erde, der Bestrafung von Übeltätern — das heißt solcher, die gegen die Vorschriften der Scheria verstießen —, der Sicherung der Grenzen und der Verkündigung des Heiligen Krieges gegen diejenigen, die sich weigern, den Islam anzunehmen oder sich islamischer Herrschaft zu unterwerfen.« Also auch in der Glanzzeit der Kalifen war die Macht durchaus keine geistliche, keine spirituelle. Das Kalifat war ein politisches Phänomen, das aus dem universalen Lebensanspruch des Islams zu erklären ist.

Zur spirituellen, zur rein geistlichen Macht wurde das Kalifat erst gestempelt durch die Trennung von Sultanat und Kalifat, die von der türkischen Nationalversammlung ausgesprochen wurde. Bei dieser Trennung wollte man den Aufgabenkreis des Kalifats auf geistliche Funktionen beschränkt sehen und schlug ihm so Eigenschaften zu, die es nie zuvor besaß. Damit war der Versuch einer »Vatikanisierung« des Kalifats unternommen. Er mißlang, da der neuernannte Kalif, ein Neffe des letzten Türkensultans, diese Machtbeschränkung keineswegs hinnahm, dagegen opponierte und schließlich außer Landes verwiesen wurde. Seit diesem Zeitpunkt ist das Kalifat verwaist, ein Novum in der Geschichte des Islams; denn wenn auch die Dynastien in der Geschichte des Kalifats wechselten, immer war eine stärkere bereit, die Nachfolge Mohammeds aus dem Besitz einer schwach gewordenen zu übernehmen.

Die Ausweisung des letzten Kalifen entfesselte zunächst in der ganzen islamischen Welt einen Sturm der Entrüstung, da man diesen Akt als einen direkten Angriff gegen den Islam betrachtete, der unternommen wurde von einer glaubensfeindlichen Regierung. Diese Beurteilung der Abschaffung des türkischen Kalifats hat sich bald gewandelt. Die einflußreichen Kreise um die »Al Azhar«, die theologische Hochschule in Kairo, gaben der Einsicht Raum, daß die Aktion der türkischen Regierung in erster Linie von Gründen diktiert war, die keineswegs mit religiösen Fragen zusammenhängen, sondern Fragen nationaler Art waren und den türkischen Staat allein angingen. Und darüber hinaus gewann die Auffassung Raum, daß die ottomanischen Sultankalifen in erster Linie türkische Kalifen waren, deren Macht keineswegs in der ganzen islamischen Welt anerkannt wurde.

Neben solcher Einsicht, die den Schritt der türkischen Regierung milder beurteilen ließ, war man sich in allen maßgebenden islamischen Kreisen darüber einig, daß durch das Verwaistsein des Kalifats der Islam ein wirksames Symbol seiner religiösen Solidarität und seiner moralischen Einheit verloren hatte. So setzten schon bald Bestrebungen ein, das Kalifat in einer gewandelten und reineren Form, losgelöst von den Bindungen an nationale Interessen, wiederherzustellen. Die beiden Kalifatskonferenzen von Mekka und Jerusalem, die in solcher Absicht zusammenberufen wurden, hatten keinerlei Erfolg und offenbarten zunächst nichts anderes als eine vollständige Verwirrung der Geister hinsichtlich der Neugestaltung des Kalifats und der Person des Kalifen. Seitdem ist es in der islamischen Öffentlichkeit um die Kalifatsfrage stiller geworden. Aber sie wird im geheimen weiter diskutiert, und ihre Lösung wird vor allem von dem Mann angestrebt, der heute der Herr Mekkas ist und der über die Grenzen seiner weltlichen Macht hinaus die Wiederherstellung der Größe des Islams und der Einheit der islamischen Welt als seine vornehmste Aufgabe betrachtet. Dieser Mann ist Ibn Saud. Als er, Herbst 1924, im Kampf um sein Gottesreich von Innerarabien her den Vorstoß gegen das Hedschas unternahm und das Heilige Land des Islams mit den Wallfahrtsstätten Mekka und Medina unter seine Herrschaft brachte, war dieser Vorstoß vornehmlich von der Absicht getragen, sich die Macht über die religiösen Zentren der islamischen Welt zu sichern.

Hier hatte Scherif Husein, der Vater König Feisals und Emir Abdallahs von Transjordanien und der Großvater des jetzt in Bagdad regierenden Königs Ghazi, mit Hilfe Englands den ersten unabhängigen arabischen Staat, das Königreich Hedschas, gegründet, das auch von abendländischen Mächten seine völkerrechtliche Anerkennung fand. Als König des Hedschas hatte Husein im März 1924 aus eigener Machtvollkommenheit den Kalifentitel angenommen. Aber seine Kalifenherrlichkeit dauerte nur ein halbes Jahr, dann mußte der »Operetten-Kalif von Englands Gnaden«, wie ein englischer Historiker Husein nannte, dem erwähnten Vorstoß Ibn Sauds weichen. Damit wurde auch äußerlich einem Zustand ein Ende bereitet, der über die Grenzen des Hedschas hinaus nie Anerkennung gefunden hatte. Mit einem Aufruf an die »zivilisierte Welt« und einem Protest gegen die »barbarischen« Glaubenskämpfer Ibn Sauds verschwand Husein, dem man vor allem seinen Kriegspakt mit den abendländischen Mächten gegen die Hohe Pforte zum Vorwurf machte, von der Bildfläche. Sein Königstitel fiel an seinen ältesten Sohn Ali, der den Kalifentitel schon nicht mehr annahm, aber sein Königtum, in der Hafenstadt Dschedda eingeschlossen, gegen die Wahabiten verteidigte, dann das Feld aber dem siegreichen Ibn Saud überlassen mußte, der schon länger als ein Jahr Herr in Mekka war. Das Hedschas wurde dem Wahabitenreich zugeschlagen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß Ibn Saud schon damals mit dem Gedanken der Wiederherstellung und der Errichtung eines Saudischen Kalifats spielte. Der bedeutende Biograph des großen Araberkönigs, der Engländer Armstrong, hat das zu wiederholten Malen belegt. Aber Ibn Saud wußte, daß ein solches Kalifat nur dann Sinn und Bedeutung hatte, wenn es Anerkennung in der islamischen Welt fand, und er hütete sich klug, in den Fehler Husseins zu verfallen und sich selbst zum Kalifen auszurufen. Aber schon zwei Jahre nach der Eroberung Mekkas, im Sommer 1926, berief er einen islamischen Kongreß in die Heimatstadt des Islams, um hier mit den führenden mohammedanischen Köpfen die Verwaltung der heiligen Stätten zu besprechen und seine Anerkennung als Herrscher über das Hedschas zu erreichen. Gleichzeitig tastete Ibn Saud die Möglichkeiten für seine Kandidatur als Kalif ab.

Das Ergebnis dieser Konferenz war völlig negativ und zeigte

dem König die Schwierigkeiten, die einer Übernahme des Kalifats im Wege standen und die vor allem darin lagen, daß es in der ganzen islamischen Welt damals noch keine Persönlichkeit gab, deren Größe und Bedeutung unumstrittene Anerkennung gefunden hätte. Auch Ibn Sauds Person war umstritten und sah sich scharfen Angriffen seitens der indischen Moslemin ausgesetzt. Der Puritanismus Ibn Sauds und seiner Wahabiten, der in Mekka und Medina zur Vernichtung der heiligen Schreine geführt hatte, fand Ablehnung.

Aber der Mißerfolg der Konferenz vom Jahre 1926 schreckte den Herrn Arabiens, der mit einer Handvoll entschlossener Männer aus dem Nichts ein arabisches Großreich geschaffen hatte, durchaus nicht von seinen Plänen zurück. Die Politik, die Ibn Saud während der letzten zehn Jahre führte, stellte machtvoll, aber unausgesprochen ihn als Kandidaten für ein neu zu errichtendes Kalifat heraus, so daß heute, sollte die Frage des Kalifats einmal ernstlich diskutiert werden, neben dem Wahabitenkönig kaum ein anderer Anwärter auf diese Würde in der Welt des Islams gefunden werden dürfte.

In das Jahr 1926, als Ibn Saud den islamischen Kongreß nach Mekka berief, fiel ein Ereignis, das eine jahrelange Entzweiung zwischen Saudisch-Arabien und Ägypten zur Folge hatte. Aus religiösem Fanatismus kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den puritanischen Glaubenskämpfern Ibn Sauds und den ägyptischen Soldaten, die den prunkvollen ägyptischen Pilgerzug mit dem Machmal, einem kostbaren Schrein, als Mittelpunkt eskortierten. Blut floß auf beiden Seiten, und da weder die ägyptische Regierung noch Ibn Saud die Schuld an dem Zwischenfall in den eigenen Reihen suchten, entwickelte sich ein langjähriger diplomatischer Konflikt, der äußerlich darin zum Ausdruck kam, daß sich der ägyptische Staat offiziell nicht mehr an den Pilgerfahrten nach Mekka beteiligte. Beide Regierungen unterhielten im gegenseitigen Verkehr keine Gesandtschaften mehr als diplomatische Vertretungen, sondern wurden lediglich durch »Agenten« repräsentiert.

Dieser Konflikt verhinderte ein Jahrzehnt lang die politische Annäherung zwischen den beiden bedeutenden islamischen Staaten. Er stand natürlich auch den Kalifatsplänen Ibn Sauds hin-

dernd im Weg. Erst im Frühjahr 1936 wurden zum erstenmal ernstliche Gespräche zwischen Bevollmächtigten beider Staaten eingeleitet zur Bereinigung der Streitfrage. Die Verhandlungen, im Herbst des gleichen Jahres fortgesetzt, führten zu einem Versöhnungsabkommen zwischen den entzweiten Ländern. Nicht der sachliche Inhalt dieses Abkommens, demzufolge Ägypten sich wieder offiziell an den Pilgerfahrten nach Mekka beteiligt und gewisse Finanzbeiträge zur Verwaltung der heiligen Stätten leistet, gab ihm seine Bedeutung. Über den materiellen Inhalt des Vertrages hinaus war vielmehr die Tatsache wichtig, daß nunmehr die Voraussetzungen für eine weitgehende politische Annäherung gegeben waren, in der sich der wirtschaftlich führende Staat der islamischen Welt mit dem religiös führenden begegnete. Herz und Kopf des Islams, Mekka und Kairo, waren wieder harmonisch eingebaut in den Organismus der islamischen Schicksalsgemeinschaft. Für Ibn Saud stellte diese Annäherung an Ägypten einen neuen bedeutsamen Schritt auf dem Weg zum Kalifat in Mekka dar. Mit den Söhnen Huseins, seinen politischen Gegnern von gestern, die in den nördlich gelegenen Nachbarstaaten die Herrschaft innehaben, hat sich der Wahabitenkönig mittlerweile ausgesöhnt. Und auch die Inder, die stets auf eine Lösung der Kalifatsfrage drängten, haben die Beurteilung der Person Ibn Sauds einer Revision unterzogen. Sein politisches Werk sprach zu eindeutig für ihn, so daß der Führer der indischen Moslemin, Chawkat Ali, der auf der Kalifatskonferenz in Mekka die Kandidatur Ibn Sauds ablehnte, im Jahre 1936 im Namen der 70 Millionen indischer Moslemin für ein saudisches Kalifat in Mekka stimmte. Die Ordnung, die der Herr Arabiens im Hedschas aufrichtete, und die Art und Weise, wie er die Pilgerfahrten nach Mekka sicher machte und erleichterte, haben auch die Kreise jenseits saudischer Machtgrenzen seiner Person geneigt gemacht, so daß er heute der Anwärter für ein Kalifat der Zukunft ist.

Wenn man die islamische Presse verfolgt, kann man sehen, mit welcher Leidenschaftlichkeit und Unermüdlichkeit die Lösung der Kalifatsfrage debattiert wird. Man sieht, was man sich von einer Wiedererrichtung des Kalifats erhofft. Das Kalifat, wie man es sich denkt, soll gelöst sein von weltlichem Machtanspruch, als anerkanntes Symbol islamischer Glaubens- und Schicksals-

gemeinschaft herausgestellt werden, soll Brennpunkt sein, auf den die Blicke aller Moslemin gerichtet sind und von dem der Glanz des wiederaufsteigenden Sterns des Islams in alle Welt hinausgestrahlt wird. Jüngst hat eine arabische Zeitung die Stellung des künftigen Kalifen mit der des englischen Königs verglichen, als sie sagte: »So wie der englische Monarch Ausdruck und Exponent einer Gemeinschaft von Staaten ist, die auf der Ebene freiwilligen Zusammenschlusses im Gefüge des Empires zueinandergeordnet sind, so soll der Kalif Ausdruck und Garant eines islamischen Zusammenschlusses sein, eines ‚Islamischen Empires‘. Dieses kennt keinerlei geschriebene Verfassung, und seine verfassungsmäßigen Bindungen sind abgelöst von der Idee der islamischen Schicksalsgemeinschaft, die aus religiösem Erlebnis heraus stärker fesselt als alle geschriebenen Akte.« Im Sinne dieses Vergleichs wird das Kalifat, sollte es wieder geschaffen werden, modernster Ausdruck einer sich auf ihre Weltgeltung wiederbesinnenden islamischen Welt sein.

\*

Die aus der geistigen Einheit des Islams gewachsene und empfundene Zusammengehörigkeit findet natürlich auch ihren Ausdruck auf der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Ebene.

Früh schon setzten die Versuche ein, durch politisches Zusammengehen die im Kampf gegen den imperialistischen Westen gewonnene Freiheit zu sichern und auszuweiten. Schon im Jahre 1921 kam der erste Staatsvertrag zwischen zwei islamischen Ländern zustande. Pate dabei war die russische Regierung. Im Anschluß an die Unterzeichnung des afghanisch-russischen Vertrags vom 28. Februar 1921 trat in Moskau die afghanische Verhandlungsdelegation mit Beauftragten der Türkei in Verbindung. Und am 1. März des gleichen Jahres wurde in der russischen Hauptstadt ein afghanisch-türkischer Vertrag unterzeichnet. Es war dies das erste innerislamische Abkommen, das später zweimal erneuert und im Jahre 1928 auf »ewig« geschlossen wurde. In diesem Vertrag bekunden die Partner den Willen, losgelöst von allen abendländischen Bindungen und Einflüssen, eine aktive Politik zu betreiben. Sie schließen ein Bündnis und versprechen sich gegenseitige Unterstützung für den Fall, daß eine imperialistische Macht

des Abendlandes einen der beiden Vertragschließenden angreife. Dieses erste islamische Gegenseitigkeitsabkommen wirkte vorbildhaft. Noch im gleichen Jahr, im Anschluß an die Unterzeichnung des russisch-iranischen Vertrags, wurde, ebenfalls unter russischer Beihilfe, ein iranisch-türkischer Vertrag unterschrieben, der zwischen beiden Ländern gleiche Beziehungen schuf, wie sie durch den türkisch-afghanischen Vertrag zwischen Ankara und Kabul gegeben waren. Nach dem Vorbild dieser beiden Verträge fanden sich zwei Jahre später auch Iran und Afghanistan zusammen.

Diese Abkommen wurden zu wiederholten Malen erneuert und wirkten bestimmend auf die Politik der islamischen Staaten untereinander, die nach Überwindung anfänglich bestehender Grenzschwierigkeiten auf diese Weise zu einer weitgehenden politischen Zusammenarbeit kamen. Streitigkeiten wurden unter Ausschaltung europäischer Vermittlung und unter Umgehung des Völkerbundes untereinander geregelt. Sowohl bei Regelung afghanisch-iranischer wie auch iranisch-irakischer Grenzfragen wurden türkische Schlichter eingeschaltet, deren Urteilsspruch man hinnahm. Seit dem Besuch des Schahs in der türkischen Hauptstadt wurde die türkisch-iranische Zusammenarbeit besonders eng, und zu wiederholten Malen präsentierten sich beide Mächte in einheitlicher politischer Linie und als eng geschlossene vorderasiatische Mächtegruppe. Da die türkischen Beziehungen zu Kabul seit der Erneuerung des afghanisch-türkischen Paktes im Jahre 1928 besonders rege wurden, türkische Offiziere beim Aufbau der afghanischen Armee mitwirkten und die Türkei alle verfügbaren Kräfte für die Modernisierung Afghanistans zur Verfügung stellte, waren die Voraussetzungen gegeben, über die geschlossenen Gegenseitigkeitsabkommen und Bündnisse hinaus die politische Zusammengehörigkeit in einem Regionalpakt zum Ausdruck zu bringen. Seit dem Jahre 1932 datiert das türkische und iranische Bemühen um einen solchen Pakt, in den auch der damals gerade selbständig gewordene Irak einbezogen werden sollte. Allerdings standen dem Abschluß eines solchen Paktes noch erhebliche Hindernisse gegenüber, die einmal in den irakisch-iranischen Grenzschwierigkeiten am Schatt el Arab, dem Mündungsfluß von Euphrat und Tigris, begründet waren, zum andern aber in dem Umstand, daß in Bagdad eine England stark hörige Regierung amtierte und Lon-

don eine Annäherung des Iraks an die nordislamische Mächtegruppe, die ihre Anlehnung seit je in Moskau gefunden hatte, zu verhindern suchte. Diese Hemmungen, die dem Abschluß eines vorderasiatischen Regionalpaktes entgegenstanden, wurden im Jahre 1937 beseitigt. Im Herbst 1936 war in Bagdad durch den Staatsstreich eine Regierung ans Ruder gekommen, die sich stärker als ihre Vorgängerinnen aus den Bindungen der englischen Vormundschaft lösen wollte. Diese Regierung suchte, um den englischen Einfluß auszugleichen, bewußt Annäherung an die kemalistische Türkei. London, das in früheren Jahren solches Bemühen gehindert hätte, suchte seit dem abessinischen Konflikt und der daraus resultierenden englisch-italienischen Spannung im Mittelmeer selbst Freundschaft mit der Türkei und den ihr verbundenen Mächten, um Ankara von einer Verbindung mit Rom fernzuhalten und für den Fall englisch-italienischer Auseinandersetzungen Parteilänger zu finden. So ließ man die neuen Männer in Bagdad in ihrem Drang nach Ankara ungestört, ja man förderte die Bemühungen um eine türkisch-irakische Freundschaft. Sie wurde schnell herzlich und eng. Türkische Offiziere zogen als Instruktoren in die Reihen der jungen irakischen Armee ein. Auf wirtschaftlichem Gebiet erfuhr der Irak türkische Unterstützung, und der Weiterbau der Bagdadbahn, die in ihrem die Türkei mit dem Irak verbindenden Mittelstück noch unvollendet war, wurde von Norden und Süden in Angriff genommen, um die Verkehrslücke zwischen beiden Staaten zu schließen.

Damit waren die Voraussetzungen zur Unterzeichnung des seit 1932 geplanten Paktes, der die Türkei, den Irak, Iran und Afghanistan zusammenschließen sollte, grundsätzlich gegeben. Im Juni 1937 wurde der Streit um den Schatt el Arab durch türkische Vermittlung geschlichtet, und wenige Tage später, am 9. Juli, wurde der sogenannte asiatische Pakt zwischen den vier Staaten in Teheran unterzeichnet. Darin verpflichteten sich die Vertragspartner, die Unverletzbarkeit der gegenseitigen Grenzen zu respektieren, und zu geschlossenem Vorgehen in allen internationalen Fragen, die gemeinsame Interessen berühren. Sie verzichteten auf jeden Angriffsakt und auf die Unterstützung des Angreifers. Organisationen, deren Ziel es ist, sich in die innerstaatlichen Verhältnisse der anderen Vertragsstaaten einzumischen, dürfen von keinem der Part-



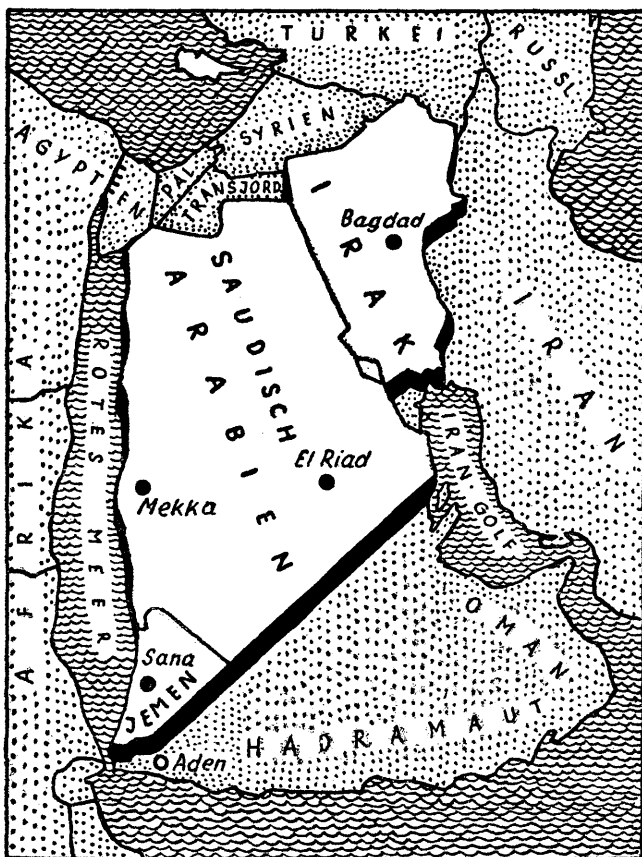


*Die im asiatischen Viererpakt zusammengeschlossenen Länder Türkei, Irak, Iran, Afghanistan.*

ner geduldet werden. Dieser Punkt des Übereinkommens ist eine deutliche Absage an Moskau und soll die Bildung kommunistischer Gruppen im Raum der islamischen Staaten verhindern. Der Pakt ist zunächst auf fünf Jahre geschlossen und findet seine Verlängerung für eine gleiche Periode, wenn er nicht sechs Monate vor Ablauf ausdrücklich gekündigt wird.

Analog dieser Annäherung im turko-iranischen Raum, also im Norden der islamischen Welt, vollzog sich eine Verständigung im arabischen Sektor. Hier klappten lange Jahre Gegensätze zwischen Saudisch-Arabien und den nördlichen Nachbarstaaten Irak und Transjordanien, wo die Söhne des von Ibn Saud aus dem Hedschas vertriebenen Hussein mit englischer Hilfe die Throne bestiegen hatten. Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren die englische Diplomatie zur Sicherung ihres eigenen Einflusses bemüht war, diese aus den Zeiten kämpferischer Auseinandersetzung datierenden dynastischen Gegensätze zu vertiefen, wandelte sich die englische Haltung in den dreißiger Jahren. Londons Diplomaten waren um einen innerarabischen Ausgleich bemüht. Dieses Bemühen wurde im Jahre 1936 mit Erfolg gekrönt. Zwischen Saudisch-Arabien und dem Irak kam es zu einem bedeutsamen Bündnis, das in seinen Formulierungen offen als Kristallisationspunkt für eine künftige arabische Konföderation bezeichnet wurde. Diesem Bündnis trat ein Jahr später auf irakisches Drängen

auch der Jemen bei, so daß die arabischen Staaten auf vorderasiatischem Gebiet zu einem Block zusammengefügt waren. Dadurch, daß der Irak sowohl an dem arabischen Bündnissystem als auch an dem der turko-iranischen Mächtegruppe beteiligt ist, wuchs Bagdad eine besondere diplomatische Position zu, von der aus die irakische Regierung unter Beihilfe der englischen Diplomatie bemüht ist, einen engeren Zusammenschluß der beiden großen islamischen Mächtegruppen herbeizuführen.



*Die verbündeten arabischen Staaten Irak, Saudisch Arabien, Jemen.*

In das System dieser Bündnisse und Abkommen suchte sich Ägypten einzuschalten, nachdem es im Jahre 1936 durch die Unter-

zeichnung des englisch-ägyptischen Vertrags seine volle staatliche Souveränität erlangt hatte. Über die Annäherung, die sich zwischen Kairo und Mekka vollzog, wurde bereits berichtet. Bedeutungsvoll war neben diesem Bemühen um einen saudisch-ägyptischen Ausgleich die Annäherung Ägyptens an die Türkei. Im Herbst 1936, unmittelbar nachdem die Wafdregierung in London den Vertrag unterzeichnet hatte, der Ägypten die Freiheit brachte, wurden durch Vermittlung des ägyptischen Gesandten in Ankara mit der türkischen Regierung Besprechungen eingeleitet, die der Bereinigung seit Jahren schwebender Streitfragen dienen sollten. Diese Besprechungen griffen bald über den ursprünglich geplanten Rahmen hinaus und führten im Frühjahr 1937 zum Abschluß eines ägyptisch-türkischen Freundschaftspaktes. Kaum war der Pakt unterzeichnet, erschienen türkische Verhandlungsbevollmächtigte in Kairo, um die Möglichkeiten eines ägyptisch-türkischen Militärbündnisses zu untersuchen. Die Besprechungen führten zunächst zu keinem Erfolg, da sich die ägyptische Armee unter englischer Beihilfe in Umorganisation und Neuaufbau befand und für ein Militärbündnis zunächst noch keinen vollwertigen Partner darstellte. So wurden diese Verhandlungen, die eine schicksalhafte Verbindung der beiden stärksten islamischen Staaten anstrebten, zunächst vertagt.

Syrien und die beiden englischen Mandate Palästina und Transjordanien, die in der Auseinandersetzung mit dem abendländischen Imperialismus ihr Kampfziel, die uneingeschränkte Souveränität, noch nicht erreicht haben, bleiben aus diesem System der islamischen Pakte und Abkommen, die der islamischen Welt die politische Geschlossenheit garantieren sollen, zunächst noch ausgeschlossen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß auch sie ihre Anlehnung an die mohammedanische Mächtegruppe suchen werden, wenn ihrer Entscheidungsfreiheit keine Fesseln mehr auferlegt sind und die politische Neuordnung auch im syrisch-palästinischen Raum ihren Abschluß gefunden hat.

Bei dem Zustandekommen der islamischen Paktsysteme zeigte es sich, daß die gemeinsame Gegensätzlichkeit gegen den europäischen Imperialismus für den Zusammenschluß ebenso fördernd wirkte wie die Rivalität der verschiedenen europäischen Imperialismen untereinander. Die islamische Einheit und die politische

Verbindung der mohammedanischen Staaten untereinander wurden sowohl von russischer wie englischer Seite gefördert in der Hoffnung, daß man den unterstützten islamischen Block als Partner gegen den großen Rivalen benutzen könne. So wurde der alte englisch-russische Gegensatz in Vorderasien bedeutsam für den islamischen Wiederanstieg, bedeutsam und entscheidend aber auch für den Substanzverlust, den Europa auf diesem weltpolitischen Spannungsfeld erlitten hat.

\*

Verfolgt man mit einiger Aufmerksamkeit die islamische Presse, so kann man in den letzten Jahren immer häufiger Nachrichten finden wie etwa die folgenden: »Der Dekan der afghanischen medizinischen Fakultät in Kabul ist in Stambul eingetroffen, um hier einige Professoren für die medizinische Fakultät in Kabul zu engagieren. Von Stambul reist der Dekan weiter nach Ankara, um dort die Einrichtungen des türkischen Unterrichtsministeriums zu besichtigen.« Oder: »Der irakische Unterrichtsminister hat sich an die ägyptische Regierung mit der Bitte gewandt, Lehrer für den Unterricht an irakischen Schulen freizugeben. Die ägyptische Regierung ist dem Ersuchen nachgekommen und entsendet dreißig Lehrer in den irakischen Staatsdienst.« Oder: »Die Regierung des Hedschas hat durch Vermittlung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in Kairo Straßenbauingenieure engagiert, unter deren Leitung die geplanten Straßenbauten zwischen Dschedda und Mekka und Medina durchgeführt werden sollen.«

Die Häufung solcher und ähnlicher Nachrichten, die als Einzelmeldung vielleicht unbedeutsam scheinen, ist charakteristisch für die Zusammenarbeit der islamischen Staaten, die sich auch außerhalb der politischen Sphäre angebahnt hat. Die islamische Kooperation wird auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sichtbar. Ägypten und die Türkei geben von dem Überschuß ihrer intellektuellen Kräfte Ingenieure, Techniker, Lehrer und Professoren an jene Staaten ab, bei denen noch an solchen Kräften Mangel herrscht und die früher Betätigungsfeld für europäische Sachverständige waren. Die kulturell führenden Staaten der islamischen Welt haben ihre Schulen und Hochschulen so weit entwickelt, daß die Studenten nicht mehr auf europäische

ziehen, sondern ihr Studium auf morgenländischen Universitäten und Fachschulen absolvieren. Mit den Zertifikaten morgenländischer Schulen versehen, kommen sie als Pioniere islamischer Gemeinschaft in ihre Heimat zurück, um hier ihren Beitrag an zivilisatorischer Fortentwicklung und wirtschaftlicher Erschließung des Vaterlandes zu leisten. Die militärisch führenden Staaten, vor allem die Türkei, stellen Offiziere, die an der Wehrbarmachung unbewehrter Nachbarländer arbeiten und dort moderne Volksheere aufzubauen suchen, wo man früher mit verrotteten Banden Bruderkriege führte. Dabei ist zu bedenken, daß noch vor einem Vierteljahrhundert auch die islamischen Staaten, die heute einen Überschuß an technischen Experten und Intellektuellen haben, Tummelfeld europäischer Sachverständiger und Beamter waren und ihre Söhne zur Ausbildung und zum Studium auf abendländische Schulen schicken mußten.

Aus solchem Austausch der Kräfte wächst der Wunsch nach engerer geistiger Fühlungnahme. Die islamischen Ärzte halten in regelmäßiger Folge ihre Kongresse in Kairo ab, die Techniker treffen sich in Ankara, und um der Gemeinsamkeit der Entwicklung im islamischen Raum Ausdruck zu verschaffen, plant die ägyptische Regierung zur Jahrtausendfeier ihrer Hauptstadt eine große islamische Ausstellung, auf der Rechenschaft gegeben werden soll über Fortschritt und Aufschwung, die die moslemische Welt erfaßt haben, und die Symbol werden soll für das lebendig empfundene Zusammengehören.

Durch solche Wechselbeziehungen wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit wünschenswert. Auf dem Gebiet von Handel und Wirtschaft zeigt sich eine verstärkte innerislamische Tendenz. Durch regionale Handelspakete sucht man den Verkehr über die Grenzen zu erleichtern. Ägypten und die Türkei, die wirtschaftlich stärksten Staaten, greifen mit dem System ihrer nationalen Banken über die eigenen Grenzen hinaus. Die türkische Handelsbank »Isch Bankassi« gründet Filialen im Irak und in Iran. Die ägyptische Bank »Misr« errichtet eine Tochtergesellschaft in Syrien und Zweigunternehmungen im Sudan und in Saudisch-Arabien. Wo früher abendländische Kapitalien eingesetzt wurden zur Erschließung und Entwicklung wirtschaftlicher Möglichkeiten, findet heute weithin orientalisches Kapital seinen Einsatz. Während man überall morgen-

ländischem Kapital die Wege ebnet und es zum Einsatz ermuntert, wird abendländischem die Betätigung kostspielig und schwer gemacht. Bei zu vergebenden Konzessionen werden orientalische Gesellschaften bevorzugt, den nichtorientalischen erschwerte Bedingungen auferlegt. Die islamische Welt, die bisher nur passiv, nur empfangend in den Organismus von Welthandel und Weltverkehr eingeflochten war, wird wirtschaftlich aktiv und sucht ihre Bedürfnisse aus eigener Kraft zu befriedigen. Was solche Wandlung bedeutet, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß es kaum ein Vierteljahrhundert her ist, als es in dem alten türkischen Großreich noch fremdnationale Postämter gab und der europäischen Wirtschaft in allen islamischen Staaten in Form der Kapitulationen besondere Vorrechte eingeräumt waren.

Eine in Aufschwung und Ausbau befindliche Presse gibt alltäglich das Stichwort von der islamischen Kooperation auf allen Gebieten und von der Schicksalsgemeinschaft hunderttausendfach aus. Und auch der Rundfunk, dieses moderne Mittel der Nachrichtenübermittlung, hat seinen Einzug in den islamischen Orient gehalten und sich stillschweigend in den Dienst der Zusammenarbeit gestellt. Das geht so weit, daß türkische Sender Tag für Tag die Völker der arabischen Welt in ihrer Muttersprache ansprechen.

Die Parole »Asien den Asiaten« beginnt sich auf allen Gebieten zu verwirklichen und bahnt Entwicklungen an, an deren Ende starke, ganz auf sich selbst gestellte islamische Staaten stehen, die allen abendländischen Kolonisationsgelüsten, wie immer sie sich bemerkbar machen mögen, wirksamen Widerstand entgegensetzen.

*Grundlagen wachsender Macht*

Neben Wiedereinschaltung in Welthandel und Weltverkehr durch Wiederbelebung alter Verkehrsstraßen, neben der im vergangenen Jahrhundert eingeleiteten Wiederbegegnung des islamischen Morgenlandes mit den imperialistischen Kräften des Abends, gibt es zwei weitere Umstände, aus denen heraus der Gemeinschaft islamischer Völker das Attribut einer Weltmacht von morgen verliehen wird.

Wachsendes Volkstum und Erschließung eines vorerst noch schwer übersehbaren Reichtums an Rohstoffen, die für eine orientalische Industrie die Basis abgeben und die islamische Welt als Rohstofflieferanten auftreten lassen, geben die Grundlagen wachsender Macht.

Die Tatsache, daß die Völker der islamischen Welt einen Zuwachs und eine Fruchtbarkeit aufweisen, die der europäischen Völker weit überlegen ist, dürfte schon innerhalb weniger Jahrzehnte Spannungen und Machtverschiebungen zur Folge haben, deren Tragweite heute noch kaum zu übersehen ist. Um die Bedeutung dieses Bevölkerungszuwachses und der natürlichen Fruchtbarkeit aufzuzeigen, sei ein Beispiel herausgegriffen, das besonders eindringlich ist, das Beispiel der ägyptischen Bevölkerungsbewegung.

Ägypten verfügt über die höchste Geburtenquote aller islamischen Völker, und das statistische Material, das für dieses Land vorliegt, beruht auf zuverlässigen Untersuchungen und Volkszählungen im Gegensatz zu dem statistischen Material einer ganzen Reihe anderer islamischer Staaten, wo die Zahlen über Bevölkerungsbewegung nur auf Schätzungen beruhen.

Im Jahre 1937 ergab die alle zehn Jahre stattfindende Volkszählung für das Königreich am Nil einen Bestand von 15 904 525 Einwohnern. Dabei waren die in der Wüste lebenden Nomaden, die man auf etwa 50000 schätzt, nicht mitgezählt. Dem Ergebnis dieser Zählung entsprechend, hatte Ägypten in dem Jahrzehnt von 1927 bis 1937 um rund 1,7 Millionen Menschen zugenommen. Auf Grund der Zunahme, wie sie während des Dezenniums von 1917 bis 1927 zu verzeichnen war, hatte man nur mit einem Zuwachs von 1,5 Millionen gerechnet. Dieser rechnerische Voran-

schlag wurde um rund 400000 übertroffen, und es zeigte sich, daß das Tempo der ägyptischen Bevölkerungszunahme eine erhebliche Steigerung erfahren hatte.

Im Dezennium von 1887 bis 1897 betrug der Bevölkerungszuwachs in Ägypten jährlich 1,66 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Jahrzehnt von 1897 bis 1907 fiel dieser Satz auf 1,52 Prozent. Im Zeitabschnitt von weiteren zehn Jahren sank er auf 1,33 Prozent und betrug von 1917 bis 1927 nur noch 1,07 Prozent pro Jahr. Dann erfolgte der Umschwung, und das Tempo der Bevölkerungszunahme wurde erstmalig seit 50 Jahren wieder größer. In der Zeit von 1927 bis 1937 ergab sich auf Grund der letzten Zählung eine durchschnittliche Bevölkerungszunahme von 1,14 Prozent pro Jahr.

Anknüpfend an die im Jahre 1937 gefundenen Zahlen, hat ein ägyptischer Bevölkerungspolitiker einer erstaunten Öffentlichkeit ein paar Rechenexempel aufgemacht, die Schulbeispiele sind für die Bevölkerungsprobleme im islamischen Orient und in der spielerischen Handhabung der Zahlen verblüffend wirken. Sie verbergen trotzdem einen unheimlichen Ernst, wenn man sie jenseits aller mathematischen Spielerei auf die Wirklichkeit des gesamten islamischen Raums projiziert. Während man in Europa Unkenrufe ausstößt und den Nationen vorrechnet, wann sie auf Grund der gegenwärtig gegebenen Geburtenquote verschwunden sein werden, zeigt dieser Bevölkerungspolitiker, daß Ägypten bei gleichbleibender Geburtenquote nach 60 Jahren etwa 32 Millionen Einwohner zählen wird, also doppelt soviel wie heute. Nach 100 Jahren wird das Land am Nil 49,6 Millionen Einwohner aufweisen, nach 300 Jahren rund 500 Millionen und nach 425 Jahren rund 2 Milliarden, also etwa soviel Menschen, wie gegenwärtig überhaupt auf der Erde leben. In 968 Jahren, also nach einem knappen Jahrtausend, wären die Ägypter, die jetzige Geburtenquote zugrunde gelegt, zu einer Nation von 973 Milliarden Menschen angewachsen und könnten dann nicht nur den Erdball, sondern auch eine Reihe anderer Planeten besiedeln.

Diese astronomischen Ziffern, die in Ägypten viel belacht worden sind, machen schwindeln und haben natürlich keinerlei praktische Bedeutung, da sie das natürliche Regulativ des Lebens ausschalten und Bevölkerungszunahme und -abnahme in mathemati-



scher Formel wiedergeben. Aber die 49 Millionen Menschen, die diese Berechnung für das Jahr 2037, also für einen Zeitpunkt nach 100 Jahren angibt, liegen jenseits mathematischer Spekulation. An ihnen zeigt sich Bedeutung und Schwere des Problems, das hier offenbar wird und das nicht nur ein Problem Ägyptens allein, sondern über dessen Grenzen hinaus bei geringfügigen Abweichungen ein Problem des gesamten islamischen Orients ist und beachtenswert für eine Prognose des Ausgangs der Auseinandersetzungen zwischen Orient und Okzident. Denn hundert Jahre sind ein kurzer Zeitabschnitt im Leben der Völker und im Buch der Geschichte.

Dabei ist Ägypten unter den Nationen mit stark wachsender Bevölkerung nicht nur diejenige, die die höchste Geburtenquote hat, sondern auch diejenige, welche die höchste Todesrate aufweist. Im Durchschnitt hatte Ägypten im Zeitraum von 1927 bis 1937 auf 1000 Einwohner pro Jahr 45 Geburten aufzuweisen, gegenüber 35 in dem geburtenreichen Indien, 31 in dem schnellwachsenden Japan und 15 in England. Die hohe ägyptische Geburtenquote ist aber belastet durch eine außerordentlich hohe Sterblichkeit. Die Sterblichkeitsziffer ist dank besserer medizinischer Kontrolle über die Bevölkerung, durch die Seuchen verhindert werden, stark und ständig im Sinken. Auf Grund dieser Tatsache wird das Tempo der Bevölkerungszunahme in Ägypten, gleichbleibende Geburtenquote vorausgesetzt, noch erheblich steigen. Gelänge es, die Sterblichkeitsziffer Ägyptens auf die Japans zu senken, die im Vergleich zu europäischen Zahlen noch sehr hoch ist — und das steht bei der gegenwärtigen Entwicklung der Hygienemaßnahme zu erwarten —, dann würde sich unter Zugrundelegung der gegenwärtig gegebenen Geburtenquote die Bevölkerung Ägyptens schon in 49 Jahren verdoppeln.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so eindringlich, erscheinen die Ziffern für die Türkei. Nach der Berechnung eines türkischen Bevölkerungspolitikers kann in der Türkei, deren Gebiet so groß ist wie das Deutschlands und Italiens zusammen, ohne Raumnöte eine Bevölkerung von 60 bis 70 Millionen Menschen leben. Die Volkszählung des Jahres 1921 ergab für die Türkei einen Bevölkerungsstand von 11,7 Millionen Einwohnern. Im Jahre 1927 wurden 13,6 Millionen und im Jahre 1934 etwa 17 Millionen Menschen gezählt. Auf Grund der gegenwärtig gegebenen Geburtenquote,

die aber aufsteigende Tendenz zeigt, wird die Türkei im Jahre 1969 eine Bevölkerung von über 32 Millionen Menschen aufweisen und dann zahlenmäßig als Großmacht an der Schlüsselstellung zwischen Orient und Okzident stehen.

Besonders interessant in diesem Zusammenhang waren Zahlen, die im Sommer 1937 von der statistischen Abteilung der palästinischen Mandatsregierung vorgelegt wurden und auf einer Volkszählung vom 31. März 1937 gründen. Danach wies das kleine Mandatsland an diesem Stichtag eine Gesamtbevölkerung von 1 316 000 Menschen auf gegenüber 932 000 am gleichen Tag des Jahres 1930. Diese Zunahme beruht nicht ausschließlich auf natürlicher Fruchtbarkeit, sondern ist zum Teil durch die jüdische Einwanderung bedingt. Von der Bevölkerung waren im März 1937 rund ein Drittel Juden, die beiden anderen Drittel Araber. Der jüdische Teil der Bevölkerung wies in den ersten drei Monaten des Jahres 1937 insgesamt 2630 Geburten auf, der arabische Teil aber, der zahlenmäßig etwa doppelt so stark ist als der jüdische, im gleichen Zeitraum annähernd 13 000 Geburten. Die natürliche Fruchtbarkeit des arabischen Bevölkerungssektors war etwa zweieinhalbmal so groß als die des jüdischen. Die jüdische Geburtenquote zeigte gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 10 Prozent, die arabische dagegen eine Steigerung von etwa 4 Prozent. Diese Ziffern machen die Zähigkeit verständlich, mit der die Zionisten ihre Forderung auf dauernde Offenhaltung der Einwanderungsmöglichkeiten nach Palästina vertreten. Denn sie zeigen, daß der jüdische Bevölkerungsteil, wenn er von außerhalb keinen Nachschub bekäme, in der Frist weniger Jahrzehnte von dem fruchtbareren arabischen überwuchert wäre.

In Alger, wo das islamische Element unmittelbar neben dem europäischen wohnt, ist das Mißverhältnis zwischen der Fruchtbarkeit beider Bevölkerungssektoren noch krasser. Hier ist die islamische Fruchtbarkeit fast viermal so groß als die der Europäer oder der Juden französischer Staatsangehörigkeit. In Tunis, wo hauptsächlich Italiener, also die Söhne einer der fruchtbarsten europäischen Nationen, neben den Arabern wohnen, ist die arabische Fruchtbarkeit etwa zweieinhalbmal so groß als die europäische.

Überträgt man das türkische und das ägyptische Beispiel auf den Gesamttraum der islamischen Welt, für die sonst kein zuverlässiges

siges Material vorliegt und man deshalb auf Schätzungen angewiesen ist, die allerdings zu ähnlichen Resultaten kommen, dann wird deutlich, welche natürlichen Kräfte hier zur Stabilisierung einer Weltmacht wirksam sind. Für die europäischen Großmächte, die wegen ihrer kolonialen Expansion in Auseinandersetzung mit den islamischen Völkern stehen, ergab sich im Jahre 1931 die Berechnung, daß auf je 3,13 Erwachsene ein Kind unter 15 Jahren entfiel. In Ägypten, der Türkei und dem Iran zählte man im gleichen Jahr, vorsichtigen Schätzungen gemäß, ein Kind unter 15 Jahren auf 1,38 Erwachsene. Aus diesem unterschiedlichen Verhältnis von Kindern zu Erwachsenen ergibt sich mit beängstigender Eindringlichkeit, wie sehr sich die Überlegenheit der Fruchtbarkeit islamischer Völker in den kommenden Jahrzehnten noch auswirken wird.

Daß diese Macht natürlichen Wachstums in der islamischen Welt schon bewußt empfunden wird, zeigte jüngst eine Debatte, die in der ägyptischen Öffentlichkeit um ein »Fetwa«, eine schriftliche Entscheidung des Großmuftis, entbrannte. Der Großmufti von Ägypten hatte in dem erwähnten Fetwa entschieden, daß im Hinblick auf die schwierige soziale Lage in den kinderreichen Familien Ägyptens unter bestimmten Voraussetzungen eine Geburtenkontrolle zulässig sei. Eine solche Kontrolle, so argumentierte der Mufti, stehe den Vorschriften des Korans keineswegs entgegen, sei lediglich an soziale Voraussetzungen geknüpft und an die Bedingung, daß aus ihr der Frau kein gesundheitlicher Schaden erwachse.

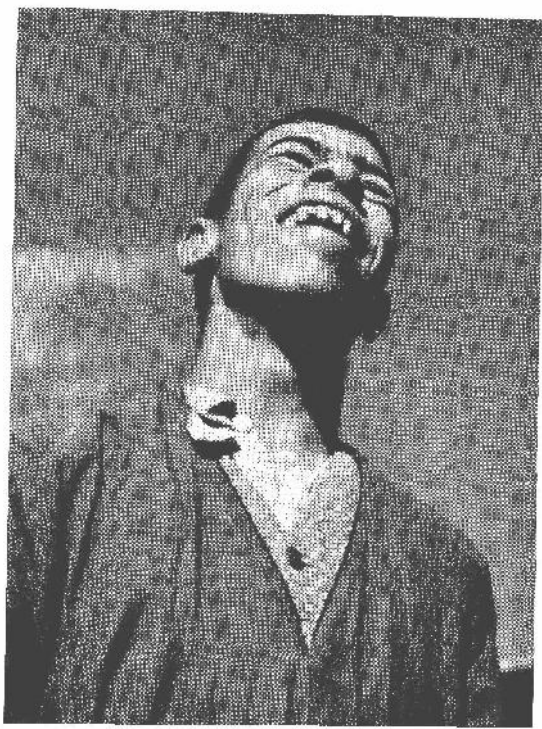
Dieses Fetwa der höchsten islamischen Autorität, die Ägypten besitzt, hat in der ägyptischen und darüber hinaus in der gesamten islamischen Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt und eine Debatte entfesselt, deren Heftigkeit erkennen ließ, wie sehr sich heute schon in der islamischen Welt breite Schichten mit Fragen der Bevölkerungspolitik beschäftigen. Es war interessant zu beobachten, wie die einzelnen Gruppen des Volkes bzw. ihre Repräsentanten auf das Fetwa des Muftis reagierten. Man konnte dabei feststellen, daß die Stellungnahme des Muftis keineswegs nur in reaktionären oder sogenannten »rückständigen« Schichten, also beispielsweise bei den Ulemas, Ablehnung fand. Schon in ärztlichen Kreisen war die Stellungnahme durchaus geteilt, wobei natürlich

gewisse »aufgeklärte Kreise«, weil man in Europa der gleichen Auffassung sei, dem Fetwa zustimmten und sie inhaltlich erweitert sehen wollten. Aber Zustimmung fand sich doch meist nur in den Kreisen, die, wie ein englischer Politiker einmal sagte, schlechte Kopien europäischer Originale sind. Besonders bedeutungsvoll schien die Stellungnahme einer Reihe von politischen Führern, die einerseits als Repräsentanten breiter Volksschichten, andererseits aber als fanatische Nationalisten und Vorkämpfer einer islamischen Schicksalsgemeinschaft angesprochen werden müssen. Unter ihnen war die Stellung des Präsidenten des »Verbandes junger Muselmanen«, einer Organisation mit politischer Zielsetzung, die ihre Gruppen in allen islamischen Staaten hat, besonders aufschlußreich. Dieser Mann verwarf die Einstellung des Muftis aus politischer Grundsätzlichkeit und wies darauf hin, daß der Geburtenreichtum das Geheimnis der politischen Zukunft des islamischen Orients sei, da die natürliche Fruchtbarkeit letztlich triumphieren müsse und auf weite Sicht den Zustand der Überlegenheit des Abendlandes, das ständig unfruchtbarer werde, brechen müsse. Und ein anderer wies ergänzend darauf hin, daß eine reiche Geburtenzahl allein zwar keine Garantie für eine völkische Zukunft sei, wie China und Indien zeigten. Aber wachsender Bevölkerungsstand sei doch unerläßliche Voraussetzung für eine solche Zukunft und Grundlage zur Heranzüchtung einer notwendigen Führerschicht, die für die Zukunft des Volkes nicht weniger bedeutsam sei als die natürliche Fruchtbarkeit. Nicht die Geburtenzahl gelte es zu beschränken, sondern größere Energie auf die Ausweitung des Lebensraums und der Lebensmöglichkeiten zu verwenden.

Solche Stellungnahmen sind charakteristisch für einen politischen Weitblick, der in der Welt des Islams zunächst verblüffen mag. Aber sie brachten wieder einmal allen Beobachtern des Orients in Erinnerung, worum es heute in der islamisch-orientalischen Welt letztlich geht: um die Wiederherstellung verlorener politischer Größe und Macht. Man übersieht, wenn man in der Gegenwart die politischen Kräfteverhältnisse zwischen Abend und Morgen abwägt, gar zu leicht, daß auf Grund der natürlichen Fruchtbarkeit in der islamischen Welt binnen weniger Jahrzehnte doppelt soviel Menschen leben werden als heutzutage. Man vergißt, daß diese



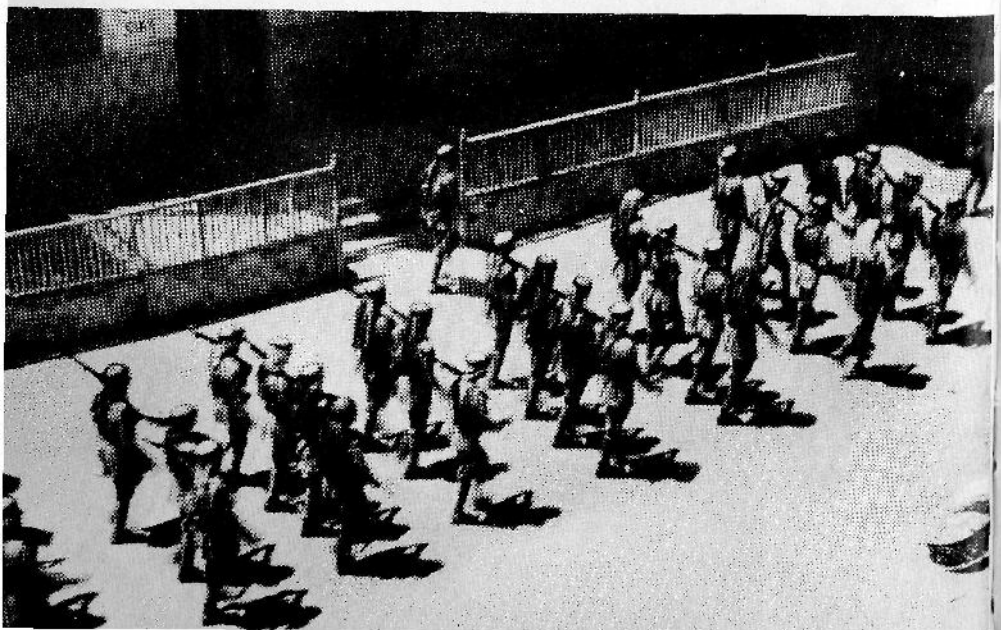
Szenenbilder aus einem »Fellachen-Film« der Studios Misr.





Zeichen englischen Einflusses:  
Englischer und ägyptischer Generalstabsoffizier arbeiten während der ägyptischen  
Wüstenmanöver zusammen.

Die Soldaten Ibn Sauds sind nach europäischem Muster ausgebildet. Auch das  
arabische Heer verfügt über Panzerwagen, motorisierte Maschinengewehre und  
sonstige moderne Waffen.



wachsenden Massen angeführt und geleitet werden von einer breiter und breiter werdenden Führerschicht. Daß sich die technische Überlegenheit des Abendlandes von Jahr zu Jahr verringert, da die islamischen Völker sich mit den technischen Mitteln Europas versehen und diese zunehmend in eigener Produktion auf der Basis reichlich gegebener Rohstoffe schaffen. Im Zusammenhang mit solchen Gegebenheiten ist die natürliche Fruchtbarkeit und das rapide Wachstum dieser Völker ein Faktor, dessen Bedeutung man in der Gegenwart allzu leicht zu übersehen geneigt ist, der aber die politische Zukunft der islamischen Welt entscheidend bestimmen und sichern wird.

\*

Mit den Worten Baumwolle und Erdöl sind die beiden Rohstoffe genannt, durch die die islamische Welt in zunehmendem Maße auf der Waage des weltwirtschaftlichen Austauschs an Gewicht zunimmt und eine Position zugewiesen bekommt, die im System des Welthandels von Jahr zu Jahr bedeutender wird. In seiner Stellung als Brückenraum im Weltverkehr bezieht der islamische Orient eine Position als Rohstofflieferant und darüber hinaus auch schon als Rohstoffverarbeiter.

In dem Maß, in dem der islamische Orient eine Durchdringung von europäischen Mächten erfuhr, dieser Durchdringung nachgab und Konzessionen gewährte, in dem Maß wurde der islamische Raum, der bis dahin als wirtschaftlich arm galt und seine Bedeutung nur auf Grund der geopolitischen Lage hatte, systematisch auf seine Entwicklungsmöglichkeiten und Rohstoffschätze untersucht. Europa befand sich im Zeichen ansteigender Industrialisierung und hungerte nach solchen Rohstoffen. Damals galt das Grundgesetz in der Weltwirtschaft, daß Kolonial- und Halbkolonialländer, zu denen der islamische Raum gerechnet wurde, ihre Rohstoffe an das hoch industrialisierte Mittel- und Westeuropa abgaben, das den Erdkreis mit dem aus dem Rohstoff hergestellten Fertigfabrikat belieferte.

Was man bei der systematischen Durchsuchung des islamischen Orients in erster Linie fand, war Erdöl. Diese Entdeckung wurde in einem Augenblick gemacht, in dem sich das Erdöl neben der

Kohle den führenden Platz in der Energiewirtschaft der Erde zu erobern begann.

Die Ölquellen Mediens und Assyriens waren schon im Altertum bekannt. Das vielfach an der Erdoberfläche zutage tretende Öl wurde von den Einwohnern als Leuchtmittel und zu medizinischen Zwecken verwendet. Eine wirtschaftspolitische Bedeutung hatte das Erdöl damals noch nicht. Die sollte es erst um die Wende des 20. Jahrhunderts bekommen, nach Erfindung des Explosionsmotors, als sich die großen Wirtschaftsmächte fast gleichzeitig auf die Erdölvorkommen im Nahen Osten besannen und einen Machtkampf um den Besitz der Erdölquellen eröffneten, die hier das wirtschaftliche Weltkriegsziel abgeben sollten.

Im Jahre 1896, anlässlich einer christenfeindlichen Manifestation des panislamischen Sultans Abdul Hamid, war in Ostanatolien der Sitz und das Eigentum einer amerikanischen Missionsgesellschaft von der fanatisierten Menge zerstört worden. Die amerikanische Regierung verlangte Schadenersatz, und als man der Forderung Washingtons in Konstantinopel auswich und Ausflüchte machte, schickte die amerikanische Regierung in altbewährter Weise ein Kriegsschiff, die »Kentucky«, nach Konstantinopel, um dem Genußtuungswillen der Hohen Pforte etwas nachzuhelfen. Auf diesem Schiff befand sich als Führer der amerikanischen Mission der Admiral Colby M. Chester, der die Zeit, da das Schiff in Konstantinopel vor Anker lag, benutzte, um sich über den Rahmen seiner offiziellen Aufgabe hinaus die türkischen Verhältnisse näher zu betrachten. Infolge dieser inoffiziellen Inspektionsreisen quittierte der helllichtige Admiral nach Erledigung seiner offiziellen Mission seinen Dienst bei der amerikanischen Marine, trat in Beziehungen zur amerikanischen Erdölindustrie und kehrte als deren Interessenvertreter in die Türkei zurück. Damit begann hier der Kampf um die Ölquellen.

Zur Zeit, als Chester seine Erdölverhandlungen mit der Hohen Pforte aufnahm, untersuchte ein im Dienste des persischen Schahs stehender kanadischer Ingenieur, d'Arcy mit Namen, systematisch das südliche Persien auf eventuelle Erdölschätze und fand im Jahre 1900 in den Bakhiari-Bergen ein Ölfeld, dessen Ertragsfähigkeit nicht zu verkennen war. D'Arcy setzte seine Untersuchungen fort und stellte fest, daß die südpersischen Erdölvor-



kommen sich keineswegs auf dieses eine Feld beschränkten. Der Ingenieur nahm die Konzessionsverhandlungen mit dem Schah auf und erhielt schon ein Jahr später, im Mai 1901, für die von ihm gegründete »D'Arcy Exploration Company« eine Monopolkonzession für Erdölbohrungen auf dem gesamten persischen Staatsgebiet mit Ausnahme der fünf Nordprovinzen Aserbeidschan, Gilan, Masanderan, Asterabat und Chorassan. Die Konzession des Kanadiers erstreckte sich auf fast fünf Sechstel des gesamten persischen Staatsgebietes. Der Schah erhielt für diese Konzession eine einmalige Entschädigung von 40000 Dollars, wovon nur die Hälfte in bar bezahlt werden mußte, und darüber hinaus eine laufende Beteiligung von 16 Prozent am Nettoertrag der Ölfelder. Die Konzession war für einen Zeitraum von 60 Jahren gegeben. Sie läuft also im Mai 1961 ab. Auf Grund dieses außerordentlich günstigen Konzessionsvertrags, um dessen Zustandekommen sich ein Kranz von Legenden geflochten hat, gelang d'Arcy zwei Jahre später die Gründung der »First Exploitation Company«, die mit einem Kapital von 600000 Pfund ausgestattet war. Im Jahre 1904 begann die Gesellschaft auf ihren Konzessionsfeldern Öl zu bohren. Als die Bohrarbeiten durch Quertreibereien der Stammeshäuptlinge empfindlich gestört wurden, überließ man diesen 3 Prozent des Aktienkapitals und schaltete damit für ein Trinkgeld deren Interessen mit denen der Gesellschaft gleich. Hinter der »First Exploitation Company« stand die »Burmah Oil Company«, die den Betrieb der neu gefundenen Ölfelder an die »Anglo Persian Oil Company« übertrug. Die Kosten der Bohrung erwiesen sich jedoch höher, als man ursprünglich berechnet hatte, und beide Gesellschaften, sowohl die »Burmah Oil« wie die »Anglo Persian«, gerieten in finanzielle Schwierigkeiten. In diesem Moment sprang die englische Regierung ein, und Winston Churchill, der die Bedeutung des Erdöls für die Zukunft der englischen Flotte voraussah, setzte es in dem außerordentlich vorsichtigen Asquith-Kabinet durch, daß die britische Admiralität als Beauftragte der englischen Regierung die Aktienmajorität der »Anglo Persian Oil Company« übernehmen durfte und damit die Kontrolle über die südpersischen Ölfelder an sich riß. Die englische Regierung hatte sich damit unmittelbar aufs Feld der sich entwickelnden Erdölkämpfe begeben.

Nicht so schnell wie d'Arcy kam sein amerikanischer Gegen-

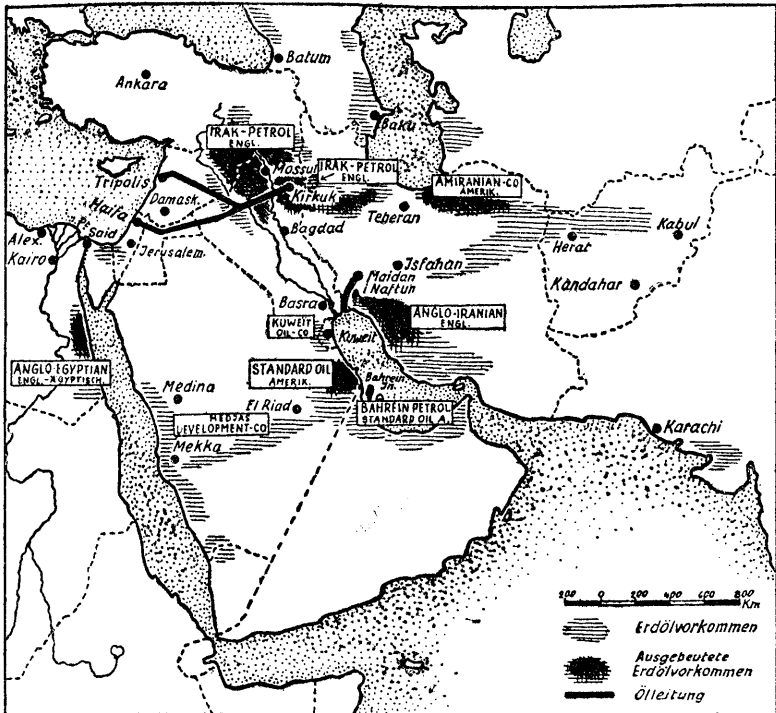
spieler, der Admiral Chester in Konstantinopel, zum Zug. Sultan Abdul Hamid, der die türkischen Konzessionen zu vergeben hatte, war ein Mensch von äußerstem Mißtrauen und ausgeprägtem geschäftlichem Instinkt. Wie in der Politik, so war es auch auf dem Feld wirtschaftlicher Auseinandersetzung sein Prinzip, mehrere Wettbewerber in die Verhandlungen einzuschalten, um sie gegeneinander ausspielen zu können.

Um in der Frage der Konzessionsverhandlungen freie Entscheidung zu bekommen, übertrug der Sultan im Jahre 1904 die mesopotamischen Ölrechte an seine Privatschatulle. Dann berief er neben dem Amerikaner einen zweiten Konkurrenten. Die »Deutsch-Anatolische Eisenbahngesellschaft« wurde in die Erdölverhandlungen einbezogen. Diese Gesellschaft erhielt im Jahre 1908 die Konzession, zwischen Bagdad und Mossul längs der geplanten Eisenbahnstrecke Erdöl zu bohren. Kaum war diese Konzession vergeben, da erschien noch ein dritter Konkurrent auf dem Feld der Auseinandersetzung, die »D'Arcy Exploration Company«, die als Beauftragte der »Anglo Persian« verhandelte. Englische, amerikanische und deutsche Gruppen lagen also nun im Rennen um die türkischen Erdölinteressen.

In dem Augenblick, als Sultan Abdul Hamid geneigt schien, der englischen Gruppe bedeutsame Konzessionsrechte zu verleihen, wurde er durch die junktürkische Revolution gestürzt. Die neue Regierung lehnte die Konzession an die »D'Arcy Exploration Company« ab und annullierte die der deutschen Gruppe verliehene mit der Begründung, daß die Übertragung der mesopotamischen Erdölrechte an die Privatschatulle des Sultans zu Unrecht erfolgt sei. Die Verhandlungen um das türkische Erdöl zwischen der türkischen Regierung und den drei mächtigen Konkurrenten begannen aufs neue. Diesmal kamen die Amerikaner zuerst zum Zug. Ausgedehnte Gebiete in Ostanatolien und Mesopotamien wurden umrissen und zu Konzessionsfeldern der amerikanischen Gruppe erklärt, darunter auch ein Teil des Wilajets Mossul auf beiden Ufern des Tigris. Auf diese Konzession stützten in den Nachkriegsjahren die Amerikaner ihre Erdölansprüche in Vorderasien, obschon diese Konzession nie durch das türkische Parlament ratifiziert worden ist. Denn unmittelbar nach Fixierung der Konzession brach der türkisch-italienische Krieg aus, und ehe der Konzessions-

vertrag der Amerikaner nach dem Krieg dem Parlament vorgelegt wurde, hatten sich die beiden anderen Konkurrenten, die »Anatolische Eisenbahngesellschaft« als Trägerin der deutschen Interessen und die »D'Arcy Exploration Company« als Trägerin der englischen, verständigt. Sie unterbreiteten der türkischen Regierung den Entwurf eines neuen Abkommens, das für diese günstiger war als der den Amerikanern gewährte Konzessionsvertrag. Obschon sich die diplomatischen Beziehungen zwischen London und Berlin in diesen Jahren zusehends verschlechtert hatten, war auf dem vorderasiatischen Erdölkampffeld eine englisch-deutsche Interessengemeinschaft zustande gekommen, aus der im Jahre 1912 die „Turkish Petroleum Company« hervorging. An dieser Gesellschaft waren die englisch-holländische »Royal Dutch Shell« Sir Henry Deterdings, die »Deutsche Bank« in Berlin und die Türkische Nationalbank beteiligt. Diese Gesellschaft stellte ihren Konzessionsanspruch auf Grund des Abkommens zwischen Abdul Hamid und der »Deutsch-Anatolischen Eisenbahngesellschaft«. Dem Anspruch dieser Gruppe wurde durch die englische und deutsche Regierung in Konstantinopel diplomatischer Nachdruck verliehen. Am Vorabend des Weltkriegs bekam die türkische Petroleumgesellschaft, an der in ihrer endgültigen Zusammensetzung die »Royal Dutch« und die »Deutsche Bank« mit je 25 Prozent, die »Anglo Persian« mit 50 Prozent beteiligt waren, die ausschließliche Erdölkonzession für die Wilajete Mossul und Bagdad zugesprochen. Da brach der Krieg aus, und an Stelle des Wirtschaftskampfes um die vorderasiatischen Erdölquellen trat die kriegerische Auseinandersetzung, in deren Verlauf englische Truppen nach dem militärischen Zusammenbruch der Türkei die mesopotamischen Erdölgebiete besetzten. Damit waren von vornherein jenseits aller formellen Ansprüche und Forderungen die englischen Erdölrechte in diesem Gebiet für die Nachkriegszeit gesichert.

Solche Forderungen und Ansprüche wurden nach Kriegsende zunächst von Frankreich vorgetragen, von einer Macht, die in den Vorkriegskampf um das vorderasiatische Erdöl nicht verwickelt war. Die französischen Ansprüche stützten sich auf das Sykes-Picot-Abkommen aus dem Jahre 1916, in dem, trotz des bereits gegebenen Versprechens an die Araber, London und Paris den vorderasiatischen Raum zwischen Mittelmeer und Persischem



Die Erdölvorkommen in der islamischen Welt (nach Garflas-Whetsel.)

Golf in zwei Machtzonen aufgeteilt hatten. In eine französische und eine englische, in denen die beiden Mächte das »Vorrecht bei allen Unternehmungen« haben sollten. In der französischen Machtsphäre aber, wie sie durch das Abkommen begrenzt war, lag ein großer Teil der mesopotamischen Erdölfelder, an denen nun Frankreich vertragsgemäß »das Vorrecht« haben sollte. Aber diesem französischen Vorrecht stand die Tatsache gegenüber, daß englische Truppen das Gebiet besetzt und unter Kontrolle hielten. Als die Franzosen in London vorstellig wurden und die Zurückziehung der englischen Truppen forderten, lehnte Lloyd George die Forderung glatt ab. Er unterbreitete gleichzeitig in Paris den Vorschlag, auf die französischen Rechte aus dem Sykes-Picot-Abkommen zu verzichten und sie an England abzutreten, wofür die englische Regierung Frankreich in Anatolien, Armenien und Deutschland freie Hand lassen wollte.

Auf diesen englischen Vorschlag ließ sich Clémenceau nicht ein. Die Haltung der englischen Regierung Paris gegenüber wird verständlich, wenn man weiß, daß sie vorgeschrieben wurde von dem kurz vor dem Waffenstillstand gegründeten »Petroleum Imperial Policy Committee«, kurz P. I. P. Committee genannt, in dem die gesamten Empire-Petroleum-Interessen ihren Ausdruck und ihre Vertretung fanden. Das Komitee ging rücksichtslos darauf aus, englischem Kapital den Weg in die Welt des Erdöls zu ebnet. Man hatte im Krieg, den England »auf einer Woge von Erdöl« gewonnen hatte, erkannt, was künftig die Kontrolle der Erdölwirtschaft bedeuten würde. Diesem Komitee bzw. seinem Beauftragten, Sir Harry Mc. Gowan, war es in Verhandlungen mit Sir Henry Deterding, dem Leiter der »Royal Dutch«, gelungen, den bis dahin überwiegenden holländischen Einfluß in dieser zweitgrößten Erdölgesellschaft der Erde zu brechen und den englischen entsprechend zu verstärken. Die »Royal Dutch« stand somit unter englischer Kontrolle. Dieses Komitee war nach solchem Erfolg stark genug, der englischen Regierung widerspruchslos ihre Haltung im vorderasiatischen Erdölkampf, der nun in erster Linie gegen Frankreich ausgekämpft wurde, zu diktieren. Dieser Kampf wurde in einem Vertrag vom März 1920 siegreich beendet. Die französischen Erdölinteressen wurden in die englische Erdölfront eingegliedert. Die ehemals deutschen Anteile der türkischen Petroleumgesellschaft wurden den Franzosen übereignet, die daraufhin einem politischen Verzicht Frankreichs im Wilajet Mossul zustimmten. Die französischen Erdölrechte aus dem Sykes-Picot-Abkommen waren abgeschrieben.

Durch diese auch politisch bedingte Einschwenkung der Franzosen in die englische Erdölfront wurde das amerikanische Mißtrauen wachgerufen. In Washington gewann man den Eindruck, als ob England ein Monopol über die mesopotamischen Erdölfelder anstrebe. Man fürchtete, daß London die amerikanischen Vorkriegskonzessionen in diesem Gebiet, die des Admirals Chester, übergehen werde. Amerika formulierte deshalb seine Ansprüche, die Lord Curzon im Auftrage der britischen Regierung zurückwies. Alles deutete darauf hin, daß es zwischen England und Amerika wegen der vorderasiatischen Erdölfelder zu einem ernststen Konflikt kommen werde. Diese Befürchtungen verstärkten sich

noch, als bekannt wurde, daß die »Standard Oil«, die bedeutendste amerikanische Erdölgruppe, von der persischen Regierung für die fünf Nordprovinzen Persiens, die bei der d'Arcy-Konzession ausgeschlossen waren, ein Optionsrecht auf eventuell zu vergebende Erdölkonzessionen erworben hatte. Denn ein gleiches Optionsrecht hatte die persische Regierung kurze Zeit zuvor schon an eine Tochtergesellschaft der »Anglo Persian« verkauft.

In diesem Augenblick, da die Gegensätze aufs äußerste zugespitzt schienen, begann ein gigantischer Kampf des Geldes um die Erdölfelder im Vorderen Orient. Die englische Regierung und das P. I. P.-Komitee verzichteten auf weitere Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung in Washington und nahmen direkte Fühlung mit den amerikanischen Erdölinteressenten, die hinter der amerikanischen Regierung standen und dieser bei den vorher geführten Verhandlungen die Direktiven erteilt hatten. Es gelang durch riesige Bestechungen, die Einheit der amerikanischen Erdölinteressenten aufzuspalten. Der »Standard Oil«, als der mächtigsten amerikanischen Gruppe, gewährte man eine Beteiligung am Erbe der türkischen Petroleumgesellschaft und versprach ihr eine 50prozentige Beteiligung an eventuellen Konzessionen in den fünf nordpersischen Provinzen. Durch diese Bestechung der »Standard Oil« war die amerikanische Erdölfront gesprengt. Die größte Gesellschaft schied aus dem Kampf aus, die kleineren waren nicht in der Lage, die Auseinandersetzungen mit dem mächtigen englischen Gegner fortzuführen. Bei der amerikanischen Regierung machte sich ein wachsendes Desinteressement an den vorderasiatischen Erdölfragen bemerkbar, und Washington legte sich in der Auseinandersetzung mit England nach Befriedigung der »Standard Oil«-Gruppe, trotz Protestes der unbefriedigten Chestergruppe, starke Zurückhaltung auf.

Der unter englischer Führung stehenden türkischen Petroleumgesellschaft, in der nun die amerikanischen und französischen Interessen untergebracht waren, wurde am 14. März 1925 von der England hörigen Regierung des mit englischer Hilfe gegründeten Irakischen Staates eine 75jährige Konzession für die Förderung von Erdöl erteilt. Die Konzession bezog sich auf die Felder östlich des Tigris. Als Nachfolgerin der türkischen Petroleumgesellschaft beutet heute die »Irak Petrol Company« diese Konzessionen

in den sogenannten Kirkukfeldern aus. Die Felder sind durch zwei »Pipelines«, zu denen sich bald eine dritte gesellen wird, mit dem Mittelmeer verbunden. Um das in den englisch-amerikanischen Verhandlungen von beiden Seiten anerkannte Prinzip der »offenen Tür« aufrechtzuerhalten, wurden im Jahre 1932 die Konzessionen für die Erdölfelder auf dem westlichen Tigrisufer, die sogenannten Mossulfelder, an eine andere Gesellschaft, die »British Oil Development Company«, vergeben. Diese Gesellschaft, die ursprünglich rein englischen Charakter hatte, wurde später zu einer mit betont internationaler Zusammensetzung umgewandelt. Englisches, italienisches, deutsches, schweizerisches, französisches, niederländisches und irakisches Kapital waren beteiligt. Aber die Kapitalchwäche der Gesellschaft ermöglichte es im Jahre 1936 der »Irak Petrol Company«, über eine neugegründete Tochtergesellschaft die Kontrolle über die »British Oil Development Company« zu erlangen. Damit unterstehen die gesamten mesopotamischen Ölfelder indirekter Kontrolle der »Anglo Iranian«, deren Aktienmajorität im Besitz der britischen Admiralität ist.

Im Laufe der Jahre hatte sich gezeigt, daß die vorderasiatischen Erdölvorkommen keineswegs auf die südiranischen und mesopotamischen Felder beschränkt sind. Es wurde vielmehr festgestellt, daß sich ein breiter Erdölgürtel von der arabischen Roten-Meer-Küste zum Iranischen Golf und von hier über die südiranischen Ölfelder nach Nord- und Nordost-Iran und nach Afghanistan hin erstreckt. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind von diesem Erdölgürtel bis jetzt nur Teilabschnitte erkannt und erschlossen. Der Erdölreichtum der islamischen Welt und der Staaten, die in ihr stark und selbständig wurden, ist also zunächst noch unübersehbar.

Es ist nun interessant zu beobachten und für die gewachsene Macht der jungen islamischen Staaten bezeichnend, wie sie die durch den englischen Erdölimperalismus in Vorderasien an die Wand gedrückten amerikanischen Gruppen heranziehen, um einen Gegenspieler zu dem englischen Kapital zu haben. Zur Erschließung des Reichtums in eigener Regie fehlt den jungen islamischen Staaten noch die Finanzkraft. So führen sie gegen die dominierende englische Gruppe einen amerikanischen Konkurrenten ins Feld, um das bedrohliche und der staatlichen Souve-

ränität gefährliche Übergewicht des englischen Erdölimperialis-  
mus in der islamischen Welt zu brechen.

Im Jahre 1930 wurde auf den Bahrein-Inseln, also in einem Ge-  
biet, das politisch der Kontrolle Englands untersteht, der »Stan-  
dard Oil Company of California« die Erdölkonzession eingeräumt.  
Diese Gesellschaft beutet die außerordentlich reichen Felder durch  
eine Tochtergesellschaft, die »Bahrein Petroleum Company« aus.  
An der ostarabischen Küste, in der Hasaprovinz, gewährte der mit  
London in so guten Beziehungen stehende König Ibn Saud eben-  
falls Amerikanern Konzessionsrechte. Hier ist die »California  
Arabian Oil Company« die Konzessionsträgerin. Schließlich hat  
Resah Schah im Jahre 1937, in der Absicht, die Übermacht der  
»Anglo Iranian« zu brechen, die nordiranischen Ölfelder, unbe-  
kümmert um das Optionsrecht, welches die »Anglo Iranian« bzw.  
eine ihrer Tochtergesellschaften besaß, in 60jähriger Konzession  
an eine amerikanische Gruppe vergeben. Hier hat die »Amiranian  
Oil Company of Delaware« ihren Einzug gehalten. Damit ist auch  
im Iran die dominierende Position der englischen Gruppe ge-  
brochen, und die islamischen Erdölstaaten haben in Zukunft stets  
die Möglichkeit, englische und amerikanische Interessen zur  
Wahrung der eigenen gegeneinander auszuspielen.

Macht und Stellung der großen Erdölgesellschaften im islami-  
schen Gebiet sind vielfach als Beweis dafür angeführt worden, daß  
die staatliche und politische Verselbständigung dieses Raums, seine  
Lösung aus europäischer Vormundschaft und der daraus er-  
wachsende Machtanspruch nur scheinbar seien. Man argumentierte,  
daß an Stelle des Annexionsimperialismus in wachsendem Maß  
der Dollarimperialismus getreten sei, daß die politische Kontrolle  
abgelöst sei durch eine wirtschaftliche und so die Vorherrschaft  
des Abendlandes über das Morgenland, wenngleich in gewandelter  
Form, so doch in unveränderter Stärke und auf lange Zeit hin  
sichergestellt sei.

Solche Betrachtungsweise übersieht, daß dieser Dollarimperialis-  
mus uneinig ist und daß die Gruppen, die ihn tragen, jeder-  
zeit bereit sind, das Einflußbereich des Konkurrenten einzuengen  
um jeden Preis. Die Erdölkämpfe in Vorderasien haben gezeigt  
und zeigen noch, daß die westlichen Wirtschaftsgruppen immer  
gewillt sind, mit dem islamischen Nationalismus in seiner wirt-



schaftlichen Prägung zu paktieren, um sich gegenseitig zu verdrängen. Aus solcher Einstellung wird der islamische Nationalismus auf wirtschaftlichem Gebiet über kurz oder lang den gleichen Nutzen ziehen, wie er ihn auf politischem Gebiet aus dem Zerwürfnis der europäischen Mächte zog. Schon zeigt es sich, daß überall, wo der islamische Nationalismus dem Dollarimperialismus gegenüber seine Forderungen stellt, dieser sich unter Verlust von Substanz und Terrain auf die Linie des Ausgleichs zurückzieht. Das klassische Beispiel für solche Haltung ergab sich bei der Konzessionskündigung Resah Schahs an die »Anglo Iranian«, bei der die englische Gesellschaft, hinter der unmittelbar die englische Regierung steht, nach lautem Aufbegehren stillschweigend neue Bedingungen annahm, durch die der Iranische Staat in weit günstigerer Weise Nutznießer seines Ölreichtums wurde.

Und schließlich ist nicht zu übersehen, daß die Konzessionen, die hier an den Dollarimperialismus gemacht werden, in wenigen Jahrzehnten, also in Zeitabschnitten, die in der Geschichte eines Volkes kurz sind, zu Ende gehen. Dann aber fallen den meisten Konzessionsverträgen entsprechend die gesamten Anlagen der Erdölgesellschaften entschädigungslos den Staaten anheim, die die Konzession verliehen haben. Wie sehr die Kreise der islamischen Nationalisten schon an solche Zukunft denken, zeigte eindeutig der Konzessionsvertrag, der im Frühjahr 1937 von der iranischen Regierung mit der »Amiranian Oil Company of Delaware« abgeschlossen wurde. Darin verpflichtet sich die Gesellschaft, in wachsendem Maß ihr technisches Personal aus Iranern zu ergänzen, so daß der Iranische Staat nach Ablauf der Konzession in der Lage ist, mit einheimischem Personal den Betrieb der Gesellschaft, deren gesamte Anlagen entschädigungslos an den Staat fallen, zu übernehmen. Ein Abkommen mit gleicher Zielsetzung hat im Jahre 1937 auch die ägyptische Regierung mit der Suez-Kanal-Gesellschaft geschlossen, deren Konzession im Jahre 1964 abläuft.

Das Erlöschen der vorderasiatischen Erdölkonzessionen und der Augenblick, in dem hier die islamischen Staaten selbständig das Erbe des Dollarimperialismus übernehmen werden, fällt in eine Zeit, in der, sorgfältigen Berechnungen entsprechend, die bedeuten-

den und heute weithin den Markt beherrschenden amerikanischen Erdölvorräte erschöpft sein werden. In eine Zeit, da ebenso vorsichtigen Schätzungen nach die noch weithin unerschlossenen Felder des vorderasiatischen Erdölgürtels sich als die bedeutendsten Erdölproduktionsstätten erweisen werden, die man heute kennt. Was das wirtschaftlich für die Position der islamischen Welt im Rahmen des weltwirtschaftlichen Austausches bedeuten wird, ist kaum zu übersehen.

\*

Neben das Erdöl als dem bedeutendsten die wirtschaftliche Machtstellung der islamischen Welt begründenden Rohstoff tritt die Baumwolle. Am Beispiel der Baumwolle zeigt es sich, wie sehr der islamische Nationalismus in seiner wirtschaftlichen Zielsetzung schon die Struktur der vom Abendland bestimmten kapitalistischen Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts verändert hat. Galt früher das Gesetz, daß das koloniale oder halbkoloniale Rohstoffland seinen Rohstoff an die hochindustrialisierten Verarbeitungsländer abgab, um von diesen das Fertigfabrikat in der nach den spezifischen Bedürfnissen diktierten Verarbeitung wieder zu empfangen, so ist heute diese Gesetzmäßigkeit in der islamischen Welt weitgehend umgestoßen. Der islamische Wirtschaftsnationalismus hat sich die Aufgabe gesetzt, den eigenen Rohstoff im eigenen Land für eigene Bedürfnisse zu verarbeiten. Man geht also bewußt darauf aus, die islamischen Staaten soweit als möglich auch wirtschaftlich aus der Abhängigkeit der abendländischen Industrieländer zu lösen, zumal solche Absicht gleichzeitig für das stark wachsende Volkstum Arbeits- und Betätigungsmöglichkeit schafft.

Baumwollwaren waren seit je der bedeutendste Einfuhrartikel in allen Ländern des islamischen Orients. Der Baumwollwarenbedarf wurde vornehmlich aus England gedeckt, wo sich im Hinterland von Liverpool, dem günstig gelegenen Ein- und Ausfuhrhafen im südlichen Teil der Grafschaft Lancashire, seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert das bedeutendste Baumwollverarbeitungszentrum der Welt entwickelt hatte. Die Lancashire-Industrie bezog ihre Rohbaumwolle anfänglich in erster Linie aus Westindien, später, etwa seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts, vornehmlich aus den Vereinigten Staaten. Sie war also abhängig von einem

Rohstoff, der im wesentlichen außerhalb englischer Machtgrenzen gebaut und geerntet wurde, also nicht direkter englischer Kontrolle unterstand. Diese Tatsache sollte die Lancashire-Industrie in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bitter zu spüren bekommen, als in den Vereinigten Staaten der Bürgerkrieg tobte und Baumwollanbau sowie Baumwollausfuhr empfindlich gestört waren. Die mangelnde Rohstoffzufuhr legte den damals bedeutendsten Zweig der englischen Industrie lahm. Lancashire erlebte Elendsjahre, in denen die Arbeiterschaft der Hungersnot und die Baumwollindustrie dem Erliegen nahe kamen.

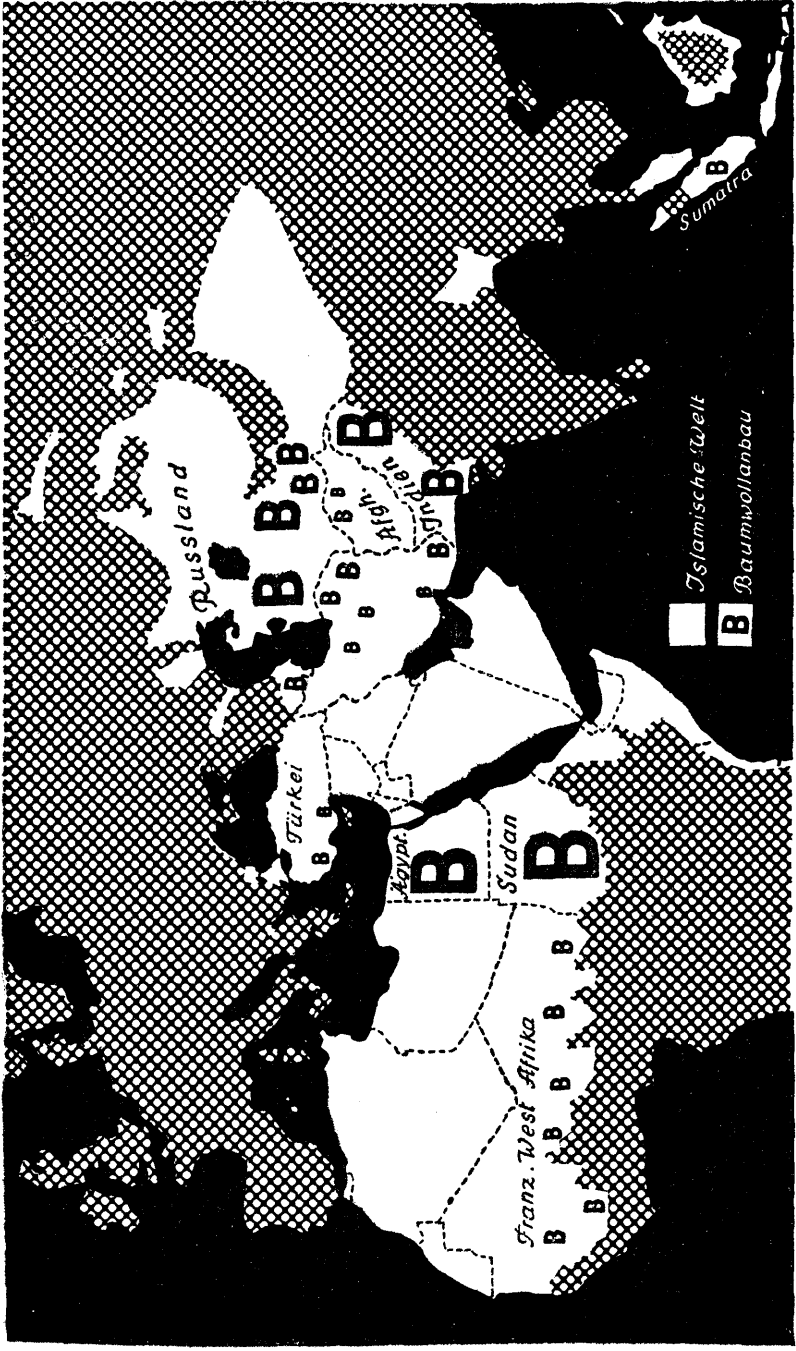
Aber aus diesen Elendsjahren, die durch den amerikanischen Bürgerkrieg verursacht waren, rührt eine Erkenntnis, die man in England nie mehr vergessen hat: Die Notwendigkeit für die Lancashire-Industrie Rohstoffbasen innerhalb des englischen Macht- und Einflußbereiches zu entwickeln, sollte für die nächsten Jahrzehnte die Linien der englischen Politik maßgebend bestimmen. Diese Notwendigkeit wurde noch dringlicher, als sich nach dem amerikanischen Bürgerkrieg die Vereinigten Staaten schnell zu industrialisieren begannen und die amerikanische Rohbaumwolle zunehmend in Amerika selbst verarbeitet wurde. Den Raum für die zu entwickelnden Rohstoffbasen innerhalb des eigenen Machtbereichs sahen die englischen Politiker und Unternehmer neben Indien vornehmlich im Nahen und Mittleren Osten. Hier begann der englische Einfluß sich zu konzentrieren und erreichte mit der Besetzung Ägyptens im Jahre 1882 seinen vorläufigen Höhepunkt. In Ägypten wurde in den Jahrzehnten, da Lord Cromer als unumschränkter Herr und Generalagent Ihrer Britischen Majestät am Nil herrschte, der Baumwollanbau forciert. Auf den Fundamenten, die Mohammed Ali der Große wenige Jahrzehnte zuvor gelegt hatte, entwickelte sich das bedeutendste Baumwollzentrum des Nahen Orients, in dem bis auf den heutigen Tag die qualitativ hochwertigste Baumwolle der Welt erzeugt wird. Durch diese von den Bedürfnissen der englischen Baumwollindustrie geforderte Überbetonung der Baumwollkultur erreichte man gleichzeitig, daß das Land am Nil ein Land mit Monokultur wurde und, obschon rein agrarisch, nicht mehr in der Lage war, sich selbst zu ernähren. Dadurch, daß England die Zufahrtsstraßen, die zum Transport von Nahrungsmitteln

notwendig waren, kontrollierte, wurde Ägypten noch abhängiger.

Das englische Bestreben, außerhalb des Machtbereichs der Vereinigten Staaten Baumwollkulturen zu entwickeln, führte im Jahre 1902 zur Gründung der »British Cotton Growing Association«, die im Jahre 1922 in die Empire »Cotton Growing Corporation« umgewandelt wurde. Diese Gesellschaft faßte alle Bemühungen um den Baumwollanbau innerhalb der englischen Macht- und Einflußsphäre organisatorisch zusammen und kämpfte darum, die englische Baumwollindustrie unabhängig zu machen von der amerikanischen Rohstoffbasis, die trotz aller Bemühungen im Nahen und im Mittleren Osten und in Indien heute immer noch den Hauptanteil an Rohbaumwolle nach Lancashire abgibt. Immerhin hatte das englische Bestreben den Erfolg, daß schon 1914 die unter englischer Kontrolle stehende Baumwollproduktion ein Viertel der Weltproduktion ausmachte.

Die englischen Bemühungen beschränkten sich keineswegs auf Ägypten und Indien allein, also auf Länder, die damals unzweideutig englischer Souveränität unterstanden. Die Anfänge des Baumwollanbaues in Mesopotamien, in Anatolien, vor allem aber im Sudan, in dem Baumwolland der Zukunft, wie englische Kreise diese englisch-ägyptische Kolonie bezeichnen, gehen vorwiegend auf englische Initiative und Finanzierung zurück. In Syrien bemühte sich in ähnlicher Weise Frankreich um die Entwicklung der Baumwollkulturen. In den letzten Jahren sucht Deutschland im Iran den Baumwollanbau zu fördern und zu erweitern und hier in Zusammenarbeit mit dem Iranischen Staat eine Rohstoffbasis für die deutschen Baumwollbedürfnisse zu entwickeln.

Nachdem der Baumwollanbau im islamischen Raum unter Beihilfe und durch die Initiative abendländischen Kapitals sich so weit entwickelt hatte, daß sein Anteil im Rahmen der Weltproduktion bedeutsam wurde und seine Stellung dank der hochqualifizierten Sorten Ägyptens eine besondere war, setzte eine Bewegung ein, durch die das hochindustrialisierte Abendland, vor allem aber die englische Baumwollindustrie, vor völlig neue Gegebenheiten gestellt wurde. Der islamische Nationalismus manifestierte sich auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Forderung, die eigenen Rohstoffe nach Möglichkeit und zum mindesten bis zur Deckung des Eigenbedarfs innerhalb der eigenen Grenzen zu verarbeiten.

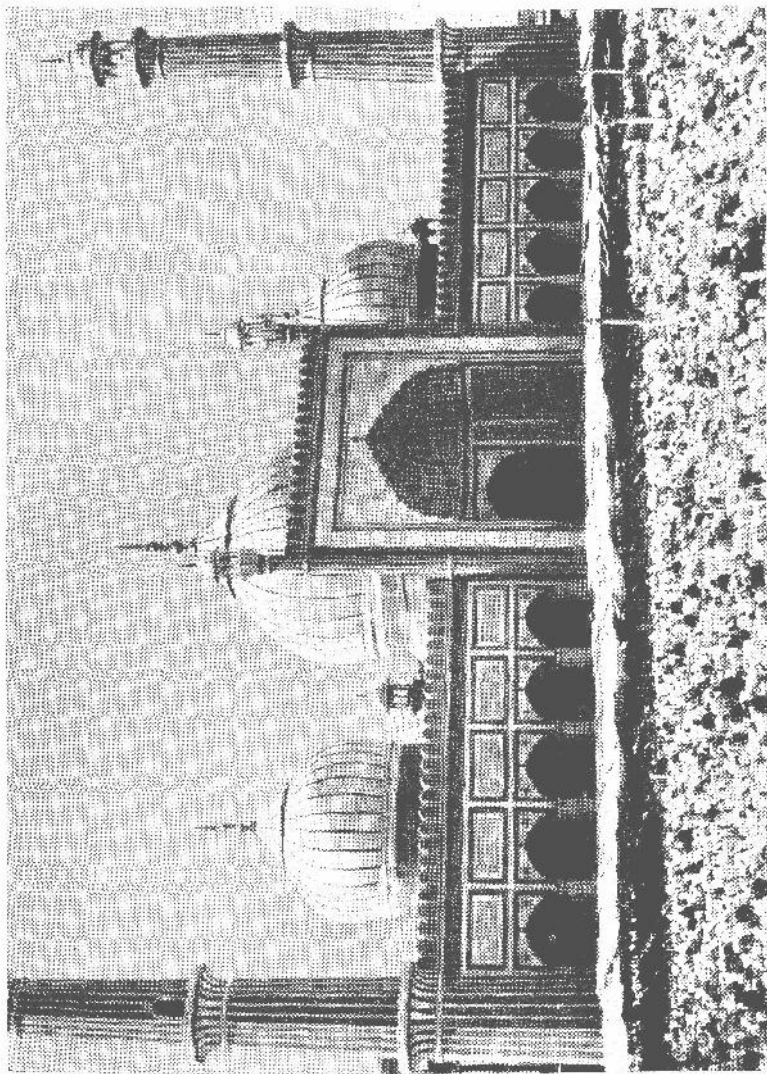


*Der Baumwollanbau in der islamischen Welt*

Der Forderung folgte bald die Tat. In den islamischen Staaten entstanden die ersten Textilfabriken.

Dieser für die abendländische Baumwollindustrie verhängnisvolle wirtschaftliche Wille des islamischen Nationalismus ist durch verschiedene Beweggründe ausgelöst: Einmal von der Absicht, sich in möglichst großem Ausmaß aus der Hörigkeit des hochindustrialisierten Abendlandes zu lösen, zum anderen aber von der Notwendigkeit, der stark wachsenden Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten und Lebensraum zu verschaffen. Schließlich aber gilt auch die wirtschaftliche Überlegung, daß die Verarbeitung des Rohstoffs am Ort seiner Produktion das Endprodukt weit billiger werden läßt, weil Transportkosten fortfallen und niedrige Arbeitslöhne den Preis der Fertigware entscheidend beeinflussen. Der Wirtschaftsnationalismus im islamischen Orient, der auf Selbstverarbeitung der gegebenen Rohstoffe ausgeht, hat gerade im Fall der Baumwolle dem europäischen Export schwersten Schaden zugefügt und die auf diesem Gebiet führende Lancashire-Industrie vor bedenkliche Absatzschwierigkeiten gestellt.

Um die Wirkungen des islamischen Wirtschaftsnationalismus abzdämpfen, haben abendländische Produzentenkreise zu wiederholten Malen den Versuch unternommen, im morgenländischen Rohstoffraum durch den Aufbau eigener Fabriken das Terrain zu halten, das durch den morgenländischen Wirtschaftsaktivismus bedroht schien. Solche Versuche nahm man anfangs hin, setzte ihnen aber dann energischen Widerstand entgegen. Solcher Widerstand zeigte sich beispielhaft im Jahre 1937 in Ägypten, als die »Bredford Dyers Association« sich mit dem Plan trug, eine Fabrik zur Verarbeitung ägyptischer Baumwolle in Ägypten selbst zu errichten. Die englischen Industriellenkreise hofften unter Einsparung der Transportkosten für das Rohprodukt und durch Ausnützung der billigen ägyptischen Arbeitskräfte ihr Endprodukt zu einem Preis auf den ägyptischen Markt zu bringen, der gegenüber dem der japanischen Baumwollware konkurrenzfähig war. Dieser Versuch der »Bredford Dyers Association« wurde in Ägypten durch amtliche und nichtamtliche Kreise einstimmig abgelehnt. Man fürchtete die Konkurrenz, die den nationalen ägyptischen Webereien und Spinnereien durch das Vorhandensein einer englischen Gesellschaft auf ägyptischem Boden drohte. So wurde die



Die Indischen Moslemin sind bekannt als besonders hingebungsvolle Gläubige, — Verrichtung der Gebete am letzten Ramadan-Freitag vor Indiens schönster Moschee, der Dschamma-Moschee in Delhi.



Ägyptens Nationalhelden:

Zaghul Pascha, Gründer des Wafds und Führer der nationalen Revolution vom Jahre 1919.



Und sein Nachfolger Nahas Pascha, der Sieger von Montreux.



Errichtung fremder Gesellschaften in Ägypten als »grundsätzlich unerwünscht und gegen die Industriepolitik des Landes gerichtet« verworfen. Zwar anerkannte man die Tatsache, daß der ägyptische Baumwollwarenbedarf noch keineswegs durch die nationale Produktion gedeckt war. Aber man erhob den Anspruch, diese gegenwärtig durch Importe geschlossene Bedarfslücke nach Weiterentwicklung der eigenen Baumwollwarenindustrie selbst zu schließen. Wie weit die ägyptische Textilindustrie schon entwickelt ist, geht aus der Tatsache hervor, daß gegenwärtig in ihren verschiedenen Zweigen etwa 120000 Arbeiter beschäftigt sind. In anderen Ländern des islamischen Raums ist die Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten, aber der wirtschaftliche Wille ist nach den gleichen Grundsätzen ausgerichtet. Und dieser Wille beschränkt sich keineswegs auf das Produkt Baumwolle allein. Vielmehr ist man überall bemüht, auf der Basis der eigenen Rohstoffe nationale Industrien aufzubauen.

Die sich so ergebende und ständig wachsende Industrialisierung aller Länder des islamischen Schicksalsraumes vollzieht sich überall unter direkter und indirekter Mithilfe staatlicher Stellen und Mittel und nach amtlicher Planung.

\*

In der Türkei wird die auf dem Fundament der eigenen Rohstoffe betriebene Industrialisierung als ein Faktor betrachtet, der wesentliche Voraussetzung ist für Bestand und Unabhängigkeit der Republik. Durch ein im Jahre 1929 erlassenes Industrieförderungsgesetz erfährt der Privatindustrielle im Rahmen der staatlichen Planung nachdrücklichste Unterstützung. Die Zahl der Industriebetriebe, die die Vorteile dieses Gesetzes genießen, ist vom Jahr der Verkündung des Gesetzes bis zum Jahr 1936 von 342 auf 1595 gestiegen.

Hand in Hand mit diesen Industrialisierungsbestrebungen geht als Voraussetzung dafür eine systematische Untersuchung des türkischen Bodens auf Bodenschätze. Zu diesem Zweck ist ein staatliches Bergbauforschungsinstitut gegründet worden, das seine Untersuchungsergebnisse an die »Etibank« mitteilt. Diese Bank ist mit dem ausdrücklichen Zweck der Finanzierung von Bergbau-

gesellschaften aller Art errichtet worden. Um eine unzweckmäßige Ausbeutung der im Privatbesitz befindlichen Minen zu verhindern, ist ein scharf formuliertes Bergbaugesetz erlassen, das die Privatinitiative im Bergbau in die staatlichen Planungen eingliedert. Die Untersuchungen des türkischen Bodens auf Bodenschätze waren zum Teil enttäuschend, zum Teil aber haben sie überraschende Ergebnisse gehabt. So fand man z. B. im Jahre 1937 bei Demir Dagh, in einem Gebirgszug des Nord-Ostens, eine Eisenmine, die sich als die reichste der Erde entpuppt hat. Man schürfte hier Eisenerze mit einem Gehalt von 68 Prozent Eisen. Es gibt auf der ganzen Erde nur zwei Minen, die Erze in gleicher Qualität bei einem Gehalt von 65 Prozent Eisen liefern.

Die planmäßige und forcierte Industrialisierung der Türkei wurde auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen im Jahre 1934 beschlossen und im Rahmen eines Fünfjahresplanes durchgeführt. Dieser Plan sieht die Errichtung und die Erweiterung folgender Industrien vor: Textilindustrie, Minenindustrie (Eisen, Halbkoks, Kohle, Kupfer und Schwefel), Zellstoffindustrie (Papier, Pappe und Kunstseide), Glasindustrie und chemische Industrie. Bei der Durchführung des Planes wurden vornehmlich türkische Arbeitskräfte verwendet, und nur in dringenden und unabwendbaren Ausnahmefällen ausländische Sachverständige eingesetzt. Im Rahmen eines zweiten Fünfjahresplans, der sich auf die Herstellung von Kohlederivaten, die Ö raffinerie, die Stein- und Braunkohlengewinnung und die Konservenindustrie bezieht, hat die industrielle Planung ihre vorläufige Ergänzung und Ab rundung gefunden. Die Finanzierung des Fünfjahresplans erfolgte mit Hilfe eines russischen Kredites, der in 20 Jahren rückzahlbar ist und dem Ankauf russischer Maschinen diente, und durch einen bedeutenden Staatskredit. Durch diese Kreditgewährung wurde das Tempo der Industrialisierung der Türkei seit Erlaß der beiden Fünfjahrespläne erheblich beschleunigt. Die Durchführung der Finanzierung übernahm die vom Staat kontrollierte »Sumerbank«, deren Kapital erheblich erhöht wurde und die zur Verwirklichung ihrer Aufgaben alljährlich einen beträchtlichen staatlichen Zuschuß erhält. Nach Vollendung der beiden Fünfjahrespläne wird der Baumwollwarenbedarf der Türkei zur Hälfte, der Papierbedarf vollständig aus eigener Produktion gedeckt sein.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans die Gründung einer Schwerindustrie als Ziel gesteckt ist. Man will versuchen, die Bedürfnisse des Landes im Kriegsfall aus eigener Produktion zu befriedigen. Es werden Hochöfen errichtet, in denen zunächst eingeführte, später selbstgewonnene Erze verhüttet werden sollen. Mit der Durchführung dieses bedeutsamen Projektes ist ein Konsortium unter Führung der »Sumerbank« und der deutschen Firma Krupp beauftragt.

\*

Stärker noch als in der Türkei tritt im Iran der Staat direkt als Unternehmer auf. Hier wird die Industrialisierung vornehmlich aus den Einkünften der Ölkonzessionen finanziert, und sie baut sich auch auf der Basis gegebener Rohstoffe auf. Besondere Aufmerksamkeit wird der Entwicklung der Baumwollwaren und der Zuckerindustrie geschenkt. Diese Industriezweige sollen bis zum Jahre 1937 planmäßig so weit entwickelt sein, daß bei Zucker die Hälfte, bei Baumwollwaren annähernd der gesamte Bedarf aus eigener Produktion gedeckt werden kann.

Zur Durchführung der Industrialisierungspläne wurde im Jahre 1933 die »Iranische Landwirtschafts- und Industriebank« gegründet. Über diese Bank greift der Iranische Staat, ähnlich wie die Türkei mit Hilfe der »Sumerbank«, in alle Zweige der Wirtschaft richtunggebend ein. Um die Grundlagen der nationalen Industrien zu erweitern, wird größte Aufmerksamkeit auf die Ausdehnung der Anbauflächen für Zuckerrübe und Baumwolle verwendet. Aber auch der Erschließung der iranischen Bodenschätze gilt das Bemühen. Man hat auf Grund systematischer Untersuchungen in den iranischen Bergen bedeutende Eisen- und vor allem Kupfererzvorkommen entdeckt, die abbauwürdig erscheinen. Wie in der Türkei sollen die zur Verhüttung der Erze nötigen Hochöfen mit deutscher Hilfe errichtet werden.

\*

Am weitesten fortgeschritten ist der Prozeß der Industrialisierung in Ägypten. Die Erfolge, die hier von Jahr zu Jahr erzielt werden, sind erstaunlich. Das Maß staatlicher Förderung nimmt immer größeren Umfang an und wird hier neben nationalwirtschaftlichen Überlegungen vor allem durch die Tatsache bestimmt, daß es unmöglich ist, die schnell wachsende Bevölkerung in der Landwirtschaft zu beschäftigen. Das System der staatlichen Industrieförderung ist in eigenartiger Weise entwickelt und bevorzugt vor allem die Kleinindustrie. Der Staat gibt seine Kredite nicht direkt, sondern durch Vermittlung der mit ägyptischem Kapital arbeitenden Bank »Misr«. Der Darlehnsnehmer muß eine nationale Industrieschule besucht haben, so daß seine berufliche Schulung Voraussetzung für die Betriebseröffnung ist. Der Schuldner unterstellt seinen Betrieb, solange das Darlehen nicht voll getilgt ist, der direkten Kontrolle des ägyptischen Handels- und Industrieministeriums. Die Heimindustrien, Werkstätten und kleinindustriellen Betriebe, die dieser Darlehnspolitik ihr Entstehen verdanken, sind zahlreich.

Die jüngst gegründete Industriebank dient der Finanzierung großindustrieller Betriebe. Bei der Entwicklung dieser Betriebe läßt sich die Regierung in erster Linie von nationalen Gesichtspunkten und vom Autarkiegedanken leiten und unterstützt ihre Planungen durch entsprechende zollpolitische Maßnahmen. In diesem Zusammenhang sind die Erklärungen interessant, die der ägyptische Finanzminister im Frühjahr 1937 vor der Kammer abgab, wonach der ägyptische Staat beschlossen hat, eine staatliche Rüstungsindustrie zu gründen, zur Bedarfsdeckung der Armee in Kriegsfällen. Die Verwirklichung dieser Pläne ist mittlerweile mit Unterstützung der englischen »Imperial Chemical Industry« in Angriff genommen worden.

Bedeutend ist es, daß man auch in Ägypten, ähnlich wie in der Türkei und im Iran, unter staatlicher Führung eine Untersuchung des Bodens nach Mineralien eingeleitet hat. Diese Forschungsarbeiten werden von dem Minendepartement durchgeführt und haben ergeben, daß Ägypten offenbar reich ist an verschiedenen Bodenschätzen. Am Ufer des Roten Meeres hat man bedeutende Erdölvorkommen festgestellt, die zum Teil schon ausgebeutet werden. Zink- und Manganerzlager auf Sinai sind im Abbau. Bei El Suka und an

der Roten-Meer-Küste hat man Goldminen erschlossen, und die Funde scheinen zum Teil bedeutend. Andere Goldvorkommen, die im Auftrag der Regierung festgestellt wurden, werden noch geheimgehalten. So ist binnen kurzem mit der Entstehung einer ausgedehnten Minenwirtschaft zu rechnen, die die Voraussetzung für die Errichtung von Verhüttungsanlagen bietet, für die allerdings zunächst noch die Kohlen fehlen. Die Erschließung der Bodenschätze ist durch entsprechende Erlasse scharf reglementiert, und die Bestimmungen des Finanzministeriums lassen erkennen, daß die ägyptische Regierung offenbar daran denkt, den Abbau völlig in staatliche Regie zu übernehmen.

Um in der Energiewirtschaft die in Ägypten fehlende Kohle so weit als möglich zu ersetzen, ist beschlossen worden, die Nilkatarakte zur Gewinnung elektrischer Energien auszunutzen. Im Jahre 1937 ist von Regierungsseite ein Plan aufgestellt worden, durch den die Wasserfälle von Assuan und Assiut in den Dienst der ägyptischen Energiewirtschaft gestellt werden. Nach Durchführung dieser Pläne werden die Energiebedürfnisse der ägyptischen Industrie weitgehend gedeckt sein.

Wie stark die Industrialisierung schon fortgeschritten ist, wird sichtbar aus einer Statistik des ägyptischen Arbeitsamtes, wonach bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 16 Millionen Menschen insgesamt 3 525 000 Menschen in industriellen oder industrieähnlichen Betrieben beschäftigt sind.

\*

Auch in den kleineren islamischen Staaten, so im Irak, vollzieht sich, wenngleich langsamer, der Prozeß der Industrialisierung, geleitet vom Bestreben, das eigene Rohprodukt zum mindesten bis zum Ausmaß der Eigenbedarfsdeckung selbst zu verarbeiten. Die Ursache, daß sich hier die Umstellung und Wandlung in der wirtschaftlichen Struktur des Landes langsamer vollzieht, liegt vor allem daran, daß sich das flüssige Kapital weitgehend in den Händen der Handelskreise befindet und diese sich gegenüber einer Festlegung ihrer Kapitalien in industriellen Anlagen einstweilen zurückhaltend zeigen. Die Ansätze zur Industrialisierung werden hier vornehmlich getragen vom Staat als Unternehmer. Immerhin locken auch hier Industrieförderungsgesetze das Privatkapital zu

allmählichem Einsatz. Im Irak vollzieht sich die Entwicklung der Industrie nach einer Planung, die von staatlichen Stellen gearbeitet wurde. Finanzierungsmittel aus den Einnahmen der Ölkonzessionen stehen der Regierung hier sowie im Iran zur Verfügung. In Afghanistan gab die im Jahre 1934 gegründete Nationalbank zum erstenmal Banknoten aus; in staatlichem Auftrag führt sie die Finanzierung der ersten Industrieunternehmungen in diesem abseits liegenden Staate durch.

*Der Islam und die Mächte*

Rußland war die erste der europäischen Großmächte, die zu der in geistigem Umbruch und staatlichem Neubau befindlichen islamischen Welt eine völlig neue Stellung einnahm. Es tat das in einer Weise, daß eine grundsätzliche Revision der Beziehungen zwischen imperialistischen abendländischen Staaten und islamischem Orient notwendig wurde. So wirkte der Wandel der russischen Haltung auch revolutionierend auf die Verbindungen zwischen Islam und nichtrussischem Abendland.

Schon am 24. November 1917, also wenig mehr als 6 Wochen nach dem Staatsstreich, durch den die Bolschewisten in Rußland an die Macht kamen, erließ die neue Sowjetregierung ihr erstes offizielles Manifest an alle »werktätigen Muselmanen«, ein Manifest, in dem sich schon die politischen Grundlinien der bolschewistischen Orientpolitik enthüllten. Das Schlagwort vom orientalischen Nationalismus, das damals nach Zusammenbruch der alten Türkei in der Welt des Islams umging, nahm Moskau auf, um es als Kampfruf gegen den westlichen Kolonialimperialismus zu verkünden. Geschickt stellte man dieses Losungswort der Parole gegenüber, die England in den Orient hineingetragen hatte und die von dem Ideal einer »wachsenden Selbstverwaltung und Freiheit« sprach, natürlich unter der Vormundschaft eines »bürgerlichen Europas«. In dem Aufruf der Sowjetregierung hieß es: »Die Reiche der kapitalistischen Raubsucht und Vergewaltigung stürzen zusammen, der Boden brennt den imperialistischen Räubern unter den Füßen. Muselmanen Rußlands, euch allen, denen die Moscheen und Gebetshäuser zerstört wurden, eure Glaubensbekenntnisse und Bräuche, eure nationalen und kulturellen Einrichtungen werden von heute an als frei und unantastbar erklärt. Richtet euer nationales Leben frei und ungehindert ein. Ihr habt das Recht dazu.«

Bis hier galt der Aufruf nur den 20 Millionen Mohammedanern innerhalb der russischen Staatsgrenzen. Aber im folgenden wandte sich das Manifest der Sowjets an die Muselmanen außerhalb Rußlands und verkündete: »Muselmanen des Ostens, Perser, Türken, Araber und Inder, all ihr, mit deren Köpfen und Habe, mit deren Freiheit und Heimat die imperialistischen Räuber Europas jahrhundertlang Handel getrieben haben, all ihr, deren Länder die Plünderer,

die den Weltkrieg begannen, verteilen wollen, wir erklären euch:

daß die Geheimverträge des gestürzten Zaren über die gewaltsame Besitznahme Konstantinopels jetzt zerrissen und vernichtet sind. Die russische Republik und ihre Regierung verwirft die gewaltsame Eroberung fremder Länder. Konstantinopel muß in den Händen der Muselmanen bleiben;

daß der Vertrag über die Teilung Persiens zerrissen und vernichtet ist. Sobald die Kriegsoperationen eingestellt sind, werden die russischen Truppen aus Persien abgezogen, und den Persern wird das freie Bestimmungsrecht über ihr Schicksal gewährleistet;

daß der Vertrag über die Teilung der Türkei und die Wegnahme Armeniens zerrissen und vernichtet ist. Sobald die Kriegsoperationen eingestellt sind, wird auch den Armeniern das freie Bestimmungsrecht über ihr politisches Schicksal gewährleistet.«

In diesen Sätzen des bolschewistischen Manifestes an die muslimische Welt ist die politische Substanz gekennzeichnet, die die Sowjets in ihrer Politik dem in Gärung befindlichen Islam gewähren wollten, um sich mit ihm zum Kampf gegen den westlichen Imperialismus zu verbünden. In seinem Ausklang gefallen sich die Sowjets in der Einpeitschung der islamischen Nationalismen gegen die »imperialistischen Räuber« und überschlagen sich förmlich in einer maßlosen Hetze gegen die westlichen Großmächte.

Diesem ersten Aufruf folgte wenige Monate später schon ein festumrissenes Programm der Sowjetregierung über ihre Politik gegenüber Persien, das am 10. Dezember 1917 in der »Iswestija« veröffentlicht und durch einen Brief Trotzki's an den persischen Gesandten in Petersburg ergänzt wurde. Darin wird nochmals der Verzicht auf die Rechte aus dem russisch-englischen Abkommen vom 18. August 1907 ausgesprochen, in dem die Aufteilung Persiens in eine russische und eine englische Einflußzone festgelegt war.

Das Echo aus der muslimischen Welt auf diesen russischen Anruf ließ nicht lange auf sich warten. Es mehrten sich sowohl in der Türkei als auch in Persien die Stimmen, die den Verkündern des Sowjetmanifestes vom 24. November 1917 zujubelten und dieses, wenn seine Grundsätze verwirklicht würden, als »Magna



Charta der muselmanischen Völker« bezeichneten. Die Grundlage zur Zusammenarbeit zwischen einem »neuen freien Rußland und den 250 Millionen Mohammedanern, die unter dem Joch des europäischen Imperialismus stöhnten«, schien gegeben.

Wie sehr der russische Aufruf die islamischen Geister angesprochen hatte, zeigte sich in Plänen, die in jenen Tagen von Persien her gesponnen wurden und darauf zielten, persische und türkische Mohammedaner zusammenzuschließen und revolutionäre Verbindungen zu allen Muselmanen zu schaffen, »mögen sie in englischen, französischen, italienischen, deutschen, holländischen oder anderen Kolonien wohnen«.

Im Januar 1918 wurde in Moskau die Gründung eines »Mohammedanischen Zentralkomitees« vollzogen, das unter dem besonderen Schutz der Sowjetregierung stand. Die Kompetenzen dieses Komitees waren zunächst auf die innerhalb der russischen Staatsgrenze wohnenden Mohammedaner beschränkt. Sie erfuhren aber bald ihre Erweiterung, und das Komitee fühlte sich auch verantwortlich für die Mohammedaner Armeniens. Damit griff eine Institution der Sowjets zum erstenmal unverhüllt in die Verhältnisse jenseits der russischen Grenzen ein.

Auf Einladung dieses mohammedanischen Zentralkomitees trat im Dezember 1918 eine Konferenz zusammen, auf der die Sowjetpropaganda in der islamischen Welt ihre Organisation finden sollte. Während dieser Konferenz wurde der »Verband zur Befreiung des Ostens« gegründet, dessen Programm in einer Denkschrift, die den Titel »Der Orient und die Revolution« trägt, umrissen wurde. Es handelt sich in dieser Denkschrift um eine programmatische Festlegung der sowjetistischen Politik in Indien, Persien und China. Darin ist ein Abschnitt auch dem Panislamismus gewidmet, der ja während des Kriegs völlig versagt hatte und mit dem Niedergang des türkischen Großreichs zusammengebrochen war. Dieser Abschnitt ist aufschlußreich für die russische Haltung gegenüber der islamischen Welt. Es heißt wörtlich: »Der Panislamismus war seinem Wesen nach eine nationale und religiöse Bewegung. Der Islam war stets eine tätige politische Religion, und das religiöse Leben des Mohammedaners war immer vom politischen und kämpferischen Geist durchdrungen. Darum kann der Panislamismus als religiös ausgeschmückte Bewegung wieder

belebt und zum Kampf gegen den westlichen Imperialismus eingesetzt werden und ein fruchtbares Bündnis mit dem neuen Rußland eingehen, das an der gleichen Front kämpft.«

Auf Initiative des »Verbandes zur Befreiung des Ostens« wurde schon im Jahre 1920 in Taschkent die berüchtigte Hochschule für revolutionäre Agenten im Orient gegründet. Hier wurden die politischen Sendboten der Bolschewisten geschult, in allen Verkehrssprachen des Orients ausgebildet und dann nach allen Richtungen Zentral- und Vorderasiens ausgesandt, damit sie die Verbindung der Sowjets mit den in Bewegung geratenen Völkern sicherstellten.

\*

Der Periode der Deklaration folgte bald die, da Moskau in Aktion trat. Im Frühherbst 1920 berief die Sowjetregierung den »Internationalen Kongreß der orientalischen Völker« nach Baku. Über 2500 Teilnehmer aus allen Ländern der islamischen Welt waren eingeladen. Über 1800 leisteten der Einladung Folge.

Mittlerweile aber hatte London die Gefährlichkeit der bolschewistischen Orientpolitik erkannt und ließ alle Mittel spielen, um die Abgesandten aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie aus Indien von der Teilnahme an dem Kongreß in Baku zurückzuhalten. In Indien wurden die Abgesandten verhaftet. In dem persischen Hafen Enseli wurde der Dampfer, auf dem sich die persische Delegation eingeschifft hatte, mit Bomben belegt, um ihn an der Weiterfahrt zu verhindern. In Mesopotamien wurde den Vertretern die Ausreise verweigert, so daß das Mandatsland Irak nur durch die Mitglieder des »Irakbundes«, der sich in Damaskus, jenseits der englischen Machtsphäre, konstituiert hatte, vertreten war.

Auf diesem Kongreß zeigte sich erstmals die Schwäche der bolschewistischen Orientpolitik. Hier standen sich zwei Gruppen gegenüber: eine kommunistische, für die die Einleitung der nationalen Revolutionen im islamischen Orient nur Etappe auf dem Weg zur sozialen Revolution war, und eine zweite, die die Parole von der nationalen Revolution gern und willig aufnahm, sich im übrigen aber von den sozialrevolutionären Ideen der Sowjets weit distanzierte und denen der große russische Freund im Grunde nichts anderes war als ein wirksamer Helfer gegen die imperialisti-

schen Mächte Europas, gegen deren Armeen und Politik es galt, die nationale Souveränität zu verteidigen oder zu gewinnen. Enver Pascha war es, der damals die Türkei auf diesem Kongreß vertrat und die klassische Formel prägte, daß die Türken jeden für einen Bolschewiken hielten, der gegen England sei. Und die Moskauer Formel, daß »so wie der Islam seine Anhänger zu Gleichen und Brüdern mache, alle auch ein brüderliches Band umschlinge, die sich zum gleichen sozialen System des Bolschewismus bekennen«, fand weithin Ablehnung. Durch diese Ablehnung sollte im Verlauf der Jahrzehnte die bolschewistische Orientpolitik in ihren ursprünglichen Zielen unerfüllt bleiben, so sehr sie zur Umgestaltung des islamischen Orients und zur Wandlung der Politik der abendländischen Mächte sowie zum politischen Wiederaufstieg der muselmanischen Welt beigetragen hat.

Für eine »soziale Revolution«, wie sie Moskau im Orient einleiten wollte, um den Westen auf diesem Kampffeld endgültig zu schlagen, bestanden nicht die soziologischen Voraussetzungen. Die Sowjets fanden in diesem Raum kaum etwas anderes als rückständige Agrarländer, die ein auf die sozialrevolutionäre Kampfparole reagierendes Menschenmaterial nicht besaßen. Dazu kam, daß die Führer der nationalen Revolutionen, die sich in der islamischen Welt abspielten und denen von Moskau Unterstützung gewährt wurde, noch weniger der sozialrevolutionären Formel der Sowjets zugänglich waren als die Massen, denen starke konservative Bindungen durch die Traditionen der islamischen Religion auferlegt waren.

Was man bei Rußland suchte, waren Waffen, Waffenhilfe und diplomatischer Rückhalt gegen die Mächte des Westens. Und das wurde von Moskau bereitwilligst geliefert. Denn für die Sowjets war der nationale Kampf, den die Völker des Islams führten, ein revolutionärer. Er zersetzte und untergrub den westlichen Imperialismus, in dem Moskau seinen Hauptgegner fand. Stalin sagte einmal, daß er den Kampf der Zweiten Internationale für einen reaktionären Kampf halte, während der Kampf der islamischen Nationalisten ein revolutionärer sei, ungeachtet der Tatsache, daß konservative und bürgerliche Elemente vielfach die Führer stellten. Stalin glaubte also, daß der nationale Unabhängigkeitskampf, der in der islamischen Welt auf breitesten Fronten aus-

gebrochen war, dem westlichen Imperialismus gegenüber die gleiche Wirkung habe wie der von Moskau inszenierte sozialrevolutionäre Kampf.

\*

Die aktive Hilfe Moskaus machte sich zunächst und für England am empfindlichsten in Afghanistan bemerkbar, das ja vollkommen unter englischer Botmäßigkeit stand. Hier wurde durch die bolschewistische Propaganda die Stellung des englandfreundlichen Emirs Habib Ullah erschüttert, den man als gekauftes Werkzeug der englischen Politik in Verruf brachte. Mit Hilfe russischer Gelder und Agenten wurde eine »Nationalafghanische Unabhängigkeitsbewegung« organisiert, an deren Spitze der Bruder des Emirs trat. Wenig später ermordete man den englandfreundlichen Emir, und die Parteigänger der Russen gewannen die Oberhand. Russische Waffen strömten ins Land, und im Sommer 1919 begannen Streitigkeiten an der afghanisch-indischen Grenze. Das englische Heer, kriegsmüde und durch Seuchen und Krankheit dezimiert, schnitt in den folgenden Auseinandersetzungen schlecht ab. England entschloß sich zum Frieden von Rawalpindi, der am 8. August unterzeichnet wurde, und nahm hier die erste diplomatische Nachkriegsniederlage im islamischen Orient hin. Die russische Hilfe hatte triumphiert: Großbritannien verzichtete auf die außenpolitische Vertretung Afghanistans, gestattete entgegen früheren Abkommen die Einfuhr von Waffen und Munition und billigte dem »unabhängigen afghanischen Reich« in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten volle Entscheidungsfreiheit zu. Dieser Friedensvertrag fand seine Ergänzung in dem afghanisch-englischen Vertrag von Kabul, der im November 1921 zum Abschluß kam und in dem sich Afghanistan endgültig aus englischer Vormundschaft löste.

Diesem England abgetrotzten Zugeständnis folgte schnell ein russisches Manifest, in dem der Rat der Volkskommissare erklärte, daß »die Regierung der Bauern und Arbeiter in aller Form die neue afghanische Unabhängigkeit anerkenne, und daß es nunmehr Aufgabe des unabhängigen Afghanistans sei, im Bunde mit Rußland den noch geknechteten Völkern des islamischen Orients zur nationalen und sozialen Freiheit zu verhelfen.« Wieder klingt in dem

Manifest die Aufforderung zur sozialen Revolution nach Moskauer Muster durch.

Der in den folgenden Jahren enger und enger werdenden russisch-afghanischen Freundschaft, dem Bund, den die Regierung der Bauern und Arbeiter gefordert hatte, wurde Ausdruck verliehen in einem afghanisch-russischen Vertrag, der im Februar 1921 in Moskau zustande kam. Darin verpflichteten sich die beiden Vertragschließenden, mit keiner dritten Macht ein Abkommen zu schließen, das gegen die Interessen des Partners gerichtet ist. Die diplomatischen Vertretungen zwischen beiden Staaten wurden erheblich ausgebaut, und Rußland erhielt das Recht, neben einer Gesandtschaft in Kabul fünf Konsulate in Afghanistan zu errichten, die sich zu Zentren des sowjet-russischen Einflusses entwickeln sollten. Darüber hinaus verpflichtete sich Moskau, Afghanistan Finanzhilfe in der Form einer Unterstützung von einer Million Goldrubel jährlich zu leisten, die vor und während des Kriegs von Englands Seite an den Emir von Afghanistan gezahlt worden waren. Seit dem Frieden von Rawalpindi hatte England diese Zahlung eingestellt. In Fragen der russisch-afghanischen Grenzziehung zeigte sich Moskau großzügig und war bereit, Grenzbezirke, die während der Zarenzeit an Buchara und Rußland gefallen waren, an Afghanistan zurückzugeben. Afghanistan verpflichtete sich demgegenüber zu einer verkehrspolitischen Orientierung nach Norden hin und wollte den Anschluß an das Netz der Weltverkehrsstraßen nicht über Indien, sondern über Rußland suchen.

Rußland erreichte trotz diesem Vertrag, der seine Stellung in



*Afghanistan, eingekeilt zwischen Rußland und Britisch-Indien.*

Afghanistan erheblich stärkte und die Englands entsprechend schwächte, keineswegs sein eigentliches Ziel: das der sozialen Revolution. Zwar wurde Kabul in Auswirkung des afghanisch-russischen Vertrags ein kommunistisches Propagandazentrum, aber die bolschewistische Propaganda strahlte infolge des energischen Widerstandes der afghanischen Regierung nicht auf afghanisches Staatsgebiet, sondern über die Grenze hinweg nach Indien. Die kommunistische Propaganda in Indien empfing ihre Befehle und Direktiven von Kabul, und so zeigte es sich, daß England nicht nur in Afghanistan selbst Boden verloren hatte, sondern daß in dem verlorenen Raum die Bolschewisten eine Stellung ausgebaut hatten, von der aus sie England in Indien bis zum heutigen Tage gefährlich werden.

\*

Bedeutsamer und weittragender noch als in Afghanistan wurde die russische Hilfeleistung bei der Stabilisierung der nationalen Regierung in Persien. Denn Persien schien den Sowjets als geographisches Zentrum der islamischen Welt Vorderasiens wertvoll, und es war Moskau besonders beachtenswert wegen seiner breiten Berührungsfläche mit Rußland einerseits und der englischen Machtosphäre in Indien und Mesopotamien andererseits.

Am Anfang der neuen russisch-persischen Beziehung steht der russische Versuch, nach Bolschewisierung Bucharas auch noch Persien mit Hilfe roter Armeen zu durchdringen. Der Einmarsch der roten Truppen wurde, da man in ihnen Bundesgenossen gegen England sah, zunächst begrüßt. Aber in dem Maße, in dem man mit dieser bewaffneten Macht die »soziale Revolution«, d. h. die Bolschewisierung Nordpersiens, durchzusetzen suchte, wuchsen die Widerstände. Moskau mußte auch hier die Erfahrung machen, daß das rückständige agrarische Land mit seinen starren religiösen Bindungen kein Feld für solche Experimente war. Das wurde schnell erkannt, und schon im Jahre 1920, als die roten Truppen noch in Nordpersien standen, schrieb die »Iswestija«: »Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die persischen Revolutionäre Kommunisten und unserer nationalrevolutionären Formel zugänglich sind. Persien hat keine Industriearbeiter und ist ein rückständiges Agrarland. Und man sollte dort nicht Forderungen durchsetzen, für die

die Voraussetzungen fehlen. Wir brauchen die Freundschaft Persiens, denn hinter diesem Land liegt die Machtsphäre Englands, und maßgeblich russischer Einfluß in Persien bedeutet für das englische Kapital den Zwang, Frieden mit uns zu schließen.»



*Iran zwischen dem sowjetrussischen und dem britischen Einfluß.*

Nachdem der Versuch, die soziale Revolution in Persien durchzuführen, am Widerstand der natürlichen Gegebenheiten und der Kosakenbrigade Resah Khans, des späteren Schahs, gescheitert war, begnügte sich Moskau mit diplomatischer, moralischer und wirtschaftlicher Unterstützung der persischen Revolutionäre gegen das in seiner imperialistischen Stellung verharrende England. So

wie in Afghanistan und in der Türkei wurde Moskau auch hier der mächtige Protektor des neuen Staates, der durch den Staatsstreich Resah Khans und seiner Kosaken am 21. Februar 1921 begründet wurde.

In Verfolg dieser Politik schloß Moskau unmittelbar nach dem gelungenen Staatsstreich noch im Februar 1921 jenen Vertrag mit Persien, der die wesentliche Grundlage für den neuen Staat lieferte. In ihm verzichtete die Sowjetregierung, wie es schon in den programmatischen Manifesten über die russische Orientpolitik verkündet worden war, auf jegliche Eroberungsabsichten in Persien und erklärte alle von der Zarenregierung mit diesem Land geschlossenen Verträge für nichtig. Vor allem verzichtete es auf die im englisch-russischen Abkommen von 1907 festgelegten Rechte, durch die auch Persien in eine russische und eine englische Einflußzone aufgeteilt worden war. Darüber hinaus annullierte Moskau die persischen Schulden und verzichtete auf alle Vorrechte russischer Staatsbürger. Es gab damit die russische Konsulargerichtsbarkeit und die anderen Rechte aus den Kapitulationen auf und forderte den neuen Herrn Persiens auf, die Kapitulationen auch für die Westmächte, unbekümmert um deren Einspruch und Wunsch, aus eigener Machtvollkommenheit abzuschaffen. Alle Verkehrswege, die auf Grund persischer Konzessionen vom zaristischen Rußland in Nordpersien erbaut waren, gingen an den persischen Staat über, der das Recht erhielt, auf dem Kaspischen Meer eine Flotte zu unterhalten. Weiterhin verpflichtete sich Rußland zur Waffenhilfe, wenn sich in Persien die Truppen einer fremden Macht sammelten — gemeint waren die Englands —, und zum Rückzug der zur Hilfe entsandten Truppen, wenn die drohende Gefahr gebannt war. Bedeutsam und aufreizend waren die grundsätzlichen Bestimmungen des Vertrags, die sich eindeutig gegen die imperialistischen Mächte richteten und aufs neue die Freundschaft Rußlands zur islamischen Welt und die gemeinsame Front zwischen beiden herauszustellen suchten. Sie lauteten: » . . . Die Sowjetregierung verwirft und verabscheut die Politik der zaristischen Regierungen, die mit europäischen Mächten Verträge abschlossen, in denen scheinbar den orientalischen Völkern Unabhängigkeit garantiert wurde, die aber tatsächlich darauf zielten, sich der Länder zu bemächtigen, die Gegenstand solcher Verträge



waren. Diese verbrecherische Politik, durch die die Nationen des Orients eine Beute zur Befriedigung der unersättlichen Gier der ausbeutenden europäischen Nationen wurden, wird von der Sowjetregierung verworfen und nie mehr fortgeführt . . . In Übereinstimmung damit erklärt die Sowjetregierung grundsätzlich ihre formelle Weigerung, an irgendeinem Unternehmen teilzunehmen, dessen Ziel die Schwächung Persiens oder die Einengung seiner nationalen Souveränität bildet.«

Unmittelbar nach Unterzeichnung des persisch-russischen Vertrags, gestützt auf den so gefundenen russischen Rückhalt, kündigte die nationale persische Regierung den englisch-persischen Vertrag von 1919, durch den England gehofft hatte, eine umfassende Kontrolle über das Land der Kadscharen auszuüben.

Der russisch-persische Vertrag ist das charakteristischste Dokument für die bolschewistische Orientpolitik. Denn es zeigt sich hier offen, worauf das System des freiwilligen Verzichtes und der freiwilligen Hilfeleistung zielte. Es sollte Selbständigkeitswillen und Nationalbewußtsein der islamischen Völker stärken und diese in eine russische Front gegen die imperialistischen Westmächte manövrieren, die im islamischen Raum ja noch immer kolonialpolitische Ziele verfolgten. Gleichzeitig hoffte Moskau, einen Gürtel freundlich gesinnter Staaten schützend um die russischen Grenzen zu legen, die an englischen Machtbereich stießen. Dieses Ziel hat die russische Politik in Persien erreicht, das der sozialen Revolution blieb unerreicht, obschon es Moskau nach Abschluß des Vertrags über die politische Hilfestellung hinaus noch immer zu verwirklichen suchte. Werkzeug für diesen Versuch wurde der Ministerpräsident des Staatsstreichkabinetts, Sia el Din, der sich dem radikalen Sozialprogramm der Sowjets zugänglich zeigte und eine Nationalisierung des Großgrundbesitzes anstrebte. Er ließ eine Anzahl Aristokraten und Feudaler verhaften, um so ihre Zustimmung zur Verstaatlichung ihres Besitzes zu erzwingen. Aber der Widerstand gegen diese Ideen aus der Schule Moskaus wuchs schnell, und es zeigte sich, daß der Führer des Staatsstreichs, Resah Khan, den sozial-revolutionären Experimenten durchaus abgeneigt war und in ihnen eine Gefahr für das Gelingen der nationalen Sache sah. Er ließ seinen Ministerpräsidenten fallen, der außer Landes fliehen mußte. Seit dieser Zeit

hat Resah Khan, auch später in seiner Eigenschaft als Schah des neuen Persiens, jeden Versuch, der sozialen Revolution in Persien zum Erfolg zu verhelfen, trotz seiner Freundschaft mit Rußland aufs schärfste bekämpft. Wie in der Türkei wurde der Kommunismus als staatsfeindlich erklärt und entsprechend unterdrückt.

\*

Die gleiche Zielsetzung der sowjetrussischen Politik offenbarte sich in den Beziehungen zur Türkei. Das erste Freundschaftsverhältnis knüpfte die Türkei zu Rußland an, und es blieb das entscheidendste. Schon im Sommer 1920 weilte Enver Pascha in Moskau, um die russische Hilfe für die neue Türkei zu gewinnen, die in Frontstellung gegen England, Frankreich und deren Trabanten stand. Enver Pascha schrieb über den Erfolg dieser Moskauer Pilgerfahrt folgendermaßen: »Die Mission in Moskau war von unerwartetem Erfolg gekrönt. Die Freundschaft ist eng geknüpft. Die Kanonen sind geladen, und sie werden von selbst losgehen. Dies bedeutet das Ende der englischen Kolonialherrschaft in Asien und Ägypten. Die mohammedanische Welt, unterstützt von Rußland, erhebt sich, um das englische Joch abzuwerfen. Vielleicht wird sie dafür noch fünfzehn Jahre brauchen, aber für die Geschichte ist das nur eine verschwindend kleine Zeitspanne.«. Wenig mehr denn eineinhalb Jahrzehnte, nachdem Enver Pascha diese prophetischen Worte sprach, sollte England an die Pforte von Ankara klopfen, um hier einen Verbündeten gegen seine vom abendländischen Gegner bedrohten Interessen zu suchen.

Die russisch-türkische Freundschaft ging schon im Jahre 1920 so weit, daß Moskau Kemal Atatürk, der damals in einen Mehrfrontenkrieg zur Sicherstellung des Bestandes der neuen Türkei verwickelt war, ein Angebot auf Entsendung russischer Truppen machte, was allerdings der vorsichtige Ghazi ablehnte. Immerhin wirkte sich die russische Zuneigung in umfangreichen Waffen- und Munitionslieferungen aus und trug so wesentlich zum Sieg der türkischen Nationalisten über ihre imperialistischen Widersacher bei. Während der Niederwerfung der Armenier kämpften türkische und russische Truppen in gemeinsamer Front. Der Vertrag vom 16. März 1921, in dem das Schicksal Armeniens durch eine Aufteilung des Landes zwischen der Türkei und Rußland besiegelt

wurde, brachte dieser Freundschaft neue Stärkung. Dieser Vertrag ist das Gegenstück zum russisch-persischen Vertrag vom Februar 1921. Wörtlich liest man in dem Dokument: »Die beiden Vertragsstaaten stellen die Gemeinsamkeit der nationalen Freiheitskämpfe im Orient mit dem Kampf der Werktätigen Rußlands für eine neue soziale Ordnung fest und verkünden nachdrücklichst das Recht der islamischen Völker auf Freiheit, Unabhängigkeit und eine Regierungsform, die ihren Wünschen entspricht.« Genau wie im persisch-russischen Vertrag werden die entsprechenden Verzichte ausgesprochen, die Rechte aus der Zarenzeit abgeschrieben, die Meerengenfrage einer internationalen Konferenz vorbehalten. So wie in Persien trug auch hier Rußland im kritischen Augenblick, als der junge Staat, von inneren und äußeren Feinden bedrängt, um seine Existenz rang, durch die notwendige Rücken- deckung und moralische Stärkung wesentlich zu seinem Sieg bei, der ein Sieg des Orients über die Westmächte war.

Die russisch-türkische Freundschaft, die in der Frühzeit der neuen Türkei begründet wurde, hat sich ungebrochen und ungetrübt erhalten. Sie war zu Beginn, trotz des Vertrags vom März 1921, durch den russischen Versuch gestört, im Innern der Türkei eine kommunistische Bewegung zu entfachen. Beauftragte und mit Moskaus Geld finanzierte Agenten gründeten die Türkisch-Kommunistische Partei, mußten aber erfahren, daß das konservativ eingestellte türkische Bauerntum keinen Resonanzboden abgab für die sozial-revolutionären Parolen Moskaus. Noch weniger Anklang fanden solche Parolen in den Kreisen der Männer, die den neuen türkischen Staat begründet und erkämpft hatten und die wie ihr Führer Mustafa Kemal meist bürgerlichen Offizierskreisen entstammten. Sie dachten ausschließlich an die Stärkung der jungen nationalen Kräfte, und ihnen schien das Experiment einer sozialen Revolution aufs höchste bedenklich und gefährlich. Aus solcher Einstellung wuchs trotz aller Freundschaft zu Moskau die Gegnerschaft zum Kommunismus, wenn er sich innerhalb der türkischen Staatsgrenzen zeigte. Der Kommunist ist heute in der türkischen Republik der erklärte Staatsfeind.

Aber diese Haltung verhinderte nicht, daß Rußland durch die festbegründete türkisch-russische Freundschaft eine wirtschaftliche Vorzugsstellung gesichert blieb, daß Rußland Instruktoren, Orga-

nisatoren und Waffen für die türkische Armee stellte und immer der Vertreter türkischer Interessen im Spiel der internationalen Auseinandersetzungen blieb, so in den Tagen von Montreux, auf der Meerengenkonferenz, als die Türkische Republik endgültig ihre Hoheitsrechte an den Dardanellen und am Bosphorus mit Hilfe des russischen Freundes wiederherstellen konnte. Die türkisch-russische Verbindung wurde auch nicht erschüttert oder eingeengt durch die türkisch-englische Annäherung, die durch die italienische Expansion im Mittelmeerraum herbeigeführt wurde. Die Türkei steht nach wie vor in der von Moskau im islamischen Orient errichteten Front gegen den abendländischen Imperialismus.

\*

Als Einpeitscher der nationalen Emanzipation in weiten Teilen des islamischen Orients hat Moskau eine bedeutende Rolle gespielt und wesentlich dazu beigetragen, die imperialistischen Mächte Europas, die hier bei Kriegsende am Ziel ihrer kolonialen Wünsche schienen, aus Stellungen zu verdrängen, die sie sicher besetzt hielten. Moskau spielt heute noch diese Rolle in den Abschnitten der islamischen Welt, in denen der Prozeß der nationalen Emanzipation noch nicht zu Ende geführt, der Freiheitskampf noch nicht abgeschlossen ist: in den vorderasiatischen Mandatsländern Palästina und Syrien und im Nordafrika des französischen Machtbereichs.

In diesen Frontabschnitten, wo die Auseinandersetzung zwischen Orient und Okzident noch kämpferisch ist, kann man bis heute beobachten, wie genau der Bolschewismus die antiokzidentale Front, die sich durch den Orient zieht und weit über den islamischen Schicksalsraum hinausreicht, erkannt hat und wie sehr Moskau immer noch bemüht ist, einen Zusammenhang zwischen sozialer und nationaler Emanzipation zu konstruieren. Wo die amtliche Politik der Sowjetunion sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen muß — ist man doch mit den Mächten, gegen deren Positionen man im Orient anrennt, in Europa befreundet oder gar verbündet —, dürfen sich die Agenten der »nichtamtlichen« Komintern um so freier und ungehemmter bewegen. Man bedient sich der alten Methoden: Durch die Bekämpfung des Kolonialimperialismus sucht man in den islamischen Völkern den

Boden zu lockern, in den man die eigenste Saat, die der sozialen Revolution, zu senken hofft.

Im nordafrikanischen Kolonialbesitz hat Moskau anscheinend mit dieser Methode bedeutsame Erfolge errungen. Nicht nur die politische, auch die soziale Gärung ist hier weit fortgeschritten, und während der Zeit, als in Paris die Volksfrontregierung lässig die Zügel führte, konnten Sowjet-Agenten in Algier und Tunis ungehindert ihre Bataillone organisieren. Die wirtschaftliche Notlage erleichterte die Arbeit Moskaus, und dieser Umstand, in Verbindung mit unzureichender Sozialgesetzgebung, gewährte den Sendboten der Komintern bedenkliche Erfolge. Sie tarnen sich als arabische Nationalisten, und ihre französischen Handlanger fördern die »Los-von-Frankreich«-Bewegung, nicht aus politischer Zielsetzung, sondern aus reiner Zweckmäßigkeit, weil sie wissen, daß man so den nationalistischen Araber, der gerade hier von dem orthodoxesten Islam besessen ist, wirkungsvoll ansprechen kann. Denn ihm ist im Grunde der Seele der glaubenslose Kommunist ein Greuel. Die orthodoxe islamische Haltung läßt eine wirkliche Anfreundung zwischen Arabertum und Kominternagenten nicht aufkommen. Der Araber verwirft den Kommunismus Moskauer Prägung mit seiner Gottesleugnung, mit der Zerstörung der Familie und der väterlichen Autorität. So zeigt es sich bei genauerem Zuschauen, daß in den Reihen der Kommunisten nur ein geringer Prozentsatz islamischer Araber oder Berber steht. In Tunis beispielsweise sind fast die Hälfte der organisierten Kommunisten Juden, die andere Hälfte setzt sich zusammen aus Franzosen, Spaniern, und den Rest stellen emanzipierte, entwurzelte Araber.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in Palästina. Dieses Land schien den Sowjets stets ein geeignetes Sprungbrett für die mohammedanischen Länder der Nachbarschaft zu sein. Nicht nur, daß hier seit Kriegsende jenes politische Vertragsverhältnis bestand, das ein dauerndes Spannungsverhältnis zur Folge hatte — es kam dazu, daß Moskau aus alter Erfahrung in den ostjüdischen Arbeiteremigranten ein besonders geeignetes und für die kommunistischen Ideen aufnahmefähiges Menschenmaterial erblickte.

Solange der jüdische Teil Palästinas wirtschaftlich schwach war, trat die arabisch-jüdische Spannung nur unwesentlich in Erschei-

nung. Das änderte sich mit der Einwanderung jüdischer Kapitalisten. Zur rassischen Spannung trat die wirtschaftliche, und damit flammte der arabisch-jüdische Gegensatz aller Welt sichtbar auf. Von diesem Augenblick an suchte Moskau auch in den Reihen der Araber Anhänger zu gewinnen. Aber hier stellten sich die alten Schwierigkeiten entgegen. Zwar schien es, als ob der arme arabische Fellache das denkbar geeignetste Objekt für die kommunistische Lehre sei — aber es schien nur so. In Wirklichkeit gab es für die Agenten Moskaus kaum Anknüpfungspunkte. Denn die Araber, mochten sie noch so verzweifelt, noch so arm sein, waren immer religiös. Und diese feste Bindung an die patriarchalische Weltanschauung des Islams stellte sich hemmend allen Verlockungen Moskaus gegenüber.

Mit der Verschärfung des arabisch-jüdischen Gegensatzes in den letzten zwanzig Jahren schien Moskau der Zeitpunkt gekommen, seine Anhänger in Palästina in den Lagern beider Nationalitäten zu organisieren. Ein Jude, Schelesnik mit Namen, gründete im Auftrag Moskaus die »Palestine Communist Party«. In dieser Partei blieben der jüdische und der arabische Teil streng getrennt. In beiden Lagern wurde mit verschiedenen Parolen gearbeitet, im jüdischen mit der der sozialen, im arabischen mit der der nationalen Emanzipation. Die kommunistische Partei Palästinas war zahlenmäßig unbedeutend. Aber ihre Mitglieder waren alle Aktivisten, und Moskaus Hand, die sowohl im jüdischen wie im national-arabischen Lager zu finden war, wurde einflußreich. Organisatorisch der palästinischen Partei angegliedert war die syrische, die sich während der Zeit, als in Paris die Sozialisten ihr Volksfrontbündnis mit den Kommunisten eingingen, ungehemmt organisieren und entwickeln konnte. Lange haben die Mandatsmächte England und Frankreich dem Treiben der Kommunisten in den vorderasiatischen Mandaten tatenlos zugesehen. Erst im Winter 1936/37 hat sich London von der Gefährlichkeit der kommunistischen Wühlarbeit in der Levante überzeugen lassen und in Zusammenarbeit mit der französischen Mandatsverwaltung in Syrien aktive Abwehrmaßnahmen ergriffen.

\*

Die geplante Verknüpfung von nationaler und sozialer Revolution, die den Sowjets als gefährliches und triumphales Endziel ihrer

Orientpolitik vorschwebte, ist bis heute in keinem Abschnitt der islamischen Welt verwirklicht worden. Die politischen Beziehungen zwischen den neuen nationalen Staaten im islamischen Orient blieben nach der Sturm- und Drangperiode der Nachkriegsjahre von Überlegungen politischer Zweckmäßigkeit bestimmt. Die Serie der Freundschafts-, Neutralitäts-, Nichtangriffs-, Schiedsgerichts- und Bündnisverträge schaltete immer wieder die gegenseitige Einflußnahme auf innerstaatliche Angelegenheiten des Vertragspartners aus. Und sowohl die Türkei als auch der Iran machen von diesen formulierten Abmachungen ausgiebig Gebrauch und haben den Kommunismus als staatsfeindliche Bewegung verboten. Kommunistische Agitation wird mit schweren Strafen belegt. Diese Haltung scheint wohlbegründet. Denn die kommunistische Propaganda, die in den Nachkriegsjahren dank der soziologischen Struktur der islamischen Staaten ins Leere stieß, wird in dem Maß gefährlich, als durch die Industrialisierung des Orients der vierte Stand hochkommt, seine Ansprüche anmeldet und sich der sozialrevolutionären Parole nicht unzugänglich zeigt. Mit dem Feudaladel und dem aufkommenden Bürgertum als dem Träger der nationalen Revolutionen konnte Rußland seinen Pakt nur getarnt schließen. Den sozialrevolutionären Forderungen gegenüber blieb diese Schicht immer scharf ablehnend. Sie sah im europäischen Kapitalismus ihr soziales und wirtschaftliches Vorbild. Und die Umbildung des Orients vollzog sich keineswegs vom Feudalsystem zum kommunistischen, sondern zum kapitalistischen Wirtschaftssystem westlicher Prägung. Das brachte schon früh den islamischen Orient in eine angemessene Distanz Moskau gegenüber, mochte die aus politischer Zweckmäßigkeit geknüpfte Freundschaft noch so eng sein.

\*

Noch ein zweites Moment legt der Freundschaft Moskaus zum islamischen Orient eine nicht zu unterschätzende Belastung auf. Sie ist in der Stellung der Bolschewisten zur Religion zu suchen. Zwar hat es der Bolschewismus seit je verstanden, jenseits der russischen Staatsgrenzen eine religiöse Toleranz zu heucheln. So auch in der islamischen Welt. Aber die Kunde, daß Moskau hierin ein Doppelspiel treibt und daß es mit den Mohammedanern, die

unter seiner Botmäßigkeit leben, ganz anders verfährt, ist tief ins mohammedanische Bewußtsein gedrungen und hat die Muselmanen Asiens und Afrikas mit höchstem Mißtrauen all dem gegenüber erfüllt, was von Moskau an Worten und Werken entgegengebracht wird.

Unter russischer Herrschaft leben etwa 20 Millionen Mohammedaner, denen gegenüber man zunächst Zurückhaltung übte, um nicht die russische Politik im islamischen Orient von Innerrußland her zu stören. Man versuchte, Mohammed und seine Lehre kommunistisch zu deuten. Die geistlichen Einrichtungen des Islams blieben zunächst unangetastet, und der höchste Geistliche der Mohammedaner der Sowjetunion, der Großmufti Risa Eddin Fachreddin, blieb in seinem Amt. Man schnitt ihm jedoch jede Möglichkeit der Beeinflussung seiner Gläubigen ab. Das wurde anders, nachdem der Mufti auf dem ersten mohammedanischen Weltkongreß in Mekka keineswegs eine Haltung eingenommen hatte, die den Plänen Moskaus entsprach. Zwar wagte die Sowjetregierung es nicht, den Mufti aus seinem Amt zu entfernen, aber es entzog ihm die wirtschaftlichen Mittel und unterstellte ihn schärfster Kontrolle. Er lebte seitdem von der Mildtätigkeit seiner Freunde und starb im April 1936, ohne daß die Kunde von seinem Tode innerhalb Rußlands veröffentlicht werden durfte. Seitdem ist das Amt nicht wieder besetzt worden.

Seit dem Jahre 1927 etwa, seit man sich in Moskau kaum mehr der Einsicht verschließen konnte, daß die Verknüpfung von sozialer und nationaler Revolution im islamischen Orient gescheitert war, erfuhr die Politik der Sowjetregierung den russischen Muselmanen gegenüber eine bedeutsame Wandlung. Die Maske der Toleranz wurde fallen gelassen. Es erfolgte eine Massenschließung von Moscheen und Koranschulen, und bis zum Jahre 1933 waren etwa 80 Prozent aller Moscheen geschlossen. In den Moscheegebäuden wurden weltliche Schulen, Theater, Kinos und Klubs eingerichtet, so man sie nicht niederriß. Im Gebäude der muslimanischen Hochschule zu Samarkand, in der »Ulugh Beg Tin«, ist ein Gottlosen-Museum errichtet worden. Vorsichtigen Schätzungen nach sollen in Bucharra im Jahre 1933 von etwa vierhundert Moscheen nur noch zehn Prozent den gläubigen Moslemin zugänglich gewesen sein.



Der »Verband der kämpfenden Gottlosen« sucht natürlich auch in den islamischen Teilen Rußlands Ausbreitung und Anhänger zu gewinnen. Aber die Moslemin scheinen der Propaganda dieses Verbandes gegenüber immun zu sein. Zwar geht man mit allen Mitteln vor, auch mit denen der Gewalt, aber der Gewinn des Gottlosenverbandes ist unbedeutend. Es offenbart sich, daß dem Missionsbestreben der Gottlosen gegenüber die islamische Bevölkerung eine weit größere Widerstandsfähigkeit zeigt als die christliche.

Jenseits der russischen Grenzen ist die Haltung der Sowjets dem religiösen Islam gegenüber schwankend. Man versucht, den Bolschewismus als die »reine Form des Urislams« darzustellen, und übt religiöse Toleranz. Aber die Tatsache, daß in der Sowjetunion Tausende mosleminischer Ulemas in der Verbannung leben, dringt trotz aller Zensur über die russischen Grenzen und verstärkt das Mißtrauen der gläubigen Moslemin der Moskauer Kunde gegenüber. Nicht weniger zurückhaltend macht der hin und wieder unternommene Versuch in mohammedanischen Ländern, Propaganda für die Gottlosen-Bewegung zu machen. Und der Fall Nasir Tjurjakulow, der bis Ende 1935 Vertreter der Sowjetunion am Hofe Ibn Sauds war, ist in der ganzen islamischen Welt aufs schärfste verurteilt worden. Dieser, angeblich ein Moslem, verteilte in seiner Eigenschaft als Sowjetvertreter in Mekka, der heiligen Stadt des Islams, antireligiöse Broschüren und Kampfschriften in arabischer Sprache, die von der »Vereinigung kämpfender Gottloser« veröffentlicht waren. Als der Skandal ruchbar wurde, distanzierte sich die Moskauer Regierung von ihrem Vertreter und rief ihn ab.

\*

Obwohl die russischen Wünsche in der islamischen Welt keineswegs so reiften, wie man es erwartete, brachte die Begegnung des revolutionären Rußlands mit dem Islam eine Umwälzung in den Beziehungen der islamischen Welt zum abendländischen Europa mit sich. Denn diese Begegnung war erfolgt auf der Ebene der Gleichberechtigung und unter dem Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes. In dieser Begegnung hatte man dem islamischen Orient Ansprüche eingeflüstert, die nun in der Aus-

einandersetzung mit den europäischen Mächten, vor allem mit England, vorgetragen wurden. So bedeutete die Begegnung des islamischen Orients mit Sowjetrußland das Scheitern aller englisch-französischen Kolonialpläne im muselmanischen Raum und forderte im Laufe der Jahre eine grundsätzliche Wandlung der europäischen Orientpolitik. Durch die Begegnung mit Sowjetrußland leitete der kämpfende Islam die systematische Zurückdrängung Europas auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ein und damit den Wiederaufstieg der islamischen Welt zur Macht im Reigen der Weltmächte.

Am frühesten hatte England die Notwendigkeit erkannt, seine politischen Prinzipien in der Auseinandersetzung mit dem islamischen Orient zu wandeln. England war an der Mesopotamien- und Palästinafront um imperialistischer Eroberungen willen in den Krieg gezogen. Es wollte den Landweg zwischen Mittelmeer und Persischem Golf, den kürzesten Weg nach Indien, unter seine unmittelbare Herrschaft bringen. Versprechungen, die diesem Ziel entgegenzustehen schienen — wie solche an die Araber, denen man ein selbständiges Arabien versprochen hatte —, waren von reiner Zweckmäßigkeit diktiert und sollten im entscheidenden Augenblick verleugnet werden. Aus der Vorkriegszeit lagen politische Geheimverträge vor, die nach den Prinzipien der Annexionspolitik, wie sie im 19. Jahrhundert üblich gewesen, ausgestaltet waren. Und noch das Sykes-Picot-Abkommen, das im Jahre 1916 zwischen England und Frankreich geschlossen wurde und über das Erbe im arabischen Teil der alten Türkei verfügte, bekannte sich zu streng kolonial-imperialistischen Grundsätzen, nach denen man im vergangenen Jahrhundert die großen Kolonialreiche gebaut hatte.

Aber schon die Nachkriegsjahre, in denen sich der staatliche Neubau im arabischen Teil des islamisch-orientalischen Schicksalsgebietes vollzog, offenbarten ein stärker und stärker werdendes Zurückweichen der imperialistischen Mächte, ein Aufgeben ihrer kolonialpolitischen Wünsche und eine Wandlung in den politischen Prinzipien, mit denen man hier vor und während der Kriegszeit gehofft hatte, sein Ziel zu erreichen. So vollzog sich die historische Entwicklung keineswegs nach dem Gesetz abendländisch-imperialistischer Planung, sondern als Kompromiß zwischen europäischen

Wünschen und den Forderungen des jungen islamischen Nationalismus. Mit fortschreitender Entwicklung verstand es dieser, sich stärker und stärker durchzusetzen, während die imperialistischen Ansprüche der abendländischen Staaten bescheidener und bescheidener wurden.

Zwar hatte der englische Imperialismus bei der Durchfechtung kolonialer Ansprüche nie die herausfordernde Unerbittlichkeit und Starre wie der einzig auf die Macht der Bajonette gestützte französische. Der englische Kaufmann war der Schrittmacher imperialistischer Ausdehnung, und die Waffe sicherte das, was bereits »friedlich« erobert war, das also, worauf man glaubte, »wohlbegründeten Anspruch« zu haben. Das Ideal politischer Entwicklung unter den Fittichen Englands ging immer dahin, das durch den imperialistischen Anspruch und seine Verwirklichung eroberte Land zur Selbstverwaltung im Sinne englischer Weltanschauung zu führen. Die Waffe englischer Soldaten trat dabei kaum in Erscheinung. Der beratende englische Verwaltungsbeamte spielte die Hauptrolle. Die Lösung vom Mutterland, die mit einer stufenweisen Verselbständigung Hand in Hand ging, wurde durch eine verstärkte Gleichschaltung der Interessen ausgeglichen, aus der sich naturhaft neue Bindungen ergaben.

Dabei ging der englische Kolonialimperialismus, ebenfalls im Gegensatz zum französischen, keineswegs ausschließlich darauf aus, die Kolonie auszubeuten. Er war ebensowohl bestrebt, sie in sich selbst zu entwickeln, sei es auch nur in der Absicht, einen neuen Absatzmarkt für die Produkte des Mutterlandes zu schaffen.

Aber selbst dieser schmiegsame englische Imperialismus sollte bald zu spüren bekommen, welche Wandlung der Geister sich im islamischen Orient während der Begegnung mit dem revolutionären Rußland vollzogen hatte und wie unerbittlich in seinen Forderungen und empfindlich in seinem Stolz der aufbrechende islamische Nationalismus allerorts war. Denn war bis zu dieser Begegnung der weiße, englische Herrenmensch den islamischen Orientalen das gegebene Vorbild, war das englische Herrenland Ideal für die eigenen staatlichen Wünsche, so änderte sich das grundsätzlich nach der Begegnung mit Moskau. Der islamische Nationalismus hatte seine »Eigenwerte« erkannt, die nicht mehr ausschließlich am abendländischen Vorbild gemessen wurden, son-

den ebensowohl von der revolutionären Doktrin bestimmt wurden, die Rußland geliefert hatte. Die englische Bevormundung, so elastisch sie sich auch stets den Gegebenheiten anzupassen gewußt hatte und die Völker zu dem Zustand des »Self Government« erziehen wollte, war keineswegs mehr »ideal«. Der islamische Nationalismus erklärte sich als mündig, und die englische Politik war gezwungen, sich mit diesem Anspruch auf völlig neue Weise auseinanderzusetzen. England mußte eine Formel finden, in der seine eigenen Interessen mit dem überempfindlichen Nationalstolz und dem jäh aufbrechenden Geltungsbedürfnis der in den Prozeß der Volkwerdung getretenen islamischen Staaten gleichgeschaltet wurden.

Was die Parole Rußlands und die konkrete russische Hilfe im islamischen Orient bedeutete, erfuhr England zuerst in den afghanischen Auseinandersetzungen. Unfreiwillig und stillschweigend gab es das über Afghanistan ausgeübte Protektorat auf. Und im Frieden von Rawalpindi wurde der erste Sieg, den der islamische Nationalismus mit russischer Hilfe dem Empire gegenüber erzielt hatte, feierlichst bestätigt, da England dem »unabhängigen afghanischen Reich« in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten volle Freiheit und Selbstbestimmung zusicherte. In jahrelangen Verhandlungen suchte England das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Die Bemühungen waren vergebens. Im afghanisch-britischen Vertrag, der am 22. November 1921 in Kabul unterzeichnet und durch den die englisch-afghanischen Beziehungen und die afghanisch-indische Grenze endgültig festgelegt wurden, sah sich London gezwungen, die im Friedensvertrag von Rawalpindi gemachten Zugeständnisse erneut und erweitert zu bestätigen.

\*

Die in Afghanistan gewonnenen Erkenntnisse sollten schon wenige Wochen später die englische Haltung in den Auseinandersetzungen mit den türkischen Nationalisten bestimmen. England war die erste Macht, die ihre Truppen aus dem Streit um die anatolischen Kernlande zurückzog. Hier suchten Griechen, Franzosen und Italiener ihre Ansprüche aus den verschiedensten Teilungsabkommen zu verwirklichen und stießen dabei auf den unerwarteten und plötzlich entflammten Widerstand der türkischen

Nationalisten unter der Führung von Kemal Pascha, der in Rußland einen mächtigen Freund und Helfer gefunden hatte. London, das in Anatolien keinerlei kolonialpolitische Ansprüche verwirklichen wollte, kapitulierte vor dem Widerstand der türkischen Nationalisten und zog seine Truppen, die vom Marmarameer aus längs der Anatolischen Eisenbahn nach Inneranatolien vorgestoßen waren, zur Küste zurück und räumte im Verlauf des Sommers 1920 auch den Küstenstrich. Die englische Diplomatie hatte gespürt, daß hier Kräfte aufgebrochen waren, denen man auf der Linie des geringsten Widerstandes begegnen mußte, wollte man eine fruchtbare Beziehung mit ihnen eingehen.

\*

Ähnlich vollzog sich die Entwicklung in Südpersien, wo sich England vor Ausbruch der russischen Revolution am Ziel seiner Wünsche sah, die dann scharf revidiert werden mußten. Sir Percy Cox hatte hier im Jahre 1916 eine englisch-persische Armee, die sogenannten »South Persia Rifles«, organisiert, mit der er die englischen Ansprüche und Absichten im Ölgebiet und im persischen Südosten, das an Belutschistan grenzte, zu verwirklichen hoffte. Ein Jahr später wurde auch noch die unabhängige persische Gendarmerie, die im Auftrag des Schahs von schwedischen Offizieren organisiert worden war, in die englische Streitmacht eingegliedert. Mit dieser Armee traten die Engländer nach dem russischen Zusammenbruch den Vormarsch nach Nordpersien an. Schon dabei sollte England die Wirkung der russischen Revolution zu spüren bekommen. Persische Freischaren, die sich auf das revolutionäre und antiimperialistische Losungswort Moskaus, das hier von Kutschik Khan verkündet wurde, gesammelt hatten, traten dem englischen Vormarsch entgegen. Aber die Armee Englands erwies sich als stärker. Der Vormarsch war nicht aufzuhalten. Und im Sommer 1919 hielt Sir Percy Cox als Bevollmächtigter Großbritanniens seinen Einzug in Teheran und sicherte hier durch einen britisch-persischen Vertrag das Erbe der Kadscharen-Dynastie praktisch für England. Durch diesen Vertrag wurden Persiens Armee und Verwaltung englischer Kontrolle unterstellt, über den Staat der Kadscharen war ein englisches Protektorat errichtet.

Dieser Vertrag, der allerdings nie von einem persischen Parla-

ment ratifiziert wurde, stellt den Höhepunkt englischen Einflusses in Persien dar. Vom Zeitpunkt der Unterzeichnung an begann der Rückzug Englands und die langsame, aber stete Revision der politischen Prinzipien, mit denen der englische Imperialismus in Persien Politik getrieben hatte.

Schon das Parlament, in seinem Mut gestärkt durch die gerade veröffentlichten russischen Aufrufe an die islamische Welt, verweigerte dem englisch-persischen Vertrag die Anerkennung. Das persische Kabinett mit dem bestochenen und englandfreundlichen Wessugh el Dawlah an der Spitze, das den Vertrag mit Sir Percy Cox unterzeichnet hatte, wurde gestürzt, und die ihm folgenden Regierungen wagten nicht mehr, den Vertrag zur Neuvorlage aus den Schreibtischschubladen hervorzuholen. Der nationale Widerstand, von Moskau her in bewußter Frontstellung gegen England entfacht, wurde ständig größer; die Kosakenbrigade Resah Khans, des späteren Schahs, gewann an Macht. Sie unternahm im Februar 1921 den Marsch auf Teheran und am 21. dieses Monats den Staatsstreich, durch den Resah Khan zwar nur in die Stelle eines Kriegsministers kam, in Wirklichkeit aber, da er sich auf seine Brigade stützen konnte, zum mächtigsten Mann im Staate wurde, dessen Regierung im Laufe der Jahre immer absoluter werden sollte.

Sechs Tage nach dem Staatsstreich Resah Khans schloß Moskau seinen Pakt mit Teheran, in dem es auf alle Vorrechte verzichtete und Waffenhilfe gegen England anbot. Zwei Tage später kündigte Resah Khan formell den englisch-persischen Vertrag vom Jahre 1919. Damit war England vollends in die Defensive gedrängt. London erkannte die Stoßkraft des aufgebrochenen persischen Nationalismus, zog die Konsequenzen daraus und änderte seine politischen Prinzipien, die bis dahin auf imperialistische Eroberungen ausgingen, grundsätzlich. Es rief im Mai 1921, also drei Monate nach Abschluß des persisch-russischen Paktes, seine Truppen aus Nordpersien ab, um blutigen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Die russischen Soldaten zogen sich dementsprechend nordwärts nach Baku zurück.

Durch die Vorgänge in Afghanistan und Persien hatte England die Gefährlichkeit der russischen Politik in Vorder- und Mittelasien erkannt und suchte nun, um der direkten Gegnerschaft Moskaus

auf dem orientalisch-islamischen Spannungsfeld zu entgehen, einen Modus vivendi mit Rußland. Dieser wurde gefunden in einem englisch-russischen Handelsabkommen, dessen Bedeutung keineswegs in seinen handelspolitischen Abmachungen liegt, sondern im ersten Vertragsabsatz sichtbar wird. Darin heißt es, daß sich »jede Vertragspartei jeder feindseligen Haltung gegen die andere Partei enthalten muß, sowie außerhalb ihrer Grenzen keine offizielle Propaganda, weder direkt noch indirekt, gegen die Interessen des Britischen Reiches oder der Sowjet-Republik treiben darf und daß ganz besonders die Sowjetregierung auf jeden Versuch verzichte, zu einer feindseligen Aktion gegen die Interessen des Britischen Reiches in Indien und Vorderasien aufzureizen«.

England hatte die Gefährlichkeit der Art und Weise, mit der Moskau in Vorderasien gegen den europäischen Imperialismus, in erster Linie also gegen den englischen, ins Feld zog, erkannt und suchte durch vertragsmäßige Bindungen, die es Moskau auferlegte, die Wirksamkeit dieser Methode einzuengen. Wie wenig fesselnd solche vertragsmäßigen Bindungen für Moskau waren, sollte England immer wieder erfahren. Denn jeder Verstoß gegen dieses Abkommen wurde von der Sowjetregierung auf die im Jahre 1919 gegründete Komintern abgeschoben, für deren Tätigkeit die Sowjetregierung, wie sie erklärte, keinerlei Verantwortung übernahm und deren Entschlüsse ihrer Kontrolle angeblich nicht unterstanden.

Trotz dieses englisch-russischen Abkommens, durch das London den englandfeindlichen Einfluß Moskaus auf dem persischen Kampffeld auszugleichen hoffte, wurde die englische Macht schnell weiter liquidiert. Vom vierten persischen Parlament, das im Juni 1921 konstituiert worden war, wurde die Ungültigkeit des englisch-persischen Vertrags noch einmal offiziell bestätigt und kurz darauf die Auflösung der »South Persia Rifles« gefordert. England gab dieser Forderung nach. Nach Verschwinden der englischen Truppenmacht in Persien wurden die englischen Kontrolleure in der persischen Verwaltung ausnahmslos entlassen. Damit war der englische Einfluß endgültig gebrochen.

Aber nicht nur auf rein machtpolitischem Gebiet mußte England begeben. Kaum weniger bedeutsam sollte der Rückzug werden, den es kaum ein Jahrzehnt später auf wirtschafts-

politischem Gebiet antrat. Seit 1909 wurden die englischen Interessen auf den südpersischen Ölfeldern durch die damalige »Anglo Persian«, die heutige »Anglo Iranian Oil Company«, deren Aktienmajorität im Besitz der britischen Admiralität ist, gewahrt. Diese Gesellschaft hatte im Jahre 1920, als Persien völlig der englischen Macht ausgeliefert schien, ihr Konzessionsgebiet, das vertraglich auf die südpersischen Ölfelder begrenzt war, auch auf Nordpersien ausgedehnt. Die willkürliche Ausdehnung der englischen Öinteressen wurde vom persischen Parlament gleichzeitig mit der Ungültigkeitserklärung des englisch-persischen Vertrags zurückgewiesen. England nahm diese Zurückweisung an. Auch an der Wirtschaftsfront wich also London vor der überraschenden Stoßkraft des persischen Nationalismus zurück.

Ein Streit, der elf Jahre später, Ende 1932, wieder um die Konzessionsrechte der »Anglo Iranian Oil Company« ausbrach, sollte noch einmal offenbaren, wie schwach die englische Stellung und mit ihr die des europäischen Wirtschaftsimperalismus im Iran geworden war und welche innere Entschlußbereitschaft dem islamischen Nationalismus iranischer Prägung in seinen Auseinandersetzungen mit den abendländischen Wirtschaftsmächten inne wohnte. Resah Schah hatte zwar den Konzessionsvertrag der »Anglo Iranian Oil Company«, als er diese Gesellschaft aus Nordpersien verwies, unangetastet gelassen, obschon dieser Vertrag in der Zeit persischer Ohnmacht abgeschlossen war und in seinen Bestimmungen für den iranischen Staat denkbar ungünstige Klauseln enthielt. Zu Beginn des Jahres 1932 ließ Resah Schah in der iranischen Presse, gestützt auf den moralischen Einwand, daß eine souveräne Nation nicht verpflichtet sei, Verträge zu erfüllen, die eine verrottete und abgedankte Dynastie dem Volke hinterlassen habe, die ersten Angriffe gegen die Konzessionsbedingungen der Anglo Iranian vortragen. Diese Angriffe waren nur Auftakt zu einem Kampf, in dem nun die iranische Öffentlichkeit mit Ausdauer und Unerbittlichkeit eine Revision des Konzessionsvertrags der englischen Erdölgesellschaft forderte. Man wies darauf hin, daß alle später abgeschlossenen Konzessionsverträge — gemeint waren die irakischen — für den staatlichen Vertragspartner weit günstigere Bedingungen enthielten. Auf dieses öffentliche und ausdauernde Drängen hin willigte die Leitung der »Anglo Iranian Oil





Ibn Saud, der Herr Arabiens,



... und sein ältester Sohn, Emir Saud, während eines Staatsbesuchs in London.



Resah Schah [rechts], Herr und Gründer des neuen Irans, bei seinem Besuch in Ankara, der Hauptstadt der neuen Türkei. Links Kemal Atatürk, Präsident der Türkischen Republik.

Company« in Verhandlungen über die Neufassung des Konzessionsvertrags ein. Aber die Besprechungen zwischen dem Beauftragten der Gesellschaft und der iranischen Regierung zeigten, daß jene sich wesentlichen Zugeständnissen gegenüber sträubte und auf eine Verschleppung der Angelegenheit zielte.

Da ließ es Resah Schah auf eine neue Machtprobe ankommen. In einem Schreiben kündigte die iranische Regierung am 5. Dezember 1932 dem Teheraner Vertreter der »Anglo Iranian Oil Company« die Erdölkonzession mit dem Hinweis, daß die Regierung den iranischen Erdölbesitz als Eigentum des iranischen Volkes betrachte. Dieser Angriff gegen die mächtige englische Gesellschaft, hinter der die Admiralität des Weltreiches stand, weckte bei den Iranern Stürme der Begeisterung. Die iranischen Städte wurden in der diesem denkwürdigen Tag folgenden Nacht illuminiert, das Ereignis wurde als das gefeiert, was es war: als Ausdruck wiedergewonnener Nationalstärke, und wurde so zum Volksfest. Aus allen Teilen des iranischen Reiches flogen der Regierung in Teheran Zustimmungs- und Ergebnisheitstelegramme zu.

England — nachdem es einen ungezügelter Pressekrieg gegen den Schah entfesselt hatte — antwortete auf diesen Machtstreich nicht mit Macht, sondern mit Verhandlungen. Der Pressefeldzug wurde in London abgeblasen, und es wurde Verständigung gepredigt. Dem gab nun ihrerseits auch die iranische Regierung nach. Sie ließ öffentlich erklären, daß sie gewillt sei, mit der »Anglo Iranian Oil Company« einen neuen Konzessionsvertrag zu schließen, wenn darin die berechtigten Interessen des iranischen Volkes gewahrt seien.

Dieser neue Vertrag kam nach viermonatigem Verhandeln im Mai 1933 zustande. Iran bekam eine höhere Beteiligungsquote an den Erträgnissen der »Anglo Iranian« zugebilligt. Aber nicht die so erzielte Besserstellung im Vertragsverhältnis zu der mächtigen englischen Erdölgesellschaft ist das wesentliche Ergebnis dieser Gewaltprobe, sondern die Tatsache, daß England vor einem Machtstreich des islamischen Nationalismus kampflos zurückwich und Rechte aufgab, die offenkundig verbrieft und unantastbar schienen. Dreißig Jahre zuvor hätte das Erscheinen englischer Kriegsschiffe im Iranischen Golf genügt, um ein solches

Aufbegehren zu parieren. Dieses Mal versuchte es England nicht einmal mit solcher Machtdemonstration.

\*

Weit eindrucksvoller noch als bei der Begegnung mit den erwachten und von Rußland unterstützten Mächten im Norden der islamischen Welt bekam England im arabischen Raum die Notwendigkeit vor Augen geführt, seine politischen Vorkriegsgrundsätze, die auf imperialistische Eroberungen ausgingen, zu wandeln und seine Wünsche zurückzuschrauben.

Denn in diesem arabischen Bezirk kam es England auf die Verwirklichung des Kriegsziels an, für das man vornehmlich gegen die Türkei ins Feld gezogen war. Hier galt es, den Brückenraum zwischen Mittelmeer und Iranischem Golf unter englische Oberhoheit zu bringen und damit den Vorkriegstraum eines englischen Landwegs nach Indien zu verwirklichen.

Solange das türkische Großreich trotz seiner vielfach belegten Machtlosigkeit den Hoheitsanspruch auf die Ostküsten des Mittelmeers durch ein geschicktes gegenseitiges Ausspielen der am türkischen Erbe interessierten europäischen Mächte aufrechtzuhalten gewußt hatte, stand England wartend, zögernd und beobachtend in seiner ägyptischen Position am Nil, um den Moment abzuwarten, da seine imperialistischen Wünsche, zum Seeweg auch den Landweg nach Indien zu gewinnen, verwirklicht werden konnten. Dieser Augenblick schien gekommen, als die Türkei an der Seite der Mittelmächte in den Krieg eintrat.

Von zwei Seiten her, von der Sinai- und der Mesopotamienfront aus, berannten englische Heere das türkische Großreich, dessen Fundamente morsch geworden waren, und erschütterten es in seinen Grundfesten durch Entfesselung des arabischen Aufstandes. Am Ende des dritten Kriegsjahres befand sich die Nordhälfte des arabischen Raumes in Vorderasien, eben jener Brückenraum zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean, im Besitz englischer Truppen. In einem Teilungsabkommen mit Frankreich, dem Sykes-Picot-Vertrag, hatte der französische Verbündete das von London begehrte Gebiet als englische Machtsphäre anerkannt und den französischen Anspruch im wesentlichen auf das heutige Syrien beschränkt. Sowohl in Palästina wie im Zweiströmeland Meso-

potamien hatte eine englische Militärverwaltung die alte türkische, die schwer auf dem Lande gelastet hatte, abgelöst. England schien am Ziel seiner Wünsche, denen man nur noch die internationale Bestätigung in den Friedensverträgen und eine entsprechende staatsrechtliche Form geben mußte. Die »Völkerbundsmandate« wurden als solche Form vorgeschlagen. Daß England auf eine offene Annexion des arabischen Brückenraums verzichtete und die rechtliche Kulisse von Mandatsstaaten wählte, um dahinter seine imperialistischen Ansprüche zu verbergen, offenbart schon Unsicherheit in der Anwendung politischer Vorkriegsprinzipien und zeigt, daß man in London zu ahnen begann, wie sehr die Methoden, mit denen man ein Jahrhundert lang die Interessen des Weltreichs vertreten hatte, im islamischen Raum ausgespielt hatten. Aber die Mandatslösung, die man als rechtliche Norm wählte, um den Brückenraum zwischen Mittelmeer und Iranischem Golf endgültig für das Empire zu sichern, war, von London aus betrachtet, durchaus imperialistisch gedacht, und hinter der Kulisse einer neuen staatsrechtlichen Form sollte sich praktisch die Annexion vollziehen. Durch eine scheinbare Selbstverwaltung glaubte man die Geister des islamischen Nationalismus wieder loszuwerden, die man während des Krieges gerufen hatte, um sie gegen die Hohe Pforte aufzuputzen. Den arabischen Selbstständigkeitsdrang hoffte man durch jene Scheinstaaaten befriedigen zu können.

Aber die Rechnung war hier, wie im türkisch-iranischen Raum, ohne den Wirt gemacht. Der arabische Nationalismus, der zur Befreiung des arabischen Gebietes während des Kriegs an die Seite Englands getreten war, um die Macht der Hohen Pforte zu brechen, sah sich in dem Augenblick, da er sich am Ziel seiner Wünsche glaubte, durch den englischen Waffenbruder betrogen. In dem Maß, in dem man das erkannte, richteten die arabischen Nationalisten ihre Front neu aus. War man gestern gegen die Türkei marschiert, so begann man nun Sturm zu laufen gegen die abendländischen Mächte, die das türkische Erbe im arabischen Raum antreten wollten: in Syrien gegen die Franzosen, in Palästina und Mesopotamien aber gegen England. Und es zeigte sich, daß die arabischen Nationalisten durchaus nicht gewillt waren, einen Schein von Selbständigkeit als Wirklichkeit und zur Befriedigung ihrer nationalen Wünsche hinzunehmen.

Die Geschichte des irakischen Mandates und des späteren Königreichs Irak wurde so zur Geschichte des englischen Verzichtes auf seine imperialistischen Kriegsziele im vorderasiatischen Brückenraum. Im Verlauf dieses Verzichtes unternahm die englische Diplomatie den großartig angelegten Versuch, ihre gescheiterten imperialistischen Machtansprüche auszugleichen und abzulösen durch eine Gleichschaltung der Interessen, durch die die nationale Unabhängigkeit des jungen islamischen Staates in Einklang gebracht wurde mit den Notwendigkeiten des Empires. So wurde aus dem englischen Irakmandat, das seine Ausdeutung entsprechend den Wünschen des englischen Imperialismus finden sollte, das unabhängige arabische Königreich, darin England seine Verkehrs- und Wirtschaftsinteressen auf der Linie des geringsten Widerstandes verteidigt, dessen eigene Interessen aber weitgehend an den Wagen des englischen Weltreichs gebunden sind. Der irakische Nationalismus, der jahrelang kämpfend seine Ansprüche und Wünsche gegen die englische Bevormundung durchsetzte und die Fessel Londons, die um die irakische Souveränität gelegt war, sprengte, hat heute seinen Lebensraum gefunden unter dem Schutz einer »Pax Britannica«.

Als König Feisal am 23. August 1921 mit Hilfe Englands und als dessen Werkzeug in Bagdad den Thron des neuen irakischen Reiches bestieg, hatte man ihm zur Pflicht gemacht, in seiner Thronrede vor dem Parlament zu betonen, daß Englands Kommissar die letzte Instanz im Lande sei. Die englische Politik hatte damals noch nicht die Einsicht gewonnen, welche Kraft dem islamischen Nationalismus auch im Zweistromeland innewohnte. Ein knappes Jahrzehnt brauchte England, um diese Einsicht zu gewinnen und ihr nachzugeben. Und in dem Vertrag vom 30. Juni 1930, in dem England dem jahrelangen Ansturm der irakischen Nationalisten endlich nachgab und den Irak aus dem Mandatsverhältnis zu London entließ, hatte die englische Politik die elastische Formel gefunden, mit der sie unter restlosem Verzicht auf den imperialistischen Anspruch im arabischen Brückenraum die englischen Interessen zu sichern glaubte. Die irakischen Bindungen an London waren nur noch lose geknüpft und zeitlich begrenzt. Sie sicherten England Stützpunkte für die englische Luftwaffe und den Luftweg nach Indien und eine gewisse Kon-

trolle der irakischen Außenpolitik, die in ihren Planungen nicht gegen die Interessen Englands verstoßen darf.

Diese Formel englisch-irakischer Beziehungen gilt heute noch, obschon im Herbst 1936 die Folge englandfreundlicher Regierungen in Bagdad durch einen Staatsstreich jäh gestört wurde, durch den eine Regierung ans Ruder kam, deren antienglische Neigungen kaum verhüllt wurden. Diese Regierung suchte in der Absicht, sich noch weitgehender aus den Bindungen an England zu befreien, bewußte Annäherung an die kemalistische Türkei. Und der dort geführte autoritäre Staatskurs, wie er durch Kemal Atatürk verkörpert wird, wurde den neuen Machthabern in Bagdad vorbildlich und schien ihnen nacheifernswert.

Aber in dem Augenblick, als sich die Bagdader Politik in ihrem Drang nach größerer Selbständigkeit von London weg und Ankara zuwandte, hatte sich dort unter dem Druck der italienischen Mittelmeerexpansion eine englisch-türkische Annäherung vollzogen, so daß die Bagdader Politik, die von England fortdrängte, doch wieder in der türkischen Hauptstadt in englische Kanäle mündete und somit englischen Interessen erneut gleichgeschaltet wurde. Dieses politische Kreisspiel zeigt außerordentlich klar, mit welcher Elastizität sich London den neuen Gegebenheiten im islamischen Orient anzupassen versteht, nachdem mit dem Aufstieg des islamischen Nationalismus das Zeitalter, in dem man mit Annexion und machtpolitischer Geste seine Ziele verfolgte, zu Ende ging.

Bekr Sedky war der Mann, der im Herbst 1936 in Bagdad den Staatsstreich vollzog, um den Irak stärker aus den Bindungen an die englischen Empireinteressen zu lösen, und bemüht war, »eigene« — wie er glaubte — irakische Politik zu betreiben. Seine politische Haltung verstieß gegen die von der englischen Diplomatie gefundene Formel der »Interessengemeinschaft«. So war er ein von London wohl beachteter Gegner der britischen Politik im islamischen Raum. Sein überraschender Tod im Sommer 1937 — er fiel durch Mörderhand bei Mossul — zeigte, daß neben den offiziellen diplomatischen Kräften im Spiel der Auseinandersetzung immer noch andere vorhanden sind und aufgerufen werden, wenn man den Gegner mit diplomatischen Mitteln nicht mehr meistern und in die gewünschte Linie zwingen kann.

Bekr Sedky war ein Feind Englands und der englischen Politik in Vorderasien. Sein Tod bedeutete für die englische Position im Irak Erleichterung. Wer hinter dem Mörder, einem einfachen kurdischen Soldaten, stand, ist nicht bekannt geworden.

In Palästina vollzogen sich die Auseinandersetzungen zwischen England und dem islamischen Nationalismus anders als im Irak und auch entgegen den Traditionen der englischen Politik, politische Möglichkeiten auf der Linie des geringsten Widerstandes zu suchen.

Früh schon, bereits in den Kriegsjahren, als der islamische Nationalismus in seiner neuen Prägung während des Aufstands der Araber unter Lawrence und Feisal zum erstenmal in Erscheinung trat und wirksam wurde, hatte England in dem strategisch wichtigen Küstenland Palästina, in der Ostflanke des Suezkanals, einen Verbündeten gegen den spürbar werdenden und in seinen Forderungen weitgehenden islamischen Nationalismus aufs Feld der Auseinandersetzung gerufen. Durch die Balfourdeklaration war das internationale Judentum zionistischer Prägung zur Wahrung englischer Interessen im Osten des Suezkanals eingeschaltet und zur Verteidigung englischer Ansprüche gegenüber den arabischen Nationalisten aufgerufen worden. England hatte durch die türkisch-deutschen Angriffe auf den Suezkanal erkannt, welche Gefahren diesem Kernstück der lebenswichtigen maritimen Indienstraße in Kriegszeiten drohten, wenn sich die Ostflanke des Kanals im Besitz oder unter Kontrolle einer fremden Macht befand. Noch bevor man im militärischen Besitz dieses strategisch bedeutsamen Küstenstriches war, zeigte man sich entschlossen, ihn nach Eroberung allen Ansprüchen gegenüber unbedingt und kompromißlos zu verteidigen. Im Sykes-Picot-Abkommen war durch eine vorgeschlagene Internationalisierung Palästinas das Interesse des französischen Kriegspartners von diesem Gebiet abgelenkt und auf Syrien ausgerichtet worden. Aber daß die damals vorgeschlagene Internationalisierung eine durch England kontrollierte sein sollte, ließen die Kommentare englischer Staatsmänner zum Sykes-Picot-Abkommen bald erkennen.

Durch die Einschaltung des internationalen Judentums in die Auseinandersetzungen um Palästina war ein Puffer zwischen die Forderungen des islamischen Nationalismus und die Interessen des



Empires geschaltet. Dieser Puffer wurde von der englischen Politik in dem Maß stoßauffangend eingesetzt, in dem die Stoßkraft des arabischen Nationalismus in Palästina wuchs. In den ersten Jahren der Auseinandersetzung mit den arabischen Nationalisten war die jüdische Einwanderung nach Palästina gering und der Raum, den man den jüdischen Verbündeten für das versprochene »Nationalheim« überließ, eng begrenzt. Bis zum Jahre 1930 sind im Durchschnitt jährlich nicht mehr als 7000 Juden nach Palästina eingewandert. Von diesem Jahr ab aber wurde sowohl im Zweiströmland als auch im Land am Nil die Einsatzbereitschaft der orientalischen Nationalisten härter und Englands Bereitschaft, davor zurückzuweichen und auf der Linie des geringsten Widerstandes den Ausgleich zu finden, sichtbarer und sichtbarer. Von diesem Zeitpunkt ab — seit dem Jahre 1932 etwa — änderte sich die durch England betriebene jüdische Einwanderungspolitik nach Palästina grundsätzlich. Jetzt galt es für London, den strategisch bedeutsamsten Punkt im arabischen Raum zu halten, nachdem die Pläne, den Brückenraum zwischen Mittelmeer und Iranischem Golf zu sichern, gescheitert waren. 1932 betrug die Zahl der Einwandernden 9500. Im Jahre 1933 zählte man schon über 32000 Einwanderer, im Jahre 1934 über 42000 und im Jahre 1935 rund 62000 Einwanderer. Das Jahr 1936 brachte den ersten Rückgang der Einwanderungswelle. Nur noch 40000 Juden kamen ins Land, und im Jahre 1937 sank die Einwanderungsziffer noch schärfer ab.

Die Einwanderung hatte im Sinne der englischen Politik ihren Zweck erreicht. Aus dem arabischen Lebensraum war mit Gewalt ein Stück herausgebrochen, ein Stück, auf das die arabischen Nationalisten keinerlei Anspruch mehr erheben konnten, weil es mit nichtarabischem Element besiedelt war. Fast eine halbe Million Menschen fremdländischen Volkstums war durch die englische Politik, wie sie durch den Erlaß der Balfourdeklaration verkündet worden war, an der Stelle angesiedelt, an der Englands strategische Interessen auf alle Fälle gewahrt bleiben mußten und einen imperialistischen Einbruch in den arabischen Lebensraum in dieser oder jener Form unvermeidbar forderten. Die englische Pufferpolitik mit dem jüdischen Nationalheim hatte ihren Dienst getan. Wo Englands strategische Interessen im östlichen Mittelmeer verankert liegen, lebt heute eine Bevölkerung, die, um sich gegen den an-

drängenden islamischen Nationalismus in ihrem Lebensrecht und Lebensraum behaupten zu können, England stets als Verbündeten und Freund brauchen wird. Diese Tatsache sichert Englands politische Kontrolle und militärische Herrschaft an dem strategischen Schlüsselpunkt im östlichen Mittelmeer.

Nachdem solche Gegebenheiten unübersehbar und unabänderlich geschaffen waren, zeigte sich England bereit, dem arabisch gebliebenen Teil Palästinas die Rechte der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu gewähren und sich auch hier mit den islamischen Nationalisten auf der Linie des geringsten Widerstandes zu verständigen. Im Sommer 1937 unterbreitete die englische Regierung Pläne, die auf eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat zielten. Dem arabischen Staat, der mit dem transjordanischen Mandat zusammengeschlossen werden sollte, wollte man die Entwicklungsmöglichkeiten öffnen, die man dem Irak gewährt hatte: Freiheit unter dem Schutz einer »Pax Britannica«. Der jüdische Staat hätte im Rahmen dieser Lösung und unter dem Druck der arabischen Umwelt zwangsweise und über vertragliche Bindungen hinaus stets die Nähe der englischen Macht und die Sicherheit der englischen Freundschaft suchen und damit London jene Stellung einräumen müssen, die es im Hinblick auf seine strategischen Interessen an der palästinischen Küste beansprucht.

Der Teilungsplan für Palästina hat auf allen Seiten Ablehnung gefunden. Auf arabischer und jüdischer eine laute und gestenreiche, auf der Seite des englischen Kriegsammtes eine stillere, aber um so entscheidendere. Dieser stillen Ablehnung des Kriegsammtes, das seine Interessen durch den Teilungsvorschlag nicht ausreichend gesichert glaubte, ist es wohl zu verdanken, daß die englische Regierung den Plan in dem Augenblick, als man ihn dem Unterhaus vorlegen wollte, zunächst fallen ließ. So ist das palästinische Problem bis heute ungelöst geblieben und steht im Zeichen sich überschneidender Ansprüche und scheinbar unlösbarer Widersprüche.

Aber schon heute ist eindeutig zu erkennen, daß Palästina der Bezirk ist, in dem der islamische Nationalismus in seiner Auseinandersetzung mit dem europäischen Imperialismus seine einzige, wirklich entscheidende Niederlage hinnehmen mußte. Hier hat er

Lebensraum opfern müssen, weil es die Interessen des englischen Imperialismus so forderten und diese Forderungen mit der Macht eines Weltreiches vertreten wurden. Aber der Stachel, der hier nachhaltig ins morgenländische Fleisch getrieben wurde, hat auch die Wirkung, daß sich an ihm der islamische Nationalismus über die Grenzen Palästinas hinaus immer wieder entzündet. Das zeigte sich schon in der einmütigen Ablehnung, die der englische Teilungsvorschlag für das geprüfte Land in der ganzen islamischen Welt in seltener Einmütigkeit herausforderte. So scheint der imperialistische Sieg in Palästina, auf weite Sicht gesehen, ein zweifelhafter zu sein.

\*

Das klassische Beispiel für die englische Politik des Zurückweichens und der Verteidigung englischer Interessen auf der Linie des geringsten Widerstandes wurde in Ägypten sichtbar. Das ist besonders bemerkenswert, weil sich hier das Zurückstecken der englischen Machtpfähle an einer Stelle vollzog, die seit Eröffnung des Suezkanals und der ihm auf dem Fuß folgenden britischen Okkupation Ägyptens über den Mittelmeerraum hinaus als der »strategische Schlüsselpunkt« der gesamten Empireverteidigung betrachtet wurde. Die englische Politik hatte hier also eine besonders schwierige Aufgabe zu lösen. Sie mußte, zurückweichend vor den Forderungen des islamischen Nationalismus und nach Aufgabe der imperialistischen Prinzipien, mit denen man seit Jahrzehnten Politik getrieben hatte, eine neue Formel finden, die den ägyptischen Nationalisten die geforderte Freiheit einräumte, gleichzeitig aber die englischen Weltreichinteressen sicherstellte.

Jahrzehntelang hat die englische Diplomatie nach dieser Formel gesucht. Sie wurde erst gefunden, als der Expansionsdrang Roms während des Abessinien-Konfliktes an den Quellgebieten des Nils für Ägypten, vor allem für ein unabhängiges Ägypten, nicht weniger gefährlich und bedrohlich wurde als für ein England, das durch das faschistische Italien die Sicherheit seines Indienweges bedroht sah. Diese gemeinsam empfundene Bedrohung durch eine dritte Macht richtete überraschend schnell die Interessen Kairos und Londons in eine gemeinsame Linie aus. Die Formel der Verständigung, nach der man jahrzehntelang vergeblich ge-

sucht hatte, wurde gefunden in einer »Allianz«, in der Ägypten an der Seite des größeren Englands seine völkische Freiheit findet, aber auch die als notwendig empfundene Sicherheit gegenüber dem faschistischen Imperialismus, dem sich die ägyptischen Nationalisten nun im Westen und Süden in bedrohlicher Nachbarschaft ausgesetzt sehen.

In Ägypten wurde der islamische Nationalismus nach dem Krieg zum erstenmal in seiner vollen Stoßkraft spürbar. Nachdem England zu Kriegsbeginn über Ägypten ein Protektorat erklärt hatte und damit einer längst gegebenen staatsrechtlichen Wirklichkeit die rechte Form gegeben war, schien es, als habe sich der englische Imperialismus am Nil endgültig durchgesetzt. Als sei das so wichtige Ägypten unwiderruflich und als integrierender Bestandteil in das Gebäude des Weltreichs eingefügt.

Durch die Protektoratserklärung vom 18. Dezember 1914 hatte, wie wörtlich verkündet wurde, »die Souveränität der Türkei über Ägypten« aufgehört zu bestehen. Und die Regierung Seiner Britischen Majestät verkündete, daß sie alle Maßnahmen zur Verteidigung Ägyptens und zum Schutz seiner Bewohner ergreifen werde. Mit dieser Protektoratserklärung huldigte London im Land am Nil zum letztenmal einer kaum verhüllten und von imperialistischen Grundsätzen diktierten Annexionspolitik. In diesem Augenblick war der Tiefpunkt ägyptischer Ohnmacht erreicht. Das Pendel im Spiel der Auseinandersetzung schlug um. Denn in den Kriegsjahren unter englischer Herrschaft, die der Protektoratserklärung folgten, sollte Ägypten Demütigungen in ununterbrochener Folge hinnehmen, sollten die Ägypter einem unerträglichen Druck englischer Macht ausgesetzt sein, dem notwendigerweise und aus naturhaftem Lebenswillen heraus der ägyptische Gegendruck folgen mußte. Dieser Gegendruck zeigte sich in der ägyptischen Revolution des Jahres 1919 unter Führung des ägyptischen Nationalhelden Zaad Zaghlul.

Während des Kriegs wurden die ägyptischen Fellachen von den Engländern, anfangs auf Grund freiwilliger Rekrutierungen, später durch Zwangsaushebungen, zu Fronarbeiten hinter den englischen Weltkriegsfronten gezwungen, und Hunderttausende von Ägyptern wanderten auf diese Weise in kaum verhüllte Sklaverei. An der Palästinafront, in Mesopotamien, im Kampfabschnitt von

Saloniki, aber auch in den Etappen der französischen Fronten wurden die Bauern vom Nil zu Zwangsarbeiten eingesetzt. Bei Kriegsende zählte das ägyptische Arbeitskorps über zweihunderttausend Menschen, deren Lebensstandard der von Sklaven war. Das alles geschah in einer Zeit, da man das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundprinzip der Befriedung verkündete.

Der englische Druck verstärkte sich, als die englische Militärverwaltung für die Kriegsführung Reit- und Lasttiere brauchte und diese bei den Nilfellachen zu requirieren begann, ohne auf die Wirtschaftsbedürfnisse des Landes Rücksicht zu nehmen. Als diesen Requisitionen noch Lebensmittelbeschlagnahmen folgten, durch die die einheimische Bevölkerung an den Rand der Hungersnot gebracht wurde, und die englische Verwaltung im Zeichen des »Roten Kreuzes« die Moslemin zu Liebesgaben-spenden zwang, da waren sowohl von der materiellen wie von der ideellen Seite her die Voraussetzungen für eine ägyptische Reaktion gegen die englischen Fronvögte gegeben. Die Atmosphäre war mit einer Spannung geladen, die sich leicht entzünden konnte.

Die Wilsonsche Erklärung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die wenig später formulierte englisch-französische, wonach die Wilsonschen Grundsätze auch auf den Orient anzuwenden seien, gaben den ägyptischen Nationalisten das Zeichen zum Handeln.

Am 13. November 1918 wurde die ägyptische Revolution eingeleitet, die dem ganzen Orient vorbildlich wurde für den islamischen Kampf gegen abendländische Kräfte; es erfolgte die Gründung des »Wafd«, der Zusammenschluß einer Reihe von entschlossenen Männern, die das Volk über die englische Vormundschaft hinweg zur Freiheit führen wollten.

Zaghlul Pascha und zwei seiner Gefährten aus der Gruppe des Wafd begaben sich zu dem englischen Oberkommissar Sir Reginald Wingate, um für Ägypten die Freiheit zu fordern. Dabei war Zaghlul zunächst bereit, gewisse Beschränkungen der ägyptischen Souveränität hinzunehmen, um eine Sicherung des Suezkanals im Sinne Englands zu gewährleisten. Der englische Oberkommissar empfing Zaghlul und seine beiden Freunde. Damit war der erste Schritt des englischen Rückzuges vor dem ägyptischen Nationalismus

getan. Denn dadurch, daß Wingate, der damalige Oberkommissar, den revolutionären Zaghlul empfing, hatte das offizielle England anerkannt, daß neben der von Londons Gnade lebenden »ägyptischen Regierung« andere, neue Kräfte in Ägypten aufgebrochen waren, um die völkische Zukunft aus eigenem Willen und eigener Kraft zu gestalten. Wie stark diese Kräfte des Aufbruchs waren, zeigte sich auf jenen Listen, die während der Zeit, da Zaghlul bei dem englischen Oberkommissar vorsprach, in ganz Ägypten umgingen und auf denen bestätigt wurde, daß Zaghlul und seine wafdistischen Freunde die wahren Führer des Volkes seien. Diese Listen wiesen in Stundenfrist Zehntausende von Unterschriften auf.

Blieb England damals gegenüber der Forderung Zaghluls sachlich unnachgiebig, so hatte man doch den islamischen Nationalismus in London als Gegner erkannt und akzeptiert. Die Gefährlichkeit dieses Gegners sollten die Engländer in dem Augenblick kennenlernen, als sie, um »Ruhe am Nil« zu schaffen, den unbequemen Führer der Nationalisten, Zaghlul Pascha, samt seinen Freunden in die Verbannung schickten. Am 8. März 1919 wurde Zaghlul verhaftet. Am gleichen Tag brach der offene Aufruhr in Kairo aus, und 24 Stunden später hatte er im ganzen Lande Ausmaße angenommen, daß die gesamte in Ägypten stationierte Militärmacht Englands aufgeboten werden mußte, damit der englische Resident Herr der Lage blieb. Aber erst nach dreiwöchigem Bemühen gelang es Englands Soldaten, die Flammen der Empörung niederzuschlagen.

Zum Vertreter der englischen Macht in Ägypten wurde nun ein Militär, General Allenby, bestellt, der während des Kriegs die Palästinaarmee kommandiert hatte. Diese Ernennung ist charakteristisch für Londons damalige Haltung. Der imperialistische Geist herrschte noch und wollte brechen, was nicht zu biegen war. Aber der Geist des jungen Ägyptens und seiner Vorkämpfer war nicht zu brechen. Dem offenen Aufruhr folgte ein langer Generalstreik, der die Verwaltung lahmlegte und sogar dem Soldaten Allenby den Beweis führte, daß es notwendig sei, sich mit den hier aufgebrochenen Kräften zu verständigen, und gefährlich, sie weiter herauszufordern. So verlangte Allenby in London eine Entscheidung, »die den Grundsatz der ägyptischen Freiheit aner-

kenne«. Diesen Rat ihres Kairoer Repräsentanten nahm die Londoner Regierung nach langem und zähem Widerstand an. Wieder wich London einen Schritt zurück, und Allenby überreichte am 28. Februar 1922 dem ägyptischen Sultan eine Note, in der die Unabhängigkeit Ägyptens unter Nennung von vier Vorbehalten grundsätzlich anerkannt wurde. Aber diese grundsätzliche Anerkennung war durchaus keine praktische. Die ägyptische Souveränität bestand nur in der staatsrechtlichen Theorie. Die vier Vorbehalte zeigten deutlich, wo Englands Hemmungen lagen. Sie bezogen sich auf die Sicherung der Verbindungswege des Britischen Reiches, auf die Verteidigung Ägyptens gegen direkte oder indirekte Angriffe, auf den Schutz der Fremden und Minderheiten in Ägypten und auf die Sudanfrage. Auf Grund dieser Vorbehalte hatte sich London jede Interventionsmöglichkeit in die innen- und außenpolitischen Angelegenheiten Ägyptens offengehalten. Der Bezirk, der den ägyptischen Nationalisten zur Betätigung und zur Neugestaltung der Dinge blieb, war so eng gesteckt, daß sie sich an seinen Grenzen ständig reiben mußten. England hatte geglaubt, sich durch das Unabhängigkeitskompromiß der Notwendigkeit zu entziehen, eindeutig für Ägypten und seine Freiheitsforderungen zu votieren. Ähnlich wie im Irak hoffte London, daß sich die Nationalisten mit einer Scheinfreiheit begnügten. Aber diese Hoffnung ging fehl. Mit Kompromissen war die Situation nicht mehr zu meistern. Die Entscheidung ging ums Ganze und um die Frage, wer wirklich Herr in Ägypten war.

So war in dem Vertrag von 1922 keine Lösung gegeben, sondern nur eine neue Grundlage geschaffen, auf der der Kampf zwischen abendländischen und morgenländischen Kräften, zwischen dem englischen Imperialismus und dem ägyptischen Nationalismus weitergeführt wurde. Dieser Kampf endete mit neuem und endgültigem Zurückweichen Englands in der Frage der ägyptischen Unabhängigkeit. Die Formel, die für einen ägyptisch-englischen Friedensschluß schließlich gefunden wurde, ist wiederum charakteristisch für die politische Haltung Großbritanniens im islamischen Orient überhaupt. Sie huldigt den gleichen Grundsätzen, zu denen sich die englische Diplomatie zuvor in Afghanistan, Iran und Mesopotamien bekannt hatte: der Verständigung auf der Linie des geringsten Weidstandes, der Aufgabe kolonial-

imperialistischer Ansprüche und der Beschränkung des englischen Anspruchs auf die Sicherung wirtschaftlicher Belange und der Weltreichsstraßen.

Die Verständigung in Ägypten wurde erzwungen durch den Vorstoß des faschistischen Imperialismus im vorderen Orient, durch den die Souveränitätswünsche des islamischen Nationalismus in gleicher Weise bedroht schienen wie die Sicherheit des englischen Weltstraßensystems nach Indien. Unter dem Druck dieser gemeinsam empfundenen Gefahr wurden am Nil aus Gegnern Verbündete. Der englisch-ägyptische Vertrag vom Jahre 1936, der Englands Vorbehalte vom Jahre 1922 ablöste und in dem Ägyptens Freiheit uneingeschränkte Anerkennung fand, kam zustande im Schatten des Abessinienkrieges und des italienischen Sieges über den Negus, der in Ägypten als Warnungssignal für die eigene Sicherheit betrachtet wurde.

Inhaltlich stellt dieser Vertrag ein Kompromiß dar, das den realen Gegebenheiten nach beiden Seiten hin gerecht wird. Es löst die Souveränität Ägyptens aus jeder direkten Bindung und Bevormundung und stellt den jungen islamischen Staat in ewiger Allianz an die Seite Englands, das für eine Übergangszeit von 25 Jahren das Recht behält, zum Schutz des Suezkanals seine Truppenmacht in begrenzter Stärke im Land am Nil zu unterhalten, bis der Neuaufbau der ägyptischen Armee diese, als die eines Verbündeten Englands, befähigt, den Kanalschutz und die Sicherung der ägyptischen Freiheit selbst zu übernehmen.

Die von England zugestandene Souveränität Ägyptens fand ihre internationale Bestätigung auf der Kapitulationskonferenz in Montreux, auf der durch internationale Vereinbarungen die juridischen und fiskalischen Vorrechte, die die europäischen Mächte in Ägypten genossen hatten, nach Festlegung von Übergangsfristen feierlichst abgeschafft wurden. Diese Konferenz und die ihr folgende Aufnahme Ägyptens in den Völkerbund wurden sinnbildlich für den Rückzug, auf dem sich das Abendland im islamischen Orient seit Kriegsende befindet. Vor den Vertretern des islamischen Staates verzichteten die Abgesandten aller abendländischen Mächte freiwillig und feierlichst auf die Vorrechte, die sich einst ein im Orient siegreich vordringendes Europa erobert und durch so lange Zeit hindurch gesichert hatte. Dem Prinzip europäischer



Überlegenheit über den islamischen Orient wurde auf der Konferenz in Montreux und im Schoße des Völkerbundes in Genf offiziell entsagt, und dafür wurde das Prinzip der Kooperation, der Zusammenarbeit mit gleichen Rechten, verkündet.

Wie lange wird dieses Prinzip der Zusammenarbeit im Orient Anerkennung finden? Wie lange wird die abendländische Verteidigungslinie gegenüber dem marschierenden Orient darauf ausgerichtet bleiben?

\*

Das Prinzip der Interessensicherung auf der Linie des geringsten Widerstandes und der Abschreibung aller kolonial-imperialistischen Wünsche läßt England auch gegenüber dem arabischen Großreich walten, das auf der Arabischen Halbinsel in den Heimatlanden des Islams gegen englischen Willen und gegen englische Planung entstand; in jahrzehntelangem Kampf von dem Manne geschaffen, der heute weithin als der erste Repräsentant des Islams und der islamischen Weltmacht von morgen gilt. Londons Beziehungen und Ansprüche an Ibn Saud beschränken sich auf die Sicherung der Reichsstraßen. Die englischen Interessen liegen hier mit denen des arabischen Großreichs durchaus parallel. In London sowohl wie in El Riad wacht man eifersüchtig darüber, daß sich am Ostufer des Roten Meers keine europäische Großmacht festsetzt.

So verstößt heute England, nach Verzicht auf alle kolonial-imperialistischen Wünsche, abgesehen von Indien, nirgendwo im islamischen Raum mehr gegen das Prinzip, mehr zu verlangen, als zur Sicherung der Weltreichsstraßen und wirtschaftlichen Interessen nötig ist. Da die jungen islamischen Staaten gegenwärtig den verkehrspolitischen Interessen des englischen Weltreichs noch keinerlei Eigenwünsche und eigene Planungen auf maritimem Gebiet entgegensetzen, ist das Verhältnis der islamischen Welt zu London erträglich, ja weithin betont freundlich. Wo England, wie im Sudan, noch kolonialpolitischen Absichten huldigt, teilt es in kluger Weise mit dem islamischen Nationalismus. In der Sudanfrage steht England auf gleicher Ebene und in gleicher Front mit den ägyptischen Nationalisten. Im Sudanproblem ist keineswegs ein Zusammenprallen des englischen Imperialismus mit islamischem Nationalismus gegeben. Hier hat sich der ägyptische

Nationalismus auf das Feld kolonialer Eroberungen begeben und rivalisiert in imperialistischer Absicht mit dem englischen Weltreich.

Überall in der islamischen Welt — von der palästinischen Ausnahme abgesehen — hat England in den Nachkriegsjahrzehnten die in der Vorkriegszeit betriebene Politik liquidiert. Annexion und Bevormundung wurden abgelöst durch Verständigung und Interessengleichschaltung, durch Kooperation, indem man in weiser Erkenntnis und Einschätzung der islamischen Aufbruchkräfte bemüht ist, jeden Zusammenstoß zu vermeiden und die Lebenslinien der wachsenden islamischen Weltmacht nicht zu kreuzen.

\*

Nicht so elastisch und wandelbar in ihren Grundsätzen wie die englische Politik erwies sich die, mit der Frankreich im islamisch-orientalischen Schicksalsgebiet den Kräften des Aufbruchs begegnete.

Seinen ersten Zusammenstoß erlebte Frankreich in der Auseinandersetzung mit den türkischen Nationalisten. Auf Grund verschiedener Teilungsabkommen beanspruchte Frankreich nach dem Zusammenbruch des türkischen Großreichs neben den im Sykes-Picot-Abkommen festgelegten arabischen Gebietsteilen das Libanongebiet, den Küstenstrich des nördlichen Syriens, das als Zilizien bezeichnete Gebiet zwischen dem Nordostwinkel des Mittelländischen Meeres und dem Taurus mit den wichtigen Provinzen Adana und Mersina und schließlich einen Teil Inneranatoliens mit den Wilajeten Siwas, Charput und Diarbekr. Diese Ansprüche suchten die Franzosen durch Besetzung der umstrittenen Gebiete zu verwirklichen. Dabei kam es zum Zusammenstoß mit den türkischen Nationaltruppen unter General Mustafa Kemal. Bei diesem Zusammenstoß mußten die französischen Invasionstruppen im Mai 1920 mehrere empfindliche Niederlagen hinnehmen, so daß die französische Führung, unnützen Blutvergießens müde und der wenig kriegerischen Stimmung der eigenen Truppe Rechnung tragend, in ein Waffenstillstandsabkommen einwilligte, das am 30. Mai 1920 in Ankara unterzeichnet wurde. Dieser Waffenstillstand fand in einem Vertrag vom 20. Oktober 1921 seine Ergänzung und Ablösung. Der Vertrag

König Feisal, der erste Herrscher des Iraks, während seines Staatsbesuchs in Berlin. Er starb 1933 in Bern. Sein plötzlicher Tod wurde in Gerüchten mit gewissen Ölleuten in Verbindung gebracht.

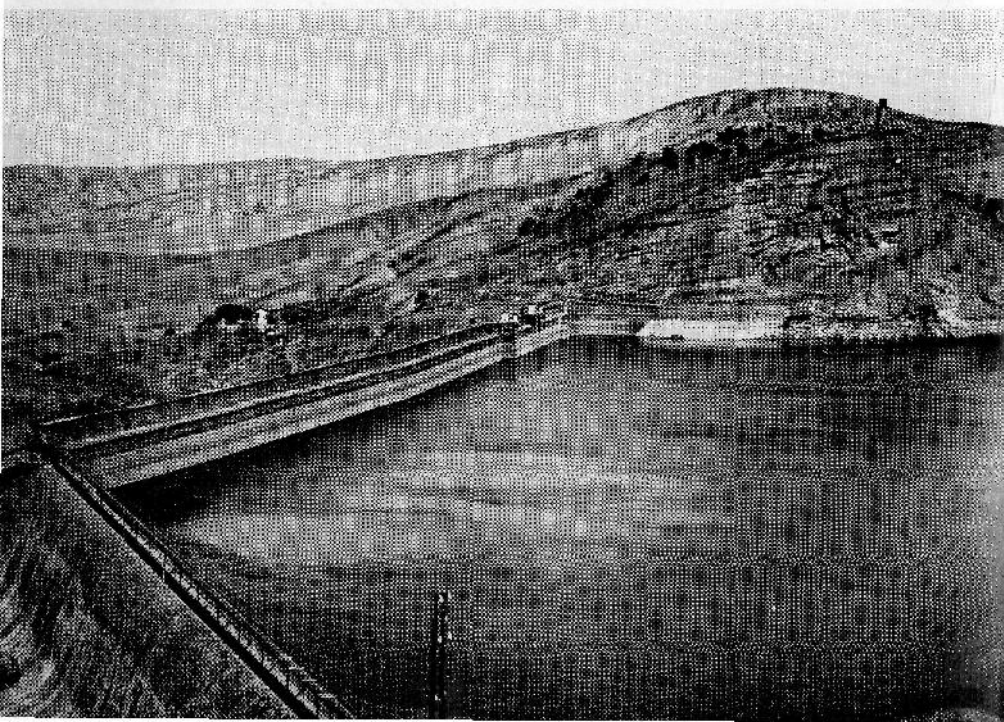


Hajj Al Hussein, der Großmufti von Jerusalem und politische Führer der palästinensischen Araber, rettete sich Mitte Oktober 1937 vor der Verhaftung durch die Engländer und floh ins Ausland.



Auf den mesopotamischen Ölfeldern:  
Eingeborener am Bohrturm.

Wo Kohle und Erdöl als Energiequelle  
für die Wirtschaft fehlen, sucht man  
die Wasserkräfte zu mobilisieren. —  
Der Staudamm von Habra in Alger.



ließ die Franzosen endgültig aus dem Spiel der Auseinandersetzung mit den türkischen Nationalisten ausscheiden. Die französischen Truppen räumten die besetzten anatolischen Provinzen und wurden auf die Linie der Bagdadbahn im Abschnitt Alexandrette—Aleppo—Nissibin zurückgezogen. Der Ankaravertrag vom 20. Oktober 1921 bildete die Grundlage für die später erfolgte Grenzregelung zwischen der kemalistischen Türkei und dem syrischen Mandatsgebiet Frankreichs. In ihm hatte Paris auf alle Eroberungsabsichten im Raum der anatolischen Kernlande Verzicht geleistet.

Auf der Konferenz von San Remo wurde am 25. April 1920 Frankreich endgültig das Mandat über Syrien zugesprochen. Hier sollte sich die Auseinandersetzung mit dem islamischen Nationalismus außerordentlich blutig vollziehen. Denn die Franzosen versuchten hier, wo eine zivilisatorisch weit fortgeschrittene und aufgeklärte Bevölkerung lebte, jene Verwaltungsmethoden anzuwenden, die man bei der Kolonisierung Nord- und Innerafrikas Jahrzehnte zuvor angewandt hatte. So mußte es zu schweren Zusammenstößen zwischen abendländischer Mandatsmacht und arabischen Nationalisten kommen.

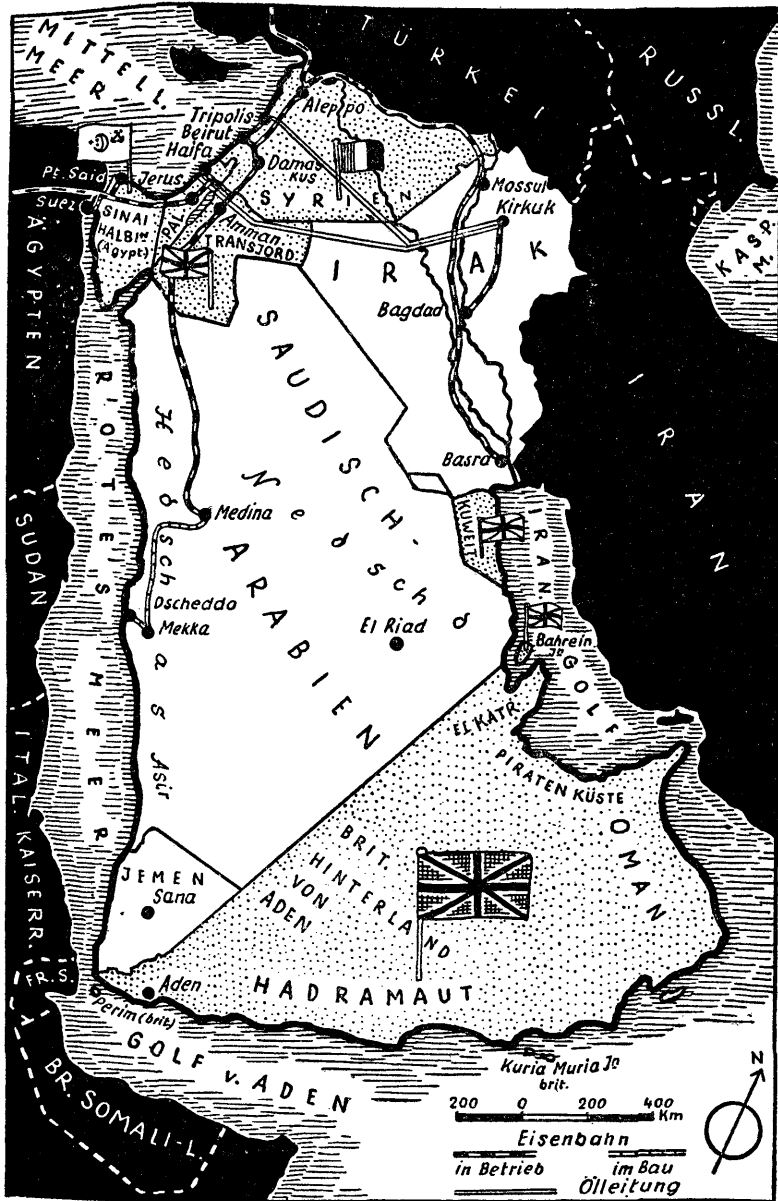
Der Kampf um Syrien wurde eingeleitet mit der Kampagne gegen König Feisal, der, nach dem Einzug in Damaskus, im syrischen Raum das ihm bzw. seinem Vater Husein von England versprochene freie arabische Königreich gründen wollte. Die Kampagne gegen Feisal und seine Absichten wurde für Frankreich siegreich, da die militärische Überlegenheit der französischen Soldaten über die schlecht organisierten und primitiv bewaffneten arabischen Freischaren triumphieren mußte.

Als dann nach Vertreibung Feisals Frankreich sich in Syrien einzurichten begann, ging sein Bestreben, entgegen den mit dem Mandat übernommenen Verpflichtungen, darauf aus, die syrischen Kräfte, die zur nationalen Sammlung und zur staatlichen Selbständigkeit drängten, aufzuspalten, anstatt sie zu fördern und zu pflegen. Frankreich sah seine Aufgabe in Syrien nicht als die eines Treuhänders an, der das Land zur Selbstverwaltung reif machen soll, sondern betrachtete sie als eine französische, die im Sinne französischer Kolonialtradition gelöst werden mußte. Die französische Macht sollte durch Bajonette gestützt und gesichert, Syrien

auf das Niveau einer französischen Kolonie hinabgedrückt werden. So hoffte man Syrien als unlösbaren Bestandteil dem französischen Kolonialreich anzugliedern. In Verfolg solcher Absichten zerstückelte man die verwaltungsmäßige Einheit des Landes und hoffte, damit gleichzeitig die Kräfte des Widerstandes gegen die französischen Absichten aufzuspalten und zu schwächen. Aber Druck erzeugt Gegendruck. Und in dem Maß, in dem die Last des französischen Militärs auf dem Lande lag, wuchs der Gegendruck national-syrischer Kräfte, der sich zum erstenmal vulkanartig Ausbruch verschaffte in der Aufstandsbewegung vom Jahre 1925, die von den Drusen ihren Ausgang nahm, bald aber die Hauptstadt Damaskus und die ganze syrische Provinz in ihren Bann zog.

Aus Marokko und Senegal wurden Regimenter französischer Kolonialsoldaten nach Syrien geworfen und gegen die aufständischen Nationalisten ins Feuer geschickt. Monatelang mußten französische Truppen gegen die Revolte angehen, bis das Feuer der Empörung ausgelöscht und die Ruhe im Lande wiederhergestellt war. Aber es war die Ruhe eines Kirchhofes.

Nachdem sich das Fiasko des Versuchs, in Syrien französische Kolonialmethoden anzuwenden, offenbart hatte, ging Paris nach Niederwerfung des Drusenaufstandes vom Jahre 1925 zögernd daran, die strenge Militärverwaltung und Herrschaft abzubauen. Ein Zivilist, Henry de Jouvenal, kam als Oberkommissar nach Damaskus und erkannte schnell den grundsätzlichen Fehler der französischen Politik. Er versuchte die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen und bemühte sich, die französische Politik in Syrien von der Linie der Kolonisierung abzubringen und auf die im Mandat übernommenen Verpflichtungen auszurichten. Er wollte die Grundlagen und Voraussetzungen für eine spätere Vervollständigung des Landes schaffen. Er wollte Frankreich zum Freund der Syrer machen und eine Freundschaft knüpfen, die über die Mandatszeit hinaus dauern sollte. Die Politik, um die sich England im Irak bemühte, war ihm vorbildlich. Er entwarf einen Vertrag zur Regelung der syrisch-französischen Beziehungen, in dessen Rahmen Syrien unter französischer Oberaufsicht gewisse Freiheiten genießen sollte. Aber sein Vertragsentwurf wurde von Paris als »den Prinzipien der französischen Kolonialpolitik entgegengerichtet« verworfen, und de Jouvenal mußte gehen. Frankreich war sich



Arabien

Die selbständigen Gebiete sind weiß, die nicht selbständigen punktiert.

über den nationalen Aufbruch, der sich, wie in allen Teilen der islamischen Welt, auch in Syrien, und hier in besonders eindrucksvoller Weise vollzog, noch nicht im klaren.

De Jouvenals Nachfolger Ponset brach im Pariser Auftrag schnell mit der »liberalen« Politik seines Vorgängers, mit dem Erfolg, daß — nach unvollkommenen Versuchen der Verständigung mit den syrischen Nationalisten — Syrien 13 Jahre nach der Mandatsübernahme durch Frankreich immer noch keine rechtmäßige Verfassung besaß und keinen Vertrag, durch den die Beziehungen zur Mandatsmacht geregelt wurden. Das Land stand auf dem Niveau einer französischen Kolonie. Im Jahre 1936 rief der unerträgliche Druck der französischen Macht in dem geprüften Land einen zweiten revolutionären Ausbruch der national-syrischen Kräfte gegen das französische Regime hervor. Es wiederholte sich die blutige Tragödie des Jahres 1925. In Damaskus fing es an, aber der Sturm des Aufruhrs sprang mit Windeseile auf die Provinz über, und binnen weniger Tage stand ganz Syrien in Flammen. Dreizehntausend Mann schwarze Kolonialtruppen wurden gegen das revoltierende Volk eingesetzt. Tanks und Panzerwagen fuhren auf, um den Aufstand niederzuwalzen. Wieder triumphierte die Übermacht der französischen Waffe. Aber der Triumph war nur scheinbar. Der Aufstand war zwar gebrochen, nicht aber der Wille zum Widerstand gegen das französische Kolonialregiment, der seinen Ausdruck fand in einem Generalstreik, der das Land in seinen wirtschaftlichen Grundfesten erschütterte, aber auch die Pariser Regierung in ihrer politischen Zielsetzung schwankend machte.

Im Frühjahr 1936 ließ Paris seine Verhandlungsbereitschaft erkennen und erklärte sich gewillt, mit Syrien einen Vertrag zu schließen, der sein Vorbild in dem englisch-irakischen Vertrag hatte. Mit dieser Verhandlungsbereitschaft war die französische Haltung gegenüber den syrischen Nationalisten grundsätzlich gewandelt. Paris hatte kapituliert. Der Vertrag, der nach längeren Verhandlungen im September 1936 in Paris unterzeichnet wurde, regelte die Entlassung Syriens aus dem Mandatsverhältnis. Er brachte keineswegs Syrien die Freiheit, für die man gekämpft hatte, aber er ebnete den Weg, auf dem sie zu erreichen ist. In diesem Sinne wurde der Vertrag auch von den syrischen Nationalisten gewürdigt, als der syrische Verhandlungsführer Hachem Bey el Atassi



dazu erklärte: »Der Vertrag, den wir mit Frankreich geschlossen haben, stellt keineswegs die Erfüllung unserer letzten nationalen Wünsche dar. Aber er scheint ein Mittel zu sein, diese Erfüllung reifen zu lassen. Der Vertrag öffnet uns den lange gesuchten Weg zu vollständiger Unabhängigkeit, zu einer Unabhängigkeit ohne Einschränkung und Vorbehalte, um die wir seit eineinhalb Jahrzehnten gekämpft haben. . . . Wenn einzelne unserer Volksgenossen den Vertrag mit größter Heftigkeit als einen Verrat an der syrischen Sache bekämpfen, dann übersehen sie die Wirklichkeit und ihre Enge, in der wir zu verhandeln hatten. Der Vertrag, den wir erreicht haben, öffnet uns die Möglichkeit, unsere nationalen Wünsche bis zum letzten zu befriedigen, so wir die Kraft haben, uns gegen die Widerstände durchzusetzen. Nicht durch den Vertrag haben wir unsere Unabhängigkeit errungen, aber durch den Vollzug seiner Abmachungen und Pläne werden wir das letzte Ziel erreichen, das Ziel, für das wir bereit waren und bereit sein werden, bis zum letzten zu kämpfen: die Freiheit Syriens . . .« In dieser Ausdeutung des syrisch-französischen Vertrags bricht wieder die ganze Unerbittlichkeit und Kompromißlosigkeit durch, mit der der islamische Nationalismus die Frage seiner Stellung zum abendländischen Imperialismus beantwortet. Wieder zeigt es sich, daß man keineswegs gewillt ist, eine Scheinsouveränität als wirkliche hinzunehmen. Der islamische Freiheitsanspruch ist kompromißlos und unbedingt, und er soll bis zu seiner Erfüllung kämpferisch vertreten werden.

Einen ähnlichen Vertrag gewährte Paris wenige Wochen nach Abschluß des syrisch-französischen Vertrags auch dem Libanon, so daß dem französischen Kolonialimperialismus auch hier die Frist gesetzt ist. Frankreichs Machtstellung ist damit stark eingeengt, wenn nicht gebrochen. Der islamische Nationalismus hat nach jahrelangem blutigem Ringen hier nicht weniger als in Ägypten und im Irak einen nicht zu überschenden Sieg errungen.

\*

Weit folgenschwerer aber als der französische Rückzug aus Syrien und dem Libanon und in ihren Auswirkungen zunächst noch unübersehbar sind Ereignisse, die sich im nordafrikanischen Kolonialbesitz Frankreichs, in Tunis, Algier und Marokko, abgespielt haben. Hier zeigte es sich, daß die Bevölkerung der Kolonien, die als end-

gültiger Besitz gesichert schienen, in Bewegung geraten ist und durch ihre Führer Forderungen stellen läßt, deren Erfüllung einem Verlust des gesamten nordafrikanischen Kolonialbesitzes gleichkommt.

Zur Zeit, da Marokko noch nicht völlig französischer Herrschaft unterworfen war, in den Tagen des Rifkabylenaufstandes vom Jahre 1925/26, machten sich in Algier die ersten Bewegungen spürbar, die gegen die französische Oberherrschaft aufbegehrten. Algier hatte bis dahin als die ruhigste und friedlichste mohammedanische Kolonie gegolten. Die europäischen Ansiedler, die etwa 15 Prozent der gesamten Bevölkerung ausmachten, verliehen der Macht Frankreichs gegenüber der Masse von 5 Millionen muselmanischen Eingeborenen einen starken Rückhalt, zumal diese Eingeborenen-schicht seit Jahrzehnten ihrer Führer beraubt war, so daß eine Erhebung dieses verarmten Volkes kaum möglich schien. Zwar hatte Frankreich während des Weltkriegs den Arabern Algeriens politische Reformen und Verbesserungen versprochen, aber im Siegestaumel dachte Paris nicht daran, diese Versprechungen zu erfüllen, und die Macht des französischen Kolonialherrn schien im zweifelhaften Glanz von Versailles so groß, daß die Araber nicht an das ihnen gegebene Versprechen zu erinnern wagten.

Wilsons These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Lehren, die die eingeborenen Soldaten von den nordfranzösischen Schlachtfeldern, auf denen der Abstand zwischen weißem Mann und Farbigen verwischt worden war, mit nach Hause brachten, hatten aber im Verborgenen doch ihre bedenklichen Wirkungen. Das trat zwar unmittelbar nach Kriegsende nicht in Erscheinung, denn das Land durchlebte eine Epoche künstlichen Wohlstandes. In Frankreich lag das Land noch weithin verwüstet, und Algier konnte in nie gekanntem Ausmaß seine Ausfuhr nach dem Mutterlande steigern. Diese Wohlstandsepoche schraubte die Ansprüche der Eingeborenen, die auch in diesem Punkte während ihres Kriegsaufenthaltes in Europa gelernt hatten, bedenklich in die Höhe. So mußte der Umschwung in der Wirtschaftskonjunktur doppelt schwere Folgen haben. Diese Folgen meldeten sich an in den erwähnten Unruhen des Winters 1925/26.

Der äußere Anlaß zu diesen Unruhen in dem »kolonialen Stamm-land« Frankreichs schien in Wirtschaftsverhältnissen begründet zu

sein. In Algier und Tunis, die eine vorwiegend agrarisch orientierte Wirtschaft haben, hatte man während der Zeit, als sich die Ausfuhr ins Mutterland verdoppelt hatte und dazu noch für die ausgeführten Waren hohe Preise gezahlt wurden, erhebliche Kredite aufgenommen, mit denen man Maschinen kaufte und bemüht war, die Landwirtschaft zu modernisieren. Aber die Prosperitätsepoche ging zu früh zu Ende. In dem Augenblick, da der landwirtschaftliche Wiederaufbau in Nordfrankreich vollendet war und die französischen Bauern und Winzer wieder voll lieferfähig waren, verlangten diese eine scharfe Kontingentierung der agrarischen Einfuhr aus Nordafrika und erhielten diese Forderung erfüllt. Die Kontingentierung der nordafrikanischen Einfuhr führte in Algier zum wirtschaftlichen Niedergang und vielfach zur Katastrophe. Die während der Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs übernommenen Verpflichtungen konnten nicht mehr erfüllt werden. Pfändungen und Zwangsversteigerungen häuften sich in erschreckendem Maße, bis die Regierung sich schließlich gezwungen sah, durch Verkündigung eines Moratoriums und durch Schuldenkonsolidierung mit Hilfe staatlicher Subventionen das Äußerste zu verhindern.

In diese Zeit wirtschaftlichen Niederbruchs fallen die ersten offenen Unruhen gegen die französische Obrigkeit. Sie wurden von Paris auf den Hintergrund der wirtschaftlichen Not projiziert und falsch gedeutet. Denn diese Not war nur der äußere Anlaß, der eine Bewegung auslöste, hinter der sich Probleme größter Tragweite verbargen.

Schon bald stellte es sich heraus, daß im Verlaufe dieser Unruhen, die häufig nur unter Einsatz von Truppen niedergeschlagen werden konnten, Forderungen vorgetragen wurden, die grundsätzlich politischer Art waren und mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nichts zu tun hatten.

Sprecher für diese Forderungen wurde in Algier der eingeborene Arzt Dr. Bendjellul. Dieser im Jahre 1895 geborene, also der Kriegsgeneration entstammende Arzt, hatte an der Universität in Algier studiert und dann eine Praxis in Constantine, der bedeutendsten Eingeborenenstadt Algiers, eröffnet. Hier erlangte er schnell unter seinen arabischen Mitbrüdern Popularität. Das trieb ihn wohl dazu, den Raum seiner ärztlichen Praxis zu verlassen und

in die Arena des politischen Kampfes zu steigen. Seine hervorragende Rednergabe sicherte ihm Zuhörer und Anhänger. Um diesen einen Sammelpunkt zu schaffen, gründete er die »Fédération des élus Musulmans« und stellte sich als deren Kandidat zusammen mit anderen Freunden dieser Gruppe im Wahlkampf. Dr. Bendjellul und seine Anhänger eroberten schnell die wenigen Posten und Stellen, die das algerische Landesstatut den Arabern einräumt, und wiesen damit den breiten arabischen Massen neue Möglichkeiten im politischen Kampf, der durch die wirtschaftliche Notlage mit Erbitterung geführt wurde. Im Jahre 1933 fuhr Dr. Bendjellul nach Paris und bat um eine Audienz beim damaligen Innenminister Chautemps. Chautemps empfing den Abgesandten Algiers nicht. Damit verschärften sich die Beziehungen zwischen der französischen Regierung und der algerischen Nationalistengruppe erheblich. Denn in die Heimat zurückgekehrt, verkündete Dr. Bendjellul nun in aller Öffentlichkeit die Forderung, die er ursprünglich nur in den Amtszimmern des französischen Innenministeriums vortragen wollte. Er verlangte für die Eingeborenen Algiers das französische Staatsbürgerrecht. Diese Forderung knüpfte an einen Vorgang an, der sich unmittelbar nach dem Krieg 1870/71 abgespielt hatte. Damals gewährte Frankreich den in Algier ansässigen Juden en bloc das französische Bürgerrecht mit dem Hinweis, »daß die Juden die französische Sprache angenommen hätten und völlig assimiliert seien. Ihre Religion enthalte keinerlei Widersprüche zur französischen Zivilisation, und sie seien deshalb berufen, in dieser aufzugehen«.

Unter Berufung auf diesen mehr als 50 Jahre zurückliegenden Vorgang verlangte Dr. Bendjellul die Gewährung des französischen Bürgerrechtes auch für den arabischen Bevölkerungssektor, der die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung stellt. Der größte Teil der arabischen Einwohnerschaft aber steht auf zivilisatorisch äußerst niedrigem Niveau, entsprechend den Methoden der französischen Kolonialpolitik, die stets darauf ausging, die Kolonie auszubeuten, das Volk aber keineswegs zu erziehen. Mit der Forderung Dr. Bendjelluls war ein Problem äußerster Tragweite aufgeworfen. Bisher hatte sich die französische Regierung stets gegen eine Naturalisierung der arabischen Millionenmassen gewehrt, denn ihre zahlenmäßige Überlegenheit hätte bei politischer Gleich-

stellung mit den französischen Siedlern und den naturalisierten Juden bald jeden französischen Einfluß in der algerischen Verwaltung ausgeschaltet. Zwar saßen in den Kommunalverwaltungen Algiers arabische Beamte, aber sie wurden nicht gewählt, sondern waren vom französischen Gouverneur ernannt. Diese Beamten sowie die wenigen arabischen Funktionäre in den mittleren und höheren Verwaltungsschichten konnten auf besonderen Antrag naturalisiert werden. Für andere Eingeborene Algiers war eine Erwerbung der französischen Staatsbürgerschaft nicht möglich. Entgegen dieser Ordnung forderte nun Dr. Bendjellul eine Naturalisierung der Araber en bloc, wie man sie 50 Jahre zuvor den Juden gewährt hatte.

Diese Forderungen wurden bei ihrem ersten Bekanntwerden in Frankreich selbst von radikalen Politikern der französischen Linken abgelehnt. Denn ihre Erfüllung schien unübersehbare Folgen zu haben. Es drohte der Übergang der politischen Macht in Algerien an die Eingeborenen. Man mußte es hinnehmen, daß französische Untertanen im Zustande der Bigamie lebten. Man mußte die Anwendung der Koranrechte auf französische Staatsbürger akzeptieren. Solche und weitere Komplikationen auf dem Gebiete des Rechtes, wo sich das französische Recht mit dem Koranrecht der Muselmanen reiben mußte, schienen die Erfüllung der Forderungen Bendjelluls unmöglich zu machen.

Zwar verwies Dr. Bendjellul darauf, daß sogar die farbige Bevölkerung der zentralafrikanischen Kolonien Frankreichs politische Rechte besitzt, daß Negerabgeordnete im französischen Parlament Raum haben, aber dieser Hinweis konnte in Paris auch in Linkskreisen zunächst keineswegs überzeugen.

In dem Maß, in dem Paris abwinkte, versteiften sich Dr. Bendjellul und seine Anhänger auf ihre Forderungen. Eine solche Versteifung war nur erklärlich aus der Gesamtsituation der islamischen Welt, wo sich überall der islamische Nationalismus Bahn brach und dem abendländischen Imperialismus Raum abgewann. Warum sollte das nicht auch in dem hundertjährigen französischen Nordafrika möglich sein?

Die durch Dr. Bendjellul in Algerien erzeugte Unruhe fand ihren Niederschlag auch in Tunis, wo der Autonomiebewegung, die seit Erklärung des französischen Protektorates im Jahre 1881 nie ganz

zusammengebrochen war, neue Kraft zugeführt wurde. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Not fanden hier die politischen Agenten, die mit dem Kampfruf »Nieder mit Frankreich«, »Nieder mit dem französischen Generalgouverneur« auftraten, überraschend schnell Gehör und großen Anhang. Die Bewegung, die sich gegen Frankreich richtete, wurde vornehmlich von einer Schicht getragen, die zahlenmäßig zwar gering, geistig aber führend war. Es handelte sich um fast ausschließlich akademisch gebildete Menschen, die ihre akademischen Grade vielfach auf morgenländischen Universitäten erworben hatten und auf Grund dieser Qualifizierung Führerstellungen verlangten, die sie in Tunis weithin von französischen Beamten besetzt fanden. Diese Schicht organisierte sich nach dem Krieg in einer Partei, die den Namen »Destour« trägt, wiederholt verboten wurde, aber immer wieder in neuen Formen auftauchte und mit unerbittlicher Aktivität tätig war. Es handelt sich um die glänzend geführte national-tunesische Bewegung, die eine stärkere außenpolitische Verselbständigung des Landes und seine völlige innere Autonomie zum Ziel hat. Die Masse wurde für diese Ziele mobil gemacht im Zusammenspiel mit den Ulema, die von den Moscheen aus einen religiösen Fanatismus zu entfachen verstanden, der in Tunis während der letzten Jahre immer und immer wieder mit der französischen Obrigkeit hart und folgeschwer zusammenstieß.

Analog zu den Bestrebungen Dr. Bendjelluls in Algier und der Destourpartei in Tunis, bildete sich in Marokko, wo aus der Zeit der militärischen Landesverwaltung der politischen Betätigung der Bevölkerung die größten Beschränkungen auferlegt sind, das »Comité d'action marocain« mit Mohammed el Uesani an der Spitze. In ihm sind die führenden Araber, die ähnlich wie die in Tunis von morgenländischen Hochschulen kommen, organisiert. Im »Comité d'action marocain« liegt die Führung der im Verborgenen arbeitenden, aber ständig stärker werdenden marokkanischen Autonomiebewegung. Diese Bewegung hat durch die jüngsten Vorgänge in Spanisch-Marokko, wo General Franco den Eingeborenen für ihre Unterstützung im spanischen Bürgerkrieg weitgehende politische Zusagen gemacht hat, bedeutsamen Auftrieb bekommen. Die Autonomiebewegung arbeitet Hand in Hand mit der marokkanischen Sektion des Verbandes junger Musel-

manen, der seine Zentrale in Kairo hat. Sie ist aus diesem Grunde ganz besonders stark religiös gefärbt und spricht so die orthodoxen Muselmanen Marokkos wirkungsvoll an.

Es ist charakteristisch, daß die Führer dieser Bewegung bisher die Abschaffung der französischen Oberherrschaft nicht offiziell auf das Banner ihres Kampfes geschrieben haben. Das verbietet einmal die politische Klugheit, da ja jede offizielle Andeutung von Separatismus als Landesverrat gesühnt würde und ihren Vertreter ins Gefängnis führte. Zum andern aber mag die Erkenntnis von der politischen Unreife und dem Desinteressement weiter arabischer Schichten solche Mäßigung vorschreiben. Die politische Interesselosigkeit sucht man wettzumachen durch die religiöse Fanatisierung der Menge, und es ist interessant festzustellen, daß in Tunis fast alle Unruhen in religiösen, bzw. verletzten religiösen Empfindungen begründet liegen. Diese werden dann politisch ausgewertet. Denn die religiöse Standhaftigkeit, das kompromißlose Bekennen zum Islam, das strenge Einhalten der Koranvorschriften auch im bürgerlichen Leben sind ja die Ursachen, derentwegen man die Mohammedaner auch im nordafrikanischen Besitz Frankreichs politisch den »Ungläubigen« und Juden nicht gleichstellen will. Und so erinnert man die Menge immer und immer wieder an die 85. Sure des Korans, in der es heißt: »Die Juden und die Götzen-diener sollen die Gläubigen am meisten hassen«. Und die 159. Sure fügt erklärend hinzu: »Denn die Juden sind Wucherer, sie nehmen den Gläubigen, was sie besitzen, und dafür sollen sie bestraft werden.« Diese Vorschriften sind förmlich auf die nordafrikanischen Verhältnisse geschrieben. Ein Drittel der algerischen und tunesischen Polizei ist jüdisch, und die Kreditpolitik, im Zusammenhang mit der Weltkrise dem arabischen Bauer so verhängnisvoll, wurde eingeleitet von jüdischen Vermittlern und Geldgebern, die, gestützt auf jüdische Großfinanz in Frankreich, das Geld- und Kreditwesen im französischen Nordafrika vollständig kontrollieren.

So wird es klar, daß jeder öffentliche Zornesausbruch in Nordafrika, geschehe er auch im Zeichen des Hungers, irgendwie einen religiösen und damit einen nationalen Charakter hat. Denn Religion und Nation sind hier, stärker noch als in den übrigen Teilen der islamischen Welt, Begriffe, die untrennbar sind.

Getragen von diesen in Bewegung gebrachten und religiös

fanatisierten Massen, betreibt die arabische Führungsschicht, vor allem die Destourpartei und das nationale marokkanische Komitee, eine Politik, die darauf hinausläuft, das Prinzip des Protektorates als den Ausdruck eines eigenen nationalen Staatswesens zu betrachten, das nur vorübergehend in ein Vasallenverhältnis zu Frankreich geraten ist, aus dem es sich aber mit fortschreitender zivilisatorischer Entwicklung der Araber automatisch lösen wird, um die Souveränität wiederzuerlangen. So kämpft die Destourpartei um ein allgemeines Wahlrecht, das die innere Autonomie sichern, und um einen Vertrag mit Frankreich nach syrischem Vorbild, durch den die gewonnene innere Autonomie außenpolitisch ergänzt werden soll. Man will sich gegenüber einem expansionswilligen Italien den Schutz Frankreichs sichern und richtet sich in diesem Sinne nach dem ägyptischen Vorbild aus, in dem den ägyptischen Nationalisten der englische Schutz aus gleichen Gründen willkommen ist. Hier wie dort ist der satte Wolf im Stall willkommener als der hungrige, der vor der Hürde schweift. Der Zustand, wie ihn die Destourpartei anstrebt, wurde jüngst von ihrem Führer umrissen, als er sagte: »Die französische Definition des französisch-tunesischen Verhältnisses als ‚Kon-Souveränität‘ ist nicht richtig. Eine Kon-Souveränität kann sich nur auf außenpolitische Fragen beziehen. Innenpolitische Entscheidungen sind ausschließliche Angelegenheit der tunesischen Bevölkerung.«

Wie nah die Destourpartei ihren politischen Zielen schon ist, zeigt die Tatsache, daß sich in Frankreich die Stimmen derer, die mit den tunesischen Nationalisten zu verhandeln wünschen, mehren, und daß in Paris der Grundsatz verkündet wird, man dürfe Tunis das nicht vorenthalten, was man Syrien gewährt habe.

Dr. Bendjelluls Bemühungen in Algier haben indessen schon ihre teilweise Erfüllung gefunden. Der 1933 im Pariser Innenministerium abgewiesene Führer der algerischen Araber empfing im März 1935 in Algier selbst den Besuch des französischen Innenministers. Der französische Staatsmann wollte Dr. Bendjellul aufsuchen, um mit ihm über seine Forderungen zu verhandeln und um Mäßigung zu bitten. Mit diesem Besuch war ein Wandel ausgedrückt, der sich mittlerweile in Paris vollzogen hatte. Dem Besuch folgte am 1. Juni 1936 ein Beschluß, der vom Kongreß



der französischen Sozialistischen Partei unter dem Vorsitz des damaligen französischen Innenministers Salengro gefaßt wurde und für die algerischen Araber die Gewährung der von ihnen verlangten politischen Reformen forderte. Mit diesen Reformen waren gemeint: Presse- und Versammlungsfreiheit, soziale Gesetzgebung, Schulzwang und allgemeines Wahlrecht. Damit kam man den Forderungen Bendjelluls vor allem im Punkte des allgemeinen Wahlrechtes, das ja eng an die Staatsbürgerschaft gebunden ist, stark entgegen. Es war von Bedeutung, daß dieser Beschluß von einer Partei gefaßt wurde, die im Rahmen der damaligen Pariser Regierung entscheidenden Einfluß besaß.

Im Herbst 1936 brachte dann der französische Ministerrat in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, in dem die letzte und bedeutendste der Bendjellulschen Forderungen im Prinzip anerkannt wurde. Er sah die Gewährung der französischen Staatsbürgerschaft für eine Gruppe von etwa 20000 Arabern vor, die sich aus der »arabischen Elite« zusammensetzte: aus Offizieren, Unteroffizieren, Beamten, Inhabern der Ehrenlegion, der militärischen Medaille oder des Kriegskreuzes.

Das persönliche Statut der naturalisierten Eingeborenen soll durch die Verleihung des französischen Staatsbürgerrechts nicht berührt werden. Und die neuen französischen Staatsbürger werden — wie übrigens auch die mohammedanischen Franzosen in Französisch-Indochina und in Senegal — das Recht haben, entsprechend den Vorschriften des Korans in Bigamie zu leben. Es könnte also theoretisch der Fall eintreten, daß ein französischer Staatsanwalt aus dem Kreis der neuen französischen Staatsbürger gegen einen Franzosen wegen Bigamie Klage erhebt, während er selbst rechtmäßig im Zustand der Vielehe lebt.

Die Einbringung dieses Gesetzentwurfs und seine Annahme im Parlament hat in französischen Kreisen des Mutterlandes und vor allem in den Kolonien einen Sturm der Entrüstung entfacht. Man wies auf die Gefahren des Projektes und auf die Tatsache hin, daß es bei den revolutionären Extremisten Algiers, die auf eine Lösung von Frankreich und die Gründung eines algerischen Staates hinarbeiten, volle Zustimmung gefunden hat. Allen Vorstellungen entgegen blieb die Regierung Blum, die für das Projekt einer Naturalisierung en bloc verantwortlich zeichnete, bei ihren Ent-

schließen und begründete sie mit der Hoffnung, daß durch eine Assimilierung der naturalisierten Araber die Herrschaft Frankreichs in Algier auch für die Zukunft gesichert bleibe. Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird und eine Assimilierung sich als bindende und die französische Herrschaft rettende Kraft vollziehen wird, muß die Zukunft lehren. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist nicht allzu groß. Denn die mohammedanische Bevölkerung Algiers, infiziert von dem Selbständigkeitsbazillus der arabischen Völker in Vorderasien, strebt ohne Zweifel nach Unabhängigkeit und Anlehnung an die islamische Mächtegruppe und lehnt ihrerseits, wie zahlreiche Äußerungen algerischer Führer zeigen, eine Assimilierung an die französische Kultur und Zivilisation scharf ab. Der Emanzipationsdrang der algerischen Nationalisten beruht keineswegs auf dem Wunsch, »französisch« zu werden, sondern ist in der Gegnerschaft und dem Haß gegenüber dem imperialistischen Eindringling aus Europa begründet.

Die Bedeutung der Naturalisierung von 20000 algerischen Muslimen sehen die algerischen Nationalisten um Bendjellul in der Tatsache, daß nun ein Präzedenzfall gegeben ist, dem analoge Fälle folgen werden. So glaubt man, daß der muselmanischen Bevölkerung Algiers, die heute in ihrer überwiegenden Zahl politisch rechtlos ist, für die Zukunft die politische Mehrheit und Macht gesichert ist. Von dort aber bis zum Ende der französischen Souveränität über Algier und damit über Nordafrika scheint nur noch ein Schritt.

Bendjelluls Forderung, die, hätte man sie in den ersten Nachkriegsjahren gestellt, als Phantastereien verlacht worden wären, sind im Grundsätzlichen heute erfüllt. Und es wird sichtbar, welches Terrain das Abendland auch in dem gesicherten nordafrikanischen Kolonialbesitz verloren hat. Heute hat Bendjellul auf dem Parkett der Pariser Kammer die Möglichkeit, legal das zu vertreten, was gestern, wäre es auch nur als Forderung ausgesprochen worden, als Hochverrat verfolgt und bestraft worden wäre.

\*

Von den imperialistischen Mächten des Abendlandes, die auf der Ebene kolonialer Eroberungen ein Begegnen mit der erwachenden

islamischen Welt hatten, ist das faschistische Italien als letzte bewußt in die Arena geistiger und politischer Auseinandersetzung getreten. Sie ist daher diejenige Macht, die bisher am wenigsten von der Kraft des islamischen Nationalismus in die Defensive gedrängt worden ist.

Das vorfaschistische Italien hatte in seiner Kolonialpolitik, die vorwiegend in islamischen Räumen geübt wurde, weder eine glückliche Hand noch einen besonders betonten kolonialisatorischen Ehrgeiz. Nach der Niederlage bei Adua, durch die in der Vorkriegszeit dem kolonialen Expansionsdrang Italiens der Todesstoß versetzt wurde, reichte Roms Bemühen in Eritrea und Somaliland kaum über eine maritime Randkolonisation hinaus. Da Libyen als Frucht des italienisch-türkischen Kriegs Rom in den Schoß fiel, blieb die italienische Herrschaft auch hier jahrzehntelang nur formal und auf die Küstenplätze beschränkt. Die Berührungsflächen mit dem Islam, der sich in Libyen in einer von den Senussi geprägten konservativen und orthodoxen Form zeigte, waren klein, und die islamische Begegnung mit den abendländischen Kräften blieb hier unbedeutend, zumal die Senussi diese Begegnung eher flohen als suchten.

In seiner ersten Nachkriegsbegegnung mit dem islamischen Nationalismus verlor Italien ebenso wie Frankreich die Partie. Sie erfolgte bei dem Zusammenstoß mit den türkischen Nationalisten unter Mustafa Kemal, der in den Schicksalsjahren der neuen Türkei, 1919 und 1920, den imperialistischen Ansprüchen der Siegermächte an den Randgebieten der anatolischen Kernlande Halt gebot. In den verschiedenen Teilungsabkommen, die über die Erbmasse der Hohen Pforte verfügten, waren Italien die den Dodekanes-Inseln gegenüberliegenden Wilajete Adalia und Konia zugesagt worden. Aber als Italien dann beim Versuch, diese Ansprüche zu verwirklichen, nicht weniger als England, Frankreich und Griechenland den unerbittlichen Widerstand der türkischen Nationalisten zu spüren bekam, zog es einen Verzicht blutigen Auseinandersetzungen vor und rief seine Truppen, die seit 1918 die beiden zugesagten Wilajete besetzt hielten, dem englischen Beispiel folgend, kampfflos zurück.

Auf eine wirkliche Kolonisierung und Durchdringung seines überseeischen Besitzes besann sich Italien erst unter Mussolini.

In dem Maß, in dem die in der Heimat herrschende Raumege empfunden wurde, steigerte sich der Expansionsdrang Italiens, der zunächst darauf zielte, die in dem gegebenen Kolonialbesitz vorhandenen Möglichkeiten zu erschließen und nutzbar zu machen. Gleichzeitig erwachte in dem faschistischen Rom das Bewußtsein, daß koloniale Betätigung und Expansion notwendig seien zur Bestätigung der Großmachtstellung, die sich das Italien Mussolinis neben den anderen europäischen Großmächten erkämpft hatte. Dadurch wurde die Begegnung Italiens mit der islamischen Welt bedeutsam. Denn die koloniale Betätigung spielte sich in rein oder vorwiegend muselmanischen Gebieten ab, und darum war Italien bemüht, für seine Begegnung mit dem Islam eine Form zu finden, die eine politische und kulturelle Expansion möglich machte, ohne daß unnötige Widerstände herausgefordert wurden.

Wie schwierig das sein sollte, bekam der Faschismus erstmals zu spüren in den Jahren 1928 bis 1932, als er begann, die nominelle Herrschaft über Tripolis und die Kyrenaika durch eine wirkliche abzulösen, und versuchte, mit Waffengewalt den Widerstand der Stämme zu brechen. Zäh wurde dieser Widerstand vor allem von den Senussi geleistet, deren Mittelpunkt die berühmte Oase Kufra war. Erst nach jahrelangem Guerillakrieg und einem regelrechten Feldzug italienischer Truppen unter der Führung von General Graziani konnte sich Italien hier durchsetzen. Nachdem der überwiegende Teil der Bevölkerung in Konzentrationslagern untergebracht war und die Kyrenaika weithin entvölkert schien, hatte Rom endlich seinen Herrschaftsanspruch durchgesetzt. Wie sehr auch heute noch in der islamischen Welt aus dem Glauben heraus gekämpft und Politik gemacht wird, offenbarte sich während des Senussi-Feldzugs in klarer Deutlichkeit. Und eine Szene, die General Graziani in seinem Rechenschaftsbericht über den Feldzug gegen die Senussi in seinem Buch »Cirenaica Pacificata« schildert, ist dafür charakteristisch. Der General erzählt, wie die letzten Senussi, die noch unter ihrem Führer, dem Großscheik Omar el Muktar, Widerstand leisteten, umzingelt wurden und in Gefangenschaft gerieten. Der gefangene Großscheik wurde dem General vorgeführt, und dieser richtete die Frage an ihn: »Warum hast du so zäh und unerbittlich Italien bekämpft?« — »Um meines Glaubens willen!« war die Antwort. Und Graziani fragte weiter: »Hattest du

Hoffnung, uns aus der Kyrenaika zu verjagen, in einem Kampf, den du mit so wenig Menschen und Mitteln führen mußt?» — »Nein, das glaubte ich nicht«, erwiderte der fanatische Großscheik. »Was aber wolltest du erreichen?« forschte Graziani weiter. Und er bekam die erstaunliche Antwort: »Nichts. Ich kämpfte für meinen Glauben, und das war mir genug. Das Übrige lag in der Hand Allahs.«

In den Tagen des Kyrenaika-Feldzugs erfuhr Rom zum erstenmal die geschlossene Gegnerschaft der gesamten islamischen Welt gegenüber jedem imperialistischen Anspruch abendländischer Mächte, auch wenn der Feldzug, wie im Fall der Kyrenaika, nur darum ging, einem rechtlich längst anerkannten Anspruch zur Verwirklichung zu verhelfen. Die islamische Presse von Kairo bis Kabul tobte und suchte die »italienischen Greuel in der Kyrenaika« vor der Weltöffentlichkeit anzuprangern und die islamische Welt in einen Gegensatz zu dem faschistischen Italien hineinzumanövrieren.

Mussolini wollte diese überraschenden Attacken abwehren durch Gesten der Verständigung. Er erklärte schon im Jahre 1928, daß Italien im Bewußtsein seiner Aufgabe als große muselmanische Macht ein betonter Freund der islamischen Welt sei. Die italienische Haltung gegenüber der muselmanischen Welt, die damals in einem programmatischen Buch »l'Italia Musulmana« umrissen wurde, war in ähnlicher Weise als die eines Freundes und Gönners ausgedeutet. Aber als der Duce, um seinen guten Willen der islamischen Welt gegenüber zu beweisen, einen Kongreß arabischer Studenten nach Rom einberief, um hier die Gegensätze zu mildern, schrieb eine Kairoer Zeitung den wenigen, die dem italienischen Ruf Folge leisteten, nach: »Das wollen arabische Studenten sein? Welche Schande!«

In die Zeit des Kyrenaika-Feldzugs fällt der zweite italienische Versuch, über den Vorkriegsbesitz hinaus in der islamischen Welt koloniales Neuland zu gewinnen. In dieser Zeit suchte der Imam vom Jemen, der Herrscher jener außerordentlich fruchtbaren Südwestecke der Arabischen Halbinsel, der König des »Arabia Felix«, Anlehnung an Italien. Denn der Jemen sah sich von dem expansionswilligen und von England still unterstützten Ibn Saud und seinen wahabitischen Kriegern, die das nördlich vom Jemen

gelegene Asir besetzt hatten, bedroht. Italien kam diesem Anlehnungsbedürfnis willig entgegen. Glaubte es sich doch in einer Annäherung an den Jemen der Möglichkeit nahegerückt, seinen kolonialen Expansionsdrang zu verwirklichen. Darüber hinaus aber erkannte man in Rom die strategische Bedeutung der Jemenküste im Zuge der großen imperialistischen Planungen, die in diesen Jahren zum erstenmal geschmiedet wurden. Durch eine Annäherung an den Jemen hoffte man eine strategische Schlüsselstellung am Südausgang des Roten Meeres zu gewinnen, des Meeres also, das nach italienischer Anschauung nichts anderes ist als ein Bestandteil des Mittelmeerraums, in dem der römische Adler seine Schwingen entfalten sollte.

So kam es im Oktober 1926 zu einem italienisch-jemenitischen Freundschaftsvertrag, der ein knappes Jahr später noch durch ein Zusatzabkommen ergänzt wurde. Zwar erkannte Italien im Rahmen dieses Vertrages die Selbständigkeit des Imams, der als König bezeichnet wurde, unumschränkt an. Aber gleichzeitig verpflichtete sich Rom, für alle Gebiete der Verwaltung Sachverständige zu stellen, die, im Sinne der römischen Politik, den Weg zu einer italienischen Durchdringung des Jemen öffnen sollten. Italien sollte das notwendige technische Material zur Entwicklung und Entschließung des Landes liefern, und der Imam erklärte sich bereit, Rom wirtschaftlich vor den anderen Mächten zu begünstigen. Die Lieferung von Waffen und Munition war selbstverständlicher Bestandteil dieses Freundschaftsvertrags. Das Abkommen bildete eine italienisch-jemenitische Front nach zwei Seiten hin, einmal gegen den englischen Imperialismus, der von Aden herstrahlte, zum anderen aber gegen den arabischen saudischer Prägung, der, nachdem Ibn Saud das Protektorat über das nördlich gelegene Asir übernommen hatte, bis an die Grenzen des abgeschlossenen Jemen spülte.

Es war nicht das erstemal, daß sich Italien versteckt in einer Front fand, die gegen den englischen Imperialismus ausgerichtet war. Die ersten Kanonenboote, die Resah Schahs Iran sich zugelegt hatte, um gegen England zu demonstrieren, waren auf italienischen Werften vom Stapel gelaufen und die Mannschaften dieser Schiffe von italienischen Instruktoren auf Kriegsschiffen Roms ausgebildet.

Im Jemen kam Italien erneut in eine bedeutsame Berührung mit den Kräften des islamischen Nationalismus, die allerdings ihre Rückendeckung bei England fanden, und mußte den Rückweg antreten. Denn Ibn Saud sah in der Annäherung des jemenitischen Imams an Rom einen Verstoß gegen die Grundsätze saudischer Politik, die mit Sorgfalt darauf achtete, den Einfluß nichtgläubiger, europäischer Mächte von der Arabischen Halbinsel zu verbannen. Der italienisch-jemenitische Freundschaftsvertrag aber öffnete einer abendländischen imperialistischen Macht Tür und Tor. Eine Auseinandersetzung Ibn Sauds mit dem Imam vom Jemen war also seit dem Tag nicht mehr zu umgehen, an dem dieser den Italienern Unterschrift geleistet hatte. Sie begann im Jahre 1933 im Anschluß an Grenzplänkeleien, und sie stellte über den saudisch-jemenitischen Streit hinaus eine Auseinandersetzung dar zwischen den italienischen Bestrebungen und Ibn Saud, der seinerseits Unterstützung durch England fand. Denn London wollte es nicht dulden, daß an der Ostküste des Roten Meeres eine europäische Großmacht Fuß faßte. Der Imam vom Jemen bekam die Überlegenheit des Saudischen Reiches zu spüren und ordnete sich im Friedensschluß dem Grundprinzip der saudischen Politik unter. Die Außenpolitik des Jemen wurde eng an die Saudisch-Arabiens gebunden. Die Tore, die italienischer Einflußnahme geöffnet waren, schlossen sich langsam wieder. Der Jemen schied aus der italienischen Front aus. Den Italienern wurden Konzessionen verweigert. Die Bereitschaft des Imams, sich der arabischen Kräftekombination zwischen Irak und Saudisch-Arabien als aktiver Partner anzuschließen, bedeutete das Ende italienischer Expansionsversuche an der Peripherie der arabischen Kernlande. Im Frühjahr 1937 trat der Jemen dem unter den Fittichen einer »Pax Britannica« zustande gekommenen Bündnis zwischen Bagdad und El Riad bei. Damit war Italiens Position im südlichen Roten Meer, an der äußersten Mittelmeersperre, auf den Stand vor dem Jemenvertrag zurückgefallen. Italien befindet sich nur noch auf der westlichen Seite von Bab el Mandeb.

Vollends mit Mißtrauen erfüllt gegenüber dem imperialistischen Italien wurde die islamische Welt während des abessinischen Feldzuges, in dem Rom zum erstenmal aller Welt sichtbar sowohl sein unerbittliches Wollen als auch seine wiedergewonnene Kraft unter

Beweis stellte. Dieser von Italien vorgetragene Angriff auf das letzte unabhängige Reich des Schwarzen Erdteils, dessen ganzer Norden islamisch ist, wirkte weit über die Grenzen Abessiniens hinaus alarmierend. Trotz des jahrhundertlangen Gegensatzes zwischen Islam und koptischem Christentum, trotz der Tatsache, daß der Islam im abessinischen Kaiserreich Unterdrückung erfuhr, gehörten während der Zeit des Abessinischen Krieges alle Sympathien dem bedrohten Negus, und das islamische Mißtrauen gegen das expansionswillige Rom wurde vertieft. Man erkannte, daß der italienische Expansionsdrang auch schicksalhaft werden konnte für weite Teile des islamischen Raums, die durch den italienischen Sieg in Abessinien Italien gegenüber in eine strategisch bedenkliche Stellung kamen. Nach der Eroberung Abessiniens befanden sich die Nilländer zwischen einer italienischen Zange, deren einer Hebel vom Westen, von Libyen, deren anderer Hebel aber vom Süden, von Abessinien her wirksam werden konnte. Diese Erkenntnis wurde mit englischer Hilfe vertieft in dem Maß, in dem der englisch-italienische Gegensatz nach dem Abessiniensieg Roms chronisch wurde. Heute weiß man überall im Orient, daß der islamische Raum Nordafrikas und Vorderasiens das Feld ist, auf dem dieser Gegensatz zum Austrag kommen wird, weil sich hier die Interessen und Fronten der beiden imperialistischen Mächte verhängnisvoll versteiften. In diesem Sinne ist heute schon die Begegnung Italiens mit dem Islam schicksalhaft.

Dazu kommt, daß nach dem Abessinischen Krieg die Zahl der Mohammedaner, die unter italienischer Oberhoheit leben, auf rund 6 Millionen angewachsen ist, während es zuvor kaum 2 Millionen waren — etwa 600000 in Libyen, 300000 in Eritrea und rund 1 Million in Somaliland. Diese große Zahl muselmanischer Untertanen und die Tatsache, daß sie den unterirdischen Strömungen, die unbekümmert um staatliche Grenzen durch die ganze islamische Welt gehen, ausgesetzt sind, legen Rom die Pflicht auf, alle Mittel spielen zu lassen, um mit der islamischen Welt in gute Beziehungen zu kommen. Diese Erkenntnis hatte man in Rom schon vor dem Abessinienfeldzug gewonnen. Um den schlechten Eindruck zu verwischen, den der Kyrenaikafeldzug Grazianis in der islamischen Welt hinterlassen hatte, begann man in Libyen sich mit Gesten be-



tonter Freundlichkeit den eingeborenen Muselmanen zu nähern. Man förderte den Bau von Moscheen, steuerte zur Gründung mohammedanischer Schulen in allen Städten und Dörfern bei. Mit römischem Geld wurde eine Hochschule für islamische Kultur und islamisches Recht gegründet, auf der die Kadis und Ulemas ihre Ausbildung fanden, worauf Rom besonderen Wert legte, da es seine Untertanen keineswegs den Einflüssen der Al Azhar in Kairo ausgesetzt sehen wollte. Denn die Azhar ist für ihre anti-abendländische Haltung bekannt.

Nach Vollendung des abessinischen Feldzugs begann Rom dann die Rolle als »treuester Freund des Islams« zu spielen. Nach englischem Vorbild mischte man sich grundsätzlich nicht in die religiösen Angelegenheiten der Untertanen in den Kolonien, ja in Abessinien nahm man die Gelegenheit wahr, die vom Negus unterdrückten Muselmanen zu begünstigen, um auf diese Weise die Freundschaft des Islams zu gewinnen. In den Paragraphen 31 und 32 des abessinischen Wiederaufbaugesetzes bestimmte Rom: »Den Mohammedanern wird völlige Freiheit zur Wiederherstellung und Errichtung ihrer Kultstätten und zur Ausübung ihrer Religion und zur Wiederaufnahme ihrer religiösen Institutionen und Schulen gewährt. Die Streitigkeiten und Auseinandersetzungen unter Muselmanen sind von den Kadis nach den Vorschriften des mohammedanischen Rechtes und den örtlichen Traditionen der Bevölkerung zu schlichten. In allen mohammedanischen Gebieten des Kaiserreichs ist die Lehre der arabischen Sprache Pflicht für die Untertanen.« Über solche Toleranz hinaus unterstützte Rom in zielbewußter Propaganda die Pilgerfahrten der ostafrikanischen Moslemin nach Mekka, und Harrar wurde zum Zentrum des Islams in Italienisch-Ostafrika. Die Muselmanen in Abessinien haben diese italienischen Gesten nach ihrer Unterdrückungszeit während der Herrschaft des Negus dankbar und freudig hingenommen, und an der Ehrlichkeit der Huldigungen, die dem Vizekönig Graziani von muselmanischer Seite entgegengebracht wurden, ist nicht zu zweifeln.

Aber auch außerhalb seiner eigenen Kolonien sucht Italien durch Propaganda und Freundlichkeiten das Mißtrauen auszulöschen, das seit den Tagen des Senussi-Feldzugs und des Abessinischen Krieges tief in die Herzen der Muselmanen eingefressen ist. Man leitete

eine Kulturpropaganda großen Stiles ein, um das faschistische Rom als den Freund des Islams zu präsentieren. Freistellen für arabische Studenten wurden an italienischen Hochschulen geschaffen, und in Syrien und Palästina bot man den arabischen Schulen ohne Entgelt italienische Lehrer an. In italienischen Hospitälern werden die Araber vielfach kostenfrei behandelt. Ein großzügig aufgezogenes Rundfunkprogramm in arabischer Sprache, das über zwei italienische Sender täglich in den Äther gesandt wird, versucht in versteckter Weise die Haltung der anderen imperialistischen Mächte als islamfeindlich zu brandmarken, während die italienische als wohlwollend und die eines uneigennütigen Freundes gekennzeichnet wird. Italienisches Gold fließt der arabischen Presse von Damaskus bis Kairo zu, um dem italienischen Liebeswerben in der arabischen Öffentlichkeit eine entsprechend wohlwollende Resonanz zu geben.

Sicherlich ist diese Propaganda in erster Linie als politisches Mittel in der Auseinandersetzung mit England und Frankreich gedacht. Deshalb ist sie bei betonter Freundlichkeit gegenüber dem Islam und seinen Ansprüchen stets mit verborgenen Spitzen gegen diese beiden Mächte gespickt. Aber sie ist doch mehr als das. Es zeigte sich bei der Reise Mussolinis durch Libyen anlässlich der Einweihung der großen libyschen Küstenstraße von der tunesischen zu der ägyptischen Grenze, die von der römischen Propaganda als großer Akt der Begegnung zwischen dem faschistischen Italien und der islamischen Welt gedacht und inszeniert war.

Auf dieser Reise umriß Mussolini in seinen Reden zu wiederholten Malen amtlich und feierlich die italienische Islampolitik. Er brachte sie auf die Formel einer Zusammenarbeit der »italienischen und islamischen Zivilisation«. Diese Reise war der Höhepunkt einer monatelang systematisch durchgeführten italienischen Kulturpropaganda, mit der Rom den arabischen und darüber hinaus den gesamten islamischen Orient auf den steigenden Stern des faschistischen Italiens aufmerksam machen wollte. Daß man damit indirekt das englische Prestige, das hier infolge der Vorgänge um Abessinien und der Ereignisse in Palästina Not gelitten hatte, weiter untergrub, war sicherlich nicht unbeabsichtigte Nebenwirkung.

Die italienische Darstellung dieser Reise des Duce durch Libyen,

wie sie das amtliche italienische Nachrichtenbüro in ihrem nächstlichen Sonderdienst gab, unterstrich solchen Charakter der Reise auf das nachdrücklichste. Jeder Besuch Mussolinis in einer Moschee wurde registriert, jede Stiftung für moslemische Einrichtungen aufgezählt, jede freundliche Manifestation libyscher Muselmanen als Triumph der Zusammenarbeit zwischen Faschismus und islamischer Welt gefeiert. Und der Höhepunkt dieser Reise war in dem Augenblick gekommen, als Mussolini auf einem Schimmel in das festlich beleuchtete Tripolis einritt, um hier das »Schwert des Islams« zu empfangen. Dabei proklamierte Balbo den Herrn des faschistischen Italiens zum »Verteidiger des Islams« und begrüßte ihn mit den Worten: »Es kommt ein Krieger wie ihr, ein Krieger, der der Verteidiger des Ruhms von Rom und aller Völker des Mittelmeers ist.« Dankend feierte Mussolini in hymnischen Worten die islamisch-italienische Freundschaft und sagte, auf das »Schwert des Islams« deutend: »Ihr habt mir das willkommenste Geschenk gemacht, dieses Schwert, Symbol der Kraft und der Gerechtigkeit, das ich nach Rom bringen und als teuerstes Andenken meines Lebens aufbewahren werde.«

Hatten die Worte Balbos vom Verteidiger aller Völker des Mittelmeers vornehmlich die englische und die französische Kritik herausgefordert, so zeigte sich, daß Mussolini mit seinem Anspruch, »Verteidiger des Islams« zu sein, in der islamischen Welt weit über das Ziel hinausgeschossen hatte. Während man noch in Tripolis unter faschistischer Regie italienisch-islamische Verbrüderungsfeste feierte, brach jenseits der italienischen Machtgrenzen schon wieder das tief wurzelnde Mißtrauen gegen jeden europäischen Imperialismus auf, das ebenso wie den anderen Mächten auch Italien galt. Hatte man während der Reise Mussolinis auf die italienischen Freundlichkeiten und Worte abwartend reagiert und war man ihnen bestenfalls mit dem Hinweis begegnet, daß die italienische Haltung stärker von politischer Zweckmäßigkeit denn uneigennütziger Freundschaft diktiert sei, so stand nun der Rektor der Al Azhar in Kairo, der Scheik Mustafa el Maraghi, auf, um dem Anspruch Mussolinis entgegenzutreten. Der Scheik, der in der ganzen islamischen Welt höchstes Ansehen genießt, erklärte, »Verteidiger des Islams« könne nur ein Muselmane, nie aber ein Christ sein. Er betonte, der Islam suche keine Schutzherrschaft und

keine Anlehnung, und nie wieder werde der Islam sein Schwert, seinen Glauben und seine Kraft einer nichtislamischen Macht leihen oder sich von ihr mißbrauchen lassen. Diese kaum mißzuverstehende Entgegnung des Rektors der Al Ahzar fand bis nach Indien und Afghanistan hin Beifall. Und in der islamischen Presse brach wieder einmal, und zwar in dem Augenblick, als Rom seine Bemühungen um den Islam gekrönt glaubte, das ganze Mißtrauen durch, das dem imperialistischen Italien seit den Tagen des abessinischen Feldzugs ebenso, wenn nicht stärker gilt als den anderen abendländischen Mächten. Jenseits der tripolitanischen Grenzen, so schrieben islamische Zeitungen, habe man keineswegs das Schicksal der Senussi vergessen, und für den Islam, seine Kraft und Zukunft sei eine innerislamische Verständigung besser und bedeutungsvoller als der Sirenenruf einer europäischen Macht. Italien bekam also im Augenblick, als es seine Begegnung mit dem Islam fruchtbar glaubte, jene Ablehnung und jenes Mißtrauen zu spüren, das den islamischen Nationalismus in all seinen Begegnungen mit den abendländischen Kräften auszeichnet. Teile der arabischen Presse verstiegen sich dazu, Mussolinis Freundschaftsangebote als heuchlerisch und lächerlich zu bezeichnen, während gemäßigttere Kreise das pro-islamische Bekenntnis Italiens als eine rein propagandistische Aktion kennzeichneten, mit der Rom bemüht sei, die Mohammedaner in eine antienglische Front zu manövrieren.

Nach solchen Erfahrungen wäre es ein Trugschluß, zu glauben, die mohammedanische Welt sei italienfreundlich, weil die Verhältnisse in den italienischen Kolonien ruhig sind. Der erste und letzte Gedanke aller nationalistischen Elemente im Nahen und Mittleren Osten — und diese sind die politisch Führenden — geht auf die Erringung der nationalen Selbständigkeit aus, auch wenn man sich hier und dort über die Form solcher Selbständigkeit noch verworrene und widersprechende Vorstellungen macht. Wenn man dem faschistischen Italien bei allem tief wurzelnden Mißtrauen freundlich begegnet, so ist diese Freundlichkeit von opportunistischen Überlegungen bestimmt. So wie die Völker des Nahen Ostens während des Weltkriegs und in der Nachkriegszeit gegen den englisch-französischen Imperialismus ein Gegengewicht von deutscher Seite ersuchten, so glaubt man heute dieses Gegen-

gewicht in Rom gefunden zu haben. Mit Hilfe Roms hofft man das englisch-französische Übergewicht aufzuheben und den Emanzipationsprozeß der islamischen Welt zu beschleunigen. Tunis und Palästina sind für solche Überlegungen Musterbeispiele. Hier, wo die islamische Front hart und unerbittlich gegen Frankreich oder gegen England steht, konnte die italienische Propaganda am stärksten an Boden gewinnen. Hier sind die gleichen Erwägungen lebendig, die die Nationalisten in Vorderasien während der ersten zwanziger Jahre anstellten, als sich England und Frankreich bei Aufteilung des Erbes der Hohen Pforte und bei der Auslegung des Sykes-Picot-Abkommens in Gegensätze hineinmanövrierten, die die islamischen Nationalisten zu ihren Gunsten auszuwerten suchten und ausgewertet haben. Heute sucht man den englisch-italienischen Gegensatz in gleicher Weise für die eigenen islamischen Ziele nutzbar zu machen. Die islamischen Nationalbewegungen, wo immer sie aufbrachen, sind zunächst nicht antienglisch, antifranzösisch oder antiitalienisch, sondern sie sind grundsätzlich antiimperialistisch. Der Pakt mit einer imperialistischen Macht — und sei es auch Italien — gilt nur so lange, als man mit ihm den europäischen Imperialismus an anderer Front treffen kann. Zu glauben, daß die antiimperialistischen Kräfte des islamischen Nationalismus dem Imperium Romanum wirklich und aus innerer Freundschaft zuwachsen, wäre trügerisch. Darum ist es Italien bis heute noch nicht gelungen, die islamischen Staaten des Nahen Ostens von seiner Selbstlosigkeit gegenüber dem Islam zu überzeugen.

Rom selbst glaubt in seinen eigenen islamischen Kolonien die Selbständigkeitsbestrebungen, die es in anderen Teilen der islamischen Welt heimlich unterstützt, noch nicht fürchten zu müssen. Man vertraut auf die Formel der »Zusammenarbeit«, wie sie in den jüngst erlassenen Gesetzen für die libyschen Muselmanen ihren Ausdruck gefunden hat. Mit dieser Formel hofft man in Libyen die nationalen Emanzipationstendenzen zu parieren. Ostafrika aber ist rassistisch und religiös so sehr gespalten, daß sich hier politische Organisationen mit entsprechender Wirksamkeit in absehbarer Zukunft kaum bilden werden. In Libyen wird die Bildung solcher Organisationen verwaltungsmäßig verhindert. Dazu fehlt hier unter den Arabern die sogenannte »bürgerliche Klasse«, die anders-

wo treibende Kraft im politischen Kampf ist. Sie, die hier an und für sich dünn war, ist vor der militärischen Durchdringung des Landes ins Ausland geflohen.

Dennoch wird von dieser Klasse, die heute weithin in der Emigration lebt, die politische Forderung Tripolitaniens und der Kyrenaika in Rom angemeldet. Die »Liga zur Verteidigung Tripolitaniens«, die ihre Zentrale in Damaskus hat und ihre Anhänger aus dem Kreis der dreißigtausend libyschen Emigranten ergänzt, ließ in Rom die nationalen Forderungen der libyschen Araber überreichen und hat ein Programm aufgestellt, das für das italienische Nordafrika eine Entwicklung vorsieht, wie sie sich in Syrien und im Irak vollzogen hat und in Tunis anzubahnen scheint.

\*

Zu den drei imperialistischen Mächten des Abendlandes, die ihren Einfluß und Besitz in der Begegnung mit der Welt des Islams zu erhalten oder zu mehren suchen und mehr oder weniger bemüht sind, aus politischer Zweckmäßigkeit zu einem Freundschaftsverhältnis mit den islamischen Völkern zu kommen, tritt als zweite asiatische Macht — neben Rußland, dessen Politik im islamischen Raum, wie sich zeigte, durchaus asiatisch ist — Japan.

Japan hat von Ostasien her eine großzügige Werbung unter den Völkern des Islams entfaltet, von Indien bis an die Gestade des Nils. Man tat das zunächst mit der Formel »Asien den Asiaten« und suchte mit diesem Zauberwort die Türen der vorder- und mittelasiatischen Staaten zu öffnen. Verfolgt wurden damit von Tokio vornehmlich wirtschaftliche Ziele. Der wirtschaftliche Vormarsch Japans in den islamischen Staaten war phantastisch. Ihm wurde erst Halt geboten, als er die jungen nationalen Industrien der islamischen Länder empfindlich zu stören begann.

Den für die japanische Wirtschaft und ihren Export in der islamischen Welt gewonnenen Raum sucht Tokio nun mit sichereren Mitteln als der rein politischen Formel »Asien den Asiaten« zu halten. Man manifestiert islamisch und ist bemüht, Japan in die islamische Schicksalsgemeinschaft, die wie eine Fessel des Zusammenhaltes die mohammedanische Welt umschließt, einzuschalten.

So flutet über Japan eine Woge des Mohammedanismus. Besucher und Kenner Japans berichten übereinstimmend, welch

wachsendes Interesse man hier am Islam zeigt, wie in den verschiedensten Teilen des japanischen Inselreiches Moscheen aus der Erde schießen und wie die Zahl der japanischen Muselmanen wächst, während in der Vorkriegszeit in Japan kaum ein Anhänger des Propheten zu finden war. In Tokio ist mit staatlicher Beihilfe ein muselmanisches Seminar gegründet worden. Der Leiter dieses kulturellen islamischen Zentrums im Fernen Osten, der Imam Khurbangali, genießt weitestgehend das Vertrauen der amtlichen japanischen Kreise, auch wenn sie sich nicht zum Islam bekennen. Von diesem Seminar aus wird islamisches Schrifttum und der Koran in japanischer Übersetzung in hohen Auflagen über ganz Japan verbreitet. Eine im Jahre 1936 gegründete »Islamische Vereinigung« entfaltet eine außerordentlich rege propagandistische Tätigkeit und hat eine islamische Hochschule gegründet, an die Gelehrte der bedeutenden muselmanisch-theologischen Hochschule in Kairo, der »Al Azhar«, berufen werden sollen. Ein mit staatlicher Hilfe organisiertes Stipendienwesen ermöglicht jährlich einer größeren Anzahl junger Muselmanen aus Afghanistan, Palästina, Syrien, dem Irak und Arabien, ihr Studium an der Hochschule in Tokio durchzuführen. Schon im Jahre 1936 gab es auf japanischen Hochschulen achtmal so viel islamische Studenten aus nahöstlichen Ländern wie auf italienischen, obschon auch Italien, wie gezeigt wurde, mit Stipendien und Freiplätzen die muselmanische Jugend in seinen Bann zu ziehen sucht.

Der Führer der japanischen Muselmanen ist Mohammed Abdul Hai, der Sohn einer vornehmen Tartarenfamilie, der auf der Flucht vor den Bolschewisten in Tokio bereitwillig Aufnahme fand. Er ist ein Gelehrter, der in der muselmanischen Welt hohes Ansehen genießt. Es scheint, als ob die offizielle japanische Politik es verstünde, aus ihm einen Rufer zu machen, der Japans Freundschaft zur islamischen Welt verkünden und deuten soll.

Warum interessiert man sich in Japan seit Kriegsende so offensichtlich für den Islam, wo man doch vor dem Krieg kaum eine Begegnung mit ihm hatte? Warum sprechen heute viele Japaner arabisch, persisch oder türkisch, während man vor dem Krieg im fernöstlichen Inselreich kaum jemanden traf, der mit den islamischen Sprachen vertraut war? Warum errichtet man heute an allen japanischen Hochschulen für diese Sprachen Lehrstühle und Semi-

nare und pflegt insbesondere die Sprache des Korans? Ist es die lebendige geistige Anziehungskraft des Islams, die den Japaner fesselt? Jene Kraft, die auf innerafrikanischem Gebiet die christliche Mission glatt aus dem Feld schlägt, obwohl sie keinerlei missionarische Organisation kennt, während von den verschiedenen christlichen Bekenntnissen die Missionsapparate aufs beste finanziert und durchorganisiert sind? Vielleicht ist der Japaner von dieser lebendigen Geisteskraft wirklich erfaßt. Aber wenn sie in Japan wirksam ist, dann begegnet sie dort jenem praktischen weltlichen Sinn, der den Japaner auch in religiösen Fragen auszeichnet und diese nicht zuletzt aus opportunistischen Überlegungen heraus beantworten läßt. Die Geschichte Japans lehrt das. Vor der Restauration des Jahres 1868 war in Japan der Buddhismus Staatsreligion. Während der Restauration trat an seine Stelle der Shintoismus, nicht weil man glaubte, daß sein Inhalt von höherem sittlichen Wert oder stärkerem geistigen Gehalt sei als die Religion des indischen Religionsstifters, sondern weil im Shintoismus eine nationale Religion gegeben war und mit jener Welle nationaler Emanzipation zusammenklang, durch die Japan in eine neue Epoche seiner Geschichte und in seine Großmachtstellung hinübergespült wurde. Wenige Jahre nach der Restauration setzte man in Japan sogar einen Ausschuß ein, der untersuchen sollte, welche Religion sich für Japan, vom weltlichen und nationalen Gesichtspunkt aus betrachtet, am besten eignet.

Die gleichen Gründe, die Japan während der Restauration dem Shintoismus nahebrachten, lassen es sich heute dem Islam nähern. In der Begegnung mit dem Islam hofft Japan seine politischen und wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Ein moslemfreundliches und teilweise mohammedanisches Japan kann spielend die Sympathien der 300 Millionen Moslemin in Asien und Afrika gewinnen, kann ihre Märkte erobern, kann ihre geistige Elite beeinflussen und erziehen und kann bei der Wehrhaftmachung der islamisch-orientalischen Völker ein bedeutsames Wort mitreden. Es kann sich dadurch für den weltpolitischen Machtkampf einen Verbündeten sichern, der von Natur aus in der gleichen anti-abendländischen Front steht.

Wie weit solche Hoffnungen und Überlegungen schon verwirklicht wurden, zeigte die Entwicklung der letzten Jahre. Der wirt-



schaftliche Vormarsch Japans in den Raum, der durch den Sudan, Ägypten, Palästina, Syrien, den Irak, Iran und Afghanistan abgesteckt ist, hat sich in aller Stille in einem Tempo und Ausmaß vollzogen, das keinesgleichen in der Weltgeschichte der Wirtschaft kennt. Der japanische Export fand seinen Widerstand nicht an den wirtschaftlichen Bollwerken der Mächte des Abendlandes, sondern am Lebenswillen der jungen nationalen Industrien in den Ländern der islamischen Welt. Diese Industrien werden aus taktischer Klugheit geschont oder umgangen, wie es jüngst die Entwicklung in Ägypten zeigte, wo die japanische Baumwollwareneinfuhr die junge ägyptische Textilindustrie zu ersticken drohte. Im übrigen aber und vor allem für den europäischen Exporteur ist das Wort von der gelben Gefahr im islamischen Raum wahr geworden. Japan steht heute an den Gestaden des Mittelmeers.

In welchem Tempo sich Japans wirtschaftlicher Aufmarsch vollzog, in welcher Breite und Macht, das beweisen deutlich und nachdrücklich ein paar Zahlen, die man in Palästina veröffentlichte und die sich auf einen Markt beziehen, der, obschon im islamischen Raum gelegen, durch das zugewanderte jüdische Element stark europäische Bedürfnisse hat. Auf dem palästinischen Markt hatte Japan im Jahre 1931 etwa 6 Prozent Anteil an der Gesamteinfuhr von Seiden- und Baumwollwaren. Der japanische Anteil stieg im Jahre 1932 auf 28 Prozent. Im Jahre 1933 wurden 56 Prozent der Gesamteinfuhr und im Jahre 1934 etwa 62 Prozent für japanische Rechnung verbucht. Die japanische Einfuhr hatte sich auf diesem Gebiet im Zeitraum von vier Jahren vervierzehnfacht.

Nicht in allen Ländern der islamischen Welt ist der Anstieg des japanischen Exportes so schwindelnd, nicht in allen Warenkategorien so stark, aber die Grundtendenz der japanischen Eroberungen ist auf allen Gebieten, wo japanische Waren konkurrieren, die gleiche.

Wie war es möglich, daß Japan hier in der kurzen Frist weniger Jahre alteingeführte europäische Exportindustrien aus dem Sattel warf? Die ungeheure Preisunterbietung bei gleichzeitiger Qualitätsverschlechterung, die wiederum konsumvermehrend wirkte, ist nicht die alleinige Ursache. Der japanische Aufstieg findet seine tiefere Begründung in der Begegnung Japans mit dem Islam, in der Tatsache, daß Japan durch seine Haltung und Einstellung zum

Islam seinen Wirtschaftskampf mit den Westmächten nicht nur mit ökonomischen Waffen, sondern auf einer breiteren Front führt als die Konkurrenten des Westens. Die mohammedanische Welle, die über Japan hinwegflutet, strömt auch über seine Grenzen und trägt japanische Waren weit in die islamische Welt hinein. Das Wirtschaftliche paarte sich mit dem Religiösen, und das geistige Erlebnis suchte seinen Niederschlag im materiellen Erfolg. Ein paar Beispiele mögen das erläutern:

Es ist noch nicht lange her, da wurde in Kobe in Japan aufs feierlichste eine Moschee für die japanischen Mohammedaner zur größeren Ehre Allahs und seines Propheten eingeweiht. Berichte über diese Einweihung hatte eine geschickte japanische Propaganda in die Zeitungen der islamischen Welt gestreut, und diese Propagandasaat ging wunderbar auf. Die Moschee nahm riesige Dimensionen an, und die Liebe Japans zum Islam leuchtete wie ein flammendes Fanal, sichtbar der ganzen islamischen Welt. Wo immer Japan mit dem Vortrupp seiner Handelsmacht anrückte, waren japanische Mohammedaner die Wegbereiter. Als in Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, im Herbst 1934 erstmals eine japanische Handelsdelegation eintraf, wurde sie präsiert von einem japanischen Mohammedaner, der zunächst mit den Spitzen der afghanischen Behörden in die Moschee zum Gebet schritt. Nachdem man sich vereint sah im Glauben an Allah und seinen Propheten, wurden dann die Verhandlungen zwischen beiden Partnern unter besonders glücklichen Auspizien eröffnet. Wo immer es sei, ob Iran oder Irak, ob Ägypten oder Palästina, japanische Moslemin kommen ins Land als Kaufleute oder Konstrukteure, als Vertreter oder Techniker und ebnen für Japan und sein wirtschaftliches Begegnen mit den islamischen Völkern den Weg.

Der Eroberung folgt die Sicherung auf dem Fuß. Überall tauchen japanische Handelsdelegationen auf, Handelskammern werden gegründet, Schiffahrtslinien eröffnet, die Japan auf direktestem Weg mit den Häfen der islamischen Welt verbinden. Beim Aufbau solcher Verbindungen gewährt man häufig der islamischen Wirtschaft eine Beteiligung, die neuer Bindung gleichkommt, ohne dem japanischen Ziele hinderlich zu sein, und die gleichzeitig dem Selbstgefühl des islamischen Wirtschaftsnationalismus wohltuend entgegenkommt.

Aber es ist noch ein anderes Moment, das den Japaner im islamischen Raum willkommen heißt. Der moslemische Orientale sieht im Japaner, der den Wirtschaftskampf gegen die abendländischen Mächte so geschickt führt, den Gegner des abendländischen Imperialismus schlechthin. Der Japaner ist Gegner des eigenen Gegners, also der natürliche Verbündete. Jedes Stück japanischer Ware, das im islamischen Raum verkauft wird, bedeutet einen Schlag gegen jene, deren Bevormundung der islamische Nationalismus entgegen will. Jeder japanische Gewinn bedeutet Verlust für die, gegen deren politische Ansprüche der Islam sich zäh und unerbittlich wehrt. Japanischer Vormarsch ist gleichbedeutend mit dem Rückzug der Europäer, die im Moslem keinesfalls einen Gleichberechtigten und Gleichwertigen sehen, sondern einen Menschen, dem man bestenfalls mit freundlichem Abstand begegnet. Die antiabendländische Einstellung der islamischen Völker, die aus politischer Vergangenheit und Gegenwart gewachsen ist, läßt im Japaner einen willkommenen Bundesgenossen sehen und in dem gelbhäutigen Menschen einen Bruder gegen den weißen, christlichen Imperialisten. Sicherlich sind solche Gefühle im einzelnen moslemischen Individuum nicht so scharf formuliert wie hier vom Beobachter auf dem Papier. Aber sie wurden von führenden Mohammedanern zu wiederholten Malen in ähnlicher Schärfe herausgestellt.

Diese aus antieuropäischer Einstellung kommenden warmen Gefühle des Mohammedaners für Japan pflegt dieses mit besonderer Zärtlichkeit. Und die Flamme des Islams, zweckbedingt auf dem Inselreich im Fernen Osten entzündet, leuchtet heller und heller und wirft ihr flackerndes Licht herüber bis zu den Gestaden des Mittelmeers auf ein Kampffeld, auf dem eine neue Epoche in den Auseinandersetzungen zwischen Abendland und Morgenland begonnen hat.

*Zwischen Abend und Morgen*

In den Tagen, als Mussolini im Jahre 1937 während seiner Reise durch Libyen den Islam zu gewinnen suchte und in Manifesten, die jenen glichen, die Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1898 gab, sich als Freund und Protektor des Islams erklärte, wurde auch in London eine Rede gehalten, die den so umworbenen Islam ansprechen sollte.

Sprecher war der ehemalige englische Oberkommissar für Ägypten, Lord Lloyd, der in einer Londoner Moschee über die Bedeutung und Wiedererstarkung des Islams sprach. Diese Rede, in der europäischen Öffentlichkeit kaum beachtet, hatte in der islamischen Presse nachhaltige Aufmerksamkeit gefunden. Sie entfesselte hier, auf dem Forum der islamischen Öffentlichkeit, eine Debatte, die aufschlußreich für die gewandelte Geisteshaltung der Moslemin war, charakteristisch aber auch für den Substanzverlust, den das Abendland in seiner Gesamtheit im islamischen Morgenland erlitten hatte. Lord Lloyd sagte in der erwähnten Rede unter anderem:

»Ich glaube, daß das Britische Empire nicht ohne volle Unterstützung der Moslemin in aller Welt existieren kann. Meiner Meinung nach ist der Islam in seiner geistigen Geschlossenheit eine der substantiellsten Kräfte der Welt von heute. Und ich werde stets alles tun, was in meiner Kraft steht, um England überall in der Welt zu freundlichen Beziehungen mit dem Islam zu bringen . . .«

Diese Worte Lord Lloyds, der noch vor wenigen Jahren, während seiner Amtszeit als Oberkommissar in Ägypten, in schärfsten Gegensatz zu den ägyptischen Nationalisten geriet, so daß London ihn schließlich abberufen mußte, kamen überraschend, besonders überraschend, wenn man bedenkt, daß Lord Lloyd einer der unerbittlichsten Parteigänger der Diehards ist.

Die islamische Presse, besonders aus denjenigen Ländern, die unter dem politischen Einfluß Englands standen oder noch stehen, veröffentlichten diese Rede Lord Lloyds an hervorragender Stelle und wiesen in ihren Kommentaren darauf hin, welche Bereitschaft zur Freundschaft und Zusammenarbeit und welcher Geist der Anerkennung aus den Worten dieses ultrakonservativen Engländers klangen. Im übrigen aber war die Reaktion der islamischen Presse

auf diesen Anruf ganz anders, als man erwarten konnte. Anscheinend von einem anderen Geist getragen als die Rede des englischen Politikers, der den islamischen Orient aus langjähriger eigener Anschauung kennt. Sie war kritisch, kühl, distanziert und bemüht, die Gründe für die gewandelte Geisteshaltung eines Lords Lloyd und vieler anderer Engländer und Europäer klarzulegen. Der Kommentar einer großen ägyptischen Zeitung war charakteristisch dafür. In ihren Spalten konnte man lesen:

»Ein Engländer und überhaupt ein Europäer würde sich nicht plötzlich auf die Bedeutung und auf die Kraft des Islams besinnen, würde er nicht die Gefahren spüren, die vom Fernen Osten drohen, würde nicht dem Westen der Eifer unbehaglich, mit dem sich Japan um den Islam in aller Welt bemüht. Aber das allein würde vielleicht noch nicht genügen, die Haltung des Westens uns gegenüber zu ändern. Es kommt dazu das Sichregen, das Wiederlebendigwerden unserer eigenen Kräfte, das Sichwiederbesinnen auf die große islamische Vergangenheit. — Im Grunde ist solche Anerkennung der Bedeutung und der Weltmachtgeltung des Islams nichts Neues. Denn lag in dem Bemühen der politischen Weltmächte, die Einheit des Islams aufzuspalten, lag in den Versuchen, seinen Lebensraum zu beherrschen, nicht auch solche Anerkennung? Da der Islam schwach war, erkannte man ihn dadurch an, daß man ihn beherrschte. Heute, da er stark zu werden beginnt, da er sich auf sich selbst und die ihm innewohnenden Kräfte besinnt, wirbt man um ihn und spricht von Freundschaft. Aber diese Freundschaft, wenn man sie wirklich will, muß anders aussehen als das Bild, das man sich im Westen weiterhin davon macht. Denn Freundschaft, wie sie sich Lord Lloyd denkt und mit ihm viele andere kluge Männer des Abendlandes, ist doch eine solche wie zwischen Herr und Diener. Zwischen Starkem und Schwachem. Sie ist trotz aller freundlichen Worte wie eine Unterwerfung des einen unter den anderen gemeint. Eine Freundschaft in diesem Sinne aber würde der Islam heute nirgendwo mehr annehmen, es sei denn, seine Erstarkung würde nachlassen, sein Erwachen würde aufhören, sein Aufbruch wäre beendet. Es wäre ein fundamentaler Fehler, würde der Westen annehmen, der islamische Orient sei mit seiner gegenwärtigen Lage zufrieden, da sich ein großer Teil der islamischen Völker, da sich Millionen und aber Millionen Gläubige noch den

überlegenen materiellen Kräften des Westens beugen müssen. Dieses Sichbeugen ist vorübergehend und wird nur bis zu dem günstigen Augenblick dauern, in dem es möglich wird, das fremde Joch abzuschütteln. Und dieser Augenblick wird kommen und rückt näher in dem Maß, in dem die Atomisierung Europas und der Verlust seiner geistigen Einheit Fortschritte machen. In der Zersplitterung des abendländischen Geistes liegt der Motor für die Größe morgenländischer Zukunft . . .

Spricht aber der Westen heute, im Bewußtsein seiner inneren Schwäche, von Freundschaft, so muß diese noch ganz andere Formen annehmen, andere Beweise liefern, ehe der Islam geneigt sein wird sie anzunehmen, und den Jahrhunderten der Auseinandersetzung zwischen Abend und Morgen Jahrhunderte der Zusammenarbeit und des Friedens folgen können . . .«

Dieser Kommentar, dem andere, ähnliche beigefügt werden könnten, ist charakteristisch für die Geisteshaltung des Moslems und für seine Beurteilung der abendländischen Situation. Es zeigt sich, daß diese Geisteshaltung kämpferisch ist, trotz der Tatsache, daß heute im Völkerbund neben den abendländischen Mächten eine Gruppe islamischer Mächte angeblich gleichberechtigt und bereit zur Zusammenarbeit sitzt. Dieser Kommentar zeigt, wie tausend andere Lebensäußerungen, die heute in der islamischen Welt sichtbar werden, daß Minderwertigkeitsgefühle, die, wenn nicht im Geistig-Religiösen, so doch im Politischen vorhanden waren, verschwunden sind und einem kompromißlosen Lebensanspruch Platz gemacht haben, der so lange und jenseits aller Opportunität und Teilerfolge vertreten wird, bis er bedingungslos erkämpft ist.

Aus welchem Kraftbewußtsein heraus wird heute solcher Lebensanspruch im Morgenland gestellt?

Aus dem Bewußtsein, daß die geistige Einheit des Islams und das lebendige Empfundensein der islamischen Religion überall dort triumphiert, wo es sich jenseits des Technisch-Materiellen auf rein geistigem Gebiet mit christlich-abendländischem Geist zu messen hat. Das wird nirgendwo deutlicher sichtbar als in Innerafrika, auf dem Kampffeld, auf dem die missionierenden Kräfte des christlichen Abendlandes und des islamischen Morgenlandes um die Seelen der Menschen ringen. Während im vergangenen Jahrhundert auf diesem Schauplatz das Abendland politisch allent-

halben triumphierte, vollzog und vollzieht sich ein nicht aufzuhaltender geistiger Sieg des Islams über das Christentum. Wo der Islam einmal eingedrungen ist, hat die christliche Mission das Spiel um die heidnischen Seelen unabwendbar verloren. Einem zersplitterten und theologisch sich mehr und mehr verklausulierenden Christentum gegenüber ist der Islam in seiner Geschlossenheit und Einfachheit weit überlegen. Er geht nicht auf die Gewinnung des einzelnen, des Individuums, aus, sondern sucht den Stamm als nationale Einheit zu erobern, denn wie keine andere Religion verbindet die mohammedanische das religiöse und das politische Erleben. Diese geistige Überlegenheit des Islams, aus der heraus gerade der erfahrene christliche Missionar eine vollständige Eroberung Afrikas durch die mohammedanische Laienmission voraussagt, wird ihre Auswirkung im Bezirk des Politischen dann haben, wenn der Prozeß der sozialen und nationalen Emanzipation in den von Europa kontrollierten Kolonialgebieten den Punkt erreicht haben wird, in dem die politische Position der Kolonialmächte trotz der heute noch gegebenen Überlegenheit europäischer Kriegsinstrumente bedroht sein wird.

So offenbart es sich gegenwärtig, wie verhängnisvoll die abendländische Entwicklung war, seit das Zeitalter des »christlichen Abendlandes« zu Ende ging. Bis dahin hatten die in der Geschichte erscheinenden und wirksam werdenden europäischen Einheitsgebilde jeweils ihre Prägung aus einer dominierenden Idee empfangen, aus der heraus sich das konstituierte, was als »Europa« in das Spiel weltpolitischer Auseinandersetzungen trat. Nach Zerfall der Antike war es das Christentum, das diese konstituierende Idee, diesen politisch zusammenfassenden Faktor lieferte. Als »christliches Abendland« trat Europa in die Arena der Geschichte. In ihm waren die auseinanderstrebenden Sonderinteressen gebunden und durch das lebendige Erlebnis des Christentums in eine einheitliche Willensrichtung gezwungen, so wie heute der lebendig empfundene Islam noch die Einzelinteressen mohammedanischer Staaten dämpft und in die Front morgenländischer Schicksalsgemeinschaft zwingt. Dieses »christliche Abendland«, das als Gegenspieler dem islamischen Morgenland in jener Auseinandersetzung entgegentrat, die bis heute währt und aus der heraus das politische Antlitz der Erde gestaltet wurde, war in seinem An-

spruch für alle Glieder wenigstens dem »Sollen« nach verpflichtend. Es fand seinen Ausdruck am lebendigsten im »Reich«, jenem Reich, das uns Deutschen geradezu schicksalhaft wurde. Dieses christliche Abendland ging unter, als durch die Erneuerung der Antike der Humanismus der europäischen Gemeinschaft den konstituierenden Faktor lieferte. Das »Reich« als Sinnbild, als reinsten Ausdruck des »christlichen Abendlandes«, wurde aus seinen metaphysisch-christlichen Bindungen gelöst, aber es schien vielen trotz seiner Schwäche und Ohnmacht immer noch Sinnbild europäischer Einheit und abendländischer Solidarität. Aus der abendländischen Völkergemeinschaft aber war am Ende des Jahrhunderts, in dem die humanistische Idee ihren reinsten Ausdruck gefunden hatte, eine Völkergesellschaft geworden. Sie wurde entscheidend erschüttert durch die Französische Revolution, die den endgültigen Prozeß europäischer Aufspaltung und Atomisierung einleitete. Der Nationalstaat wurde zum politischen Dogma, unter dessen Zeichen Europa im 19. Jahrhundert in seiner inneren Geschlossenheit mehr und mehr zerbröckelte und zerfiel, bis es schließlich in unseren Jahrzehnten in den Blutströmen des Weltkriegs versank.

Erschüttert von der Tragödie des Weltkriegs und in der Erkenntnis, welchen Substanzverlust dieser Krieg dem Abendland auf morgenländischen Feldern gebracht hatte, versuchte man das Abendland neu zu prägen, dem historischen Begriff neues Leben einzuhauchen. Bemühte man sich Europa zu rekonstruieren, um es als politische Größe und geistige Macht im Bereich weltpolitischer Auseinandersetzung zwischen Abend und Morgen zum Einsatz zu bringen. Sowohl der Götze »Völkerbund« als auch die auf dem Flugsand materieller Interessen gründende Idee eines »Pan-Europas« zielten in dieser Richtung.

So hält heute, nachdem der Gedanke des Humanismus auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs zu Grabe getragen wurde, keine Idee das Abendland mehr zusammen. Selbst vom Religiösen her gesehen, existiert eine abendländisch-christliche Einheit nicht mehr. Denn dem Franzosen steht der eingebürgerte heidnische Farbige Innerafrikas näher als der christliche Deutsche jenseits des Rheins. Der Staatsegoismus hat die christliche Einheit, die einst Europa verkörperte, restlos geopfert. Existierte im 19. Jahrhundert noch der Gedanke einer »Europäischen Mission«, die danach drängte,



der übrigen Welt, vor allem dem Morgenland, die Güter abendländischer Kultur und Zivilisation zu vermitteln, so ist dieses Sendebewußtsein heute völlig zertrümmert von der Tatsache, daß man Europa jenseits der Meere auch in technisch-zivilisatorischer Hinsicht nicht mehr bedarf. Was als verbindender, als ein Europa konstituierender Faktor bleibt, ist die Furcht. Die Furcht vor dem Asiatischen, das von Moskau her die abendländische Ordnung zu zersetzen droht, die Furcht vor den afrikanischen Völkern und ihrer Fruchtbarkeit, die in Frankreich schon den Fuß auf europäische Erde setzten. Aber selbst die Furcht vermochte nicht die europäische Solidarität zu beleben, so sehr ist der Begriff »Europa« ein geographischer, der Begriff »Abendland« eine geistesgeschichtliche Erinnerung geworden. Vergebens sucht man leere Begriffshüllen mit der Gemeinsamkeit materieller Interessen neu zu füllen. Der Ausgleich mißlingt. Besitzer stehen unerbittlich gegen Besitzlose, revolutionäre Kräfte gegen statische. Abendland als geistige und Europa als politische Einheit existieren nicht mehr . . .

So sieht man heute aus der islamischen Perspektive den Widersacher von gestern. Und vor solchem Bild werden Anspruch und Selbstbewußtsein wach, aus dem heraus dann wieder Aktion, Auseinandersetzung und Kampf wachsen. Vor diesem Bild abendländischer Zerrissenheit wird für den Moslem die Forderung nach morgenländischer Einheit zum Wunsch und zur Tatsache, durch die man im Morgenland dem politischen Atomisierungsprozeß, dem Europa erlag, entgeht. Es wiederholt sich, begonnen vom Morgenland, das Spiel der Geschichte, in dem aus der Kraft, die in der geistigen Einheit des Islams beschlossen liegt, die islamische Weltmacht in islamischer Frühzeit begründet wurde. Ein englischer Denker, Hilaire Belloc, hat diese unverminderte innere Kraft und ihre mögliche Auswirkung im Gegensatz zu vielen oberflächlichen Beurteilern erkannt, wenn er schreibt: »Für mich gibt es keinen Zweifel, daß eine Kultur, die so in sich geschlossen ist und eine solche Gläubigkeit in sich trägt wie der Islam, nicht nur eine Zukunft vor sich hat, sondern ihren Gegnern auch gefährlich werden kann. Dem könnte man entgegenhalten, daß der Islam die Herrschaft über gewisse materielle Dinge, vor allem als Kriegsmacht, verloren hat. Er hat nicht Schritt gehalten mit dem Fort-

schritt moderner Technik. Ich kann nicht einsehen, warum er dieses Versäumnis nicht nachholen sollte . . . ? Die moderne Technik setzt keine besondere Geistesbeschaffenheit voraus. Sie beruht auf Erfahrung und Experiment. Tatsächlich verhält es sich so, daß eine in hohem Grade mechanisierte Zivilisation oft niveauloser ist als eine in dieser Beziehung nicht so hoch entwickelte. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, daß ein Volk, das sich bisher für den Mechanismus weniger begabt zeigte, in einer späteren Zeit Herr werden könnte über ein anderes Volk, das dem Mechanismus und allen den Methoden, die den Menschen der Natur entfremden, rettungslos verfallen ist. Warum sollte die mohammedanische Kultur nicht noch lernen, was wir auf materiellem Gebiet gelernt haben? Uns hingegen wird es schwer fallen, die einheitliche lebendige Sittenlehre wiederzugewinnen, die das Christentum verloren hat, während der Islam sie sich zu bewahren wußte . . .«

Es scheint, als ob die von Hilaire angedeutete Nachholung schon durch den Prozeß staatlicher Umschichtung in der islamischen Welt in Fluß gekommen ist. So wird die neue Staatenwerdung im moslemischen Schicksalsraum doppelt bedeutsam. Die islamische Welt in ihrem aus nationalen Einzelstaaten errichteten Neubau ist einzugliedern in jene Front von Kräften, die sich in drei Erdteilen gegen die weiße Rasse erheben. Erst in dieser Front werden ihre Kraft und Bedeutung erkennbar — auch wenn heute noch starke Flotten und Bombengeschwader dem Westen eine strategische Überlegenheit sichern.

In diesem Sinne ist der islamische Aufbruch der eindringlichste Appell an die europäische Solidarität.

Ob man ihn hören wird?

*Ende*

### *Literaturverzeichnis*

- Armstrong »Der graue Wolf« — Leipzig 1933.  
— »Lord of Arabia« — London 1934.
- Arnold, T. W. »The Caliphate« — Oxford 1924.
- Banse, E. »Das Orientbuch« — Straßburg 1908.
- Castagne, Joseph »Le Bolchevisme et l'Islam« — Paris 1922.
- Chirol, Sir Valentine »Panislamism« Central Asian Society — London 1906.
- Hoeppli, Henry »England im Nahen Osten« — Erlangen 1931.
- Hoffmann, Karl »Orientpolitik und angelsächsischer Imperialismus« — Berlin 1927.
- Hurwicz, Elias »Die Orientpolitik der dritten Internationale« — Berlin 1922.
- Kohn, Hans »Geschichte der nationalen Bewegungen im Orient« — Berlin 1928.  
— — »Die Europäisierung des Orients« — Berlin 1934.
- Kral, August v. »Das Land Kemal Atatürks« — Wien 1935.
- De Lacy, O'Leary »Islam at the Crossroad« — London 1923.
- Lothrop, Stoddard »The New World of Islam« — London 1921.
- Mott, J. R. »The Moslem World of To-Day« — London 1925.
- Rohde, H. »Der Kampf um Asien« — Stuttgart 1924.
- Schmitz, Paul »Neubau der arabischen Welt« — Leipzig 1937.
- Topf, Erich »Die Staatenbildungen in den arabischen Teilen der Türkei« — Hamburg 1929.
- Toynbee, Arnold J. »The Islamic World since the Peace Settlement« — Oxford 1927.

Oriente Moderno. Revue du Monde Musulman. Great Britain and the East. The Times. Daily Telegraph. Frankfurter Zeitung. Deutsche Allgemeine Zeitung-Berlin. Münchener Neueste Nachrichten. Deutsche Zukunft-Leipzig.

---

*Verzeichnis der im Werke genannten  
Personen, geographischen Bezeichnungen, Organisationen,  
Unternehmungen, religiösen Begriffe, historischen Ereignisse usw.*

- Abbas, Sohn des 4. Kalifen Ali ibn Abi Talib, der 661 in Kufa ermordet wurde, 61
- Abbas I., Vizekönig von Ägypten, geb. 1813 in Dschedda in Arabien, gest. 1854, trat 1848 die Regierung an und brachte Ägypten wieder in die Abhängigkeit zur Türkei, 11
- Abbasiden, Kalifen von Bagdad von 750—1258; Gründer der Kalifendynastie ist Abul Abbas Abdallah, ein Urenkel des Abbas, der ein Oheim Mohammeds war, 8
- Abdallah, jetziger Emir von Transjordanien, 70, 119
- Abdul Asis, türk. Sultan von 1861 bis 1876, wurde nach erzwungener Thronentsagung ermordet, 67
- Abdul Baha, Sohn von Baha Ullah, 100
- Abdul Hamid, türk. Sultan (1876—1909), wurde abgesetzt, da er die versprochene Wiederherstellung der Verfassung nicht durchführte, 17, 50, 53, 58, 59, 61—63, 66—69, 72, 79, 81, 82, 95, 111, 140, 142
- Abdul Meschid, Sultan von 1839—1861, erließ 1839 den Hatt i Scherif von Gülhane, das türk. Grundgesetz, und 1856 den Hatt i Humajun, das Gesetz zur Gleichstellung der nichtmuselman. Untertanen, 49
- Abdul Meschid, türkischer Thronfolger, geb. 1868, nach Abschaffung des Sultanats 1922 Kalif (bis 1924), lebt in der Schweiz, 111
- Abessinien, siehe ital. Ostafrika, 199, 204, 228, 229
- Abu Bekr, 1. Kalif des Islams, gest. 634, Vater von Mohammeds Frau Aischa, gest. 678; als Prophetin verehrt (siehe S. 116)
- Achmed el Asai, Scheik in Persien, gest. 1826, 96
- Achmed (Ahmed), Saijid von Rai Bareli, verbreitete um 1820 in Nordindien die wahabitische Lehre, 83, 90, 91
- Achmed el Scharif, Neffe von Mohammed el Mahdi, Führer des Senussi-Ordens ab 1902, 94
- Adalia, türk. Provinz und Stadt, 223
- Adana, Provinz in Zilizien, 206
- Aden, seit 1839 engl. Hafen, nahe der SW-Ecke Arabiens (s. Karte S. 13), 6, 10, 39.
- Adua, Hauptstadt der Landschaft Tigre im früheren Nordabessinien. — Am 1. 3. 1896 wurden hier die Italiener von Menelik II. geschlagen, 223
- Adrianopel, siehe Edirne (s. Karte S. 14), 99
- Afghanisch-türkischer Vertrag, 1921 unterzeichnet, 122, 123, 147, 162, 168—172, 184
- Afghanisch-britischer Vertrag, abgeschlossen 1921, 184
- Afghanistan, Kgr., der NO. des iranischen Hochlandes in Asien, 731000 qkm (s. Karte S. 36), 21, 24, 43, 46, 55, 123, 124, 237, 238
- Aga Khan, Moslemführer in Indien, 60
- Aga Mohammed Khan, Gründer der Kadscharen-Dynastie (siehe da), 54
- Ägypten, nordöstl. Teil Afrikas, mit Asien durch die Landzunge von Suez verbunden, 994300 qkm groß, 7, 10, 11, 12, 21, 24—26, 39, 41, 47, 54, 60, 63, 70, 71, 73, 81, 94, 106, 113, 120, 121, 126—135, 151—154, 157, 160, 161, 174, 199—204, 213, 237—240
- Ahmad, Sohn des pers. Schahs Mohammed Ali, kam 1909 auf den Thron, 76
- Air France, frz. Flugverkehrsgesellschaft, 25, 26
- Akkon, Stadt in Palästina, 99, 100
- Al Azhar, mohammedan. Universität in Kairo, gegründet 988, die bedeutendste Bildungsstätte des Islams, 80, 81, 82, 106, 118, 229, 231, 232, 235
- Ala Litoria, ital. Fluggesellschaft, 25
- Aleppo (Haleb), Stadt in Syrien (s. Karte S. 15 u. 31), 16, 209
- Alexandrette, Hafen in Syrien, am Golf von A. des östl. Mittelmeeres, 209
- Alexandria, alte Hauptstadt Ägyptens, 331 v. Chr. von Alexander d. Gr. gegründet, am nordwestl. Rand des Nildeltas, mit der Insel Pharos durch einen Damm verbunden, 7, 25, 54
- Algerien, seit 1830 frz. Kolonie an der Nordküste Afrikas, 2195097 qkm (siehe Algier)
- Algier, Hptst. von Algerien, im Dpt. Algier am Mittelmeer, 26, 109, 134, 177, 213—222

- Allenby, engl. General in Ägypten, 202  
 Ali, 4. Kalif, ermordet 661, war der Schwiegersohn Mohammeds, 61, 96  
 Ali Pascha, türkischer Staatsmann, geb. 1815, gest. 1871, zwang 1869 den Vizekönig von Ägypten zur Anerkennung der türkischen Oberhoheit, war Förderer der Transbalkanbahn, 12  
 Allahabad, Hptst. der Vereinigten Prov. N. Brit.-Ind., an der Jumna und am Ganges, 25  
 Aman Ullah Khan, Herrscher von Afghanistan, geb. 1885, gestürzt 1929 durch Bacha Sakao, 110  
 Amiranian Oil Company of Delaware, 148, 149  
 Amman, Ort in Transjordanien (s. Karte S. 29), 30  
 Anatolien, Name für Kleinasien, Hauptteil des türk. Staates, 7, 9, 12, 13, 16, 18, 28, 32, 63, 68, 140, 142, 144, 152, 185  
 Anatolische Eisenbahn, führt von Heidar-Pascha über Eskischehir—Kaisarije nach Konia (s. Karte S. 14/15), 16, 32, 185  
 Andschuman el Elm, theolog. Hochschule in Konstantinopel, 80  
 Anglo Iranian, siehe Anglo-Persian Oil Company, 148  
 Anglo-Persian Oil Company, englisch-persische Ölgesellschaft, 141—143, 146 bis 148, 188, 191  
 Ankara (Angora), Hauptstadt des Türkischen Reiches seit 1923 im Innern Kleinas. (s. Karte S. 13, 31), 20, 32, 39, 123—125, 127—129, 174, 195, 206  
 Ankaravertrag vom Okt. 1921 brachte die Grenzregulierung zwischen der Türkei und Syrien, 209  
 Arabi Pascha, Achmed (1839—1911), Führer der ägypt. Nationalpartei, 71  
 Arabien, große Halbinsel SW-Asiens, durch die Landenge von Suez mit Afrika verbunden, 3 Mill. qkm, 8, 46, 57, 60, 83, 84, 87—90, 93, 96, 113, 114, 118, 120, 121, 182, 205, 235  
 Armenien, Hochland zwischen Kasp. und Schwarzem Meer, 7, 17, 54, 144, 165, 174  
 Armstrong, engl. Biograph, 119  
 Asquith, Herbert Henry, engl. Staatsmann, geb. 1852, gest. 1928, 141  
 Asir, Landschaft nördl. des Jemen, 226  
 Assiut, Stadt, südl. von Kairo, am Nil, 161  
 Assuan, oberägyptische Provinzhptst. am 1. Nilkatarakt, 161  
 Assyrien, Landschaft östl. vom mittleren Tigris, 165 000 qkm, 140  
 Atatürk, siehe Kemal Pascha  
 Athen (s. Karte S. 14), 25  
 Ayayana, Ort im Innern Arabiens, 84  
 Bab [El Bab], Vermittler zwischen den Schiiten und deren Führer, 96—100  
 Bab el Mandeb, Meerenge, Ausgang des Roten Meeres, 227  
 Babismus, Babisten, siehe Bab, 97—100  
 Bagdad, Hauptstadt des Staates Irak (s. Karte S. 13, 15 u. 23), 8, 9, 18, 19, 20, 22, 23, 25, 38, 39, 42, 43, 84, 98, 119, 123, 124, 142, 143, 194, 195, 227  
 Bagdadbahn, Fortsetzung der Anatolischen Eisenbahn in Konia über Aleppo, Nissibin, Mossul, Bagdad nach Basra (s. Karte S. 14/15), 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 32, 38, 124, 209  
 Baha Ullah, Führer der Schiiten, starb 1892, 98, 99, 100  
 Bahrein-Inseln, britische Inselgruppe im Pers. Golf, 550 qkm, 148  
 Bahrein Petroleum Company, 148  
 Bakhiari-Berge, in Südpersien, 140  
 Baku, Hptst. der russ. Sowjetrep. Aserbeidschan, am Kasp. Meer, 265 000 Einwohner, 166, 186  
 Balbo, Italo, geb. 1896, italienischer Staatsmann, gründete 1919 die faschistische Bewegung in Ferraro; Gouverneur von Libyen, 231  
 Balfour, Arthur James, Earl of, brit. Staatsmann, geb. 1848, gest. 1930, gab am 2. Nov. 1917 die sogenannte Balfour-Declaration über die Einrichtung eines zionistischen Palästinas ab, 196, 197  
 Balkan, südöstl. Halbinsel Europas, umfaßt Jugoslawien, Bulgarien, die Dobrudscha, Albanien, Griechenland und die europ. Türkei (s. Karte S. 14/15), 16  
 Bandung (Bandoeng), Stadt auf Java, niederl. Indien, 25  
 Bangkok, Hptst. Siams (Hinterindien), 25  
 Banque Impériale Ottomane, 50  
 Basra, Stadt im Irak, Station der Bagdadbahn (s. Karte S. 15), 18, 25, 39  
 Bast, eine religiöse Demonstration der Mohammedaner, 74  
 Batavia, Hptst. von Niederl.-Ostindien. an Javas N.-Küste, 25  
 Beidschi, Station der Bagdadbahn (siehe Karte S. 15), 18, 19  
 Bekr Sedky, Freiheitskämpfer im Irak, 195, 196

- Belgisch-Kongo, Kolonie in W.-Afrika, einschl. der ehem. deutsch-ostafrikan. Landschaft Ruanda und Urundi, 2420000 qkm, 26
- Belloc, Hilaire, engl. Schriftsteller, geb. 1870, war 1906—1910 Parlamentsmitglied, 245, 246
- Bellovo, Stadt in Bulgarien (s. Karte S. 14), 14
- Belutschistan, Land im südöstl. Iran, westl. Teil Brit.-Indiens, 348698 qkm, 185
- Bendar Schah, iranischer Hafen am Kasp. Meer (s. Karte S. 36), 35, 37
- Bendar Schahpur, iranischer Hafen am Persischen Golf (s. Karte S. 36), 35, 37
- Bendjellul, Dr., politischer Kämpfer in Alger, 215, 216, 217, 218, 220, 221, 222
- Bengalischer Golf, Teil des Indischen Ozeans zwischen Vorder- und Hinterindien, 90
- Belutschistan, Land im östl. Iran, westl. Teil Brit.-Indiens, 24, 46
- Berlin, 25, 143
- Berliner Vertrag, beendete den Russisch-Türkischen Krieg und wurde im Juli 1878 auf dem Berliner Kongreß abgeschlossen, 15
- Blum, Léon, frz. Sozialistenführer und Politiker, geb. 1872, 221
- Bosnien, seit 1919 Teil Jugoslawiens; mit der Herzegowina 51200 qkm, 14
- Bosporus, Meerenge zwischen dem Schwarzen und dem Marmarameer, 28 km lang, 660—3300 m breit, 176
- Bredford Dyers Association, 154
- Brisbane, Hauptst. von Queensland, Australien, 25
- British Cotton Growing Association 152
- British Oil Development Company, 147
- Brüssel, 26
- Bryan, amerikanischer Staatsmann der USA, 100
- Buchara, Oasenstadt in der russ. Sowjetrepublik Usbekistan, war Hptst. des 1918 aufgehob. Emirates B., 79 169, 170, 180
- Buddhismus, indische Religion, gestiftet im 6. Jahrhundert v. Chr., 236
- Bulgarien, Kgr. der östlichen Balkanhalbinsel, 103146 qkm groß (s. Karte S. 14), 15
- Bulgurlu, Station der Bagdadbahn in der türk. Provinz Lykaonien, 16
- Burmah Oil Company, Ölgesellschaft im Iran, 141
- Buschir, Hafen Irans am Pers. Golf (s. Karte S. 36), 25
- California Arabien Oil Company, 148
- Ceylon, britische Insel (Kronkolonie) im Indischen Ozean, von Vorderindien durch die Palkstraße getrennt, 65607 qkm, 6, 7
- Chan, siehe Khan
- Chanikin, Ort im Irak, nordöstl. von Bagdad, 38
- Charput, Ort in der Zentraltürkei, 206
- Chautemps, Alphonse, frz. Staatsmann, geb. 1860, 216
- Chawkat Ali, Führer der indischen Moslemin, forderte 1936 ein saudisches Kalifat in Mekka, 121
- Chester, Colby M., amerikanischer Admiral, 140, 142, 145, 146
- China, 11 Mill. qkm, 478 Mill. Einwohner, 7, 25, 113, 136, 165
- Chorossan, Provinz im Nordiran, 141
- Churchill, Winston, engl. Staatsmann, geb. 1874, 141
- Clemenceau, Georges, frz. Staatsmann, geb. 1841, gest. 1929, 145
- Constantine, Ort in Alger, 215
- Cotton Growing Corporation, 152
- Cox, Percy, Sir, Organisator der engl.-persisch. Armees, die sog. South Persia Rifles, 185, 186
- Cromer, Baring, Earl of, anglo-ägyptischer Staatsmann, geb. 1841, gest. 1917, 151
- Curzon, George, Lord, brit. Staatsmann, geb. 1859, gest. 1925, 145
- Damaskus, Hauptstadt des Staates Damaskus in Syrien (s. Karte S. 13 u. 29), 21, 23, 30, 42, 43, 80, 109, 166, 210, 212, 230, 234
- Danfondio, Uthmann, Scheik der Fulani im Sudan, gründete ein Wahabitenreich mit der Hauptstadt Sokoto (Nord-Nigeria), 90
- Daraiya, Ort im Zentrum von Saudi-Arabien, 84
- d'Arcy, kanadischer Ingenieur, 140, 141, 146
- d'Arcy Exploration Company, Monopolkonzession für Persien, 141—143
- Dardanellen, Meerstraße zwischen Ägäischem und Marmarameer, 65 km lang, engste Stelle 1,9 km breit, im Frieden von Lausanne 1923 entmilitarisiert, ab Montreux 1936 wieder frei unter türk. Oberhoheit, 176
- Daru el Harb, Reich des Kriegers im Pandschab, Landschaft in Indien, 83, 91

- Dedeagatsch, griechischer Hafen am Ägäischen Meer, bis 1912 türkisch, 1912—1919 bulgarisch (s. Karte S. 14), heißt jetzt Alexandrupolis, 14
- Deir es Sor, Stadt in Mesopotamien, 22
- Demir Dag, Gebirge im NO. der Türkei, 158
- Derkauje, mohammedanische Bruderschaft, 95
- Derwisch, Mitgl. eines mohammedan. religiösen Ordens, 92
- Destourpartei, nationale Bewegung in Tunis, 218, 220
- Deterding, Henry, niederl.-engl. Erdöl-industrieller, geb. 1866 in Amsterdam, 143, 145
- Dette publique Ottomane, 50
- Deutsch-Anatolische Eisenbahngesellschaft (siehe auch Anatolische Eisenbahn), 142, 143
- Deutsch-Französischer Krieg 1870/71, 14
- Deutsche Bank, 16, 18, 143
- Deutsche Lufthansa, 25
- Deutschland, 13, 16, 17, 20, 36, 100, 133, 144, 152
- Diarbekr, türk. Stadt im südl. Armenien, nahe am Tigris (s. Karte S. 31), 39, 206
- Diehards, Bezeichnung für den rechten Flügel der engl. Konservativen, 240
- Djebel, siehe Dschebel
- Djellul, Ben, Führer der Araber in Algier, 109
- Dodekanes, Gruppe von 12 Inseln an der SW-Ecke Kleinasien, bis 1912 türkisch, seitdem italienisch (nur 1920 bis 1922 griechisch), 223
- Drusen, kriegerisches Volk im Gebirge Hauran (Syrien), seit 1922—1936 besonderer Staat im frz. Mandatsgebiet, 210
- Dscharabub (Giarabub), Oase in der ital. Kolonie Kyrenaika (Afrika), 83, 92, 93
- Dschebel, Djebel, Gebel [arab.] = Berg, Gebirge, 18
- Dschebel Hamrin, Gebirge in Mesopotamien, 18
- Dschedda (Dschedda), im Gebiet Hedschas, Hafen für Mekka (s. Karte S. 29), 29, 30, 119, 128
- Dschemal ul Din el Afghani, Vorkämpfer der islamischen Reformation, stammte aus Nordafghanistan, wurde 1896 vergiftet, 79—82
- Dschihad, Heiliger Krieg gegen Ungläubige, 62, 91, 97
- East India Steam Navigation Company, engl. Schiffahrtsgesellschaft, 11
- Eastern Steam Navigation Company, engl. Schiffahrtsgesellschaft, 11
- Edirne (Adrianopel), türkische Stadt Thraziens an der Maritza, 1913 vorübergehend bulgarisch, 1920—1923 griechisch, seitdem wieder türkisch (s. Karte S. 14), 14
- Egyptian Transit Co., engl. Transportgesellschaft in Ägypten, 11
- El Lewa (Al Liwa), Zeitung Mustafa Kamels; siehe da, 72
- Emir, Titel von Fürsten und Befehlshabern in islamischen Ländern, 70, 168, 169
- Empire-Luftpostabkommen von 1937, 26
- England, 6, 10—13, 16—22, 29, 35, 46, 49, 70, 72, 73, 75, 77, 78, 94, 100, 105—107, 119, 123, 133, 144—151, 163, 167—174, 182—188, 191—206, 223—233, 240
- Englisch-persischer Vertrag, geschlossen 1919, 173, 188
- Enseli (Pählewi), Hafen im Iran, am Kaspischen Meer, 166
- Enver Pascha, türk. General, geb. um 1870, gest. 1922, Führer der Jungtürken, während des Weltkrieges Oberbefehlshaber der türk. Armee, 167, 174
- Eritrea, ital. Kolonie seit 1889 an der W.-Küste des Roten Meeres, 119700 qkm, Regierungssitz Asmara, 223, 228
- Erserum, Stadt und Festung in türk. Armenien, nahe am Euphrat (s. Karte S. 32), 32
- Eskischehir (Eski Scher), türkische Stadt in Kleinasien, Knotenpunkt der Anatolischen Bahn (s. Karte S. 31), 16
- Ethna'asharya, sind die zwölf Imame der Schiiten, 96
- Etibank, türk. Unternehmen zur Finanzierung des Bergbaues, 157
- Euphrat, größter Strom Vorderasiens, mündet nach Vereinigung mit dem Tigris als Schatt el Arab in den Pers. Golf, 22, 23, 123, 133
- Farazis, Wahabitensekte in Indien, 91
- Fatina, jüngste (vierte) Tochter Mohammeds und der Chadidscha, geb. 606, gest. 632, heiratete den späteren Kalifen Ali ibn Abi Talib, ist die Mutter von Hasan und Hussein, gilt als Ahnfrau der Nachkommen des Propheten, 74
- Fédération des élus Musulmans, 216
- Faisal (1883—1933), König von Irak (1921—1933), 119, 194, 196, 209

- Ferner Osten, Ostasien, 5—12, 18, 20, 24, 239, 241
- Fetwa, eine schriftl. Entscheidung der hohen islamischen Geistlichkeit, 58, 68, 110, 111, 135, 136
- Fez (Fes), Hptst. Marokkos, 1911 von Frankreich besetzt, 109
- First Exploitation Company, Ölgesellschaft im Iran, 141
- Franco-Bahamonde, Francisco, General und Erneuerer Spaniens, geb. 4. 12. 1892 in El Ferrol, Hafenstadt in der Provinz Galicia (Nordwestspanien), 218
- Frankreich, 17—19, 92, 100, 143—145, 152, 174, 178, 182, 206—223, 230, 233, 245
- Französisch-Äquatorialafrika (Hauptst. Brazzaville), zwischen Kongomündung und Engl.-Ägypt. Sudan, 2956000 qkm, 26
- Französisch-Indochina, frz. Hinterindien, Schutzgebiete Kotschinchina, Kambodscha, Annam, Laos, Tongking, Kwangtschou, 711000 qkm, 221
- Französische Revolution, 1789—1793, 62, 63, 101, 244
- Fulani, südamerikanischer Stamm, 90
- Gebel, siehe Dschebel
- Genf, siehe Völkerbund
- Georgien, westl. Staat der jetzigen transkaukasischen Sowjetrep., 54
- Ghazi — der siegreiche Kemal Pascha (siehe auch da), 110—112, 119, 174
- Gobir, Gober, einer der „sieben echten“ Haussastaaten nordöstl. von Gando (Nigeria, Afrika), 83, 90
- Graziani, General, Vizekönig von Abessinien (Ital. Ostafrika), 95, 224, 225, 228, 229
- Griechenland (s. Karte S. 14), 25, 223
- Großbritannien, siehe auch England, 168, 185, 203
- Groß-Libanon (10500 qkm), gehört zum frz. Mandat Syrien, Hptst. Beirut, 50, 206, 213
- Groß-Mufti, der Scheik ul Islam, 117, 135, 136
- Großwesir, früher Titel des höchsten Beamten in islam. Ländern, 12
- Gulistan, Stadt in br. Belutschistan, nahe der Grenze Afghanistans, 54
- Haag, den Haag, Stadt in der niederl. Provinz S.-Holland, 25
- Habib Ullah, Emir von Afghanistan, geb. 1872, ermordet 1919, Vater von Aman Ullah, 168
- Habl el Matin, persische Zeitung, 73
- Hachem Bey el Atassi, syrischer Vertreter auf der Pariser Konferenz von 1936, 212
- Hadramaut, Landschaft an Arabiens S.-Küste, 151500 qkm, 39
- Hadsch, Bezeichnung der Mohammedaner für die Pilgerfahrt nach Mekka, 113
- Haidar-Pascha, türk. Hafen am Marmarameer, 16
- Haifa, Hafen in Nordpalästina (s. Karte S. 23, 29), 21, 22, 23, 24, 25
- Hanoi, Hauptstadt und Hafen Tongkings, Sitz des Gouverneurs von Frz.-Indochina, 25
- Harrar, Stadt in der gleichnamigen Landschaft Ital.-Ostafrikas (Abessinien), etwa 60000 Einwohner, 229
- Hasaprovinz, Ostküste Arabiens, 148
- Hasb el umm, Volkspartei in Ägypten, 72
- Hasb el watan, Vaterlandspartei in Ägypten, 72
- Hatt i Humajun, siehe Abd ul Meschid, 50
- Hatt i Scherif von Gülhane, siehe Abd ul Meschid, 49
- Haussa-Staaten, nördl. von Benuë und Niger (Afrika), 83, 90
- Hedschas, der N. des westarab. Küstenlandes am Roten Meer, 472000 qkm (s. Karte S. 29), 118, 119, 121, 125, 128
- Hedschasbahn (Mekkabahn), führt von Damaskus über Amman nach Medina; die Bahn soll bis Mekka verlängert werden (s. Kart. S. 29), 29, 30, 59
- Herat, Stadt im nordwestl. Afghanistan (s. Karte S. 36), 43
- Himalaja, höchstes Gebirge der Erde, zwischen Indien und Tibet, 2400 km lang, 220 km breit; höchster Berg Mount Everest, 8884 m hoch, 60
- Hindu, eingeborene Bevölkerung Vorderindiens brahmanischer Religion, 91
- Hirsch, Baron, belgischer Bankier, der die Transbalkanbahn finanzierte, 12, 14—16
- Hohe Pforte, Residenz des Sultans; auch die türkische Monarchie (s. Karte S. 14/15), 12, 17, 21, 29, 47—50, 53, 57, 59, 60, 62, 63, 70, 88, 94, 95, 99, 119, 140, 193, 223, 233
- Homs, Stadt in Syrien, am Orontos, 22
- Husein (Hussein), Sohn des 4. Kalifen Ali, 61
- Husein (Hussein), ibn Ali, geb. 1856,



- war 1916—1924 König vom Hed-  
schas, dann 6 Monate Kalif von Trans-  
jordanien, Mesopotamien und Hed-  
schas, 70, 119
- Husein (Hussein), Ali, Sohn von Hussein  
ibn Ali, König vom Hedschas, von  
Ibn Saud gestürzt, 119, 121, 125
- Ibn Raschid, Herrscher des Staates  
Schammar in Innerarabien, 88
- Ibn Saud, Abd al Asis, König des  
Hedschas, Sultan der Wahabiten, geb.  
um 1882, besetzte 1924 Mekka und  
1925 Medina, beherrscht jetzt Nord-  
und Mittelarabien (Saudi-Arabien);  
Prinz Faisal, Sohn Ibn Sauds, 30, 87,  
88, 92, 94, 113—115, 118—121, 125,  
148, 181, 205, 225—227
- Ibn Saud, Mohammed, Scheik in Ara-  
bien, Großvater des Abdal Asis Ibn  
Saud, 83, 84, 87
- Ikhwan-Bewegung, gegründet von Ibn  
Saud in der Absicht, Rivalitäten inner-  
halb arabischer Stämme auszuschalten,  
Bruderschaftsorganisation auf religi-  
öser Grundlage, 88, 89
- Imam, Oberhaupt der Schiiten, 96, 97,  
99, 225—227
- Imperial Airways Ltd., engl. Luftver-  
kehrsgesellschaft, 25
- Imperial Chemical Industry, 160
- Indien, Vorderindien, Hinterindien und  
Ostindischer Archipel, im engeren  
Sinne nur Vorderindien, zwischen  
Himalaja, Indus, Bengal. Meerbusen  
und Arabischem Meer, 3,7 Mill. qkm,  
5, 10, 13, 18, 21, 22, 24, 25, 30, 62,  
80, 81, 90, 112, 133, 136, 152, 165,  
166, 169, 170, 182, 187, 192, 194, 196
- Indischer Ozean, Weltmeer zwischen  
Asien, Afrika und der Antarktis, ohne  
Nebenmeere 73,5 Mill. qkm groß;  
drei große Golfe: Rotes Meer, Pers.  
und Bengal. Meerbusen, 6, 11, 43, 60,  
87, 192
- Indochina, Hinterindien, die östl. der  
beiden indischen Halbinseln, 25
- Irak, arabisches Königreich am unteren  
Euphrat und Tigris, 371000 qkm,  
Hauptstadt Bagdad (s. Karte S. 15),  
19—21, 23, 32, 38, 39, 42, 106, 107,  
124—126, 129, 161, 162, 166, 194,  
195, 198, 203, 210, 213, 227—238
- Irak Petrol Company, 146, 147
- Iran, großes Tafelland Asiens zwischen  
Hindukusch u. Pers.-Indischem Meer,  
im Osten Afghanistan und Belu-  
tschistan, im Westen Persien (Iran),  
Persien 1647000 qkm, Hauptstadt  
Teheran (s. Karte S. 31 u. 171), 7,  
20, 23, 35, 38, 41—43, 54, 105, 109,  
110, 123, 124, 129, 135, 147—149,  
152, 159, 162, 179, 188, 191, 203,  
237, 238
- Iranische Landwirtschafts- und In-  
dustriebank, 159
- Iranischer Golf, siehe Persischer Golf  
(s. Karte S. 36), 13, 35, 106, 191—193,  
197
- Irbik, Ort in Transjordanien (s. Karte  
S. 23), 23
- Isfahan, Ispahan, Stadt der pers. Prov.
- Irak Adschmi (s. Karte S. 36), 43, 76
- Isch Bankassi, türkische Handelsbank,  
129
- Islam, wörtlich „willenlose Hingabe an  
Gott“. Moslim, der sich Hingebende.  
Aus pers. Musliman entstand „Musel-  
männer“. Durch arabischen Stamm  
(Beni Hillal) im 11. Jahrhundert von  
Ägypten bis nach Marokko. „Islam  
hat nicht Leben und Gewohnheiten  
erst erzeugt, sondern ist umgekehrt  
aus diesen hervorgegangen“ (Banse).  
Sekten: Sunniten (Sunna-Gewohn-  
heit), Anhänger der Überlieferung des  
Gewohnheitsrechtes (neben dem Kor-  
an), diese wieder geteilt in Schaffiiten  
(Ägypten), Malikiten (Nordafrika),  
Hanifiten (Türkei). Schiiten verlangen  
strenge Erbfolge Mohammeds im  
Gottesstaat (Persien). Schairidschiten  
(Nordtripolitanien und Mzab), Senussi.
- Ismael, Malawi Mohammed, Verbreiter  
des Wahabismus in Indien; Nach-  
folger von Saijid Achmed von Rai  
Bareli, 91
- Ismid, türk. Stadt am Marmarameer, 16
- Istalabut, Station der Bagdadbahn, 18
- Istanbul, neutürkischer amtl. Name für  
Konstantinopel, das bis 13. 10. 23  
Hauptstadt der Türkei war (s. Karte  
S. 31), 1935: 741000 Einw., 12, 14,  
28, 39, 55, 57, 61
- Iswestija (Nachrichten), russische in  
Moskau erscheinende Zeitung des Zen-  
tral-Exekutiv-Komitees der Sowjet-  
republiken, gegründet 1917, 164, 170
- Italien, 25, 94, 95, 133, 220, 223—230,  
232, 233, 235
- Italienisch-Ostafrika, bis 1936 Abes-  
sinien, 25
- Izmir, siehe Smyrna (s. Karte S. 31), 39
- Jaipur, Hptst. des brit.-ind. Rajputen-  
staates, 25

- Jamboli, bulgarische Stadt mit Wollindustrie und Weinbau, 14
- Japan, 133, 234—241
- Jemen, Staat (Imamat) in SW.-Arabien, 62000 qkm, Hptst. Sana, seit 1919 selbständig, 87, 225—227
- Jerusalem, Hptst. Palästinas (s. Karte S. 29), 30, 105, 118
- Jisr el Majami, Ort in Palästina (s. Karte S. 23), 23
- Johannesburg, größte Stadt Transvaals (Afrika), 336000 Einw., 25
- Jouvenal, Henry de, Oberkommissar in Damaskus, 210, 212
- Kaaba, altarabisches Heiligtum in Mekka, Sitz des Scheik ul Islam, 114
- Kabul, Hptst. Afghanistans (s. Karte S. 125), 25, 26, 43, 123, 128, 168—170, 184, 238
- Kabylen, dunkelfarbige Berbern in Tunis und Algerien, 109
- Kadi [arab.], Richter, 229
- Kadscharen, seit 1794 in Persien herrschende Dynastie, 1925 durch Riza Pahlewi entthront, gegründet durch den Turkmenen Aga Mohammed Khan, 54, 73, 98, 99, 110, 185
- Kairo, Hptst. Ägyptens, 973 gegründet, muslimanisch-theolog. Univ. seit 988, ägypt. Univ. seit 1908, 9, 12, 25, 39, 70, 80, 81, 94, 106, 108, 109, 113, 118, 121, 127—129, 199, 202, 203, 219, 225, 230
- Kaisarie, Ort in Angora (s. Karte S. 31), 32
- Kalif, Titel der an der Spitze des Islams stehenden Fürsten, die als Nachfolger Mohammeds rechtmäßig anerkannt sind, 8, 9, 17, 47, 48, 58, 59, 105, 110, 111, 112, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 122
- Kalkutta, brit.-indische Stadt am Hugli, Mündungsarm des Ganges, 25
- Kampsax-Konsortium, Finanzgruppe für die Iranbahn, 38
- Kandahar, Stadt im südöstl. Afghanistan, 43
- Kap der Guten Hoffnung, Kap in Südafrika, 10, 12
- Karachi (Karatschi), Stadt in Brit.-Indien, Hafen am Indusdelta, 25
- Karlowitz, jugoslaw. Ort in Slawonien, an der Donau; Karlowitzer Friede geschlossen am 26. 1. 1699 zwischen der Türkei, Österreich, Rußland, Polen, Venedig, 45, 47
- Kaspisches Meer, größter Binnensee der Erde, zwischen Europa und Asien, 438688 qkm, größter Zufluß die Wolga (s. Karte S. 36), 35, 37, 38, 172
- Kemal Atatürk, siehe auch Kemal Pascha, Mustafa, Atatürk, 32, 174
- Kemal Pascha, Mustafa, Atatürk, geb. 1881, der Erneuerer und Präsident des Türk. Reichs seit Oktober 1923, 32, 65, 105, 110, 112
- Kerbela, Stadt des Irak, an der Bagdadbahn, schiitischer Wallfahrtsort, (siehe Karte S. 83), südlich von Bagdad, 61, 83, 84, 96, 98, 110
- Khan (Chan), türk.-tatar. Herrschertitel, 81, 109
- Khedive [persisch Gebieter], 1867—1914 Titel des Vizekönigs von Ägypten, 70
- Khurbangali, Imam im Fernen Osten, 235
- Kirkuk (Kerkuk), Ort nördl. Bagdads, hier beginnt die engl. Ölleitung nach Haifa, 147
- Kitchner, Herbert, Earl, geb. 1850, Führer der Expedition gegen die Mahdisten, eroberte 1898 Khartum, ertrank am 5. 6. 1916, 12, 70, 93
- Kizzim, Achmed, Sohn von Achmed el Asai, 97
- Kizzim, Saijid, Sohn von Achmed el Asai, 97
- Kobe, Stadt in Japan, an der Südküste Hondos, 238
- Konia, Hauptstadt der gleichnamigen türk.-kleinasiat. Provinz; Ende der Anatol. Bahn, Beginn der Bagdadbahn (s. Karte S. 31), 16, 223
- Königliche Luchtvaart Maatschappij, holländische Flugorganisation, 25
- Konstantinopel, siehe Istanbul, 67, 68, 70, 80, 81, 87, 88, 93, 94, 99, 140—143, 164
- Koran, Religionsbuch des Islams, enthält in 114 Suren die Offenbarungen Mohammeds; den Koran schrieb Chadscha, die Frau Mohammeds, 47, 57, 58, 60, 74, 79, 100, 108, 135, 217, 219, 221, 235, 236
- Kreuzzüge, Kriege der abendländischen Christenheit zur Eroberung Palästinas von 1096—1291, 8, 9, 45, 56, 59
- Krimkrieg, Krieg Rußlands gegen die mit Frankreich und England verbündete Türkei 1853—1856; im Friedensvertrag von Paris, 1856, trat Rußland einen Teil von Bessarabien ab, das Schwarze Meer wurde neutralisiert, 49, 50

- Krupp, 159  
 Kufra, Oasengruppe der östl. Sahara, Hauptsitz der Senussi, 83, 93, 224.  
 Kühlmann, Richard v., Diplomat, geb. 1873, 18  
 Kum, Provinzhauptstadt im Iran, nach Mesched bedeutendster Wallfahrtsort des Irans (s. Karte S. 36), 74  
 Kurdistan, Landschaft, teils zur Türkei, teils zum Iran, 17  
 Kutschik Khan, pers. Revolutionär, 185  
 Kyrenaika, Landschaft an der N.-Küste Afrikas, seit 1912 mit Tripolis italienisch, 94, 95, 224, 225, 228, 234  
 Laizismus (laizistisch), Verherrlichung und Selbstüberhebung des Einzelmenschen, 79, 102, 106, 109, 110, 112  
 Lancashire, engl. Grafschaft, 150—154  
 Lausanne, nahe am Genfer See, hier Friedensvertrag am 18. 10. 1912 zwischen Italien und der Türkei, am 24. 7. 1923 zwischen der Türkei und der Entente, 21  
 Lawrence, Thomas Edward (1888 bis 1935), Führer des Araberaufstandes im Weltkrieg, 70, 196  
 Lesseps, Ferd. Vicomte de, frz. Diplomat, geb. 1805, gest. 1894; Erbauer des Suezkanals, 11  
 Levante, alle östlich von Italien liegenden Mittelmeerländer; im engeren Sinne die Küsten Kleinasiens, Syriens und Ägyptens, 20, 21, 24, 28, 42, 43, 46, 48, 178  
 Libanon, Gebirge in Syrien, im Dahr el-Chodib, 3063 m, 50, 87  
 Libyen, Land in N.-Afrika zwischen Nil und Atlas; auch Name für Ital.-Tripolis und Kyrenaika; Libysche Wüste, nordöstl. Teil der Sahara, 41, 92—95, 123, 223, 228, 230, 233  
 Liverpool, 150  
 Lloyd George, engl. Staatsmann, geb. 1863, 143  
 Lloyd, Lord, engl. Oberkommissar in Ägypten, 240, 241  
 London, 11, 18, 25, 70, 81, 107, 123 bis 125, 127, 143—145, 148, 166, 178, 184—188, 191—205, 227, 240  
 Maan, Station der Hedschasbahn, an der Südgrenze von Palästina, 30  
 Magna Charta, der große Freibrief, das wichtigste altengl. Grundgesetz von 1215, das u. a. gewisse bürgerliche Rechte verbriefte, 164  
 Mahdi, eigentl. Mohammed Achmed, Führer des Aufstandes im Ägypt.
- Sudan (1883—1885), geb. 1844, gest. 1885, 93  
 Mahmud II., zweiter Sohn Abd ul Hamid I., geb. 1784, gest. 1839, gelangte nach der Ermordung seines Bruders Mustafa IV. zur Regierung und wurde zum Reformator der Türkei, 47, 48, 49  
 Malcolm, pers. Herrscher, Schüler von Dschemal ul Din, 81  
 Malaiische Inseln, zwischen Asien und Australien, etwa 2 Mill. qkm, 93  
 Mandije, mohammed. Bruderschaft, 95  
 Marokko, seit 1912 unter frz. Protektorat (572000 qkm), 58, 60, 112, 210, 213, 214, 218, 219  
 Marseille, 25, 26  
 Mavardi, islam. Gelehrter im 11. Jahrhundert, 117  
 Mazedonien, zentrale Landschaft der Balkanhalbinsel, 68  
 Mc. Gowan, Harry, Ölmagnat, 145  
 Medien, Landschaft im NW. des Irans, Hptst. Ekbatana, 140  
 Medina, arabische Stadt im Hedschas, 400 km nördl. von Mekka (s. Karte S. 29), 29, 30, 84, 87, 89, 118, 120, 128  
 Medschlis i Milli, iranische Volksvertretung, 74  
 Mehmed (Mohammed) VI., letzter türkischer Sultan von 1918—1922, von der Nationalversammlung in Ankara abgesetzt; gest. 1926, 111  
 Mekka, Hauptstadt von Hedschas, Geburtsort Mohammeds, Sitz des Scheich al-Ulema (s. Karte S. 29 u. 126), 22, 29, 30, 39, 43, 58, 80, 83, 84, 87, 89, 90—92, 105, 113—115, 118—121, 127, 128, 180, 181, 229  
 Mersina, Provinz in Zilizien, 206  
 Mesched, Hptst. der iran. N.-O.-Prov. Chorassan, 43  
 Mesopotamien, Land zwischen Euphrat und Tigris, vom Armenischen Bergland bis zum Persischen Golf; Teil von Bagdad bis Basra heißt Irak Arabi, 7, 8, 12, 13, 17, 18, 20, 21, 24, 89, 142, 152, 166, 170, 182, 192, 193, 203  
 Midhat Pascha, türk. Staatsmann, geb. 1822, wurde von Abdul Hamid nach Taif verbannt und dort 1884 ermordet, 65—68, 82  
 Mirza Ali Mohammed, erster Bab der Schiiten, 97  
 Mirza Yehia, zweiter Bab der Schiiten, 98, 99  
 Misr, Bank in Kairo, 39, 129, 160

- Misr Airlines, ägyptische Fluggesellschaft, 39
- Misurata, Ort in Nordafrika an der Syrte, 95
- Mittelmeer, Randmeer des Atl. Ozeans zwischen Europa, Afrika und Asien, 3 Mill. qkm, 3850 km lang, bis 1500 km breit. Teilbecken: Tyrren., Adriat., Ägäisches, Schwarzes Meer, 6, 10 11, 20, 21, 22, 106, 143, 176, 182, 192—199, 206, 226, 231
- Mitrowitz, jugoslawische Stadt an der Save (s. Karte S. 14), 14
- Mohammed, Stifter des Islams, aus dem Stamme Kureisch, geb. um 570, gest. 8. 6. 632 in Medina. Chadidscha, seine Frau (gest. 619), schrieb seine religiösen Betrachtungen im Koran nieder. Sieg seiner Lehre in Arabien durch Eroberung Mekkas (630), 64, 78, 88, 116, 117, 180
- Mohammed, Schah von Persien 1834 bis 1848, 55
- Mohammed Abdu, Großmufti von Ägypten, Schüler von Dschemal ul Din, 81
- Mohammed Abdul Hai, Führer der japan. Mohammedaner, 235
- Mohammed Ali Pascha (1769—1849), Statthalter von Ägypten, 47, 53, 87, 151
- Mohammed Ali, Schah von Persien (1907—1909), mußte zugunsten seines Sohnes abdanken, starb 1925 in Frankreich, 47, 54, 74—76, 92
- Mohammed Ali el Senussi (geb. 1791, gest. 1859), gründete 1833 den Mohammedan. Senussi-Orden, 83, 92
- Mohammed al Muntazir der zwölfte Imame der Schiiten, 96
- Mohammed el Mahdi el Senussi, Sohn von Mohammed Ali el Senussi, übernahm 1859 die Leitung des Senussi-Ordens, starb 1902, 93
- Mohammed el Uesani, Führer der marokkanischen Autonomiebewegung, 218
- Mohammed Idris, Sohn von Mohammed el Mahdi, 94
- Mohammed V., türk. Sultan von 1909 bis 1918, Nachfolger Abdul Hamid II., 62
- Mohammedanisches Zentralkomitee, gegründet 1918, 165
- Mongolen, uralaltaische Nomadenstämme der Mongolei und umliegenden Gebiete, 9
- Montreux, Kurort im Schweizer Kanton Waadt, am Ostende des Genfer Sees; Konferenz zu Montreux 1936 sicherte der Türkei die Freiheit der Meeresengen, 176, 205
- Moskau, 26, 28, 122, 125, 163—187, 245
- Moslem, Muslim (Plural: Moslemin, Muslimun), Anhänger des Islams, 91, 105, 121, 180, 181, 201, 229, 239—242, 245
- Mossul (Mosul), Stadt in Obermesopotamien, gehört seit 1919 zum Irak (s. Karte S. 15 u. 31), 17—19, 39, 142—145, 147, 195
- Mufti, Islamkundiger
- Mukadam, Bezeichnung für den Abt eines mohammedan. Klosters, 93
- Mullah (Molla), Titel angesehener Gelehrter der islamischen Welt, 74, 110
- Mürzsteg, Ort südl. von St. Pölten (Österreich), 68
- Muschbir, Titel einer jungtürkischen Zeitung, 65
- Mussolini, Benito, geb. 1883, Begründer des Faschismus, Duce von Italien, 223—225, 230—232, 240
- Mustafa el Maraghi, Rektor der mohammedanischen Universität Al Azhar in Kairo, 231
- Mustafa Kamel, ägyptischer Politiker, geb. 1874, gest. 1908, Führer der Jungägypter, 71, 72
- Mustafa Kemal, siehe Kemal Pascha, 175, 206, 223
- Muzaffer ud Din, Schah von Persien von 1896—1907, 55, 74
- Naher Osten, Südeuropa und Vorderasien, 8, 10, 11, 13, 16—18, 20—22, 26, 140, 151, 152, 166, 232
- Nairn, Gebrüder, organisierten den Autobusverkehr durch die Syrische Wüste, 23, 42
- Napoleon I., Kaiser der Franzosen, geb. Ajaccio 16. 8. 1769, gest. 5. 5. 1821 auf Sankt Helena, 10, 45
- Nasir (Nazir), Titel höherer Verwaltungsbeamter in der alten Türkei, 181
- Nasir ul Din, Schah von Persien, 1848—1896, Reformator seines Landes, wurde ermordet, 55, 82, 98, 99
- Nazareth, Stadt in Niedergaliläa (s. Karte S. 23), 22
- Nedschef, Stadt des Irak, schiitischer Wallfahrtsort, südlich von Bagdad, 61, 96, 98, 110
- Niederländisch-Indien umfaßt die Großen Sunda-Inseln, Sumatra, Java und Ma-

- dura, Celebes, Borneo (z. T.), die Kleinen Sunda-Inseln außer O.-Timor (portug.), die Molukken, andere Nebeninseln, auch den Westen Neu-guineas, zus. 1,9 Mill. qkm, 25
- Niederländisch-Indische Luftverkehrsgesellschaft, 25
- Niger, drittgrößter Strom Afrikas, entspringt in Oberguinea, mündet in den Golf von Guinea, 83, 90
- Nil, 6397 km lang, in Afrika, entspringt nördl. vom Tanganjikasee, mündet in 270 km breitem Delta in das Mittelmeer, 11, 39, 54, 94, 106, 114, 131, 132, 151, 161, 192, 197, 200, 201, 204, 228, 234
- Nissibin, Station der Bagdadbahn in Obermesopotamien (s. Karte S. 15 u. 31), 18, 19, 209
- Nomaden, umherziehende, Wohnsitz und Weideland wechselnde Hirtenvölker, bes. viele Araber und Türk-völker, 88, 131
- Omaijaden, mohammedanische Kalifendynastie, besaß 661—750 das Kalifat in Damaskus, 756—1031 das Kalifat Cardoba, 61
- Oman, brit. Schutzstaat im SO. von Arabien, 151000 qkm, Hptst. Maskat. Dazu die Halbinsel Gwadar, im SO.-Iran, 795 qkm, 87
- Osmanische Bank, 16, 47, 50, 66
- Osmanisches (ottomanisches) Reich, siehe Türkei, 17, 48, 58, 67, 69, 110, 111
- Omar el Muktar, Führer der Senussi, Anführer der Ribelli in Libyen, 1931 von Italienern erschossen, 224
- Österreich, 49
- Österreichische Südbahn A.-G., 14
- Palästina, das südliche Syrien (s. Karte S. 29), 21, 22, 30, 39, 89, 99, 107, 127, 134, 176—178, 182, 192, 193, 196—199, 230, 233, 237, 238
- Pandschab (Punjab), Landschaft in Brit.-Indien, an der Grenze Afghanistans, 83, 91
- Paris, 65, 67, 143, 145, 177, 178, 209 bis 217, 220—222
- Pariser Kongreß, siehe Krimkrieg, 49
- Patna, Divisions-Hptst. der brit.-indisch. Provinz Bengalen, am Ganges, 83, 90, 91
- Penang, britische Insel an der W.-Küste Malakas, 25
- Peninsular and Orient Line, engl. Schiff-fahrtsgesellschaft, 11
- Peninsular Company, engl. Schiffahrts-gesellschaft, 11
- Perim, zu Aden gehörige Insel am Ein-gang des Roten Meeres, seit 1857 englisch, 10
- Persien, siehe Iran (s. Karte S. 31), 17, 27, 46, 54, 55, 57, 60—63, 73—78, 81, 82, 96—101, 140, 146, 164, 165, 170—175, 185—188
- Persisch-russischer Vertrag, geschlossen 1921, 173, 175, 186
- Persischer Golf, zwischen Arabien und Persien, Zugang zum Irak und Iran (s. Karte S. 36), 7, 12, 17—23, 38, 55, 143, 182
- Petersburg, 17, 74, 164
- Petroleum Imperial Policy Committee, 145
- Philippopel, Hptst. Ostrumeliens (Bul-garien) an der Maritza (s. Karte S. 14), 14
- Pipelines, eiserne Rohrleitungen, durch die das Öl transportiert wird. Diese durchziehen netzartig das Ölgebiet und laufen in einer Hauptleitung zusam-men, die oft über Hunderte von Kilo-metern zu einem Meereshafen oder frachtgünstigem Ort führt, 147
- Piste, Pfad, Spuren der Kamele und Autos, nach denen, falls nicht ver-weht, man sich richtet. Heute auch durch leere Benzintanks (Bidons) und Steinpyramiden markiert, 40, 42
- Ponset, Oberkommissar in Damaskus, 212
- Preußen, 49
- Quadrupelallianz, Bündnis von vier Staaten, 49
- Rai Bareli, Ort in den Vereinigt. Indi-schen Provinzen, nordwestlich von Allahabad, 90
- Ramadan, 9. Monat des mohammedani-schen Mondjahres, Fastenmonat, 113, 114
- Ramadi, Ort am Euphrat, Mesopota-mien (s. Karte S. 23), 23
- Rangun (Rangoon), Hptst. von Birma (Indien), 25
- Rawalpindi, Stadt in der brit.-indisch. Provinz Pandschab; besitzt die stärkste Garnison von Brit.-Indien, 168, 169, 184
- Resah Schah, Herrscher und Reform-er des Iran, 35, 109, 110, 148, 149, 171 bis 174, 186, 188, 191, 226
- Rescht, Hauptst. der pers. Provinz Gilan am Kasp. Meer, 76
- Rhodos, ital. Insel im Ägäischen Meer, 25
- Riad, El Riad, Hptst. von Nedschd

- [Innerarabien] (s. Karte S. 126), 87, 88, 205, 227
- Risa Eddin Fachreddin, Großmufti, höchster Geistlicher der Mohammedaner der Sowjetunion, 180
- Rom, 94, 95, 124, 223—234
- Rotes Meer, Randmeer des Indischen Ozeans zwischen Arabien und Afrika, 2300 km lang. Zugang: Meerenge Bab el Mandeb (s. Karte S. 29), 7, 11, 12, 13, 29, 43, 87, 89, 147, 160, 161, 205, 226, 227
- Royal Airforce, engl. Luftmacht, 24
- Royal Dutch Shell, 143, 145
- Russisch-Türkischer Krieg 1877—1878, 15
- Rußland, 17, 35, 46, 49, 54, 68, 70, 73, 75, 77, 78, 163—187, 192, 234
- Rutba (Rutbah), Ort und Fort in der Syr. Wüste (s. Karte S. 23), 23, 43
- Sahara, größte Wüste der Erde, in N.-Afrika, 6180000 qkm, 26, 41, 92
- Said Pascha, Mohammed, Vizekönig von Ägypten 1854—1863, 11
- Saigon, Hafen und Hptst. von frz.-Indochina, 25
- Sajjid, Fürst, Herr, Nachkomme Mohammeds, 83, 90, 91, 97
- Salengro, frz. Politiker, 221
- Saloniki, Hptst. der griech.-mazedon. Provinz Saloniki (s. Karte S. 14), 14
- Samarkand, Hptst. der Sowjetrepublik Usbekistan, 180
- Samarra, Stadt am Tigris im Irak (s. Karte S. 15), 18
- San Remo, Stadt am Golf von Genua; Konferenz von S. R. am 18.—26. 4. 1920, hier gab in Fragen der Orientpolitik Frankreich den engl. Wünschen nach, 21, 209
- Sana, Hptst. des Jemen (s. Karte S. 126), 126
- Sarajewo, Hptst. Bosniens, hier wurde am 28. 6. 1914 Franz Ferdinand von Österreich ermordet, 18
- Sarambei, Stadt in Bulgarien (s. Karte S. 14), 14
- Satrap, Stadthalter einer altpers. Provinz, 48
- Saudi-Arabien (s. Karte S. 36), 30, 106, 114, 120, 125, 129, 211, 227
- Schah, Schach [pers.], König, 74, 75
- Schatt el Arab, Name des mit dem Tigris vereinten Euphrat, Strom in Vorderasien, 123, 124
- Schammar, Staat in Innerarabien, 88
- Scheik, Scheich, arabisches Stammes-
- oberhaupt; Titel von Gelehrten
- Scheik ul Islam, Groß-Mufti, Chef der Ulema, 47, 80, 111, 117
- Scheria, wichtigstes islamisches Gesetz, dem auch der Kalif untersteht, 116, 117
- Scherif, Titel der Nachkommen Mohammeds durch Fatima; dann Adels-geschlecht; Fatima, jüngste Tochter Mohammeds, geb. um 610, gest. 632, 22
- Schiiten, Mohammedaner, die das Kalifat nur unter den Nachkommen des Ali (daher Aliden) vererben, 57, 60, 97
- Schiitismus, siehe Schiiten, 96, 106, 110
- Schiras, Hptst. der iranischen Südp-rovinz Faristan, 43
- Schwarzes Meer, Nebenmeer des Mittelmeeres, 424000 qkm (s. Karte S. 31), 7, 32
- Selim III., türk. Sultan, Sohn Mustafa III., geb. 1761, gest. (ermordet) 1808, 47, 57
- Sellasia Haile, letzter Kaiser von Abessinien, geb. 1890, 204, 228, 229
- Senegal, Senegambien, frz. Kolonie, Teil von Frz.-W.-Afrika, 191600 qkm, 210, 221
- Senussi (Snussi), europäer- und christenfeindlicher mohammedan. Orden, gegründet von Mohammed ibn Ali es Senussi (1791—1859), 60, 83, 92—95, 223, 224, 229, 232
- Sèvres, Stadt im frz. Dpt. Seine-et-Oise; 10. 8. 1920 wurde hier der Friedensvertrag zwischen der Türkei und der Entente geschlossen, der aber nicht ratifiziert wurde, 21
- Shintoismus, Ahnen- und Naturkultus der Japaner, 236
- Sia el Din, Ministerpräsident in Persien unter Resah Khan, 173
- Sidi Mohammed el Idris (Mohammed Idris) Sohn von Mohammed el Mahdi, 94
- Sikhs [von Nanak, geb. 1469, gest. 1538], gestiftete Religionsgenossenschaft aus Vereinigung von Hinduismus und Islam, 91
- Sinai, granit. Gebirgsstock der Sinaihalbinsel, zu Ägypten gehörig, zwischen den Golfen von Suez und Akabah (s. Karte S. 29), 22, 160, 192
- Singapur, Insel mit befestigtem Hafen an der Südspitze Malakas, 25
- Siwas, Hptst. des türk.-kleinasiatischen Wilajets (s. Karte S. 31), 32, 206
- Smyrna (Izmir), türkischer Hafen am

- Ägäischen Meer (s. Karte S. 31), 39  
 Société Ottomane du Chemin de Fer Damas Hamah et Prolongement, 22  
 Sokotra, britische Insel an der Küste O.-Afrikas, 10  
 Somaliland, nördl. Teil Ostafrikas, 223, 228  
 South-Persia Rifles, englisch-persische Armee, 185, 187  
 Sowjetrußland, Sowjetunion, siehe unter Rußland  
 Spanien, 8, 60  
 Stalin, Jossif Wissarionowitsch, eigentlich Dschugaschwili, sowjetrussischer Staatsmann, geb. 1879 bei Tiflis, 167  
 Stambul, Stadtteil von Istanbul 9, 128  
 Standard Oil, amerikanische Ölgesellschaft, 146, 148  
 Sudan, Übergangsgebiet zwischen der Sahara und dem Waldland Zentralafrikas, 12, 90, 93, 129, 152, 203, 205, 237  
 Südsee, Teil des Stillen Ozean, der größten Wasseroberfläche der Erde, 165, 7 Millionen qkm, 58  
 Suezkanal, zwischen Mittelländ. und Rotem Meer; Erbauer Lesseps, Eröffnung 16. 11. 1869; verbindet Port Said mit der ägyptischen Seehandelsstadt Suez; er ist 161 km lang. Schiffsverkehr 1935: 5731 Schiffe mit 24 673 000 t, ausschließlich Kriegsschiffe und Kriegstransportfahrzeuge, 7, 10—13, 16, 17, 19, 24, 196, 199, 201  
 Suez-Kanal-Gesellschaft, 149  
 Sultan, Titel mohammed. Herrscher, 47, 48, 93, 105  
 Sumatra, nächst Borneo die größte der Großen Sundainseln, 437 795 qkm groß, 83, 91  
 Sumerbank, türk. Bank, 158, 159  
 Sunna, orthodoxe Überlieferung des Islams, 57, 96  
 Sunniten, Mohammedaner, die das Kalifat durch Nachkommen des Abu Bekr, Omar I., Othmann vererben, 57, 60, 96  
 Sure, ein Abschnitt im Koran, der 114 Suren hat, 58, 219  
 Sykes-Picot-Abkommen, getroffen im Jahre 1916 zwischen Frankreich und England; später trat Rußland hinzu. Das Abk. regelte das militär. Vorgehen gegen die Türkei; England erhielt das südl. Mesopotamien mit Bagdad und die Häfen Haifa und Jaffa, Rußland das östl. Kleinasien bis Trapezunt, Frankreich das übrige Kleinasien und die syrische Küste, 19, 21, 143, 145, 182, 192, 196, 206, 233  
 Syrien, Teil Vorderasiens zwischen Mittelmeer und Syr.-nordarab. Wüste (s. Karte S. 15, 23, 29); 1936 hob Frankreich das syrische Mandat auf, seitdem selbständiger Staat, 7, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 25, 26, 30, 39, 47, 70, 127, 152, 176, 178, 193, 196, 206, 209, 210, 213, 220, 230, 234, 237  
 Syrten, zwei Buchten der nordafrikan. Küste, Kleine Syrte (Golf von Gabes), an der Ostküste von Tunis; Große Syrte (Golf von Sydra, zwischen Tripolis und Barka), 95  
 Täbris, Hauptstadt der iran. Provinz Aserbeidschan, Handelszentrum, über 200 000 Einw. (s. Karte S. 31 u. 36), 32, 37, 75, 76, 98  
 Taif, Stadt im Heddschas, südöstl. von Mekka, 67  
 Taschkent, Stadt in der Sowjetrepublik Usbekistan, am Westrande des Tien-schan; 425 000 Einw., 200 qkm Fläche, 166  
 Taurus, südl. Randgebirge Kleinasiens zwischen Euphrat und Ägäischem Meer, 18, 206  
 Teheran, Hptst. von Iran, am Elburs (s. Karte S. 36 u. 125), 23, 25, 37, 38, 43, 74—77, 81, 82, 124, 185, 186, 191  
 Tel Kotschek, Endstation der Transanatolischen Bahn, 19  
 Tewfik Pascha, Khedive (Vizekönig) von Ägypten (1879—1892), 81  
 Tiflis, Hptst. von Georgien, westl. Staat der Transkaukas. Sozialist. Föderativen Sowjetrep. (s. Karte S. 31 u. 36), 26  
 Tigris, Strom in Vorderasien, 123, 142, 146  
 Tinowa, Stadt in Bulgarien an der Jantra (s. Karte S. 14), 14  
 Tjurljakulow, Nasir, russ. Vertreter am Hofe Ibn Sads, 181  
 Tokio, 234, 235  
 Trabzon (Trapezunt), türk.-kleinasiatische Stadt am Schwarzen Meer, seit 1462 türkisch (s. Karte S. 31), 32, 38  
 Transanatolische Bahn, siehe Anatolische Bahn (s. Karte S. 14/15), 20  
 Transbalkanbahn (Orientbahn), türkische Staatsbahn, die Istanbul mit dem europäischen Eisenbahnnetz verbindet (s. Karte S. 14/15), 12—15

- Transiranische Bahn (s. Krte S. 35), zum Teil gebaut, sie soll das Kaspische Meer mit dem Persischen Golf verbinden, 32, 35
- Transjordanien, Emirat östl. von Palästina (s. Karte S. 29), 23, 30, 70, 125, 127, 198
- Trapezunt, siehe Trabzon
- Tripolis (Tripolitaniën), ital. Kolonie an der Großen Syrte der N.-Küste Afrikas, 900000 qkm, 93, 94
- Tripolis (Tarabulus) im Staat Großlibanon (Syrien), am Mittelmeer (siehe Karte S. 23), 22, 25, 92, 224, 231, 234
- Tripoliskrieg, Italien eroberte 1912 Tripolis, 60
- Tschadsee (Tsad), versumpfter See im mittleren Sudan in N.-Afrika, 93
- Tunis, frz. Schutzstaat (seit 1881) in N.-Afrika am Mittelmeer, 167400 qkm, meistens von Italienern bewohnt, 134, 177, 213, 215, 217, 218, 220, 233, 234
- Türkei, Türkisches Reich, Republik in SO.-Europa und Vorderasien, zus. etwa 1280800 qkm (s. Karte S. 14/15), 19—21, 27—32, 37—42, 46—49, 53 bis 70, 73, 88, 94, 105, 106, 110, 111, 112, 122, 124, 127—129, 133—135, 140, 143, 157—159, 163, 164, 167, 172, 174—176, 179, 182, 192, 193, 195, 200
- Turkestan, westl. Zentralasien, durch den Pamir und Tienschan in das Tarimbecken oder chines. O.-Turkestan und die turan. Tiefebene oder W.-Turkestan geteilt, 21, 24, 42
- Türkisch-italienischer Krieg, siehe Tripoliskrieg, 142, 223
- Turkish Petroleum Company, 143
- Ulema, Bezeichnung für mohammedan. Schriftgelehrten, 57, 73, 109, 112, 116, 135, 181, 229
- Ulugh Beg Tin, Museum in Samarkand, 180
- Üsküb (Skoplje), Stadt in Jugoslaw.-Mazedonien, am Wardar (s. Karte S. 14), 14
- Van der Elst & Co., belgisches Bankhaus, 12
- Vereinigte Staaten von Amerika, 150 bis 152
- Viktoria I., Königin von England, 1837—1901, ab 1. 1. 1877 Kaiserin von Indien; geb. 24. 5. 1819, gest. 22. 1. 1901, 22
- Völkerbund, 205, 244
- Wafd-Partei, ägypt. nationalist. Partei, von Zaghlul Pascha gegründet und bis zu seinem Tode 1927 geleitet, 127, 201
- Wahab (Wahhab), Ibn Abdul (1703 bis 1791), arab.-islamit. Reformier, Gründer der Wahabiten-Sekte; W. säuberte den Islam von allen Neuerungen und stellte ihn in seiner ursprünglichen Reinheit wieder her, 83, 84, 87, 89—91
- Wahabismus (s. Wahab und Karte S. 83), 83, 84, 87—93, 96, 100
- Wahabiten, Wahabiten-Sekte; W. säuberte den Islam von allen Neuerungen und stellte ihn in seiner ursprünglichen Reinheit wieder her, 83, 84, 87, 89—91
- Wahabismus (s. Wahab und Karte S. 83), 83, 84, 87—93, 96, 100
- Wahabiten, Wahabiten, siehe Wahab, 82, 87—92, 96, 98, 119, 120, 225
- Wakf, mohammedanische religiöse Stiftung, 29, 30
- Wessugh el Dawlah, persischer Ministerpräsident, 186
- Washington, Hptst. von USA., 140, 145, 146
- Wilajet, soviel wie türkische Provinz, 223
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser von 1888 bis 1918, 240
- Wilson, Thomas Woodrow, geb. 1856, gest. 1924, war Präsident der USA. von 1913—1921, 201
- Wingate, Oberkommissar von Ägypten, 202
- Zaghlul Pascha, ägypt. Staatsmann, geb. 1860, gest. 1927; forderte 1918 von den Engländern die Unabhängigkeit Ägyptens, war von 1921—1923 deportiert, wurde freigelassen und war vom Jan. 1924 ab 10 Monate Ministerpräsident, 72, 106, 200—202
- Zilizien, südöstl. Küstenlandschaft Kleinasiens, 17, 206
- Zoroaster, grch. Name des Zarathustra, die Bibel der jetzigen Parsen, 3
- Zweistromeland, siehe Mesopotamien, 20, 21, 194
- Zypern, engl. Kronkolonie, drittgrößte Insel des Mittelmeeres, 9282 qkm (s. Karte S. 32), 39, 99



## Kapitelübersicht

---

### ERSTES KAPITEL

<i>Erschlossener Raum</i> . . . . .	Seite	5
-------------------------------------	-------	---

### ZWEITES KAPITEL

<i>Gewandelter Geist</i> . . . . .	45
------------------------------------	----

### DRITTES KAPITEL

<i>Islamischer Nationalismus und islamische Schicksalsgemeinschaft</i> .	101
--	-----

### VIERTES KAPITEL

<i>Grundlagen wachsender Macht</i> . . . . .	131
--	-----

### FÜNFTES KAPITEL

<i>Der Islam und die Mächte</i> . . . . .	163
---	-----

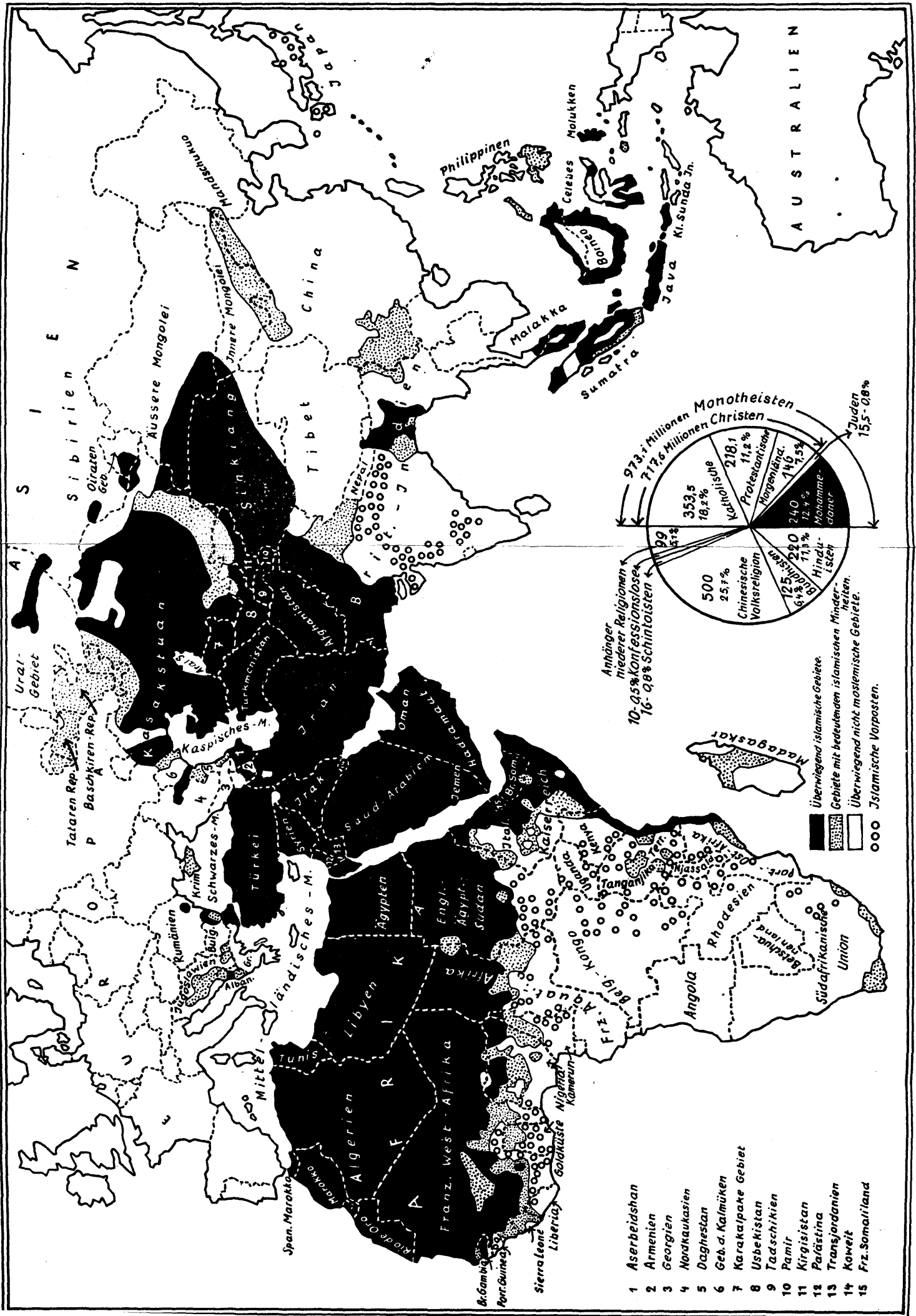
### SECHSTES KAPITEL

<i>Zwischen Abend und Morgen</i> . . . . .	240
--	-----

<i>Literatur</i> . . . . .	247
----------------------------	-----

<i>Verzeichnis</i> . . . . .	248
------------------------------	-----

---



Die islamische Welt. [nach Arnold Toynbee]  
 Im Kreis: Die Religionen der Erde. [nach: Brockhaus-Atlas]